



Deutsche Balaton  
Aktiengesellschaft

Geschäftsbericht 2010

---

---

## **Origami**

Der diesjährige Geschäftsbericht zeigt Aufnahmen von verschiedenen Origami-Modellen.

Origami ist die japanische Bezeichnung für die Kunst des Papierfaltens (ori = falten, kami = Papier; kami wandelt sich zu gami, wenn man es mit ori kombiniert). In der traditionellen Form besteht Origami in der Erzeugung von Figuren, wie beispielsweise Tieren, aus einem quadratischen Stück Papier ohne Schneiden oder Kleben.

Moderne Origami-Modelle sind mitunter hochkomplex und benötigen oft mehrere Stunden, um gefaltet zu werden.

Die abgebildeten Modelle wurden gefaltet von Roman Remme (\*1996).

Fotos: Frank Schindelbeck Fotografie,  
Neckarsteinach



# Organe

---

**Vorstand**      Dipl.-Kfm. Rolf Birkert, Frankfurt (seit 25. Februar 2011)  
Dipl.-Kfm. Jörg Janich, Giengen (bis 3. März 2011)  
Dipl.-Kfm. Jens Jüttner, Hofheim am Taunus (seit 1. Mai 2011)

---

**Aufsichtsrat**      Thomas Zours, Heidelberg  
Aufsichtsratsvorsitzender

---

Dipl.-Kfm. Philip Andreas Hornig, Mannheim  
stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender

---

Dr. Burkhard Schäfer, Mannheim

Organe	4
Inhalt	5
Lagebericht	6
Gewinn- und Verlustrechnung	37
Bilanz	38
Anhang	40
Entwicklung des Anlagevermögens	56
Versicherung des gesetzlichen Vertreters	58
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	59
Konzernlagebericht	60
Konzern-Gesamtergebnisrechnung	91
Konzernbilanz	92
Aufstellung der Veränderungen des Eigenkapitals des Konzerns	94
Konzern-Kapitalflussrechnung	96
Konzernanhang	97
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	177
Bestätigungsvermerk	179
Bericht des Aufsichtsrats	181

# Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010

## 1. Anzuwendende Rechnungslegungsstandards

Der Einzelabschluss der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft (im Folgenden kurz „Deutsche Balaton AG“ genannt) ist nach den Grundsätzen der Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (HGB) und den Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG) aufgestellt. Der nachfolgende Lagebericht bezieht sich auf den nach den nationalen Rechnungslegungsvorschriften des HGB und des AktG aufgestellten Jahresabschluss der Deutsche Balaton AG.

Die Deutsche Balaton AG ist Mutterunternehmen des Deutsche Balaton-Konzerns und erstellt für das Geschäftsjahr 2010 einen Konzernabschluss. Über den Konzernabschluss wird separat berichtet.

## 2. Geschäft und Rahmenbedingungen

### ■ 2.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft befand sich im Berichtsjahr 2010 in Rekordlaune. Das Bruttoinlandsprodukt verzeichnete in diesem Zeitraum preisbereinigt eine Erhöhung um 3,6 % und erreichte damit die höchste jährliche Wachstumsrate seit der deutschen Wiedervereinigung. Auch wenn damit das Niveau vor der Finanzkrise noch nicht erreicht ist, hat der schnelle Aufholprozess seit dem Winterhalbjahr 2008/2009 auch die ökonomische Fachwelt überrascht. Dabei spielte die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands auch im Euroraum eine Rolle. Der Anteil des deutschen nominalen Bruttoinlandsprodukts am Bruttoinlandsprodukt der Eurozone betrug im Jahr 2010 nach einer Prognose der EU-Kommission und Berechnungen des Statistischen Bundesamts mit 2.467,6 Mrd. Euro immerhin 27 %.

Auch die deutschen Banken, die die Finanzkrise damals zuerst zu spüren bekamen, sehen optimistisch in die Zukunft. Nach einer Studie der Prüfungs- und Beratungsgesellschaft Ernst & Young, deren Ergebnisse Anfang 2011 veröffentlicht wurden, kann beinahe jede vierte Bank über eine sehr positive Geschäftslage berichten. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass der Staat die deutsche Finanzbranche seit der Finanzkrise über den Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) stützt. Der SoFFin wird ab dem Jahresende 2010 keine neuen Leistungen mehr vergeben. Der Gesetzgeber hat neben dem SoFFin mit der Möglichkeit der Gründung von „Bad Banks“ zur Auslagerung sog. „giftiger“ Wertpapiere eine Bereinigung der Banken um diese Wertpapiere ermöglicht. Außerdem soll ab 2011 durch den Restrukturierungsfonds die Sicherheit des Bankensystems erhalten bleiben.

Die Eurokrise kann weiter für Überraschungen sorgen. Die EU-Kommission, die Europäische Zentralbank (EZB) und etliche Regierungschefs sehen der Entwicklung an den Finanzmärkten wegen des hohen Refinanzierungsbedarfs von Portugal und Spanien in den kommenden Wochen mit Sorge entgegen.

Einer der Profiteure des Wirtschaftsaufschwungs ist die Automobilindustrie. Sicherte 2009 noch die staatliche Abwrackprämie den Automobilabsatz, insbesondere im Klein- und Mittelklassesektor, konnten im Zuge der wirtschaftlichen Erholung 2010 auch die Hersteller von Oberklasse- und Premium-Modellen ihren Absatz wieder deutlich steigern. Insgesamt legten in 2010 die Absatzzahlen der Automobilhersteller weltweit deutlich zu. Ein bedeutender Markt im vergangenen Jahr war der chinesische Automarkt. Die deutschen Automobilhersteller feierten hier Verkaufserfolge.

Die starke konjunkturelle Erholung im Jahr 2010 hat auch die Arbeitskräftenachfrage deutlich belebt. Nicht nur die jahresdurchschnittliche Erwerbstätigkeit und darunter die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse haben in 2010 zugenommen, sondern auch die jahresdurchschnittliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer hat sich in 2010 wieder erhöht. Ein Grund hierfür ist der Rückgang der noch in 2009 durch die Finanzkrise deutlich ausgeweiteten Kurzarbeit. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in 2010 deutlich verringert. So waren im Jahresdurchschnitt 2010 in Deutschland 3.244.000 Menschen arbeitslos gemeldet, was einen Rückgang um rd. 5 % bzw. 179.000 Personen ausmacht. Noch deutlicher zeigt sich der Rückgang im Jahresvergleich. So waren im Dezember 2010 260.000 Menschen (8 %) weniger von Arbeitslosigkeit betroffen als im Vorjahresmonat.

Der deutsche Außenhandelsmotor läuft auf vollen Touren. Im November 2010 erreichten die deutschen Importe den höchsten Stand aller Zeiten. Importierte Waren erreichten einen Wert von 75,1 Mrd. Euro. Dies entspricht einem Anstieg um 33,3 % gegenüber dem Vorjahresmonat und stellt zugleich den Spitzenwert seit Beginn der Außenhandelsstatistik im Jahr 1950 dar. Dennoch konnte, trotz des Einfuhrrekords, im November 2010 ein Außenhandelsüberschuss von 12,9 Mrd. Euro (kalenderbereinigt: 11,8 Mrd. Euro) erzielt werden, da insgesamt Güter im Wert von 88,0 Mrd. Euro exportiert wurden. Im Vergleich zum November 2009 bedeutet dies einen Anstieg um 21,7 %. Insgesamt summieren sich die Exporte in den ersten elf Monaten des Jahres 2010 somit auf 877,8 Mrd. Euro, was einen Anstieg um fast 20 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum darstellt.

Entsprechend der konjunkturellen Erholung zeigte sich auch die Entwicklung an den internationalen Wertpa-

piermärkten im Jahr 2010 positiv. Der US-Aktienmarkt erholte sich in 2010 deutlich. Musste der Dow Jones Average Index am 9. März 2009 mit 6.440,08 Punkten seinen Jahrestiefststand 2009 verkraften, schloss der amerikanische Leitindex am letzten Handelstag des Jahres 2010 mit 11.572,74 Punkten. Im Januar 2011 konnte bereits die 12.000-Punkte-Marke erstmals seit der Finanzkrise wieder geknackt werden. Eine ähnlich erfolgreiche Entwicklung zeigte sich auch bei dem deutschen Aktienleitindex DAX, der das Jahr 2010 mit einem Wert von 5.975,52 Punkten eröffnet hatte. Dieser erreichte am 21. Dezember 2010 mit 7.087,84 Punkten seinen Jahreshöchststand 2010 und beendete das Jahr 2010 mit einem Schlusstand von knapp unter 7.000 Punkten bei 6.914,19 Punkten und damit einem Zuwachs im Jahresverlauf von 938,87 Punkten bzw. 15,7 %.

Erfreulich war auch die Entwicklung im Anleihemarkt in 2010. Der von der Deutsche Börse AG herausgegebene Anleiheindex RDAX, in dem die Anleihen der DAX-30-Unternehmen erfasst sind, schloss am 30. Dezember 2010 mit 100,16 Punkten und damit einem Plus von 0,64 Punkten im Vergleich zum Jahresanfang. Mit 103,70 Punkten hatte der RDAX am 24.08.2010 sein Jahreshoch erreicht.

## ■ 2.2 Geschäftsverlauf

Das positiv geprägte gesamtwirtschaftliche Umfeld hat auch das Geschäft der Deutsche Balaton AG im Geschäftsjahr 2010 und das erfreuliche Jahresergebnis im abgelaufenen Geschäftsjahr geprägt.

Wie schon im Vorjahr erfolgten Investitionen in Aktien und in verzinsliche Wertpapiere, insbesondere Unternehmensanleihen und Genussrechte sowie hybride Finanzinstrumente.

Mit dem Verkauf eines Teils der Beteiligung an der P&I Personal & Informatik AG konnte ein Ergebnisbeitrag in Höhe von 5,3 Mio. Euro erwirtschaftet werden.

Die mit der gesamtwirtschaftlichen Erholung einhergehende Rückkehr des Vertrauens in die Wertpapiermärkte und, daraus resultierend, steigende Kurse an den Finanzmärkten haben im Geschäftsjahr 2010 auch positive Auswirkungen auf die Wertansätze des Finanzanlagevermögens gehabt. Insgesamt belaufen sich die Erträge aus Zuschreibungen auf das Finanzanlagevermögen auf rd. 9,4 Mio. Euro.

Der Kauf fast aller Aktien der von der Heidelberger Beteiligungsholding AG, Heidelberg, an der Beta Systems Software AG gehaltenen Aktien an die Deutsche Balaton AG hat zu einer Konzentration der Beteiligung an der Beta Systems Software AG bei der Deutsche Balaton AG geführt.

Insgesamt konnte die Deutsche Balaton AG im Berichtszeitraum einen Jahresüberschuss von rd. 17,9 Mio. Euro erwirtschaften.

### **3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Deutsche Balaton AG**

#### **■ 3.1 Ertragsentwicklung**

Das Geschäft der Deutsche Balaton AG hat sich in ihrem Geschäftsjahr 2010 (01. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010) gut entwickelt. Das Jahresergebnis konnte gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich verbessert werden. Nachdem bereits das Geschäftsjahr 2009 mit einem Jahresüberschuss von rd. 8,3 Mio. Euro erfreulich abgeschlossen werden konnte, hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2010 ihr Jahresergebnis mit rd. 17,9 Mio. Euro im Vorjahresvergleich mehr als verdoppeln können.

Der Jahresüberschuss der Deutsche Balaton AG im Geschäftsjahr 2010 in Höhe von rd. 17,9 Mio. Euro geht zu einem wesentlichen Teil auf die im Berichtszeitraum erwirtschafteten sonstigen betrieblichen Erträge, die im Geschäftsjahr 2010 rd. 20,3 Mio. Euro betragen haben, zurück. Darin enthalten sind unter anderem Zuschreibungen auf das Finanzanlagevermögen (rd. 9,4 Mio. Euro) sowie Erträge aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften (rd. 5,6 Mio. Euro). Die Erträge aus Zuschreibungen auf das Finanzanlagevermögen beinhalten dabei unter anderem Zuschreibungen auf Aktien der W.E.T. AG, Beta Systems Software AG und der Nemetschek AG. In den Erträgen aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften sind neben weiteren vor allem Erträge aus der Veräußerung von Anteilen an der P&I Personal & Informatik AG enthalten. Außerdem konnten im Geschäftsjahr 2010 aus der Veräußerung bzw. Rückzahlung verschiedener Anleihen und Genussscheine Erträge (rd. 4,6 Mio. Euro) erzielt werden.

Die Erträge aus Finanzanlagen in Höhe von rd. 1,7 Mio. Euro (Vj. rd. 1,4 Mio. Euro) beinhalten ausschließlich Dividenden.

Bei den Erträgen aus dem Abgang von Finanzanlagen in Höhe von rd. 5,6 Mio. Euro (Vj. rd. 5,0 Mio. Euro) stehen den Erlösen aus Verkäufen von Finanzanlagen in Höhe von rd. 8,9 Mio. Euro (Vj. rd. 8,3 Mio. Euro) bei der Deutsche Balaton AG im Geschäftsjahr 2010 Buchwertabgänge bei Finanzanlagen in Höhe von rd. 3,3 Mio. Euro (Vj. rd. 3,3 Mio. Euro) gegenüber. Im Wesentlichen sind darin Erträge aus dem Teilverkauf der Aktien an der P & I Personal & Informatik AG enthalten. Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagen sind im Berichtszeitraum, wie schon im Vorjahr, nicht angefallen.



Der Saldo der Erträge und Verluste aus dem Verkauf von Wertpapieren des Umlaufvermögens in Höhe von rd. 4,4 Mio. Euro (Vj. rd. 4,1 Mio. Euro) hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Zum Bilanzstichtag wurden Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens in Höhe von rd. 0,6 Mio. Euro (Vj. rd. 7,5 Mio. Euro) vorgenommen, die überwiegend, nämlich in Höhe von rd. 0,6 Mio. Euro, auf Abschreibungen auf Finanzanlagen (Vj. rd. 7,5 Mio. Euro) entfallen. Die im Geschäftsjahr 2010 bei der Deutsche Balaton AG vorgenommenen Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens lagen mit rd. 0,06 Mio. Euro über dem Vorjahreswert (3 TEuro).

Aufgrund der Rücknahme von in Vorjahren und im Berichtszeitraum durchgeführten Wertberichtigungen sind zum Bilanzstichtag in den Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens, die zum Bilanzstichtag rd. 9,4 Mio. Euro (Vj. rd. 6,0 Mio. Euro) betragen, in Höhe von rd. 9,4 Mio. Euro Wertaufholungen auf Finanzanlagen sowie in Höhe von rd. 0,01 Mio. Euro Erträge aus der Bewertung von Wertpapieren des Umlaufvermögens enthalten.

Der Personalaufwand der Deutsche Balaton AG im Geschäftsjahr 2010 lag mit rd. 0,6 Mio. Euro um rd. 50 % höher als noch im Geschäftsjahr 2009. Der Anstieg bei den Personalkosten ist überwiegend auf die gestiegene Mitarbeiterzahl zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen der Deutsche Balaton AG im Geschäftsjahr 2010 liegen mit rd. 3,4 Mio. Euro um rd. 1,2 Mio. EUR über dem Vorjahreswert von rd. 2,2 Mio. Euro. Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen geht wesentlich auf die darin enthaltenen Aufwendungen aus Währungs-

umrechnung in Höhe von rd. 1,0 Mio. Euro (Vj. rd. 0,02 Mio. Euro) zurück. Die Aufwendungen aus Währungsumrechnung resultieren aus Wechselkursänderungen im Zusammenhang mit einem Kredit in Fremdwährung. Außerdem sind Rechts- und Beratungskosten in Höhe von rd. 0,4 Mio. Euro (Vj. rd. 0,6 Mio. Euro) sowie Jahresabschluss- und Prüfungskosten in Höhe von rd. 0,1 Mio. Euro (Vj. rd. 0,2 Mio. Euro) in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Forderungsverluste sind im Geschäftsjahr 2010 in Höhe von rd. 0,6 Mio. Euro und damit rd. 0,1 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten. Außerdem sind rd. 0,3 Mio. Euro aus der Bildung von Drohverlustrückstellungen, die sich aus einer Verpflichtung zum Erwerb von Aktien eines assoziierten Unternehmens ergeben können, falls eine Put-Option im Zeitraum vom 01. Juli 2011 bis 30. September 2011 ausgeübt werden sollte, sowie in Höhe von rd. 0,6 Mio. Euro aus der Bildung einer Rückstellung wegen möglicher Prozessrisiken und Prozesskostenrisiken als sonstige betriebliche Aufwendungen erfasst.

Das zum 31. Dezember 2010 ausgewiesene Zinsergebnis der Deutsche Balaton AG, berechnet als Saldo aus Zinserträgen und Zinsaufwendungen, beträgt rd. 0,7 Mio. Euro und liegt unter dem Vorjahresniveau (Vj. rd. 2,1 Mio. Euro). In dem Zinsergebnis sind mit rd. 1,4 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,7 Mio. Euro verringerte Zinserträge im Geschäftsjahr 2010 enthalten, die auf Zinserträge aus Genussscheinen und Unternehmensanleihen zurückgehen. Im Vorjahr war unter den Zinserträgen noch die Verzinsung der Nachbesserung aus dem Spruchverfahren „Friedrich Grohe AG“ erfasst, die als Einmaleffekt im Geschäftsjahr 2010 nicht mehr vorlag. Die Zinsaufwendungen im Geschäftsjahr 2010 liegen mit rd. 0,7 Mio. Euro um knapp ein Drittel unter dem Vorjahreswert (Vj. rd. 1,0 Mio. Euro). Im Vorjahr waren unter

den Zinsaufwendungen letztmals die Zinsen für eine in 2009 getilgte Unternehmensanleihe erfasst, auf deren Wegfall der Rückgang der Zinsaufwendungen im Wesentlichen zurückzuführen ist.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Deutsche Balaton AG im Geschäftsjahr 2010 beträgt rd. 18,2 Mio. Euro (Vj. rd. 8,7 Mio. Euro).

Bei den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von insgesamt rd. 0,3 Mio. Euro (Vj. rd. 0,5 Mio. Euro) stehen den Aufwendungen für Gewerbesteuer (rd. 0,2 Mio. Euro), Kapitalertragsteuer (rd. 0,3 Mio. Euro) sowie Zinsabschlagssteuer (rd. 0,2 Mio. Euro) Steuererstattungen aus Körperschaft- und Gewerbesteuer in Höhe von zusammen rd. 0,4 Mio. Euro gegenüber.

Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr in Höhe von rd. 3,3 Mio. Euro ergibt sich zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2010 ein Bilanzgewinn der Deutsche Balaton AG in Höhe von rd. 21,2 Mio. Euro (Vj. rd. 11,3 Mio. Euro).

### ■ 3.2 Vermögens- und Finanzlage

In dem Finanzanlagevermögen der Deutsche Balaton AG zum Bilanzstichtag in Höhe von rd. 89,6 Mio. Euro (Vj. rd. 77,4 Mio. Euro) sind Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von rd. 29,8 Mio. Euro (Vj. rd. 40,9 Mio. Euro), Wertpapiere des Anlagevermögens in Höhe von rd. 43,7 Mio. Euro (Vj. rd. 30,7 Mio. Euro) sowie Beteiligungen von rd. 16,1 Mio. Euro (Vj. rd. 5,8 Mio. Euro) enthalten.

Der Rückgang bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen geht wesentlich auf Teilrückzahlungen des Grundkapitals bei den Gesellschaften CornerstoneCapital AG, Frankfurt am Main, und Stratec

Grundbesitz AG, Mannheim, zurück, die jeweils von Hauptversammlungen der Gesellschaften im Geschäftsjahr 2010 beschlossen worden sind. Rückflüsse aus der CornerstoneCapital AG & Co. KG, Heidelberg, haben, unter Berücksichtigung von im Geschäftsjahr 2010 erbrachten Einlageleistungen im Umfang von rd. 1,2 Mio. Euro, den Buchwert der Kommanditbeteiligung an dem CornerstoneCapital-Fonds um rd. 0,4 Mio. Euro vermindert.

Die ausgewiesenen Beteiligungen haben sich durch den Erwerb von weiteren Anteilen an der Beta Systems Software AG, Berlin, um rd. 10,3 Mio. Euro erhöht. Die im Geschäftsjahr 2010 erworbenen weiteren Anteile an der Beta Systems Software AG wurden zu einem überwiegenden Teil von der Heidelberger Beteiligungsholding AG erworben. Der Kaufvertrag sieht umfangreiche Regelungen für eine Nachbesserung des Kaufpreises zu Gunsten der Heidelberger Beteiligungsholding AG vor. Kaufpreinsnachbesserungen können dabei in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung der Beta Systems Software AG, der Börsenkursentwicklung der Gesellschaft oder bei einem Weiterverkauf der Anteile anfallen. Die Berechnung der Nachbesserungen ist auf einen Zeitraum bis 31. Dezember 2013 begrenzt.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens haben sich durch Zuschreibungen, die Einbuchung des im Vorjahr noch im Umlaufvermögen erfassten Eigenbestands der im Jahr 2008 begebenen Unternehmensanleihe und unter Berücksichtigung von Buchwertabgängen im Geschäftsjahr 2010 um rd. 12,9 Mio. Euro auf rd. 43,6 Mio. Euro erhöht. Auf den Eigenbestand der Unternehmensanleihe entfallen 4,3 Mio. Euro. In den Abgängen aus den Finanzanlagen, die zum 31. Dezember 2010 rd. 3,3 Mio. Euro betragen, sind Beteiligungen an der P&I Personal & Information AG und der Synaxon AG enthalten. Die

Zuschreibungen auf das Finanzanlagevermögen belaufen sich im Geschäftsjahr 2010 auf rd. 9,4 Mio. Euro. Darin enthalten sind unter anderem Zuschreibungen auf die Beteiligungen an der W.E.T. AG, der Beta Systems Software AG und der Nemetschek AG.

Das Umlaufvermögen der Deutsche Balaton AG beläuft sich zum 31. Dezember 2010 auf rd. 37,2 Mio. Euro (Vj. rd. 25,0 Mio. Euro) und setzt sich aus Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von rd. 13,2 Mio. Euro (Vj. rd. 2,1 Mio. Euro), Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von rd. 1,9 Mio. Euro (Vj. 1,7 Mio. Euro), sonstigen Vermögensgegenständen in Höhe von rd. 3,0 Mio. Euro (Vj. rd. 1,9 Mio. Euro), Wertpapieren in Höhe von rd. 16,2 Mio. Euro (Vj. rd. 19,3 Mio. Euro) und Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von rd. 2,9 Mio. Euro (Vj. rd. 0,01 Mio. Euro) zusammen.

Der Anstieg bei den Forderungen gegen verbundene Unternehmen um rd. 11,1 Mio. Euro resultiert überwiegend aus Forderungen aus Kapitalherabsetzungen bei den Gesellschaften CornerstoneCapital AG und Stratec Grundbesitz AG, die nach dem Bilanzstichtag fällig waren und erfüllt wurden. Daneben sind Forderungen aus gewährten Darlehen an die Fortuna Maschinenbau Holding AG (rd. 1,2 Mio. Euro; Vj. rd. 1,2 Mio. Euro) sowie Forderungen aus Darlehen gegen die Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG (rd. 0,9 Mio. Euro; Vj. rd. 0,8 Mio. Euro) unter den Forderungen gegen verbundene Unternehmen ausgewiesen. Rd. 0,4 Mio. Euro entfallen außerdem auf die Forderung aus dem mit der CornerstoneCapital Verwaltungs AG, Heidelberg, bestehenden Ergebnisabführungsvertrag auf Abführung des Jahresergebnisses 2010. Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, haben sich gegenüber dem Vorjahr von rd. 1,7 Mio. Euro auf rd.

1,9 Mio. Euro erhöht und beinhalten ausschließlich Forderungen aus Gesellschafterdarlehen.

Von den sonstigen Vermögensgegenständen entfällt ein Betrag in Höhe von rd. 0,7 Mio. Euro (Vj. rd. 0,4 Mio. Euro) auf eine Körperschaftsteuerrückforderung inklusive Körperschaftsteuerguthaben. Außerdem sind in den sonstigen Vermögensgegenständen Forderungen im Zusammenhang mit gewährten Darlehen in Höhe von rd. 1,9 Mio. Euro (Vj. rd. 1,2 Mio. Euro) und Zinsforderungen aus verzinslichen Wertpapieren in Höhe von rd. 0,3 Mio. Euro (Vj. rd. 0,2 Mio. Euro) enthalten.

Unter den Wertpapieren des Umlaufvermögens, die sich zum Bilanzstichtag auf rd. 16,2 Mio. Euro (Vj. rd. 19,3 Mio. Euro) belaufen, sind Anleihen und Genussscheine verschiedener Emittenten, die im Geschäftsjahr 2010 zur kurzfristigen Anlage erworben wurden, ausgewiesen. Die im Geschäftsjahr 2010 erworbenen eigenen Aktien sind aufgrund einer Änderung der gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr im Umlaufvermögen ausgewiesen, sondern auf der Passivseite der Bilanz vom Eigenkapital abgesetzt. Der im Vorjahr unter den Wertpapieren des Umlaufvermögens ausgewiesene Eigenbestand der im Geschäftsjahr 2008 begebenen Unternehmensanleihe ist erstmals im Anlagevermögen ausgewiesen.

Das in der Bilanz der Deutsche Balaton AG zum 31. Dezember 2010 ausgewiesene Eigenkapital erhöhte sich von rd. 73,1 Mio. Euro um rd. 16,2 Mio. Euro auf rd. 89,3 Mio. Euro. In dem Eigenkapital ist der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2010 in Höhe von rd. 21,2 Mio. Euro (Vj. rd. 11,3 Mio. Euro) enthalten. Das gezeichnete Kapital zum 31. Dezember 2010 beträgt zum Vorjahr unverändert 11.640.424,00 Euro. Der auf die bis zum 31. Dezember 2010 erworbenen 205.046 eigenen Aktien entfallende rechnerische

Anteil am Grundkapital in Höhe von 205.046,00 Euro ist offen vom gezeichneten Kapital abgesetzt, sodass sich ein im Besitz von Aktionären befindliches Grundkapital von 11.435.378,00 Euro zum 31. Dezember 2010 ergibt. Die Differenz zwischen dem auf die eigenen Aktien entfallenden rechnerischen Anteil am Grundkapital und dem Kaufpreis der eigenen Anteile hat in Höhe von rd. 1,5 Mio. Euro die Gewinnrücklagen gemindert.

Zum Bilanzstichtag bestanden Verbindlichkeiten in Höhe von rd. 35,7 Mio. Euro, die sich im Vorjahresvergleich von rd. 28,8 Mio. Euro um rd. 6,9 Mio. Euro erhöht haben. Die Veränderung bei den Verbindlichkeiten geht im Wesentlichen auf einen Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen um rd. 7,5 Mio. Euro auf rd. 13,4 Mio. Euro (Vj. rd. 5,9 Mio. Euro) im Vorjahresvergleich zurück. Diese Verbindlichkeiten bestehen aus Darlehen mit kurzfristiger Fälligkeit. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten liegen mit rd. 12,2 Mio. Euro (Vj. rd. 12,6 Mio. Euro) ebenso wie die sonstigen Verbindlichkeiten mit rd. 0,2 Mio. Euro (Vj. rd. 0,2 Mio. Euro) nahezu auf Vorjahresniveau. Der überwiegende Teil der Verbindlichkeiten in Höhe von rd. 25,7 Mio. Euro ist kurzfristig fällig.

Eine im Geschäftsjahr 2008 begebene 5,00 %-Unternehmensanleihe mit einer Laufzeit von fünf Jahren ist unter den Verbindlichkeiten mit ihrem Nominalbetrag von 10 Mio. Euro ausgewiesen. Zum Bilanzstichtag waren hiervon 5,75 Mio. Euro ausstehend; rd. 4,25 Mio. Euro sind im Anlagevermögen (Vj. Umlaufvermögen) als Eigenbestand ausgewiesen.

Die Kapitalstruktur der Deutsche Balaton AG orientiert sich an dem Beteiligungsgeschäft der Gesellschaft und ihrer Ausrichtung. Dabei sind die Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität sowie die Kapital-

kostenoptimierung Ziele des Kapitalstrukturmanagements. Die Gesellschaft ist bestrebt, eine stets hinreichende finanzwirtschaftliche Flexibilität zu erreichen, die es ihr ermöglicht, das Beteiligungsportfolio fortlaufend weiter zu entwickeln und sich bietende Investmentchancen wahrnehmen zu können. Neben der Fremdkapitalfinanzierung durch Banken wird auch die Kapitalaufnahme durch eine mittelfristige Unternehmensanleihe eingesetzt. Der bankkreditfinanzierte Fremdkapitalanteil wird regelmäßig durch Kreditlinien bei verschiedenen Banken mit jeweils unterschiedlichen Laufzeiten realisiert. Im Rahmen der Kreditlinien erfolgen die Inanspruchnahmen als Fest- oder Kontokorrentkredite. Die Zinssätze orientieren sich dabei an den Zinsen im Interbankenmarkt zuzüglich eines Aufschlags. Die Deutsche Balaton AG hat im Geschäftsjahr 2010 auch Kredite in Fremdwährung zum Erwerb von in den jeweiligen Fremdwährungen notierten Wertpapieren aufgenommen.

Die Steuerung der Kapitalstruktur erfolgt bei der Deutsche Balaton AG unter Berücksichtigung ausgewählter Finanzkennzahlen. Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2010 beträgt rd. 127,0 Mio. Euro und hat sich im Vorjahresvergleich um rd. 25,9 Mio. Euro erhöht (Vj. rd. 102,7 Mio. Euro). Das bilanzielle Eigenkapital mit rd. 89,3 Mio. Euro zum 31. Dezember 2010 hat sich gegenüber dem Vorjahr (Vj. rd. 73,1 Mio. Euro) deutlich erhöht. Hieraus errechnet sich eine gegenüber dem Vorjahr leicht gesunkene solide Eigenkapitalquote von rd. 70,3 % (Vj. rd. 71,2 %).

Die Deutsche Balaton war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres in der Lage, fällige Verbindlichkeiten zu erfüllen. Die Summe der Cashflows im Berichtsjahr sorgte für liquide Mittel von rd. 2,9 Mio. Euro (Vj. rd. -0,02 Mio. Euro). Diese Summe setzt sich aus einem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit mit rd. 2,5 Mio. Euro (Vj. rd. -2,1 Mio. Euro), einem Cashflow

aus der Investitionstätigkeit mit rd. -4,8 Mio. Euro (Vj. rd. 7,3 Mio. Euro) und einem Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit mit rd. 5,3 Mio. Euro (Vj. rd. -5,2 Mio. Euro) zusammen. Die Veränderung des Jahres 2010 ist in erster Linie ein Ergebnis aus den Investitionen in Finanzinstrumente abzüglich Tilgungen und Verkäufe von Finanzinstrumenten.

### ■ 3.3 Bedeutende Beteiligungen

Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Deutsche Balaton AG lag im Geschäftsjahr 2010 weiterhin in Beteiligungen in Unternehmen.

#### ■ *CornerstoneCapital*

Die CornerstoneCapital II AG & Co. KG hält zum Bilanzstichtag Beteiligungen an zwei Unternehmen. Bereits seit Februar 2009 besteht eine Beteiligung des Private Equity-Fonds an der Integrata AG, Stuttgart, in Höhe von rd. 91 %, die zusammen mit weiteren Co-Investoren gehalten wird. Bei der Integrata AG handelt es sich um einen führenden, herstellerunabhängigen Qualifizierungspartner rund um die Informationstechnologie, Business & Skills sowie SAP Trends & Prozesse. Außerdem hält der Fonds weiterhin eine mittelbare Beteiligung an der Eppstein-FOILS GmbH & Co. KG, Eppstein, einem Hersteller hochwertiger NE-Metallfolien, die bereits im Geschäftsjahr 2008 eingegangen worden ist.

Die Deutsche Balaton AG hat sich verpflichtet, insgesamt bis zu 45 Mio. Euro in den Fonds zu investieren.

Die ebenfalls im Bereich Private Equity tätige CornerstoneCapital AG, Frankfurt am Main, geht seit der Neustrukturierung ihrer Aktivitäten in 2007 keine Neuinvestments mehr ein. Jedoch können bestehende Beteiligungen weiterhin aufgestockt werden. Im

Mai 2010 hat die CornerstoneCapital AG ihre Beteiligung an der G+H Isolite GmbH, Ludwigshafen, erfolgreich verkaufen können. Außerdem hat die Gesellschaft im August 2010 ihre Beteiligung an der Synaxon AG, Bielefeld, veräußern können. Zum 31. Dezember 2010 bestehen noch fünf aktive Beteiligungen, die in diesem Jahr verkauft werden sollen, sofern angemessene Preise zu erzielen sind.

#### ■ *ABC Beteiligungen AG*

Die ABC Beteiligungen AG, Heidelberg, hält zum Bilanzstichtag weiterhin ihre rd. 77 %-ige Beteiligung an der Heidelberger Beteiligungsholding AG, Heidelberg, die den überwiegenden Teil des Vermögens der ABC Beteiligungen darstellt. Die ABC Beteiligungen AG hat ihr am 31. Dezember 2010 beendetes Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss in Höhe von rd. 0,9 Mio. Euro (Vj. Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 5,1 Mio. Euro) abgeschlossen. Das Jahresergebnis der ABC Beteiligungen AG beruht im Wesentlichen auf Zuschreibungen anlässlich der Ergebniszahlen ihrer Beteiligung an der Heidelberger Beteiligungsholding AG, die ihr Geschäftsjahr 2010 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von rd. 2,0 Mio. Euro (Vj. Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 6,3 Mio. Euro) bei einem nahezu ausgeglichenen Bilanzergebnis abgeschlossen hat.

Das Geschäftsjahr 2010 war für die Heidelberger Beteiligungsholding AG ein insgesamt erfolgreiches Geschäftsjahr, in dem wichtige Entscheidungen im Beteiligungsgeschäft getroffen wurden. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit 2010 lag in der Unterstützung der bestehenden Beteiligungen, insbesondere der Beteiligungen an der Beta Systems Software AG, Berlin, und der Web Financial Group S. A., Madrid, Spanien, die letztlich beide im vierten Quartal 2010 veräußert werden konnten. Daneben bildete das

kurzfristige Wertpapiergeschäft ein weiteres Betätigungsfeld der Heidelberger Beteiligungsholding AG im Berichtszeitraum.

Im November 2010 erzielte die Heidelberger Beteiligungsholding AG mit der Deutsche Balaton AG eine Einigung über den Verkauf von rd. 2,7 Mio. Aktien der Beta Systems Software AG zu einem Kaufpreis von 3,00 Euro je Aktie. Aus dem Verkauf resultiert im Geschäftsjahr 2010 bei der Heidelberger Beteiligungsholding AG ein Ergebnisbeitrag von rd. 1,5 Mio. Euro.

Zudem konnte die Gesellschaft im Dezember 2010 die rd. 16 %-ige Beteiligung an der Web Financial Group S. A. mit einem Ergebnisbeitrag von rd. 0,5 Mio. Euro erfolgreich an die Deutsche Balaton AG verkaufen.

Bei beiden Verkäufen wurden weitreichende mehrjährige Nachbesserungsrechte vereinbart, die der Heidelberger Beteiligungsholding AG eine Partizipation an möglichen Wertsteigerungen der beiden Gesellschaften ermöglichen.

Sämtliche Anteile an der ABC Beteiligungen AG werden unverändert von der Deutsche Balaton AG gehalten.

#### ■ *Beta Systems Software AG*

Die Beta Systems Software AG, Berlin, ist ein Entwickler hochwertiger Softwareprodukte und -lösungen für die sichere und effiziente Verarbeitung großer Datenmengen. Die Deutsche Balaton AG hat ihre unmittelbare Beteiligung an dem Softwareanbieter im Geschäftsjahr 2010 von rd. 18 % auf rd. 38 % gesteigert. Die Aktien wurden von dem Konzernunternehmen Heidelberger Beteiligungsholding AG erworben, sodass die konzernweite Beteiligung an der Beta

Systems AG (Beta Systems) zum Bilanzstichtag mit rd. 38 % im Vergleich zum Vorjahresstichtag unverändert geblieben ist.

Bei der Beta Systems hat nach eigenen Angaben der Konzernumbau deutliche Spuren in dem vorläufigen Jahresergebnis hinterlassen. Im Geschäftsjahr 2010 haben die Veräußerung des Geschäftsbereichs ECM sowie die Reorganisation und Restrukturierung des Unternehmens den Verlauf des Geschäftsjahres sowohl positiv wie negativ geprägt. Auf Basis der von der Gesellschaft veröffentlichten vorläufigen Zahlen hat die Gesellschaft in ihrem Geschäftsjahr 2010 ein Konzernergebnis vor Ertragssteuern inkl. aller Ergebniskomponenten aus fortgeführten und nicht fortgeführten Geschäftsbereichen in Höhe von EUR 0,8 Mio. erwirtschaftet. Auch das Einzelergebnis nach HGB ist positiv ausgefallen.

Für den sozialverträglichen Umbau der Personalstruktur, der gleichfalls im Geschäftsjahr 2010 begonnen wurde, hat der Vorstand bereits im Ergebnis der fortgeführten Geschäftstätigkeit des Geschäftsjahres 2010 Vorsorgeaufwendungen in Höhe von rd. 4,6 Mio. Euro berücksichtigt. Der Vorstand der Beta Systems rechnet hier im weiteren Verlauf des Geschäftsjahres 2011 mit Einsparungen von bis zu 2,5 Mio. Euro und für die Folgejahre, verglichen mit 2010, mit einem dauerhaften Einspareffekt von bis zu 5,0 Mio. Euro jährlich.

Die dem Unternehmen aus dem ECM-Verkauf bis Jahresende 2011 zufließenden Mittel sollen in erster Linie für die Finanzierung der Restrukturierung und Reorganisation und darüber hinaus für Investitionen in den Ausbau des Software- und Lösungsportfolios eingesetzt werden.



■ *W.E.T. Automotive Systems AG*

Die W.E.T. Automotive Systems AG mit Sitz in Odelzhausen hat in ihrem Geschäftsjahr 2010 bei Umsatzerlösen von rd. 227 Mio. Euro ein operatives Ergebnis von rd. 38,6 Mio. Euro erwirtschaftet. Damit konnte das im Bereich Autositzheizungen und im Automobil-Kabelbereich tätige Unternehmen nach eigenen Angaben die positive Umsatz- und Ertragsentwicklung im Geschäftsjahr 2010 fortsetzen. Nach Mitteilung des Unternehmens beruht das erneut verbesserte operative Ergebnis der W.E.T. Automotive Systems AG wesentlich auf einer Wertaufholung in Höhe von rd. 20,1 Mio. Euro auf in 2008 abgeschriebene Buchwerte für Kundenbeziehungen in Nordamerika.

Im Februar 2011 hat die W.E.T. Automotive Systems AG mitgeteilt, dass sie mit der Amerigon, Inc., Northville, Michigan, USA, und der Amerigon Europe GmbH, Augsburg, eine Vereinbarung zur Vorbereitung einer öffentlichen Übernahme der W.E.T. Automotive Systems AG geschlossen habe. Danach soll die Amerigon Inc. über ihre Tochtergesellschaft Amerigon Europe GmbH ein Übernahmeangebot zum Erwerb sämtlicher Aktien der W.E.T. Automotive Systems AG abgeben. Der Erwerbspreis je Aktie soll bei 40,00 Euro liegen. Gegenstand der Vereinbarung soll außerdem eine Einigung über die Beilegung eines in den USA laufenden Patentstreits zwischen der W.E.T. Automotive Systems AG und der Amerigon Inc. sein.

Die Deutsche Balaton AG hält an der W.E.T. Automotive Systems AG eine Beteiligung von mehr als 10 %.

■ *P&I Personal & Informatik AG*

Die Deutsche Balaton AG konnte im Geschäftsjahr 2010 einen Teil ihrer Beteiligung an der P&I Personal & Informatik AG (P & I), Wiesbaden, veräußern. Der Verkauf führte im Geschäftsjahr 2010 zu einem Ergebnisbeitrag in Höhe von 5,3 Mio. Euro bei der Deutsche Balaton AG. Durch den Verkauf hat sich die unmittelbare Beteiligung der Deutsche Balaton AG an dem Anbieter von Personalsoftware von rd. 5,4 % auf rd. 1,6 % verringert. Konzernweit besteht die Beteiligung noch in Höhe von rd. 1,7 %.

In den ersten neun Monaten ihres Geschäftsjahres 2010/2011 (1. April 2010 bis 31. Dezember 2010) konnte P & I, nach Angaben in einer Veröffentlichung der Gesellschaft, ihren Umsatz auf rd. 51,8 Mio. Euro (Vj.: rd. 47,2 Mio. Euro) steigern. Dabei erzielte P & I ein Ergebnis vor Steuern und Zinsen (EBIT) in Höhe von rd. 11,8 Mio. Euro (Vj.: rd. 11,5 Mio. Euro). Das entspricht einer EBIT-Marge von rd. 22,8 % (Vj.: rd. 24,4 %).

Mit einem Umsatzwachstum von größer 5 % gegenüber dem zurückliegenden Berichtsjahr und einem Lizenzumsatz auf Basis des Vorjahresniveaus soll der P & I-Konzern eine EBIT-Marge auf dem erreichten Niveau des vorangegangenen Geschäftsjahres 2009/2010 anstreben.

Im Februar 2011 hat P & I den Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags mit der Argon GmbH, mit der Argon als herrschendem Unternehmen und der P&I AG als abhängiger Gesellschaft bekannt gegeben. Die Hauptversammlung der P & I hat dem Unternehmensvertrag am 24. März 2011 zugestimmt.

#### ■ *TDS Informationstechnologie AG*

Der Vorstand der TDS Informationstechnologie AG (TDS AG) mit Sitz in Neckarsulm erwartet nach einer Unternehmensmitteilung für das am 31. März 2011 beendete Geschäftsjahr des Anbieters von IT-Lösungen eine negative EBIT-Marge der TDS-Gruppe. Hintergrund der angenommenen Entwicklung ist die unerwartet schlechte Entwicklung des Ergebnisses im Bereich HR Services & Solutions, die sich erheblich negativ auf das EBIT (Ergebnis vor Steuern und Zinsen) ausgewirkt hat. Das EBIT wird, bei nahezu gleichbleibenden Umsatzerlösen von rd. 132 Mio. Euro (Vj. rd. 135 Mio. Euro), vom Vorstand mit rd. -3,0 Mio. Euro vorhergesagt.

Im Geschäftsjahr 2010 hat der Deutsche Balaton-Konzern für die rd. 6 %-ige Beteiligung an der TDS eine Ausgleichszahlung aus dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der TDS und der Fujitsu Services Overseas Holdings Ltd. als herrschendem Unternehmen in Höhe von rd. 0,5 Mio. Euro (Deutsche Balaton AG: rd. 0,4 Mio. Euro; CornerstoneCapital AG: rd. 0,1 Mio. Euro) erhalten.

#### ■ *Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG*

Die Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG (Fidelitas), Heidelberg, an der unverändert eine Beteiligung der Deutsche Balaton AG von 70 % besteht, ist eine Beteiligungsgesellschaft, deren Fokus auf Investitionen in nicht-börsennotierte Beteiligungen liegt. Die Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG erzielte im Geschäftsjahr 2010 ein nahezu ausgeglichenes Jahresergebnis (Vj. rd. -8 Tsd. Euro). Die Gesellschaft hält unverändert eine 100 %-ige Beteiligung an der Fortuna Maschinenbau Holding AG, Bad Staffelstein, einem Hersteller von Bäckereimaschinen, sowie 66,2 % der Anteile des Herstellers technischer

Spezialpapiere, der Papierwerke Lenk AG mit Sitz in Kappelrodeck (Schwarzwald).

#### ■ *Weitere Beteiligungen*

Neben den vorstehend genannten Beteiligungen hält die Deutsche Balaton AG weitere Beteiligungen in veränderlicher Höhe, unter anderem auch an der Nemetschek AG, der PUMA AG und der Hans Einhell AG.

#### **4. Nachtragsbericht**

Im Februar 2011 hat der Aufsichtsrat Herrn Rolf Birkert zunächst bis zum 30. Juni 2011 zum weiteren Vorstandsmitglied der Gesellschaft bestellt. Im März 2011 hat der Aufsichtsrat Herrn Jörg Janich aus dem Vorstand mit sofortiger Wirkung abberufen.

Die Deutsche Balaton AG hat am 10. März 2011 ein Erwerbsangebot auf den Erwerb von von der Drägerwerk AG & Co. KGaA, Lübeck, begebenen Genussscheinen „Drägerwerk AG & Co. KGaA GENUSSSCHEINE (Serie K)“, ISIN DE0005550677, im elektronischen Bundesanzeiger und auf der Internetseite [www.deutsche-balaton.de](http://www.deutsche-balaton.de) veröffentlicht. Das Angebot bezog sich auf den Erwerb von bis zu Stück 50.000 Genussscheinen. Die Frist zur Annahme des Angebots (Angebotsfrist) endete am 17. März 2011, 12:00 Uhr (Ortszeit Frankfurt am Main).

Bis zum Ablauf der Annahmefrist sind der Deutsche Balaton Annahmeerklärungen für insgesamt Stück 5.484 Genussscheine zugegangen.

Die Deutsche Balaton AG hat am 10. März 2011 ein Erwerbsangebot auf den Erwerb von von der Drägerwerk AG & Co. KGaA, Lübeck, begebenen Genussscheinen „Drägerwerk AG & Co. KGaA GENUSSSCHEINE (Serie A)“, ISIN DE0005550651, im elek-



tronischen Bundesanzeiger und auf der Internetseite [www.deutsche-balaton.de](http://www.deutsche-balaton.de) veröffentlicht. Das Angebot bezog sich auf den Erwerb von bis zu Stück 20.000 Genussscheinen. Die Frist zur Annahme des Angebots (Angebotsfrist) endete am 17. März 2011, 12:00 Uhr (Ortszeit Frankfurt am Main).

Bis zum Ablauf der Annahmefrist sind der Deutsche Balaton Annahmeerklärungen für insgesamt Stück 18.753 Genussscheine zugegangen.

Die Deutsche Balaton AG hat am 23. März 2011 ein Erwerbsangebot auf den Erwerb von von der Drägerwerk AG & Co. KGaA, Lübeck, begebenen Genussscheinen „Drägerwerk AG & Co. KGaA GENUSSSCHEINE (Serie D)“, ISIN DE0005550719, im elektronischen Bundesanzeiger und auf der Internetseite [www.deutsche-balaton.de](http://www.deutsche-balaton.de) veröffentlicht. Das Angebot bezog sich auf den Erwerb von bis zu Stück 30.000 Genussscheinen. Die Angebotsfrist endet nach Erstellung des Lageberichts.

Die Deutsche Balaton AG hat am 28. März 2011 beschlossen, den Aktionären der MISTRAL Media AG, ISIN DE000A1E8HD1, im Wege eines freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebots den Erwerb ihrer auf den Namen lautenden Stückaktien der MISTRAL Media AG mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 1,00 Euro je Stückaktie anzubieten. Der Stimmrechtsanteil der Deutsche Balaton AG an der MISTRAL Media AG beträgt rd. 20 %.

Die Bieterin beabsichtigt, den Aktionären der MISTRAL Media AG als Gegenleistung für ihre Aktien eine Geldleistung in Höhe von 0,67 Euro je Mistral-Aktie anzubieten.

## 5. Chancen- und Risikobericht

### 5.1 Allgemeine Aussagen

Die Deutsche Balaton AG ist in ihrer Geschäftstätigkeit einer Vielzahl interner und externer Risiken ausgesetzt. Die Deutsche Balaton AG definiert Risiken nicht nur als den Unternehmensbestand gefährdende, sondern auch als den Geschäftserfolg bedeutsam beeinflussende Ereignisse und Entwicklungen. Einzelrisiken können sich gegenseitig verstärken bzw. können sich jedenfalls teilweise kompensieren. Diese wechselseitigen Abhängigkeiten berücksichtigt die Deutsche Balaton AG bei den für sie bedeutsamen Einzelrisiken, die in externe Risiken, Finanzrisiken, operative Risiken und Risiken aus Corporate Governance unterteilt sind.

Im Rahmen der Risikosteuerung bildet das bei der Deutsche Balaton AG eingerichtete interne Kontrollsystem (IKS) einen integralen Bestandteil des Risikomanagements. Die Steuerung von Chancen und Risiken ist bei der Deutsche Balaton AG nicht einer bestimmten organisatorischen Einheit zugeordnet, sondern im Rahmen des IKS als ein integraler Bestandteil der Unternehmensführung eingerichtet. Daher verantwortet der Vorstand der Deutsche Balaton AG unmittelbar den Umfang und die Ausrichtung der eingerichteten Systeme sowohl für die Deutsche Balaton AG als auch den Deutsche Balaton-Konzern. Anhand der unternehmensspezifischen Anforderungen der Deutsche Balaton legt der Vorstand der Deutsche Balaton AG den Umfang und die Ausrichtung der eingerichteten Kontrollsysteme in eigener Verantwortung anhand der unternehmensspezifischen Anforderungen fest und bestimmt deren Ausgestaltung.

Funktionsfähig eingerichtete angemessene Systeme zur Risikosteuerung ermöglichen ein frühzeitiges Erkennen von Risiken und einen sorgsamem Umgang

mit erkannten Risiken. Dennoch bleibt unternehmerisches Handeln stets mit Risiken verbunden. Das Ziel der Deutsche Balaton ist daher der bewusste Umgang mit potenziellen Risiken und eine verbesserte Kontrolle von Einzelrisiken sowie der konsequente Umgang mit auftretenden Risiken.

Mit dem Risikomanagement eng verknüpft ist bei der Deutsche Balaton AG das Chancenmanagement. Aus einer aktiven Kontrolle der Risiken können Ziele und Strategien der Geschäftspolitik abgeleitet und für ein angemessenes Chancen-Risiko-Verhältnis gesorgt werden. Wie das Risikomanagement obliegt die Verantwortung zum frühzeitigen und regelmäßigen Identifizieren, Analysieren und Managen von Chancen unmittelbar dem Vorstand, der sich intensiv mit Markt- und Kursanalysen, branchenspezifischen Rahmendaten, Marktentwicklungen und -szenarien sowie dem politischen und steuerlichen Unternehmensumfeld befasst. Hieraus leitet der Vorstand konkrete unternehmensspezifische Chancenpotenziale ab.

### ■ 5.2 Zielsetzungen

Das Risikomanagement der Deutsche Balaton AG hat das Ziel, wesentliche Risiken aus der Geschäftstätigkeit zu identifizieren, zu messen und zu steuern. Dabei ist es das Ziel des Risikomanagementsystems, jederzeit einen Überblick über die Risiken zu gewährleisten und so im Rahmen einer Risikovermeidung bzw. Risikominimierung durch eine angemessene Chancen-/Risikoverteilung den Unternehmenserfolg zu optimieren. Hierbei ist für den Vorstand die Rendite auf das eingesetzte Kapital neben dem Wert je Aktie die zentrale Steuerungsgröße.

Das aktive Risikomanagement dient der Sicherung des Fortbestandes des Unternehmens, d. h. der zukünftigen Entwicklung und Ertragskraft der Deutsche

Balaton AG und des Konzerns. Zugleich sollen Einzelrisiken reduziert werden, die eine Verletzung der Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der verwendeten oder enthaltenen Informationen und Daten im Rahmen der Ausführung von Tätigkeiten zur Folge haben. Im Rahmen des Risikomanagements sollen außerdem Abweichungen von den Unternehmenszielen erfasst werden, um ein rechtzeitiges Gegensteuern zu ermöglichen.

Erkannte Risiken werden hinsichtlich ihres Einflusses auf die Deutsche Balaton AG oder die Tochtergesellschaften untersucht und ihr mögliches Risikopotential ermittelt. In Einzelfällen erfolgt bereits auf dieser Ebene die unterstützende Einschaltung externer Berater.

### ■ 5.3 Organisatorischer Aufbau

Das Kontroll- und Risikomanagementsystem der Deutsche Balaton AG ist an der Geschäftstätigkeit der Deutsche Balaton AG und des Konzerns ausgerichtet.

Auf Ebene der Deutsche Balaton AG sind die Mitarbeiter zu einer unverzüglichen ad-hoc Berichterstattung von aufgetretenen oder möglichen Risiken angehalten. Darüber hinaus findet im Rahmen von regelmäßigen Sitzungen ein Informationsaustausch statt, der eine Erkennung und Behandlung von Risiken ermöglicht.

Im Konzern erfolgt die Risikosteuerung, ungeachtet der fortbestehenden und durch das Risikokontrollsystem unangetasteten Verantwortung der Deutsche Balaton AG, grundsätzlich eigenständig auf Ebene der jeweiligen Konzernunternehmen. Im Rahmen der konzernweiten Risikobeobachtung unterstützt die Deutsche Balaton AG ihre Tochterunternehmen bei der Wahrnehmung der Aufgaben des Risikocontrollings. Im Rahmen der Risikokontrolle steht der Vor-

stand der Deutsche Balaton AG in einem regelmäßigen Austausch mit den Tochtergesellschaften.

Sowohl auf Ebene der Deutsche Balaton AG als auch des Deutsche Balaton-Konzerns werden im Einzelfall externe Berater zur Unterstützung des Risikoprozesses hinzugezogen.

Im Bereich der Compliance existieren Verhaltensanweisungen für die Deutsche Balaton AG und die Konzernunternehmen, die sich insbesondere auf die Einhaltung aktien- und wertpapierrechtlicher Vorschriften beziehen.

Die Identifizierung von Risiken erfolgt im Rahmen des auf Ebene der Unternehmensleitung angesiedelten Risikomonitorings, das eine zentrale Aufgabe des Risikomanagements darstellt. Bestandteile des Risikomonitoringprozesses sind unter anderem die Liquiditätsplanung sowie eine wöchentliche Vermögensaufstellung, die auch eine Aufstellung über die Veränderungen der Portfoliozusammensetzung und des Portfoliowertes beinhaltet. Aus diesen Unterlagen lassen sich Frühwarnindikatoren in Bezug auf einzelne Risiken ableiten, anhand derer sich Prognosen in Bezug auf Unternehmensrisiken erstellen lassen, die vom Vorstand durch verschiedene Szenarioanalysen ergänzt werden. Die Unternehmensleitung entscheidet auf Basis dieser Informationen, gegebenenfalls unter Hinzuziehung externer Spezialisten, ob und in welchem Umfang Maßnahmen zur Risikobewältigung zu ergreifen sind.

Der Vorstand erstattet dem Aufsichtsrat im Rahmen der Aufsichtsratssitzungen Berichte in Bezug auf die Entwicklung einzelner Portfoliounternehmen sowie die Unternehmensentwicklung. Der Aufsichtsrat hat außerdem einen Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte beschlossen, die der Vorstand nur mit Zustim-

mung des Aufsichtsrats vornehmen darf. Der Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte ist in einen Regelungskatalog eingebunden, welcher die Geschäftsführung und Berichterstattung durch den Vorstand im Sinne einer Geschäftsordnung regelt.

Durch die Ansiedelung des Risikomanagements auf Ebene der Unternehmensleitung ist eine laufende Überwachung der eingeleiteten Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit durch den Vorstand sichergestellt.

Der Vorstand sieht bei der Deutsche Balaton AG derzeit keine „den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen“.

■ *5.4 Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem bezogen auf den (Konzern-) Rechnungslegungsprozess (Bericht gem. §§ 289 Abs. 5, 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB)*

Bei der Deutsche Balaton AG ist ein internes Kontroll- und Risikomanagementsystem in Bezug auf den (Konzern-) Rechnungslegungsprozess (IKS-RP) eingerichtet. Die Ausgestaltung des IKS-RP orientiert sich an dem Geschäftsumfang und der Art der bei der Deutsche Balaton AG vorkommenden Geschäftsvorfälle.

Die Verantwortung für die Erstellung und Richtigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts der Deutsche Balaton AG obliegt dem Vorstand der Deutsche Balaton AG. Dieser hat den Einzelabschluss zum 31. Dezember 2010 nach den nationalen Rechnungslegungsbestimmungen des deutschen Handelsgesetzbuches und des Aktiengesetzes aufgestellt.

Darüber hinaus fällt die Unterhaltung und laufende Überwachung eines angemessenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf

den Rechnungslegungsprozess in den Verantwortungsbereich des Vorstands. Zu den Grundlagen des internen Kontrollsystems gehört neben der laufenden internen Abstimmung von Vorgängen die Trennung von Funktionen sowie die Einhaltung von Arbeitsanweisungen. Die Steuerung des Konzernrechnungslegungsprozesses bei der Deutsche Balaton AG obliegt dem Vorstand.

Das Kontroll- und Risikomanagementsystem hat die Ordnungsgemäßheit und Verlässlichkeit der internen sowie der externen Rechnungslegung zum Ziel und ist darauf ausgerichtet, die Darstellung und Richtigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie des Konzernabschlusses und Konzernlageberichts und die darin jeweils gemachten Angaben zu gewährleisten. Hierzu hat der Vorstand auf Ebene der Deutsche Balaton AG verschiedene Überwachungsmaßnahmen eingerichtet. Sämtliche buchhaltungsrelevanten Geschäftsvorfälle unterliegen einem Vier-Augen-Prinzip. Der Vorstand überwacht außerdem rechnungslegungsrelevante Prozesse durch Stichproben. Sämtliche neu eingegangenen Vertragsbeziehungen werden systematisch erfasst und laufend kontrolliert und überwacht.

Die Deutsche Balaton AG verfügt über eine klare und übersichtliche Führungs- und Unternehmensstruktur, die auch in der schlanken Besetzung der Fachabteilungen zum Ausdruck kommt. Bereichsübergreifende Schlüsselfunktionen werden vom Vorstand der Deutsche Balaton gesteuert.

In Bezug auf den Rechnungslegungsprozess sind die Funktionen der beteiligten Mitarbeiter und externen Dienstleister klar nach Verantwortungsbereichen gegliedert. Sämtliche Mitarbeiter, die mit Aufgaben im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses betraut sind, verfügen über die für die Wahrnehmung ihrer

Aufgaben erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten und sind mit den für die ordnungsgemäße Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Ressourcen in qualitativer und quantitativer Hinsicht ausgestattet.

Die Rechnungslegung erfolgt bei der Deutsche Balaton AG, soweit dies möglich ist, unter Einsatz von Standardsoftware des Herstellers DATEV. Der Zugang zu den rechnungslegungsbezogenen EDV-Systemen ist durch Zugriffsbeschränkungen geschützt.

Buchungsdaten, die von der Deutsche Balaton AG im Rahmen der Rechnungslegung an externe Dienstleister weitergegeben werden oder welche die Deutsche Balaton AG von Dritten erhält, werden in Stichproben auf ihre Richtigkeit überprüft. Im Rahmen des EDV-gestützten Rechnungslegungsprozesses finden außerdem Plausibilitätskontrollen statt.

Im Rahmen der Konzernrechnungslegung wird durch interne Anweisungen über die Bilanzierung von Geschäftsvorfällen eine einheitliche Rechnungslegung erreicht. Die meisten Konzerngesellschaften erstellen ihre Abschlüsse lokal und leiten diese, unter Berücksichtigung der maßgeblichen Rechnungslegungsbestimmungen und internen Anweisungen zur Rechnungslegung, zur Konsolidierung an die Deutsche Balaton AG als Konzernmuttergesellschaft weiter. Die unmittelbare Verantwortung für die Einhaltung der maßgeblichen Rechnungslegungsvorschriften sowie den ordnungsgemäßen und zeitgerechten Ablauf des Rechnungslegungsprozesses verbleibt dabei bei den jeweiligen Konzerngesellschaften, insbesondere der ordnungsgemäße und zeitgerechte Ablauf der Rechnungslegungsprozesse sowie die Darstellung und Richtigkeit der Jahresabschlüsse der Konzerngesellschaften muss aber im Rahmen der Steuerung des Konzernrechnungslegungsprozesses, die dem Vorstand der Deutsche Balaton AG obliegt, überwacht

werden, um bei Abweichungen korrigierend eingreifen zu können. Die meisten Konzerngesellschaften werden während des gesamten Konzernrechnungslegungsprozesses durch zentrale Ansprechpartner bei der Deutsche Balaton AG unterstützt.

Konzerninterne Leistungsbeziehungen werden im Rahmen der laufenden Rechnungslegung auf Ebene der Konzernmuttergesellschaft erfasst und im Rahmen der Konsolidierungsarbeiten eliminiert.

Die Erstellung des Konzernrechnungslegungswerkes erfolgt zentral auf Basis der von den konsolidierungspflichtigen Unternehmen zur Verfügung gestellten Daten. Die Konsolidierungsarbeiten sowie erforderliche Abstimmungsarbeiten erfolgen durch die Deutsche Balaton AG gemeinsam mit externen Beratern. Dem Vorstand der Deutsche Balaton AG obliegt außerdem die zeitliche und prozessorganisatorische Überwachung der Konsolidierungsarbeiten. Für spezielle fachliche Fragestellungen werden externe Berater unterstützend hinzugezogen.

#### ■ 5.5 Einzelrisiken

Der Vorstand sieht als Risiken, die im Zusammenhang mit dem Beteiligungsgeschäft der Deutsche Balaton AG stehen, insbesondere Marktpreisrisiken, branchen- und unternehmensspezifische Risiken, steuerrechtliche Risiken sowie Liquiditätsrisiken. Die Verantwortung für die Risikomanagementaktivitäten in Bezug auf die Risiken in den vorgenannten Bereichen obliegt dem Vorstand, der auch für die Planung, Steuerung und Kontrolle der zuvor genannten Risiken verantwortlich ist.

Der Vorstand sieht bei der Deutsche Balaton AG derzeit keine „den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen“.

#### ■ Gesetzliche Risiken

Unter gesetzlichen Risiken verstehen wir rechtliche und regulatorische Risiken, welche die Geschäftstätigkeit der Deutsche Balaton AG negativ beeinflussen können.

Als Unternehmen ist die Deutsche Balaton AG einer Vielzahl von rechtlichen Risiken ausgesetzt. Hierzu zählen insbesondere Risiken aus den Bereichen des Steuerrechts, Gesellschaftsrechts und Wertpapierhandelsrechts. Die Ergebnisse von gegenwärtig anhängigen bzw. künftigen Verfahren können oft nicht mit Sicherheit vorausgesehen werden, sodass aufgrund von gerichtlichen oder behördlichen Entscheidungen oder der Vereinbarung von Vergleichen Aufwendungen entstehen können, die Auswirkungen auf das Geschäft der Deutsche Balaton AG und ihre Ergebnisse haben können.

Die Deutsche Balaton AG ist als börsennotiertes Beteiligungsunternehmen außerdem verschiedenen regulatorischen Risiken ausgesetzt. Hierbei sind insbesondere Risiken aus der Regulierung des Wertpapierhandels, des Handels- und Bilanzrechts und des Aktienrechts zu erwähnen. Weiter unterliegt die Gesellschaft verschiedenen passiven Klagerisiken. Entsprechende Risiken können aus einer Änderung der Gesetzgebung oder unterlassenen oder falschen Mitteilungen nach WpHG und AktG herrühren. Die Realisierung entsprechender Risiken kann zu einem Stimmrechtsverlust bei Beteiligungen, der Nichtdurchführbarkeit von Hauptversammlungsbeschlüssen oder einem Schadensersatzrisiko führen. Die Gesellschaft begegnet diesem Risiko durch die laufende Überwachung von Stimmrechtsmitteilungen und einem laufenden Screening von Ad-hoc-Meldungen. Darüber hinaus erfolgt eine laufende Überwachung von Stimmrechtsschwellen. In Zweifelsfällen

werden fallweise externe Rechtsanwaltskanzleien insbesondere in den Bereichen des WpHG und AktG in die Entscheidungsfindung und Risikoabwehr eingebunden.

#### ■ *Politische Risiken*

Zu den politischen Risiken, denen die Deutsche Balaton AG ausgesetzt ist, zählen gesetzgeberische oder behördliche Maßnahmen, Aufruhr, kriegerische Ereignisse oder Revolution im Ausland, welche die Realisierung von Forderungen oder die Durchsetzung von Gesellschafter- und Teilhaberechten verhindern. Daneben fällt die Möglichkeit der Nichtkonvertierung und Nichttransferierung von in Landeswährung eingezahlten Beträgen infolge von Beschränkungen des zwischenstaatlichen Zahlungsverkehrs unter die politischen Risiken, denen sich die Deutsche Balaton AG ausgesetzt sieht. Außerdem besteht die Gefahr, dass die Deutsche Balaton AG aufgrund politischer Ursachen ihr an sich zustehende Ansprüche nicht durchsetzen kann.

Die Deutsche Balaton AG beobachtet daher die politische Entwicklung der Länder, in denen Beteiligungen bestehen, regelmäßig und holt gegebenenfalls vor Ort Informationen über die Entwicklung der politischen Verhältnisse ein. Eine Risikominimierung erfolgt durch die schwerpunktmäßige Beschränkung von Investitionen in den EU-Raum.

#### ■ *Allgemeine Marktpreisrisiken*

Die von der Deutsche Balaton AG gehaltenen börsennotierten Beteiligungen unterliegen dem Risiko von Wertschwankungen. Solche Wertschwankungen können aus sich ändernden Marktpreisen aufgrund einer allgemeinen Tendenz an den Aktienmärkten resultieren. Diese können ihre Ursache beispielsweise in

konjunkturellen Faktoren haben. Außerdem können auch marktpsychologische Umstände zu Kursschwankungen und damit Marktpreisveränderungen bei den börsennotierten Beteiligungen führen. Dieses allgemeine Marktrisiko kann durch eine Diversifikation der Beteiligungen und ein aktives Portfoliomanagement nur bedingt ausgeschlossen werden, da alle Wertpapiere dem Marktpreisrisiko gleichermaßen ausgesetzt sind. Die regelmäßige Beobachtung der Börsendaten sowie der Unternehmens- und Börsennachrichten gibt dem Vorstand die Möglichkeit marktpreisrelevante Ereignisse zu erfassen und in der konkreten Situation geeignete Maßnahmen zur Schadensminimierung treffen zu können. Der Vorstand überwacht regelmäßig die Wertanteile der Einzelpositionen der Beteiligungen.

Die Deutsche Balaton AG war in der Vergangenheit und im Geschäftsjahr 2010 aufgrund gesunkener Marktpreise gezwungen, teilweise Abschreibungen auf den jeweils niedrigeren beizulegenden Wert von ihr gehaltener Vermögensgegenstände und Beteiligungen an anderen Gesellschaften vorzunehmen. Solche Wertberichtigungen können auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden.

#### ■ *Branchenspezifische Beteiligungsrisiken*

Neben allgemeinen Marktpreisrisiken bestehen Risiken, die sich in einzelnen Unternehmensbranchen realisieren können. So können sich bei Beteiligungen der Deutsche Balaton AG wirtschaftliche, rechtliche, technologische oder wettbewerbsspezifische Rahmenbedingungen verändern. Der Beteiligungsansatz der Deutsche Balaton AG ist grundsätzlich nicht branchenspezifisch. Die Unternehmensbranchen, in welche die Deutsche Balaton AG durch Eingehen von Beteiligungen investiert, sind nur ein Kriterium für die Auswahl einzugehender Investments. Der

Vorstand ist bestrebt, eine Diversifikation des Portfolios beizubehalten und so das branchenspezifische Beteiligungsrisiko zu begrenzen. Die nicht auf bestimmte Branchen begrenzte Streuung des Beteiligungsportfolios bietet dem Vorstand die Chance, Veränderungen branchenspezifischer Rahmenbedingungen nach Abwägung der Chancen und Risiken für neue Investments zu nutzen.

#### ■ *Unternehmensspezifische Beteiligungsrisiken*

Unter unternehmensspezifischen Risiken versteht der Vorstand das Risiko einer rückläufigen Entwicklung des Marktpreises von Beteiligungen, die ursächlich auf unmittelbar oder mittelbar bei dem Beteiligungsunternehmen vorhandene Faktoren zurückgeht. Sollten sich unternehmensspezifische Risiken einschließlich technologischer Entwicklungen, welche für das jeweilige Beteiligungsunternehmen von Bedeutung sind, realisieren, könnte die Deutsche Balaton AG einen beabsichtigten Veräußerungsgewinn nicht erzielen und müsste gegebenenfalls sogar einen Verlust bis hin zum Totalausfall hinnehmen. Dies könnte negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Balaton AG haben.

Der Vorstand versucht, dieses Risiko durch eine dem potenziellen Investment angemessene Voranalyse zu minimieren und wägt die erwarteten Chancen und Risiken eines Beteiligungsinvestments vor Eingehen eines Investments gegeneinander ab. Weiterhin gibt die regelmäßige Beobachtung der Börsen- und Finanzdaten sowie der Unternehmens- und Börsen Nachrichten dem Vorstand die Möglichkeit, unternehmensspezifische Ereignisse zu erfassen und geeignete Maßnahmen zur Schadensminimierung treffen zu können. Der Vorstand überwacht regelmäßig die Wertanteile der Einzelpositionen der Beteiligungen.

#### ■ *Steuerrechtliche Risiken*

Die Veränderung steuerlicher Rahmenbedingungen kann sich nachteilig auf das Geschäft der Deutsche Balaton AG auswirken.

Die Deutsche Balaton AG geht davon aus, dass die Gesellschaft aufgrund von Verlustvorträgen nicht oder nur teilweise zu Steuerzahlungen verpflichtet ist, solange und soweit der steuerliche Verlustvortrag nicht durch erzielte Jahresüberschüsse aufgebraucht ist. Aktuell sind die bestehenden Verlustvorträge wirtschaftlich allerdings nur in begrenztem Umfang nutzbar. Sollten die von der Gesellschaft ermittelten steuerlichen Verlustvorträge nicht oder nicht in der errechneten Höhe von der Finanzverwaltung akzeptiert werden, führte dies nach Ansicht der Gesellschaft zu einer Verringerung der bestehenden Verlustvorträge. In diesem Fall wären Steuernachzahlungen möglich.

Änderungen im Steuerrecht bergen das Risiko, dass die steuerliche Belastung der Deutsche Balaton AG zunimmt. Eine höhere steuerliche Belastung der Deutsche Balaton AG mit direkten oder indirekten Steuern führt zu einer Verringerung des Jahresergebnisses und damit des wirtschaftlichen Erfolgs. In der Folge könnten sich hieraus nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Balaton AG ergeben.

#### ■ *Liquiditätsrisiken in Bezug auf Beteiligungen*

Liquiditätsrisiken in Bezug auf die Marktliquidität börsennotierter Beteiligungen können aufgrund einer nur geringen Liquidität der im Portfolio der Deutsche Balaton AG gehaltenen Beteiligungen bestehen. Die Deutsche Balaton AG beteiligt sich auch an börsennotierten Unternehmen, die nur eine geringe Marktliquidität aufweisen, aber kurz- bis mittelfristig ein großes



Chancen-/Risiko-Verhältnis aufweisen. Beteiligungen an börsennotierten Unternehmen mit einer geringen Handelsliquidität bergen jedoch oftmals auch das Risiko in sich, dass ein Verkauf der Beteiligung über die Börse nur schwer oder gar nicht möglich ist. Dieses Risiko ist auch Beteiligungen, die nicht an einer Börse gehandelt werden, immanent. Die Veräußerung von nicht börsennotierten Unternehmensbeteiligungen ist oftmals nur im Rahmen eines aufwändigen, strukturierten Verkaufsprozesses möglich.

Der Vorstand versucht, dieses Risiko durch eine umfangreiche Voranalyse potenzieller Beteiligungsobjekte zu minimieren und wägt die erwarteten Chancen und Risiken eines Beteiligungsinvestments vor Eingehen eines Investments sorgfältig gegeneinander ab.

Im gegenwärtigen Marktumfeld sieht der Vorstand die Veräußerungsmöglichkeiten eingeschränkt.

#### ■ *Zinsänderungsrisiken*

Zinsänderungsrisiken sind für die Deutsche Balaton AG zur Zeit nicht wesentlich, da die ausgegebene Unternehmensanleihe mit einem festen Zinssatz bis 2013 läuft und im Übrigen bei Zinssatzänderungen in beide Richtungen sowohl Aktiv- als auch Passivzinssätze sich in die gleiche Richtung verändern. Anlagen in zinstragende Wertpapiere oder Darlehen erfolgen ebenso wie die Aufnahme von Bankdarlehen in der Regel nur mit kurzer Laufzeit oder bis auf weiteres. Es gibt im Übrigen keinen Grund, bei gleichbleibend hoher Eigenkapitalquote und vorhandenen Sicherheiten steigende Zinsmargen für die die Deutsche Balaton AG finanzierenden Banken zu unterstellen, jedenfalls würde sich die Gesellschaft dagegen wehren und versuchen, mit anderen Banken in Geschäftsbeziehung zu treten. Die mit den Banken vereinbarten Zinsmargen liegen i. d. R. zwischen

0,5 und 1,25 Prozentpunkten für einmonatige EURIBOR-Kredite.

#### ■ *Informationstechnologische Risiken*

Die Deutsche Balaton AG identifiziert im Bereich informationstechnologischer Risiken neben Risiken in Form von Datenverlusten und Systemausfallzeiten auch das Risiko des Missbrauchs informationstechnischer Anlagen.

Das Risiko von Datenverlusten wird durch regelmäßige Sicherungen der elektronisch verfügbaren Unternehmensdaten minimiert, insbesondere der Unternehmensdatenbanken, der Finanzbuchhaltung und der Rechnungslegungsdaten. Außerdem werden alle von unseren Mitarbeitern innerhalb der Server-Client-Umgebung erstellten Dateien ebenfalls gesichert. Für die Datensicherungen werden werktäglich separate Festplatten verwendet. Die Aufbewahrung der Datensicherungsplatten erfolgt an sicheren, gegen Brand geschützten Orten.

Der Zugriff auf elektronische Dokumente und auf die EDV-Systeme ist durch Benutzerzugriffsrechte geschützt.

Systemausfallzeiten werden durch den Einsatz von sachkundigen Mitarbeitern auf ein geringes Maß reduziert. Gegen schädliche Computerprogramme wird aktuelle Schutzsoftware eingesetzt.

Geschäftsvorfälle und Transaktionen sind durch Mitarbeiter nicht über EDV-Anlagen auslösbar. Die Freigabe von vorbereiteten elektronisch auszuführenden Transaktionen und Geschäftsvorfällen muss durch den Vorstand mittels separater TAN-Freigabe erfolgen.



### ■ Finanzmarktrisiken

Die Deutsche Balaton AG ist als Beteiligungsunternehmen von der Stabilität der Finanzmarktsysteme, insbesondere den Börsen und Banken, abhängig. Darüber hinaus bestehen für die Deutsche Balaton AG Finanzmarktrisiken in Form von Zinsschwankungen sowie der Änderung von Wechselkursen, Aktienkursen und Rohstoffpreisen. Die Finanzmarktrisiken können einen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Balaton AG haben. Die Deutsche Balaton AG steuert und überwacht Finanzmarktrisiken überwiegend im Rahmen der operativen Geschäfts- und Finanzierungsaktivitäten und bei Bedarf in Ausnahmefällen durch den Einsatz derivativer Finanzinstrumente.

Die Deutsche Balaton AG ist als Beteiligungsunternehmen Kursschwankungen an den Aktienmärkten ausgesetzt. Insbesondere Wertpapiere, die eine geringe Marktliquidität aufweisen, bergen ein Risiko des Wertverlustes. Durch die regelmäßige Beobachtung der Börsenentwicklung ist eine angemessene Risiko- steuerung durch den Vorstand gewährleistet. Der Vorstand trifft in der konkreten Situation, unter Beachtung des Anlagehorizonts, je nach Möglichkeit geeignete Maßnahmen zur Schadensminderung.

Darüber hinaus besteht im Einzelnen ein Emittentenrisiko. Hierunter versteht die Deutsche Balaton AG das Risiko in Bezug auf die geschäftliche Entwicklung einzelner Emittenten von Wertpapieren. Das Emittentenrisiko kann dazu führen, dass einzelne Emittenten keine Ausschüttungen oder keine Darlehensrückzahlungen vornehmen können. Hierdurch kann die Liquidität und Ertragslage der Deutsche Balaton AG beeinträchtigt werden. Die Deutsche Balaton AG ist bemüht, das Emittentenrisiko durch eine Diversifikation des Beteiligungsportfolios zu begrenzen.

Wechselkursrisiken bestehen in Bezug auf ausländische Wertpapiere und Forderungen bzw. Verbindlichkeiten. Der Vorstand ist bemüht, den Einfluss von Wechselkursschwankungen gering zu halten. Forderungen und Verbindlichkeiten in ausländischen Währungen spielen eine eher untergeordnete Rolle im Geschäft der Deutsche Balaton AG. In Einzelfällen erfolgt eine Absicherung des Wechselkursrisikos durch Währungssicherungsgeschäfte.

Die Fremdfinanzierung der Deutsche Balaton unterliegt dem Risiko schwankender Zinssätze an den Kapitalmärkten. Steigende Zinssätze können zu höheren Refinanzierungskosten führen und sich negativ auf das Unternehmensergebnis auswirken. Neben Änderungen des Zinsniveaus können auch Änderungen der bestehenden Kreditkonditionen oder Kündigungen von Kreditlinien zum Nachteil der Deutsche Balaton negative Auswirkungen auf den Unternehmenserfolg haben. Insbesondere kann eine gegebenenfalls kurzfristig erfolgende Kündigung von Kreditlinien durch die Bank dazu führen, dass die Deutsche Balaton nicht in der Lage ist, einen gewährten Kredit innerhalb einer kurzen Frist vollständig zu bedienen. Die Deutsche Balaton minimiert dieses Risiko durch die Verteilung von Kreditinanspruchnahmen auf verschiedene Banken.

### ■ Forderungsrisiken

Die Deutsche Balaton AG ist im Zusammenhang mit der Finanzierung ihrer Beteiligungen und Konzernunternehmen und dem Verkauf von Beteiligungen an Dritte dem Risiko des Ausfalls von Forderungen ausgesetzt. Hierdurch entsteht die Gefahr, dass kurzfristig fällig werdende Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht vollständig fristgerecht erfüllt werden können.

Im Rahmen der Finanzierung von Beteiligungsunternehmen und Konzernunternehmen erfolgt die Zurverfügungstellung von Mitteln ausschließlich nach Durchführung einer Chancen-/Risiko-Analyse. In Abhängigkeit von der prognostizierten Ausfallwahrscheinlichkeit wird die Zurverfügungstellung von Finanzmitteln von der Stellung liquider Sicherheiten abhängig gemacht.

Entsprechendes gilt in Bezug auf gestundete Kaufpreiszahlungen.

Darüber hinaus bestehen Forderungsrisiken aus Investitionen in Genussscheine und Anleihen. In Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage des jeweiligen Emittenten kann die Zinszahlung und auch die Rückzahlung von Forderungen aus Anleihen und Genussrechten eingeschränkt sein oder ausfallen. Die Deutsche Balaton AG betreibt zur Risikominimierung eine regelmäßige Chancen-/Risikoanalyse.

#### ■ *Liquiditätsrisiken (Finanzierungsrisiken)*

Im Bereich der Finanzierungsrisiken ist die Deutsche Balaton AG dem Risiko ausgesetzt, kurzfristig fällig werdende Forderungen nicht oder nicht vollständig rechtzeitig bedienen zu können. Die Deutsche Balaton AG steuert diese Liquiditätsrisiken durch die Begrenzung der Inanspruchnahme von Lombardkrediten, die wertmäßig auf den jeweiligen Beleihungswert begrenzt sind. Auf Basis der Depotwerte und Beleihungswerte erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Kreditlimite durch den Vorstand. Im Rahmen einer Liquiditätsplanung erfasst der Vorstand die Liquiditätsrisiken und trifft Maßnahmen zur Minimierung dieser Risiken.

Verschiedene Banken haben der Deutsche Balaton AG laufende Kreditrahmen in unterschiedlicher Höhe

eingewährt. Die Deutsche Balaton AG nimmt aus den eingeräumten Kreditrahmen laufend Kredit in Anspruch. Die jeweils in Anspruch genommenen Kreditlinien sind in ihrer jeweiligen Höhe mit börsennotierten und von den jeweiligen Banken als beliehbar akzeptierten Wertpapieren ausreichend zu besichern. Das allgemeine Marktpreisrisiko sinkender Wertpapierpreise börsennotierter Wertpapiere kann dazu führen, dass eine ausreichende Besicherung der in Anspruch genommenen Kredite nicht mehr dargestellt werden kann und die Bank den Kredit zur sofortigen Rückzahlung fällig stellt. Außerdem kann die Prolongation von Krediten erschwert oder unmöglich sein oder die Bank kann laufende Kredite, die bis auf weiteres oder kurzfristig gewährt sind, kündigen. Zudem kann die Bank die jeweils zugrunde gelegten Beleihungswerte einseitig zum Nachteil der Deutsche Balaton AG anpassen und das zur Verfügung stehende Kreditvolumen hierdurch verringern.

Der Vorstand versucht, dieses Risiko durch eine vorausschauende und vorsichtige Planung der Kreditinanspruchnahmen zu minimieren. Zur weiteren Verminderung von Kreditbeschaffungsrisiken erfolgt die Inanspruchnahme von Krediten auf mehrere Banken verteilt.

#### ■ *Personalwirtschaftliche Risiken*

Personalrisiken ergeben sich im Wesentlichen durch Personalbeschaffung, mangelnde Qualifikation und Fluktuation. Diese Risiken werden begrenzt durch Weiterbildungsmaßnahmen und leistungsgerechte Vergütung.

Bei der Deutsche Balaton AG besteht eine vertrauensbasierte Unternehmenskultur mit flachen Hierarchien, die auf jeder Ebene eigenverantwortliches Handeln und Denken fordert. Der Zugang zu vertrau-

lichen Informationen birgt trotz ausgebauter Prüfungs- und Kontrollmechanismen grundsätzlich das Risiko des Missbrauchs. Personen, die im Sinne des Aktienrechts über Insiderkenntnisse verfügen, verpflichten sich zur Einhaltung der damit verbundenen Vorschriften. Darüber hinaus werden die bestehenden Autorisierungsregelungen regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

#### ■ *Managementrisiken*

Unter Managementrisiken verstehen wir die Möglichkeit, dass die Unternehmensführung eine grundlegende strategische Fehlentscheidung trifft, die bei den vorhandenen Informationen eigentlich vermeidbar wäre.

Managementrisiken werden daher unter Berücksichtigung derjenigen Informationen bewertet, die dem Management zum Entscheidungszeitpunkt zur Verfügung stehen oder mit vertretbarem Aufwand beschafft werden können. Bei wirtschaftlich bedeutsamen Entscheidungen ist neben dem Vorstand auch der Aufsichtsrat beratend in die Entscheidungsfindung einbezogen.

Im Rahmen der Überwachungstätigkeit des Aufsichtsrats hat dieser einen Katalog von Geschäften beschlossen, die der Vorstand nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vornehmen darf. Bestandteil des Katalogs ist auch eine Budgetplanung, die vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats jährlich vorzunehmen ist. Rechtsgeschäfte, die aufgrund des Zustimmungskatalogs der Zustimmung durch den Aufsichtsrat bedürfen bzw. nicht in der jeweiligen, vom Aufsichtsrat genehmigten jährlichen Budgetplanung beinhaltet sind, legt der Vorstand dem Aufsichtsrat zur vorherigen Zustimmung vor.

#### ■ *Risikomanagement als Chance*

Risiko- und Chancenmanagement sind bei der Deutsche Balaton AG eng miteinander verknüpft.

Aus einer aktiven Kontrolle der Risiken leiten wir Ziele und Strategien der Geschäftspolitik ab und sorgen so für ein angemessenes Chancen-Risiko-Verhältnis. Wie das Risikomanagement obliegt die Verantwortung zum frühzeitigen und regelmäßigen Identifizieren, Analysieren und Managen von Chancen unmittelbar dem Vorstand. Der Vorstand beschäftigt sich intensiv mit Markt- und Kursanalysen, branchenspezifischen Rahmendaten, Marktentwicklungen und -szenarien sowie dem politischen und steuerlichen Unternehmensumfeld. Hieraus leitet der Vorstand konkrete unternehmensspezifische Chancenpotenziale ab. Chancenpotenziale ergeben sich u. a. aus möglichen Börsenkurssteigerungen von Wertpapieren sowie Zins-, Dividenden und ähnlichen Erträgen aus Wertpapieren. Die Deutsche Balaton AG kann durch die Möglichkeit des institutionellen Zugangs zum Kapitalmarkt diese Chancenpotenziale in geeigneter Weise nutzen. Des Weiteren eröffnen sich durch die juristische Wahrnehmung von Rechten Chancenpotenziale. Hier sind beispielsweise Spruchstellenverfahren bei Squeeze-Outs zu nennen.

#### **6. Grundzüge des Vergütungssystems der Gesellschaft für die in § 285 Satz 1 Nr. 9 HGB genannten Gesamtbezüge**

Vorstandsmitglieder erhalten grundsätzlich 75 %–100 % ihres Gehalts als Festvergütung. Das im Berichtsjahr tätige Vorstandsmitglied erhielt eine Festvergütung ohne variable Bestandteile. Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder ist in § 15 der Satzung der Deutsche Balaton AG geregelt und somit gemäß den gesetzlichen Bestimmungen (§ 113 AktG) durch die

Hauptversammlung bestimmt. Nach § 15 der Satzung erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats eine Festvergütung ohne variable Bestandteile, wobei der Vorsitzende das Doppelte, der stellvertretende Vorsitzende das 1,5-fache der Grundvergütung erhält. Die Hauptversammlung der Gesellschaft vom 28. August 2006 hat den Vorstand ermächtigt, die in § 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe a Satz 6 und 7 HGB für den Jahresabschluss und in § 314 Abs. 1 Nr. 6 Buchstabe a Satz 6 und 7 für den Konzernabschluss verlangten Angaben in den Jahresabschlüssen und Konzernabschlüssen der Gesellschaft für den Zeitraum vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2010 zu unterlassen.

## **7. Übernahmerelevante Angaben**

■ *Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals*  
Hinsichtlich der Einteilung und Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals wird auf die im Anhang zum Jahresabschluss der Deutsche Balaton AG unter der Überschrift „Eigenkapital“ gemachten Angaben verwiesen.

■ *Direkte oder indirekte Beteiligungen am Kapital, die zehn Prozent der Stimmrechte überschreiten*  
Hinsichtlich direkter und indirekter Beteiligungen am Kapital der Deutsche Balaton AG, die zehn Prozent übersteigen, wird auf die im Anhang zum Jahresabschluss der Deutsche Balaton AG unter der Überschrift „Stimmrechtsmeldungen“ gemachten Angaben verwiesen.

■ *Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen*  
Am 16. Dezember 2009 hat die Deutsche Balaton AG mit der VV Beteiligungen AG, Heidelberg, einen Entherrschungsvertrag abgeschlossen. Mit dem Entherrschungsvertrag hat sich die VV Beteiligungen AG

verpflichtet, während der Laufzeit des Entherrschungsvertrages in den Hauptversammlungen der Deutsche Balaton AG grundsätzlich jeweils nur so viele Stimmrechte auszuüben, dass bei den jeweiligen Abstimmungen durch die VV Beteiligungen AG keine Stimmrechtsmehrheit erreicht wird. Der Entherrschungsvertrag ist auf unbestimmte Zeit, mindestens aber fünf Jahre, abgeschlossen.

### ■ *Kontrolländerungsklauseln*

Es gibt bei der Deutsche Balaton AG keine Kontrolländerungsklauseln, dem Vorstand sind keine Kontrolländerungsklauseln bei Tochtergesellschaften bekannt.

### ■ *Unternehmensleitung*

Die Gesellschaft wird durch den Vorstand vertreten und geleitet. Gemäß § 84 Absatz 1 und 3 AktG werden die Mitglieder des Vorstands durch den Aufsichtsrat bestellt und abberufen. Gemäß § 8 Abs. 1 der Satzung der Deutsche Balaton AG besteht der Vorstand aus einer oder mehreren Personen; die Zahl der Mitglieder des Vorstands bestimmt der Aufsichtsrat. Werden mehrere Personen zu Vorstandsmitgliedern bestellt, kann der Aufsichtsrat gemäß § 84 Absatz 2 AktG bzw. § 8 Absatz 3 der Satzung ein Mitglied zum Vorsitzenden und ein weiteres Mitglied des Vorstands zu dessen Stellvertreter ernennen. Soweit der Aufsichtsrat bei der Bestellung der Mitglieder des Vorstands keinen kürzeren Zeitraum beschließt, werden die Mitglieder des Vorstands für fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ein solcher Grund ist namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsmäßigen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung, es sei denn, dass das Vertrauen aus offenbar unsachlichen Gründen entzogen wor-

den ist. Der Vorstand kann sich eine Geschäftsordnung geben, wenn nicht die Satzung den Erlass der Geschäftsordnung dem Aufsichtsrat übertragen hat oder der Aufsichtsrat eine Geschäftsordnung für den Vorstand erlässt. Der Aufsichtsrat hat Arten von Geschäften definiert, die vom Vorstand nur mit seiner Zustimmung vorgenommen werden dürfen. Der Aufsichtsrat hat im Rahmen der ihm obliegenden Kontrollfunktion den Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte an das Finanzmarktumfeld im Geschäftsjahr 2010 angepasst und den Katalog entsprechend erweitert. Der Aufsichtsrat ist nach § 16 der Satzung befugt, Änderungen der Satzung, die nur deren Fassung betreffen, zu beschließen. Hierzu gehören insbesondere Änderungen der Angaben über das Grundkapital entsprechend dem jeweiligen Umfang von Kapitalerhöhungen aus bedingtem oder genehmigtem Kapital bzw. den Kapitalherabsetzungen. Eine Befugnis des Aufsichtsrats zur Vornahme von Kapitalmaßnahmen ist mit dieser Regelung nicht verbunden.

■ *Erwerb eigener Aktien,  
genehmigtes und bedingtes Kapital*

*Eigene Aktien*

Die ordentliche Hauptversammlung vom 27. August 2009 hat unter Aufhebung der Ermächtigung vom 28. August 2008 mit Wirkung für die Zukunft den Vorstand gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, für bestimmte Zwecke bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Die Ermächtigung darf von der Gesellschaft nicht zum Zweck des Handels in eigenen Aktien genutzt werden. Unter Aufhebung der Ermächtigung vom 27. August 2009 hat die ordentliche Hauptversammlung der Deutsche Balaton AG am 31. August 2010 den Vorstand erneut ermächtigt, eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden

Grundkapitals zu erwerben. Der Erwerb darf nach Wahl des Vorstands über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre der Gesellschaft gerichteten öffentlichen Kaufangebots bzw. mittels an alle Aktionäre gerichteter öffentlicher Einladung zur Abgabe von Verkaufsofferten erfolgen. Unter bestimmten weiteren Voraussetzungen ist der Vorstand berechtigt, den Erwerb eigener Aktien auch außerhalb der Börse vorzunehmen, wenn der Erwerb eigener Aktien im Rahmen des Erwerbs von oder des Zusammenschlusses mit Unternehmen oder des Erwerbs von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt oder wenn es sich um einen Paketerwerb von mindestens 1 % des Grundkapitals handelt und ein solcher Erwerb einem Zweck dient, der im vorrangigen Interesse der Gesellschaft liegt, und der Paketerwerb geeignet und erforderlich ist, diesen Zweck zu erreichen. Die Ermächtigung wurde zum 01. September 2010 wirksam und gilt bis zum 31. August 2015.

Der Vorstand hat von den vorstehend dargestellten Erwerbsermächtigungen im Geschäftsjahr 2010 mit drei an alle Aktionäre gerichteten freiwilligen öffentlichen Erwerbsangeboten Gebrauch gemacht und in deren Rahmen eigene Aktien wie folgt erworben:

**Entwicklung des Bestands an  
eigenen Aktien im Geschäftsjahr 2010**

<b>Datum<sup>1</sup></b>	<b>Veränderung<sup>2</sup></b>	<b>Bestand<sup>2</sup></b>	<b>Erwerbspreis je Aktie</b>	<b>Gesamt- erwerbspreis</b>
Anfangsbestand				
01.01.2010	0	0		
1. Erwerbsangebot 2010 (Annahmefrist 06.05.–27.05.2010)				
01.06.2010	+58.001	58.001	7,00 EUR	406.007,00 EUR
08.06.2010	+5.286	63.287	7,00 EUR	37.002,00 EUR
2. Erwerbsangebot 2010 (Annahmefrist 07.09.–24.09.2010)				
01.10.2010	+3.935	67.222	8,00 EUR	31.480,00 EUR
04.10.2010	+336	67.558	8,00 EUR	2.688,00 EUR
08.10.2010	+15	67.573	8,00 EUR	120,00 EUR
3. Erwerbsangebot 2010 (Annahmefrist 13.12.–23.12.2010)				
29.12.2010	+14.865	82.438	9,00 EUR	133.7858,00 EUR
Endbestand				
31.12.2010		82.438		611.082,00 EUR
Fortschreibung 2011				
04.01.2011	+122.608	205.046	9,00 EUR	1.103.472,00 EUR

(1) Das Datum entspricht jeweils dem Valuta-Tag der Einbuchung der Aktien bei der Deutsche Balaton AG und liegt wegen der technischen Abwicklung jeweils nach dem Ende der Annahmefrist

(2) Der jeweils genannte Betrag der Anzahl der Aktien entspricht dem Betrag des auf die jeweilige Aktienanzahl entfallenden anteiligen rechnerischen Grundkapitals

Der Erwerb der vorgenannt unter dem 04. Januar 2011 genannten Stück 122.608 eigenen Aktien geht auf das am 13. Dezember 2010 veröffentlichte Erwerbsangebot zurück. Die Kaufpreiszahlung für die Stück 122.608 eigenen Aktien erfolgte bereits am 29. Dezember 2010. Aufgrund der technischen Abwicklung erfolgte der Übertrag dieser Aktien erst am 04. Januar 2011, die sich jedoch zum 31.12.2010 bereits in der unwiderruflichen Verfügungsmacht der Deutsche Balaton AG befunden haben.

*Genehmigtes Kapital*

Im Handelsregister der Deutsche Balaton AG ist ein genehmigtes Kapital eingetragen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 26. August

2014 einmalig oder in Teilbeträgen mehrmals um bis zu insgesamt 6.300.000,00 Euro durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geld- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Die neuen Aktien sind ab dem Beginn des Geschäftsjahres, in dem sie ausgegeben werden, gewinnberechtigt. Grundsätzlich ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen. Die neuen Aktien können auch von einem durch den Vorstand bestimmten Kreditinstitut mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären anzubieten (mittelbares Bezugsrecht). Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bei einer Kapitalerhöhung aus dem genehmigten Kapital das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre in bestimmten Fällen auszuschließen. Der Vorstand hat von der vorstehenden Ermächtigung zur Erhöhung des Grund-

kapitals aus genehmigtem Kapital bislang keinen Gebrauch gemacht.

#### *Bedingtes Kapital*

Ein bedingtes Kapital in Höhe von bis zu 6.675.000,00 Euro durch Ausgabe von bis zu 6.675.000 auf den Inhaber lautenden nennbetragslosen Stammaktien (Stückaktien) dient der Gewährung von Aktien an die Inhaber von Options- bzw. Wandelschuldverschreibungen, die gemäß der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 28. August 2006 zur Ausgabe von Options- bzw. Wandelschuldverschreibungen bis zum 27. August 2011 von der Gesellschaft oder durch eine 100 % unmittelbare oder mittelbare Beteiligungsgesellschaft der Gesellschaft begeben werden. Das bedingte Kapital dient nach Maßgabe der Wandelanleihebedingungen auch der Ausgabe von Aktien an Inhaber von Wandelschuldverschreibungen, die mit Wandlungspflichten ausgestattet sind. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu dem gemäß dem Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2006 jeweils festzulegenden Wandlungs- bzw. Optionspreis. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber der Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen von ihren Wandlungs- bzw. Optionsrechten Gebrauch machen oder die zur Wandlung verpflichteten Inhaber der Wandelschuldverschreibungen ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen und soweit nicht eigene Aktien zur Bedienung dieser Rechte zur Verfügung gestellt werden. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Options- bzw. Wandlungsrechten oder durch Erfüllung von Wandlungspflichten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen. Die Gesellschaft hat bisher von dieser Ermächtigung keinen Gebrauch gemacht.

## **8. Erklärung gemäß § 289a HGB**

### ■ 8.1 Entsprechenserklärung nach § 161 Aktiengesetz

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Balaton AG haben im Geschäftsjahr 2010 die nachfolgende Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG abgegeben:

#### **„Entsprechenserklärung 2010 zum Deutsche Corporate Governance Kodex gemäß § 161 Aktiengesetz des Vorstands und des Aufsichtsrats der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft**

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft haben die vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ bisher nicht angewendet und werden diese bis auf weiteres nicht anwenden.

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft sehen wie in den Vorjahren die Empfehlungen des Corporate Governance Kodex auf große Publikumsgesellschaften mit den entsprechend komplexen Strukturen zugeschnitten. Eine ordnungsgemäße Unternehmensführung ist nach Auffassung von Vorstand und Aufsichtsrat auch weiterhin ohne Anwendung der Empfehlungen des Corporate Governance Kodex durch die Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen möglich.

Heidelberg,  
im November 2010

Der Aufsichtsrat  
der Deutsche Balaton

Heidelberg,  
im November 2010

Der Vorstand  
der Deutsche Balaton  
Aktiengesellschaft“



■ *8.2 Relevante Angaben zu Unternehmensführungspraktiken, die über die gesetzlichen Anforderungen hinaus angewandt werden*

Die Gesellschaft wird durch den Vorstand vertreten und in eigener Verantwortung geleitet. Der Vorstand handelt unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, insbesondere der Bestimmungen des deutschen Aktien- und Handelsrechts. Der Vorstand wird vom Aufsichtsrat überwacht und in Wahrnehmung seiner Leitungsaufgaben beraten.

Zu den Aufgaben des Vorstands gehört die Unternehmensplanung, insbesondere die strategische Planung, sowie die Koordination und Kontrolle der Planung im Unternehmen.

Über die gesetzlichen Anforderungen hinaus werden bei der Deutsche Balaton AG keine Unternehmensführungspraktiken angewendet.

■ *8.3 Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie der Zusammensetzung und Arbeitsweise von deren Ausschüssen*

Der Vorstand der Deutsche Balaton AG besteht aus einer Person. Angaben zu dem alleinigen Vorstandsmitglied sind im Anhang zum Jahresabschluss der Deutsche Balaton AG unter Punkt 5 unter der Überschrift „Sonstige Angaben“ gemacht. Solange der Vorstand aus einer Person besteht, finden keine regelmäßigen förmlichen Vorstandssitzungen statt. Die Beschlussfassungen des Alleinvorstands erfolgen ohne Einhaltung einer besonderen Form und Frist und ohne Einberufung und Abhaltung einer förmlichen Sitzung des Vorstandes.

Der Vorstand steht im Rahmen seiner Unternehmensführung auch außerhalb von formalen Aufsichtsratssitzungen in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat, insbesondere dem Aufsichtsratsvorsitzenden.

Der Aufsichtsrat der Deutsche Balaton AG besteht gemäß § 11 Ziffer 1 der Satzung aus drei Mitgliedern. Die Deutsche Balaton AG unterliegt keinen gesetzlichen Vorschriften, die eine Mitbestimmung im Aufsichtsrat vorsehen. Alle Mitglieder des Aufsichtsrats sind Vertreter der Anteilseigner.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2010 sind im Anhang zum Jahresabschluss angegeben.

Beschlüsse des Aufsichtsrats werden in Sitzungen und, bei Eilbedürftigkeit, außerhalb von Sitzungen im Parallelverfahren gefasst. Die Sitzungen werden durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats, bei dessen Verhinderung durch seinen Stellvertreter, einberufen. Der Aufsichtsrat hat einen Katalog von Geschäften beschlossen, die der Vorstand nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vornehmen darf. Der Aufsichtsrat hat den Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte zuletzt im Geschäftsjahr 2010 angepasst. Bestandteil des Katalogs ist auch eine Budgetplanung, die vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats jährlich vorzunehmen ist. Rechtsgeschäfte, die aufgrund des Zustimmungskatalogs der Zustimmung durch den Aufsichtsrat bedürfen bzw. nicht in der jeweiligen, vom Aufsichtsrat genehmigten jährlichen Budgetplanung beinhaltet sind, legt der Vorstand dem Aufsichtsrat zur vorherigen Zustimmung vor. Der Vorstand erstattet dem Aufsichtsratsvorsitzenden außerdem auch über die gesetzlichen Berichtspflichten hinaus schriftlich oder mündlich Bericht in Angelegenheiten, die für die Gesellschaft von besonderem Gewicht oder besonderer Bedeutung sind. Der Katalog zu-



stimmungspflichtiger Geschäfte ist in ein Regelwerk eingebunden, das auch Bestimmungen über die Berichtspflichten des Vorstands gegenüber dem Aufsichtsrat und weitere Regelungen im Sinne einer Geschäftsordnung für den Vorstand enthält.

Der Aufsichtsrat befasst sich entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen mit der Überwachung der Unternehmensführung sowie der Abschlussprüfung, hier insbesondere der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. Im Zusammenhang mit der Abschlussprüfung steht der Aufsichtsrat in Kontakt mit dem Abschlussprüfer und überwacht auch dessen Tätigkeit im Unternehmen.

Der Aufsichtsrat berichtet der Hauptversammlung jährlich in seinem Bericht an die Hauptversammlung über seine Arbeit.

## 9. Prognosebericht

### ■ *Unsere Annahmen über die Entwicklung der Kapitalmärkte*

Für das Jahr 2011 gehen wir davon aus, dass sich die Erholung der Weltwirtschaft weiter fortsetzt. Dabei dürfte das uneinheitliche Bild im Ländervergleich – moderates Wachstum in den Industrieländern, kräftiges Wachstum in den Schwellenländern – erhalten bleiben. In Deutschland sind die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung weiter positiv. Das reale BIP dürfte im Jahr 2011 um rund 2 % steigen. Damit sollte die Produktion in Deutschland auch im nächsten Jahr stärker als im europäischen Durchschnitt zulegen. Auch für den Euroraum wird eine Fortsetzung der Erholung der Wirtschaft prognostiziert; wir erwarten eine Steigerung des BIP im Jahr 2011 um über 1 %. Dabei dürften die Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten erheblich bleiben. In Ländern mit relativ soliden Staatsfinanzen und ohne allzu große

Strukturprobleme, dürfte die konjunkturelle Dynamik überdurchschnittlich sein und die Erwerbslosigkeit zurückgehen. Hingegen sollte es in Ländern der europäischen Peripherie nur zu einer schleppenden Erholung oder gar zur Rezession kommen. Hier wirken die massiven Krisenfolgen und der Zwang zur Konsolidierung belastend.

Die internationalen Rentenmärkte dürften im Jahr 2011 von weiterhin niedrigen Renditen geprägt sein. Eine erste vorsichtige Leitzinsanhebung durch die EZB wird im Laufe des Jahres 2011 erwartet; die US-Notenbank wird vermutlich erst im Jahr 2012 folgen. Infolge der anhaltend expansiven Geldpolitik wird angenommen, dass die Renditen deutscher Bundesanleihen auch 2011 auf niedrigem Niveau verharren. Gleiches gilt für die USA. Die Anleihen der Peripheriestaaten der Europäischen Währungsunion sollten hingegen weiter unter Druck bleiben.

Bereits im laufenden Jahr sind höhere Inflationsraten zu beobachten und mittelfristig rechnen wir mit Inflationsraten, die über dem Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre liegen. Dies dürfte sich auch auf das Renditeniveau der Anleihenmärkte auswirken.

Jedoch sind solche Prognosen mit Risiken behaftet. Eine besondere Gefahr für die Entwicklung der Weltkonjunktur geht von den anhaltenden Spannungen an den Märkten für europäische Staatsanleihen sowie von einer erneuten deutlichen Korrektur der Immobilienpreise in den USA oder China aus. Auch die Unruhen in der arabischen Welt, die den Ölpreis treiben, und die Natur- und Atomkatastrophe in Japan, der drittgrößten Wirtschaftsnation der Welt, wirken sich auf die Kapitalmärkte aus. Diese Unsicherheit hat wieder ein höheres Risiko und Schwankungen an die Kapitalmärkte gebracht.

Basis für unsere Annahmen sind u. a. Veröffentlichungen der Börsenzeitung und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute und sonstige, allgemein zugängliche Informationen, z. B. im Internet.

#### ■ *Entwicklung der Gesellschaft*

In diesem Umfeld agiert die Deutsche Balaton AG als Beteiligungsholding. Bereits in der Vergangenheit haben wir immer wieder darauf hingewiesen, dass das Geschäftsmodell der Deutsche Balaton AG als Beteiligungsgesellschaft dazu führt, dass die Ergebnisse einzelner Geschäftsjahre für sich genommen nur begrenzt Aufschluss über den mittel- und langfristigen Erfolg geben können. Das Jahresergebnis der Deutsche Balaton AG wird unter anderem von einer Vielzahl Faktoren bestimmt, die zu Beginn und auch während eines Geschäftsjahres nicht oder nur schwer planbar und vorhersehbar sind.

Der Beteiligungshorizont der Deutsche Balaton AG ist weiterhin mittel- bis langfristig. Der Zeithorizont, vor dem wir diesen Prognosebericht erstellt haben, bezieht sich auf einen Zeitraum von fünf Jahren.

Wir wollen unterbewertete Unternehmen identifizieren und eine erfolgreiche Entwicklung der Beteiligungen realisieren. Der Erfolg oder Misserfolg einer eingegangenen Beteiligung zeigt sich meist erst, wenn ein Verkauf realisiert werden kann. Diese Realisierbarkeit ist dabei auch von dem Marktumfeld abhängig, das wiederum den Preis der Transaktion mitbestimmt. Unvorhergesehene Wirtschaftsentwicklungen und Veränderungen an den Kapitalmärkten spielen hier eine große und nur schwer vorhersehbare Rolle.

Die mittel- bis langfristige Investition in Unternehmen führt dazu, dass schwankende Entwicklungen bei den einzelnen Beteiligungen sich jeweils unterschiedlich

in einzelnen Geschäftsjahren auswirken können. Eine einzelgeschäftsjahresbezogene Betrachtung übersieht, dass der Erfolg für die Deutsche Balaton AG erst nach Veräußerung einer Investition wirklich messbar ist. Erst dann steht fest, welcher Ertrag insgesamt aus der Beteiligung generiert und ob das Investment insgesamt erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Die Umsatzzahlen der produzierenden Beteiligungsunternehmen sind ein Indikator für deren wirtschaftliche Entwicklung. Rückschlüsse auf den tatsächlichen Erfolg der Deutsche Balaton AG lassen sich hieraus nach unserer Auffassung jedenfalls nicht unmittelbar ziehen.

Weiterhin bewegt sich die Deutsche Balaton AG in Rahmenbedingungen, die ständigen Änderungen unterworfen sind. Neben den sich in steter Regelmäßigkeit ändernden (steuer-) gesetzlichen Voraussetzungen sind insbesondere für das Private Equity-Geschäft die Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen interessant. Durch die Umbrüche an den Kapital- und Finanzmärkten können sich auch im Geschäftsjahr 2011 interessante Investitionsopportunitäten für die Deutsche Balaton AG ergeben. Die Deutsche Balaton AG wird jeweils im Einzelfall prüfen, ob sich bietende Investitionsgelegenheiten zum Ausbau und zur Stärkung des Beteiligungsportfolios genutzt werden können. Um attraktive Investitionsgelegenheiten zu nutzen, könnte sie sich außerdem über die Aufnahme von Krediten und von Eigenmitteln über den Kapitalmarkt finanzieren. Dies setzt allerdings eine geeignete Verfassung der Finanz- und Kapitalmärkte voraus.

Die über Jahre gewachsene Erfahrung der Deutsche Balaton AG im Beteiligungsgeschäft, die Präsenz am Markt und die Investitionserfolge geben uns Zuversicht, das Geschäft auch unter schwierigen Marktbedingungen erfolgreich fortsetzen zu können. Im

Prognosezeitraum sollten die Renditen, vor allem im Private-Equity-Geschäft, wieder ansteigen. Wir bleiben zuversichtlich, dass wir im mehrjährigen Schnitt eine den Risiken angemessene Eigenkapitalrendite erzielen können.

Unsere Portfoliounternehmen sind in unterschiedlichen Branchen am Markt tätig und waren in unterschiedlicher Ausprägung von der wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen beiden Jahre betroffen. Wir arbeiten dafür, dass unsere Portfoliounternehmen sich positiv entwickeln und möglichst stärker als der Markt abschneiden können.

Sollte der Aufschwung der Weltwirtschaft anhalten, sind wir für das Zeitfenster des Prognosehorizonts zuversichtlich, dass der Wert unseres Unternehmensportfolios einschließlich der Veräußerungserlöse weiter zunehmen wird. Eine Voraussetzung hierfür sind stabile Bewertungsrelationen an den Kapitalmärkten.

#### ■ *Gesamtprognose*

Die Deutsche Balaton AG verfügt unter anderem auch aufgrund ihrer soliden finanziellen Ausstattung über eine gute Basis, um auch in Zukunft Marktchancen zu ergreifen und sich verändernden Anforderungen zu stellen.

Die Kostenstruktur wird wie im Jahr 2010 auch im laufenden Jahr und voraussichtlich auch mittelfristig im Wesentlichen unverändert und überschaubar bleiben. Die Kosten werden in erster Linie aufgrund von höherem Personalaufwand im Mehrjahreszeitraum voraussichtlich um rd. 10 % p. a. ansteigen.

Die Finanzlage der Gesellschaft wird voraussichtlich auch im Geschäftsjahr 2011 geordnet bleiben, die Eigenkapitalquote über 50 % liegen und die Liquidität zur Bedienung aller fälligen Verbindlichkeiten vor-

handen sein. Bei einem zum Vorjahr unveränderten Marktumfeld erwarten wir wieder ein positives Ergebnis.

Unter Würdigung der kurzfristig absehbaren und mittelfristig zu erwartenden Entwicklung geht der Vorstand davon aus, dass die Deutsche Balaton AG im Saldo des laufenden und der kommenden vier Geschäftsjahre ein positives Ergebnis erwirtschaften und in guten Jahren eine Verzinsung des Eigenkapitals von 15 % erreichen kann. In mittelfristigen Zeiträumen steigen (je nach Wahl des Ausgangsjahrs und des Zeitraums) Börsenkurse um ca. 5–10 % p. a. an. Da wir mit einer moderaten Verschuldung arbeiten und besser als der Börsendurchschnitt sein wollen, kann in guten Jahren eine Verzinsung des Eigenkapitals von 15 % erreicht werden.

Diese Prognosen beruhen auf den erfahrungsgemäß auftretenden Schwankungen der globalen und lokalen Wirtschaftsentwicklung, der Börsenkurse und Unternehmensbewertungen.

Heidelberg, den 26. April 2011

Der Vorstand

Rolf Birkert



	1.1.–31.12.2010 EUR	1.1.–31.12.2009 EUR
1. Erträge aus Finanzanlagen davon aus verbundenen Unternehmen 140 TEUR (i. Vj.: 268 TEUR)	1.703.399,70	1.444.427,45
2. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	442.942,18	0,00
3. Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen	5.525.918,97	5.048.637,56
4. Erträge aus dem Verkauf von Wertpapieren des Umlaufvermögens	4.624.997,85	4.248.184,14
5. Verluste aus dem Verkauf von Wertpapieren des Umlaufvermögens	229.498,37	79.751,63
6. Zuschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	9.389.230,81	6.009.781,69
7. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	602.840,40	7.491.676,26
8. Sonstige betriebliche Erträge	623.826,48	76.009,67
9. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	570.676,73	381.100,40
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	53.484,24	29.769,36
10. Abschreibungen auf Sachanlagen	26.759,60	24.192,78
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.396.122,17	2.151.431,87
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen 221 TEUR (i. Vj.: 554 TEUR)	1.376.279,03	3.086.271,39
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus verbundenen Unternehmen 165 TEUR (i. Vj.: 176 TEUR)	694.067,80	1.006.312,83
<b>14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>18.213.145,72</b>	<b>8.749.076,77</b>
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	305.120,19	497.165,09
16. Sonstige Steuern	0,00	1.199,00
<b>17. Jahresüberschuss (i. Vj.: Jahresfehlbetrag)</b>	<b>17.908.025,53</b>	<b>8.250.712,68</b>
18. Gewinnvortrag nach Verwendung	11.319.414,93	4.328.162,55
19. Aufwand aus der Einziehung eigener Aktien	0,00	6.029.259,90
20. Entnahmen aus Gewinnrücklagen für eigene Aktien	0,00	6.029.259,90
21. Einstellung in Gewinnrücklagen (i. Vj. für eigene Aktien)	8.000.000,00	1.259.460,30
22. Ertrag aus der Kapitalherabsetzung	0,00	1.059.402,00
23. Einstellung in die Kapitalrücklage nach § 237 Abs. 5 AktG (vereinfachte Einziehung von Aktien)	0,00	1.059.402,00
<b>24. Bilanzgewinn</b>	<b>21.227.440,46</b>	<b>11.319.414,93</b>

# Bilanz zum 31. Dezember 2010

<b>Aktiva</b>	<b>EUR</b>	<b>31.12.2010 EUR</b>	<b>31.12.2009 EUR</b>
<b>A. Anlagevermögen</b>			
<b>I. Sachanlagen</b>			
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		210.977,00	232.510,06
<b>II. Finanzanlagen</b>			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	29.821.090,56		40.867.117,26
2. Beteiligungen	16.100.547,97		5.825.175,90
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	43.635.170,51		30.720.673,53
		89.556.809,04	77.412.966,69
		89.767.786,04	77.645.476,75
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
<b>I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>			
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	13.207.839,22		2.055.635,95
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.935.860,95		1.723.561,65
3. Sonstige Vermögensgegenstände	2.955.581,76		1.895.789,33
		18.099.281,93	5.674.986,93
<b>II. Wertpapiere</b>			
Sonstige Wertpapiere	16.200.821,84		19.345.158,32
		16.200.821,84	19.345.158,32
<b>III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten</b>			
		2.949.182,04	10.636,03
		37.249.285,81	25.030.781,28
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			
		12.567,82	16.520,00
		<b>127.029.639,67</b>	<b>102.692.778,03</b>

Passiva	EUR	31.12.2010 EUR	31.12.2009 EUR
<b>A. Eigenkapital</b>			
<b>I. Gezeichnetes Kapital</b>		11.640.424,00	11.640.424,00
Erworbene eigene Anteile		-205.046,00	0,00
<b>II. Kapitalrücklage</b>		50.121.964,80	50.121.964,80
<b>III. Andere Gewinnrücklagen</b>		6.490.492,00	0,00
<b>IV. Bilanzgewinn</b>		21.227.440,46	11.319.414,93
		89.275.275,26	73.081.803,73
<b>B. Rückstellungen</b>			
1. Steuerrückstellungen	489.060,00		271.684,00
2. Sonstige Rückstellungen	1.527.078,37		558.000,00
		2.016.138,37	829.684,00
<b>C. Verbindlichkeiten</b>			
1. Anleihen	10.000.000,00		10.000.000,00
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.180.416,60		12.642.346,94
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.319,39		18.066,27
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	13.388.487,96		5.925.050,31
5. Sonstige Verbindlichkeiten	166.002,09		195.826,78
		35.738.226,04	28.781.290,30
		<b>127.029.639,67</b>	<b>102.692.778,03</b>



# Anhang für das Geschäftsjahr 2010

## 1. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2010 wurde nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften der §§ 264 ff. HGB sowie ergänzenden Regelungen des Aktiengesetzes aufgestellt. Gemäß § 267 Abs. 3 Satz 2 HGB gilt die Gesellschaft als große Kapitalgesellschaft.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Um den Besonderheiten einer Beteiligungsgesellschaft Rechnung zu tragen, ist die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung gemäß § 265 Abs. 5 und 6 HGB umgestellt und erweitert worden.

Seit dem Berichtsjahr 2009 ist die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung zusätzlich um die Posten „Erträge aus dem Verkauf von Wertpapieren des Umlaufvermögens“ und „Verluste aus dem Verkauf von Wertpapieren des Umlaufvermögens“ erweitert worden, um die Klarheit der Darstellung der Ertragslage zu verbessern.

Zur Verbesserung der Klarheit der Darstellung sind einige Posten der Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen (§ 265 Abs. 7 Nr. 2 HGB).

Im Interesse der Übersichtlichkeit werden die nach den gesetzlichen Vorschriften bei den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung anzubringenden Vermerke ebenso wie die Vermerke, die wahlweise in der Bilanz beziehungsweise Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang anzubringen sind, insgesamt im Anhang aufgeführt.

Der Jahres- und Konzernabschluss der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2010

werden im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

## 2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungsmethoden sind gegenüber dem Vorjahr unverändert beibehalten worden.

### ■ Anlagevermögen

Die Sachanlagen werden mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen unter Berücksichtigung von § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB bewertet.

Die Finanzanlagen sind nach dem Grundsatz der Einzelbewertung bilanziert. Die Bewertungsmethoden für die Wertpapiere des Anlagevermögens wurden zur besseren Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gegenüber dem Vorjahr umgestellt. Bei Wertpapieren des Anlagevermögens wurde bisher auch bei nur vorübergehender Wertminderung eine außerplanmäßige Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen. Im Berichtsjahr wird das Wahlrecht nach § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB nicht mehr ausgeübt. Eine außerplanmäßige Abschreibung auf Finanzanlagen wird nur noch bei einer dauernden Wertminderung vorgenommen. Als das Kriterium für außerplanmäßige Abschreibungen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung der Wertpapiere des Anlagevermögens gilt die bisherige Dauer einer bereits eingetretenen Wertminderung;

- a) liegt in den dem Abschlussstichtag vorausgehenden 6 Monaten der Börsenkurs des Wertpapiers bzw. der Net-Asset-Value des Fondsanteils permanent um mehr als 20 % unter dem Buchwert, so wird die Wertminderung als dauernd angesehen;
- b) dasselbe gilt, wenn der volumengewichtete Durchschnittswert des täglichen Börsenkurses



bzw. der Net-Asset-Value in den letzten 12 Monaten über 10 % unter dem Buchwert liegt.

Die im Berichtsjahr als vorübergehend eingestufte Wertminderung beläuft sich auf TEUR 2.169. Bei Anwendung der ab diesem Jahr geltenden Bewertungsmethode auf das Vorjahr wäre bei 2 Wertpapieren im Jahr 2009 nicht von einer dauerhaften, sondern von einer vorübergehenden Wertminderung in Höhe TEUR 80 auszugehen gewesen.

Voraussichtlich dauernden Wertminderungen von Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wird durch außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert Rechnung getragen. Als beizulegender Wert gilt für Anteile an börsennotierten Unternehmen der Börsenkurs am Stichtag bzw. am letzten Handelstag vor diesem Datum. Für nicht börsennotierte Anteile können sich Anzeichen für Wertminderungen z. B. aus aktuellen Finanzierungsrunden der jeweiligen Investoren oder aus Verkaufsverhandlungen ergeben, die einen unter den Anschaffungskosten liegenden Preis signalisieren. In diesen Fällen wird die jeweilige Beteiligung auf diesen niedrigeren Wert abgeschrieben.

Wertaufholungen (Zuschreibungen auf Finanzanlagen) werden, soweit die Gründe für in Vorjahren vorgenommene Abschreibungen am Bilanzstichtag nicht mehr bestehen, höchstens bis zu den historischen Anschaffungskosten vorgenommen.

#### ■ *Umlaufvermögen*

Die Bewertungsmethoden sind gegenüber dem Vorjahr unverändert beibehalten worden.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert oder dem am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Wertpapiere des Umlaufvermögens werden unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bilanziert. Die zum Bilanzstichtag gehaltenen eigenen Anteile sind aufgrund der gesetzlichen Änderungen durch das Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (BilMoG) nicht mehr aktivisch unter den Wertpapieren des Umlaufvermögens ausgewiesen. Gem. § 272 Abs. 1a HGB n.F. wird der Nennbetrag der erworbenen eigenen Anteile offen vom gezeichneten Kapital abgesetzt. Der darüber hinausgehende Teil des Kaufpreises wird mit den frei verfügbaren Rücklagen verrechnet.

Die Bewertung der flüssigen Mittel erfolgt zum Nennwert.

Der Rechnungsabgrenzungsposten ist nach den Vorschriften des § 250 HGB angesetzt worden.

#### ■ *Gewinnrücklagen*

Freie Gewinnrücklagen wurden im Berichtsjahr durch Einstellung aus dem Bilanzgewinn gebildet.

#### ■ *Rückstellungen*

Die Steuerrückstellungen und sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um erkennbare Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten abzudecken.

#### ■ *Verbindlichkeiten*

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

#### ■ *Währungsumrechnungen*

Kurzfristige Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten sind zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag in Euro bewertet. Bei auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenständen und Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als

einem Jahr werden das Realisations- und Imparitätsprinzip (§ 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB) und das Anschaffungskostenprinzip (§ 253 Abs. 1 Satz 1) beachtet.

#### ■ *Erträge / Verluste*

##### *aus dem Abgang von Finanzanlagen*

Die „Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen“ erfassen den Differenzbetrag zwischen erzielten Erlösen und Buchwerten, soweit die Erlöse höher sind als die Buchwerte. „Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagen“ erfassen Differenzbeträge zwischen erzielten Erlösen und Buchwerten, soweit die Erlöse unter den Buchwerten liegen.

#### ■ *Erträge / Aufwendungen aus dem Verkauf von Wertpapieren des Umlaufvermögens*

Die „Erträge aus dem Verkauf von Wertpapieren des Umlaufvermögens“ erfassen den Differenzbetrag zwischen erzielten Erlösen und Buchwerten, soweit die Erlöse höher sind als die Buchwerte. „Verluste aus dem Verkauf von Wertpapieren des Umlaufvermögens“ erfassen Differenzbeträge zwischen erzielten Erlösen und Buchwerten, soweit die Erlöse unter den Buchwerten liegen.

#### ■ *Dividendenerträge*

Dividendeneinnahmen werden in dem Jahr, in welchem der entsprechende Gewinnverwendungsbeschluss gefasst wird, als Ertrag erfasst.

### **3. Erläuterungen zur Bilanz**

#### **Anlagevermögen**

Die im Berichtsjahr 2009 unter den sonstigen Wertpapieren enthaltene, im Eigenbestand befindliche Unternehmensanleihe im Umfang von TEUR 4.250 wurde im Berichtsjahr 2010 ins Anlagevermögen umgegliedert, da eine Platzierung am Markt derzeit nicht vorgesehen ist.

Außerdem sind – nach der Umgliederung aus dem Umlaufvermögen – unter den Wertpapieren des Anlagevermögens Anteile an einem Immobilienfonds (TEUR 199) erfasst.

Zu den Anteilsbesitzern der Gesellschaft gemäß § 285 Nr. 11 HGB an Beteiligungen mit einem Kapitalanteil von mindestens 20 % sowie an Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften mit einem Stimmrechtsanteil von mehr als 5 % verweisen wir auf die Ausführungen unter Punkt 7.

Bei fünf Wertpapieren des Anlagevermögens liegt der Buchwert (TEUR 18.116) über dem beizulegenden Zeitwert (TEUR 15.947). Die Wertminderung in Höhe von TEUR 2.169 wird als vorübergehend eingestuft. Die Abschreibung wurde wegen der Anwendung der unter „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ und „Anlagevermögen“ dargestellten Definition für die Annahme einer nicht dauerhaften Wertminderung unterlassen. Anhaltspunkte, die daraufhin deuten, dass die Wertminderung voraussichtlich nicht von Dauer ist, bestehen insbesondere darin, dass die obige Definition genau dieses definiert und die Emittenten der betreffenden Wertpapiere nicht insolvent sind, sich die Kurse also wieder erholen können.

#### **Umlaufvermögen**

##### ■ *Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände*

Zum Bilanzstichtag bestehen Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 13.208 (Vj. TEUR 2.056). Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultieren aus Darlehensgewährungen an zwei Tochtergesellschaften und aus Forderungen im Zusammenhang mit der Rückzahlung eines Teils des Grundkapitals der Tochtergesellschaften CornerstoneCapital AG, Frankfurt am Main, (TEUR 9.926, Vj. EUR 0) und der Stratec

Grundbesitz AG (TEUR 700; Vj. EUR 0). Die Kapitalmaßnahmenbeschlüsse wurden von der Hauptversammlung der CornerstoneCapital AG am 08.07.2010 bzw. der Hauptversammlung der Stratec Grundbesitz AG am 23.06.2010 gefasst.

Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betragen insgesamt TEUR 1.936 (Vj. TEUR 1.724) und beinhalten ausschließlich Forderungen aus Gesellschafterdarlehen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände (TEUR 2.956; Vj. TEUR 1.896) setzen sich aus Forderungen im Zusammenhang mit gewährten Darlehen in Höhe von TEUR 1.894 (Vj. 1.214 TEUR), Körperschaftsteuer-rückforderung/-guthaben in Höhe von TEUR 731 (Vj. TEUR 438) und Stückzinsen der Wertpapiere des Umlaufvermögens in Höhe von TEUR 331 (Vj. TEUR 244) zusammen.

Von den zum Bilanzstichtag ausgewiesenen sonstigen Vermögensgegenständen haben solche im Umfang von TEUR 236 eine Laufzeit von mehr als einem Jahr, die sich im Wesentlichen aus Körperschaftsteuerguthaben in Höhe von TEUR 159 (Vj. TEUR 196), Darlehensforderungen in Höhe von TEUR 69 (Vj. TEUR 830) sowie darlehensweise gestundeten Zinsforderungen in Höhe von TEUR 7 zusammensetzen. Darüber hinaus bestehen keine Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände in wesentlicher Höhe mit einer vertraglichen oder gesetzlichen Laufzeit von mehr als einem Jahr.

Die Gesellschaft hat aufgrund von Vereinbarungen vom 11. August 2009, 12. Oktober 2009 und 20. Mai 2010 im Rahmen von drei Kaufoptionsvereinbarungen das Recht erworben, bis zum 31. Januar 2011 bzw. aufgrund der letztgenannten Vereinbarung im Zeitraum vom 15. Januar 2011 bis 31. Januar 2011

ihren Kapitalanteil an einem assoziierten Unternehmen zu erhöhen. Der Kaufpreis der Anteile bei Ausübung der Erwerbsrechte aus den beiden bereits zum 31. Dezember 2010 ausübenden Optionen gemäß den Vereinbarungen vom 11. August 2009 bzw. 12. Oktober 2009 hätte TEUR 136 bzw. TEUR 175 betragen. Aufgrund fehlender Werthaltigkeit zum 31. Dezember 2010, kann den Kaufoptionen zum Bilanzstichtag kein beizulegender Zeitwert beigemessen werden. Mit der Stillhalterin der Kaufoptionen wurde vereinbart, im 2. Halbjahr 2011 ein neues Zeitfenster für die Erhöhung des Kapitalanteils an dem assoziierten Unternehmen zu einem festgelegten Kaufpreis zu öffnen.

#### ■ Wertpapiere

Die im Berichtsjahr 2009 unter den sonstigen Wertpapieren enthaltene, im Eigenbestand befindliche Unternehmensanleihe wurde im Berichtsjahr 2010 ins Anlagevermögen umgegliedert. Im Berichtsjahr 2010 enthält die Position „Sonstige Wertpapiere“ verschiedene Anleihen, Genussrechte und Aktien im Umfang von TEUR 16.201.

Die sonstigen Wertpapiere betreffen in Höhe von TEUR 16.201 (Vj. TEUR 15.095) kurzfristig gehaltene Wertpapiere.

#### ■ Rechnungsabgrenzungsposten

Der Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 13 (Vj. TEUR 17) resultiert im Wesentlichen aus dem Disagio (TEUR 12; Vj. TEUR 17) der begebenen 5 %-Unternehmensanleihe 2008/2013.

### **Eigenkapital**

#### ■ Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital der Deutsche Balaton AG betrug zum Bilanzstichtag EUR 11.640.424,00 und war in 11.640.424,00 auf den Inhaber lautende

Stammaktien ohne Nennwert (Stückaktien) mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 1,00 Euro je Aktie eingeteilt. Das Grundkapital ist in Höhe von EUR 11.640.424,00 vollständig eingezahlt. Der Nennbetrag der erworbenen und zum Bilanzstichtag gehaltenen eigenen Anteile in Höhe von TEUR 205 wurde offen vom gezeichneten Kapital abgesetzt, so dass sich ein gezeichnetes Kapital in Höhe von TEUR 11.435 für die im Besitz von außen stehenden Aktionären befindlichen Aktien ergibt. Bezüglich der Entwicklung und Zusammensetzung der eige-

nen Anteile wird auf die nachfolgenden Ausführungen unter der Überschrift „Eigene Aktien“ verwiesen.

Die Aktien sind an der Frankfurter Wertpapierbörse und im Xetra-Handel im Regulierten Markt (General Standard) zugelassen und an den Wertpapierbörsen Berlin, Düsseldorf, Hamburg-Bremen, München und Stuttgart jeweils in den Freiverkehr einbezogen.

Die Anzahl der Aktien hat sich im Berichtszeitraum wie folgt entwickelt:

	<b>Geschäftsjahr 2010</b>	<b>Geschäftsjahr 2009</b>
Stand Geschäftsjahresbeginn	11.640.424	12.699.826
Eingezogene Aktien	0	-1.059.402
Stand Geschäftsjahresende	11.640.424	11.640.424

#### ■ *Eigene Anteile*

Die ordentliche Hauptversammlung vom 27. August 2009 hat unter Aufhebung der Ermächtigung vom 28. August 2008 mit Wirkung für die Zukunft den Vorstand gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, für bestimmte Zwecke bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Die Ermächtigung darf von der Gesellschaft nicht zum Zweck des Handels in eigenen Aktien genutzt werden. Unter Aufhebung der Ermächtigung vom 27. August 2009 hat die ordentliche Hauptversammlung der Deutsche Balaton AG am 31. August 2010 den Vorstand erneut ermächtigt, eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Der Erwerb darf nach Wahl des Vorstands über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre der Gesellschaft gerichteten öffentlichen Kaufangebots bzw. mittels an alle Aktionäre gerichteter öffentlicher Einladung zur Abgabe von Verkaufsofferten erfolgen. Unter bestimmten weiteren

Voraussetzungen ist der Vorstand berechtigt, den Erwerb eigener Aktien auch außerhalb der Börse vorzunehmen, wenn der Erwerb eigener Aktien im Rahmen des Erwerbs von oder des Zusammenschlusses mit Unternehmen oder des Erwerbs von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt oder wenn es sich um einen Paketerwerb von mindestens 1 % des Grundkapitals handelt und ein solcher Erwerb einem Zweck dient, der im vorrangigen Interesse der Gesellschaft liegt, und der Paketerwerb geeignet und erforderlich ist, diesen Zweck zu erreichen. Die Ermächtigung wurde zum 01. September 2010 wirksam und gilt bis zum 31. August 2015.

Im Berichtszeitraum wurden von der Gesellschaft aufgrund obiger Ermächtigungen der Hauptversammlung insgesamt 205.046 (Vj. 59.444) eigene Aktien erworben. Infolge der gesetzlichen Neuregelungen durch das BilMoG sind die eigenen Aktien nicht mehr aktivisch ausgewiesen, sondern in Höhe ihres rechnerischen Anteils am Grundkapital (TEUR 205) offen

vom gezeichneten Kapital abgesetzt. Der über den rechnerischen Wert der eigenen Anteile hinausgehende Teil des Kaufpreises (TEUR 1.510) wurde mit den Gewinnrücklagen verrechnet, in die zuvor ein Betrag von TEUR 8.000 aus dem Gewinnvortrag des Vorjahres eingestellt wurde.

**Entwicklung des Bestands an  
eigenen Aktien im Geschäftsjahr 2010**

Datum <sup>1</sup>	Veränderung <sup>2</sup>	Bestand <sup>2</sup>	Erwerbspreis je Aktie	Gesamt- erwerbspreis
Anfangsbestand				
01.01.2010	0	0		
1. Erwerbsangebot 2010 (Annahmefrist 06.05.–27.05.2010)				
01.06.2010	+58.001	58.001	7,00 EUR	406.007,00 EUR
08.06.2010	+5.286	63.287	7,00 EUR	37.002,00 EUR
2. Erwerbsangebot 2010 (Annahmefrist 07.09.–24.09.2010)				
01.10.2010	+3.935	67.222	8,00 EUR	31.480,00 EUR
04.10.2010	+336	67.558	8,00 EUR	2.688,00 EUR
08.10.2010	+15	67.573	8,00 EUR	120,00 EUR
3. Erwerbsangebot 2010 (Annahmefrist 13.12.–23.12.2010)				
29.12.2010	+14.865	82.438	9,00 EUR	133.7858,00 EUR
Endbestand				
31.12.2010		82.438		611.082,00 EUR
Fortschreibung 2011				
04.01.2011	+122.608	205.046	9,00 EUR	1.103.472,00 EUR

(1) Das Datum entspricht jeweils dem Valuta-Tag der Einbuchung der Aktien bei der Deutsche Balaton AG und liegt wegen der technischen Abwicklung jeweils nach dem Ende der Annahmefrist. Weitere Erläuterungen im Haupttext.

(2) Der jeweils genannte Betrag der Anzahl der Aktien entspricht dem Betrag des auf die jeweilige Aktienanzahl entfallenden anteiligen rechnerischen Grundkapitals

Der Erwerb der vorgenannt unter dem 04. Januar 2011 genannten Stück 122.608 eigenen Aktien erfolgte im Rahmen des am 13. Dezember 2010 veröffentlichten Erwerbsangebots. Die Kaufpreiszahlung für die Stück 122.608 eigenen Aktien erfolgte bereits am 29. Dezember 2010. Aufgrund der technischen Abwicklung erfolgte der Übertrag dieser Aktien erst am 04. Januar 2011, die sich jedoch zum 31.12.2010 bereits in der unwiderruflichen Verfügungsmacht der Deutsche Balaton AG befunden haben.

■ *Genehmigtes Kapital*

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 26. August 2014 das Grundkapital der Gesellschaft einmalig oder in Teilbeträgen mehrmals um bis zu insgesamt 6.300.000,00 Euro durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geld- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Die neuen Aktien sind ab dem Beginn des Geschäftsjahres, in dem sie ausgegeben werden, gewinnberechtig. Grundsätzlich ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen. Die neuen Aktien können auch von einem durch den Vorstand bestimmten Kreditinstitut

mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären anzubieten (mittelbares Bezugsrecht).

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen,

1. um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen
2. bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen, wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet und die unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht überschreiten, und zwar weder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieser Ermächtigung noch im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung; auf die Grenze von 10 % des Grundkapitals sind diejenigen Aktien anzurechnen, die unter Bezugsrechtsausschluss in unmittelbarer oder entsprechender Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert wurden;
3. wenn die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen erfolgt.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats über den Ausschluss des Bezugsrechts zu entscheiden und die weiteren Einzelheiten der Kapitalerhöhung festzulegen.

#### ■ *Bedingtes Kapital*

Das Grundkapital der Gesellschaft ist um 6.675.000,00 Euro durch Ausgabe von bis zu 6.675.000 auf den Inhaber lautende nennbetragslose Stammaktien (Stückaktien) bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung dient ausschließlich der Gewährung von Aktien an die Inhaber von Options- bzw. Wandelschuldverschreibungen, die gemäß der

Ermächtigung der Hauptversammlung vom 28. August 2006 von der Gesellschaft oder durch eine 100 % unmittelbare oder mittelbare Beteiligungsgesellschaft der Gesellschaft begeben werden. Die bedingte Kapitalerhöhung dient nach Maßgabe der Wandelanleihebedingungen auch der Ausgabe von Aktien an Inhaber von Wandelschuldverschreibungen, die mit Wandlungspflichten ausgestattet sind. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber der Wandel- und / oder Optionsschuldverschreibungen von ihren Wandlungs- bzw. Optionsrechten Gebrauch machen oder die zur Wandlung verpflichteten Inhaber der Wandelschuldverschreibungen ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen und soweit nicht eigene Aktien zur Bedienung dieser Rechte zur Verfügung gestellt werden. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Options- bzw. Wandlungsrechten oder durch Erfüllung von Wandlungspflichten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen.

#### ■ *Kapitalrücklage*

Die Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 50.122 (Vj. TEUR 50.122) umfasst die Beträge, die bei der Ausgabe von Aktien über den Nennbetrag erzielt worden sind. Im Geschäftsjahr 2010 wurden keine Beträge in die Kapitalrücklage eingestellt.

#### ■ *Gewinnrücklagen*

Im Berichtszeitraum wurde in die freien Gewinnrücklagen ein Betrag in Höhe von TEUR 8.000 eingestellt. Der über den rechnerischen Wert der eigenen Aktien hinausgehende Teil des Kaufpreises in Höhe von TEUR 1.510 wurde mit den freien Gewinnrücklagen verrechnet. Im Einzelnen haben sich die Gewinnrücklagen wie folgt entwickelt:

Angaben in TEUR	Gesetzliche Rücklage	Freie Gewinnrücklagen	Gewinnrücklagen gesamt
Stand 01.01.2010	0	0	0
Einstellung	0	8.000	8.000
Umgliederung	0	0	0
Verrechnung mit Anschaffungskosten eigene Aktien	0	-1.510	-1.510
Stand 31.12.2010	0	6.490	6.490

Die gesetzliche Rücklage blieb unverändert. Da die Summe der Beträge aus der gesetzlichen Rücklage und der Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB den zehnten Teil des Grundkapitals erreichen, war kein Betrag in die gesetzliche Rücklage einzustellen.

#### ■ Gewinnvortrag

Die Hauptversammlung hat am 31. August 2010 beschlossen, von dem Bilanzgewinn in Höhe von EUR 11.319.414,93 einen Teilbetrag in Höhe von EUR 8.000.000 in die freien Gewinnrücklagen einzustellen und den restlichen Bilanzgewinn in Höhe von EUR 3.319.414,93 auf neue Rechnung vorzutragen.

#### ■ Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2010 beträgt, unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr, EUR 21.227.440,46. In dem Bilanzgewinn ist der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2010 in Höhe von EUR 17.869.447,53 enthalten.

#### ■ Stimmrechtsmeldungen

Der Gesellschaft liegen folgende Meldungen über das Bestehen einer Beteiligung, die nach § 20 Abs. 1 oder Abs. 4 AktG oder nach § 21 Abs. 1 oder Abs. 1 a WpHG bzw. § 41 Abs. 2 Satz 1 WpHG mitgeteilt worden sind, vor:

#### Mitteilungen im Geschäftsjahr 2010

- Die Multiadvisor Sicav mit Sitz in Luxemburg (Staat: Luxemburg) hat uns im Geschäftsjahr 2010 nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft, Heidelberg, Deutschland, am 09.06.2010 die Schwelle von 3 % überschritten hat und zu diesem Tag 3,4365 % (400.021 Stimmrechte) beträgt.
- Die Multiadvisor Sicav mit Sitz in Luxemburg (Staat: Luxemburg) hat uns im Geschäftsjahr 2010 nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG, Heidelberg, Deutschland, am 07.12.2010 die Schwelle von 5 % überschritten hat und zu diesem Tag 5,079 % (591.221 Stimmrechte) beträgt.
- Die IPConcept Fund Management S. A. mit Sitz in Luxemburg (Staat: Luxemburg) hat uns im Geschäftsjahr 2010 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft (Ziegelhäuser Landstraße 1, 69120 Heidelberg, Deutschland) am 31.07.2006 die Schwelle von 5 % überschritten hat und zu diesem Tag 5,08 % (677.868 Stimmrechte) beträgt. Davon ist ihr ein Stimmrechtsanteil von 1,43 % (190.634 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 WpHG zuzurechnen.



- Die IPConcept Fund Management S. A. mit Sitz in Luxemburg (Staat: Luxemburg) hat uns im Geschäftsjahr 2010 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft (Ziegelhäuser Landstraße 1, 69120 Heidelberg, Deutschland) am 21.11.2007 die Schwelle von 5 % unterschritten hat und zu diesem Tag 4,94 % (627.638 Stimmrechte) beträgt. Davon ist ihr ein Stimmrechtsanteil von 1,50 % (191.000 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 WpHG zuzurechnen.
  - Die IPConcept Fund Management S. A. mit Sitz in Luxemburg (Staat: Luxemburg) hat uns im Geschäftsjahr 2010 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft (Ziegelhäuser Landstraße 1, 69120 Heidelberg, Deutschland) am 12.09.2008 die Schwelle von 5 % überschritten hat und zu diesem Tag 5,02 % (636.929 Stimmrechte) beträgt. Hiervon ist ihr ein Stimmrechtsanteil von 2,12 % (268.929 Stimmrechte) gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 WpHG zuzurechnen.
  - Die IPConcept Fund Management S. A. mit Sitz in Luxemburg (Staat: Luxemburg) hat uns im Geschäftsjahr 2010 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft (Ziegelhäuser Landstraße 1, 69120 Heidelberg, Deutschland) am 11.11.2008 die Schwelle von 5 % unterschritten hat und 4,95 % (628.507 Stimmrechte) beträgt. Hiervon ist ihr ein Stimmrechtsanteil von 2,19 % (278.005 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 WpHG zuzurechnen.
  - Die IPConcept Fund Management S. A. mit Sitz in Luxemburg (Staat: Luxemburg) hat uns im Geschäftsjahr 2010 nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft, Ziegelhäuser Landstraße 1, 69120 Heidelberg, Deutschland, am 18.11.2008 die Schwelle von 5 % überschritten hat und zu diesem Tag 5,02 % (636.975 Stimmrechte) beträgt. Davon ist ihr ein Stimmrechtsanteil von 2,19 % (278.005 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 WpHG zuzurechnen.
- Mitteilungen vor dem Geschäftsjahr 2010
- Die VV Beteiligungen AG mit Sitz in Heidelberg (Deutschland) hat uns am 10.12.2009 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG am 08.12.2009 die Schwelle von 50 % überschritten hat und zu diesem Tag 54,395 %, das sind 6.336.950 Stimmrechte von insgesamt 11.649.799 Stimmrechten, betrug.
  - Die DELPHI Unternehmensberatung AG mit Sitz in Heidelberg (Deutschland) hat uns am 10.12.2009 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG am 08.12.2009 die Schwelle von 50 % überschritten hat und zu diesem Tag 54,395 % der Stimmrechte, das sind 6.336.950 Stimmrechte von insgesamt 11.649.799 Stimmrechten, beträgt. Hiervon sind der DELPHI Unternehmensberatung AG 54,395 % (6.336.950 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.
- Die der DELPHI Unternehmensberatung AG zugerechneten Stimmrechte werden dabei über folgendes von der DELPHI Unternehmensberatung AG kontrolliertes Unternehmen, dessen Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG 54,395 %, also 3 % oder mehr beträgt, gehalten:
- VV Beteiligungen AG, Heidelberg

Sie selbst hält am 08.12.2009 keine Aktien der Deutsche Balaton AG.

- Herr Wilhelm Konrad Thomas Zours, Deutschland, hat uns am 10.12.2009 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG am 08.12.2009 die Schwelle von 50 % überschritten hat und zu diesem Tag 54,395 % der Stimmrechte, das sind 6.336.950 Stimmrechte von insgesamt 11.649.799 Stimmrechten, beträgt. Hiervon sind ihm 54,395 % (6.336.950 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Die ihm zugerechneten Stimmrechte werden dabei über folgende von ihm kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG jeweils 54,395 %, also jeweils 3 % oder mehr beträgt, gehalten:

- DELPHI Unternehmensberatung AG, Heidelberg
- VV Beteiligungen AG, Heidelberg

Er selbst hält am 08.12.2009 keine Aktien der Deutsche Balaton AG.

Die Axxion S.A., Luxemburg-Munsbach, Luxemburg, hat uns am 20. August 2007 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG (ISIN: DE0005508204) am 16. August 2007 die Schwelle von 15,00 % überschritten hat und nun 15,03 % (Bestand Axxion S.A.: 2.007.111 Stücke) beträgt.

Mitteilung im Geschäftsjahr 2011

- Nach Ende des Geschäftsjahres 2010 erhielten wir eine weitere Stimmrechtsmitteilung der Multiadvisor Sicav. Darin hat uns die Multiadvisor Sicav mit Sitz in Luxemburg-Strassen (Staat: Luxemburg)

nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG, Heidelberg, Deutschland, am 30.12.2010 die Schwelle von 5 % unterschritten hat und zu diesem Tag 4,854 % (565.121 Stimmrechte) beträgt.

#### ■ Rückstellungen

Die Steuerrückstellung betrifft Rückstellungen für Gewerbesteuer in Höhe von TEUR 489 (Vj. TEUR 272). Unter den sonstigen Rückstellungen in Höhe von TEUR 1.527 (Vj. TEUR 558) sind im Wesentlichen eine Drohverlustrückstellung, Rückstellung für ausstehenden Urlaub, Rechts- und Beratungskosten, Aufsichtsratsvergütungen sowie Kosten für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses erfasst.

Die Drohverlustrückstellung in Höhe von TEUR 601 (Vj. TEUR 325) ergibt sich aus einer Verpflichtung, Aktien eines assoziierten Unternehmens zu einem Kaufpreis von TEUR 601 zu erwerben, falls die Vertragspartei zwischen 1. Juli 2011 und 30. September 2011 die Put-Option ausübt. Die betreffenden Aktien werden als nicht werthaltig betrachtet.

Des Weiteren sind in den sonstigen Rückstellungen TEUR 630 für Prozesskosten und Prozessrisiken enthalten.

#### ■ Verbindlichkeiten

Unter Berücksichtigung des Eigenbestandes der unter „Erläuterungen zur Bilanz – Anlagevermögen“ erwähnten 5 %-Unternehmensanleihe 2008/2013 besteht eine zum 1. Juli 2013 fällige Nettorückzahlungsverpflichtung in Höhe von TEUR 5.750. Die Zinszahlungen auf die 5 %-Unternehmensanleihe 2008/2013 sind jährlich, letztmals mit Rückzahlung der Anleihe, jeweils zum 1. Juli eines Kalenderjahres zur Zahlung fällig. Die aus der Unternehmensanleihe zum Bilanzstichtag resultierende Nettoverbindlichkeit

einschließlich Zinsen beträgt zum Bilanzstichtag somit TEUR 5.894 (Vj. TEUR 5.894). In diesem Betrag sind abgegrenzte Zinsverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 144 (Vj. TEUR 144) enthalten, die unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen werden. Aus dieser im Geschäftsjahr 2008 begebenen 5 %-Unternehmensanleihe 2008/2013 resultiert zum Bilanzstichtag eine Bruttoverbindlichkeit in Höhe von insgesamt TEUR 10.000 (Vj. TEUR 10.000).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten belaufen sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 12.180 (Vj. TEUR 12.642). Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betragen zum 31. Dezember 2010 TEUR 13.388 (Vj. TEUR 5.925) und betreffen überwiegend Darlehensverbindlichkeiten.

In den sonstigen Verbindlichkeiten, die zum 31. Dezember 2010 mit TEUR 166 (Vj. TEUR 196) ausgewiesen werden, sind Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von TEUR 22 (Vj. TEUR 18) enthalten. Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit bestehen, insoweit unverändert zum Vorjahr, keine.

Mit Ausnahme der Verbindlichkeiten aus der Unternehmensanleihe 2008/2013 in Höhe von TEUR 10.000 (Vj. TEUR 10.000) sind alle Verbindlichkeiten kurzfristig fällig. Wie im Vorjahr bestehen keine Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren.

Für Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen waren zum Bilanzstichtag keine Pfandrechte an Aktien (Vj. Pfandrechte an Aktien im Umfang von TEUR 1.600) bestellt. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind vollumfänglich (im banküblichen Umfang) durch bankübliche Verpfändung von Wertpapierdepots und Bankkonten besichert.

#### **4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**

##### ■ *Erträge aus Finanzanlagen*

Die Erträge aus Finanzanlagen im Gesamumfang von TEUR 1.703 (TEUR 1.444) beinhalten im Geschäftsjahr 2010 in Höhe von TEUR 1.564 (Vj. TEUR 1.444 Euro) Dividendenerträge (Vj. Gewinnzuweisungen von verbundenen Unternehmen und Dividendenerträge) sowie in Höhe von TEUR 140 (Vj. TEUR 268 in obigen Dividendenerträgen von TEUR 1.444 enthalten) Gewinnzuweisungen von verbundenen Unternehmen.

##### ■ *Erträge aus Gewinnabführungsverträgen*

Aus einem Gewinnabführungsvertrag resultieren Erträge in Höhe von TEUR 443.

##### ■ *Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens*

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens im Geschäftsjahr 2010 belaufen sich auf insgesamt TEUR 603 (Vj. TEUR 7.492) Die Abschreibungen auf Finanzanlagen (TEUR 547; Vj. TEUR 7.489) betreffen vollumfänglich Abschreibungen infolge eines niedrigeren beizulegenden Wertes wegen dauerhafter Wertminderung (im Vorjahr wurde wegen dauerhafter Wertminderung ein Betrag von TEUR 7.409 und wegen vorübergehender Wertminderung ein Betrag von TEUR 80 abgeschrieben). Die Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens (TEUR 56; Vj. TEUR 3) resultieren ebenfalls aus der Bewertung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert.

##### ■ *Sonstige betriebliche Erträge*

Die sonstigen betrieblichen Erträge belaufen sich auf insgesamt TEUR 623 (Vj. TEUR 76) und enthalten im Berichtsjahr im Wesentlichen periodenfremde Erträge

(TEUR 566) wie die Teilrückzahlung in Höhe von TEUR 300 eines im Jahr 2009 vollständig abgewerteten Darlehens als auch die Wertaufholung der noch ausstehenden Forderung in Höhe von TEUR 200 aus diesem Darlehen, deren Rückzahlung in 2011 erfolgt ist, die für dieses Darlehen aufgelaufenen Zinsforderungen in Höhe von TEUR 26 und die Erträge aus Auflösung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 36 (Vj. TEUR 14). Des Weiteren sind in den sonstigen betrieblichen Erträgen u. a. Mieterträge in Höhe von TEUR 31 (Vj. TEUR 31) und Erträge aus Kursdifferenzen in Höhe von TEUR 3 (Vj. TEUR 17) enthalten.

#### ■ *Sonstige betriebliche Aufwendungen*

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen des Geschäftsjahres 2010 belaufen sich auf insgesamt TEUR 3.396 (Vj. TEUR 2.151). Darin enthalten sind im Wesentlichen Rechts- und Beratungskosten (TEUR 427; Vj. TEUR 588), Aufwendungen aus Währungsumrechnungen (TEUR 1.045; Vj. TEUR 25), Aufwendungen aus der Zuführung zu den sonstigen Rückstellungen wegen Prozesskosten und Prozessrisiken (TEUR 630; Vj. TEUR 0), Aufwendungen aus der Erhöhung einer Drohverlustrückstellung (TEUR 275; Vj. TEUR 325), Abschluss- und Prüfungskosten (TEUR 80; Vj. TEUR 170), Mieten für Büroräume und Lagerraum (TEUR 83; Vj. TEUR 83), Kosten für die Hauptversammlung und Investor Relations (TEUR 64; Vj. TEUR 58), Periodenfremde Aufwendungen (TEUR 31; Vj. TEUR 0) und Kosten im Zusammenhang mit Veröffentlichungen im Bundesanzeiger sowie Handelsregistergebühren (TEUR 9; Vj. TEUR 4). Außerdem sind unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen Forderungsverluste (TEUR 599; Vj. TEUR 741) erfasst.

#### ■ *Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge*

Die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge in Höhe von TEUR 1.376 (Vj. TEUR 3.086) enthalten sonsti-

gen Zinsertrag und ähnliche Erträge in Höhe von TEUR 1.139 (Vj. TEUR 2.706) sowie sonstige Zinserträge aus verbundenen Unternehmen von TEUR 221 (Vj. TEUR 379).

Die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge in Höhe von TEUR 1.139 beinhalten in der Hauptsache Stückzinsen in Höhe von TEUR 706, Zinsen aus Darlehen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht in Höhe von TEUR 225, Zinsen aus Darlehen an Unternehmen und Personen, die nicht dem Kreis der verbundenen Unternehmen bzw. Beteiligungen zuzurechnen sind in Höhe von TEUR 174, Zinsen von Kreditinstituten für kurzfristige Einlagen und Guthaben in Höhe von TEUR 23 sowie Zinsen in Höhe von TEUR 11 aus Nachbesserungsbeträgen.

#### ■ *Zinsen und ähnliche Aufwendungen*

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen im Berichtszeitraum 2010 belaufen sich auf TEUR 694 (Vj. TEUR 1.006). Darin enthalten sind Aufwendungen für Zinsen an verbundene Unternehmen in Höhe von TEUR 165 (Vj. TEUR 176) sowie Zinsaufwand in Höhe von TEUR 292 (Vj. TEUR 291) betreffend die 5,00 %-Unternehmensanleihe 2008/2013. Die Zinsaufwendungen für kurzfristige Verbindlichkeiten belaufen sich auf TEUR 236 (Vj. TEUR 203).

#### ■ *Steuern vom Einkommen und vom Ertrag*

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von TEUR 305 (Vj. TEUR 497) beinhalten Aufwendungen für Kapitalertragsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag (TEUR 298, Vj. TEUR 199), Gewerbesteuer (TEUR 217, Vj. TEUR 272) und Zinsabschlagsteuer inkl. Solidaritätszuschlag (TEUR 188, Vj. TEUR 268). Den genannten Steueraufwendungen stehen im Geschäftsjahr 2010 Erträge aus Körperschaftsteuerguthaben einschließlich Solidaritätszuschlag in Höhe von 339 TEUR (Vj. TEUR 241) sowie

Erstattungen im Zusammenhang mit Gewerbesteuerzahlungen aus Vorjahren in Höhe von TEUR 58 gegenüber.

## 5. Sonstige Angaben

### ■ *Sonstige finanzielle Verpflichtungen, Haftung, Treuhandverhältnisse*

Es bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von TEUR 200, wovon TEUR 83 innerhalb eines Jahres und TEUR 117 innerhalb von zwei bis fünf Jahren fällig sind.

Zum Bilanzstichtag besteht eine Verpflichtung der Gesellschaft als Kommanditist der CornerstoneCapital II AG & Co. KG zur Erbringung weiterer Einlageleistungen in einem Umfang von TEUR 37.188.

Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten sind nicht bestellt worden.

Die Gesellschaft hat sich im Rahmen von Optionsvereinbarungen zum Erwerb von 48,6 % der ausgegebenen Aktien eines assoziierten Unternehmens verpflichtet, falls die Vertragspartei entsprechende Put-Optionen ausübt. Die Put-Optionen sind in drei Tranchen unterteilt und können im Zeitraum zwischen dem 01. Juli 2011 und 30. September 2011 ausgeübt werden. Der Kaufpreis, der im Falle der Ausübung der Optionsrechte aus allen Tranchen der Put-Optionen von der Deutsche Balaton AG an den Optionsberechtigten zu bezahlen wäre, beläuft sich auf TEUR 601, für die Rückstellungen gebildet sind.

Die Gesellschaft hat für die Gewährung eines kurzfristigen Darlehens in Höhe von TEUR 200 diverse Sicherheiten erhalten. Zudem hat der Schuldner eine Kaufoption auf die Anteile einer kleinen Gesellschaft eingeräumt, die sich mit börsennotierten Wertpapie-

ren beschäftigt. Die Option endet am 31. Dezember 2011 und der Kaufpreis der Anteile bemisst sich nach dem Eigenkapitalwert des Gesellschaftsanteils nach Verkehrswerten am zweiten Tag nach Abgabe der Annahmeerklärung in notariell beurkundeter Form abzüglich 10 % Abschlag. Die Option dient in erster Linie der weiteren Absicherung des Darlehens.

Des Weiteren hat die Gesellschaft im Berichtsjahr einen Teil einer ihr von Seiten eines Kreditinstituts eingeräumten Kreditlinie einem verbundenen Unternehmen bis zum Erhalt einer eigenen Kreditlinie zur Verfügung gestellt. Das betreffende verbundene Unternehmen hat im Januar 2011 eine eigene Kreditlinie erhalten.

### **Mitglieder der Organe:**

#### ■ *Vorstand*

- Dipl.-Kfm. Jörg Janich, Giengen (bis 3. März 2011)
- Rolf Birkert, Frankfurt am Main (seit 25. Februar 2011)

#### ■ *Aufsichtsrat*

- Thomas Zours, Heidelberg  
Aufsichtsratsvorsitzender  
Vorstand DELPHI Unternehmensberatung AG, Heidelberg  
Vorstand VV Beteiligungen AG, Heidelberg
- Dipl.-Kfm. Philip Hornig, Mannheim  
Stellvertretender Vorsitzender  
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater
- Dr. Burkhard Schäfer, Mannheim  
Unternehmensberater

■ *Angaben zur Mitgliedschaft der Organmitglieder in Aufsichtsräten*

Herr Jörg Janich ist Mitglied in folgenden Aufsichtsräten:

- ABC Beteiligungen AG, Heidelberg  
Aufsichtsratsvorsitzender (bis 31.08.2010)
- CARUS AG, Heidelberg  
Aufsichtsratsvorsitzender
- Stratec Grundbesitz AG, Mannheim  
Aufsichtsratsvorsitzender
- CornerstoneCapital AG, Frankfurt am Main  
Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
- CornerstoneCapital Verwaltungs AG  
Neckarburg 33. VW AG, Mannheim  
(seit 27. August 2010)

Herr Philip Hornig ist außerdem Mitglied in folgenden Aufsichtsräten:

- CornerstoneCapital AG, Frankfurt am Main
- VW Beteiligungen AG, Heidelberg  
Aufsichtsratsvorsitzender
- DELPHI Unternehmensberatung AG, Heidelberg  
Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
- CornerstoneCapital Verwaltungs AG
- Heidelberger Beteiligungsholding AG  
(seit 1. September 2010)

Herr Dr. Burkhard Schäfer ist außerdem Mitglied in folgenden Aufsichtsräten:

- ABC Beteiligungen AG, Heidelberg  
Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
- Stratec Grundbesitz AG, Mannheim  
Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
- DELPHI Unternehmensberatung AG, Heidelberg  
Aufsichtsratsvorsitzender
- VW Beteiligungen AG, Heidelberg  
(seit 19. November 2009)
- GPXS Services AG, München  
Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender

Herr Thomas Zours nimmt keine weiteren Aufsichtsratsmandate wahr.

Die Gesamtbezüge des Vorstands für seine Tätigkeit im Geschäftsjahr 2010 belaufen sich auf TEUR 255 (Vj. TEUR 255), außerdem hat der Vorstand TEUR 6 (Vj. TEUR 6) Aufsichtsratsvergütungen von Konzerngesellschaften bezogen. Die Hauptversammlung vom 28. August 2006 hat den Vorstand gemäß § 286 Abs. 5 HGB ermächtigt, die in § 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe a Satz 6 und 7 HGB für den Jahresabschluss und in § 314 Abs. 1 Nr. 6 Buchstabe a Satz 6 und 7 für den Konzernabschluss verlangten Angaben in den Jahresabschlüssen und Konzernabschlüssen der Gesellschaft für den Zeitraum vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2010 zu unterlassen.

Die Bezüge des Aufsichtsrats für seine Tätigkeit im Berichtszeitraum betragen insgesamt TEUR 30 (Vj. TEUR 32).

Im Berichtsjahr wurden neben dem Vorstand durchschnittlich 5 (Vj. 3) Mitarbeiter beschäftigt.

■ *Abschlussprüferhonorar*

Auf die Angabe des Honorars des Abschlussprüfers im Einzelabschluss wird gemäß § 285 Nr. 17 letzter Satzteil HGB verzichtet. Die Angabe wird im Konzernabschluss der Deutsche Balaton AG, Heidelberg, zusammengefasst für alle Konzernunternehmen gemacht.

■ *Entsprechenserklärung*

Der Vorstand und der Aufsichtsrat haben die gemäß § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung im November 2010 abgegeben und den Aktionären dauerhaft auf der Internetseite der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft ([www.deutsche-balaton.de](http://www.deutsche-balaton.de)) zugänglich gemacht.

## 6. Konzernzugehörigkeit

Die Deutsche Balaton Aktiengesellschaft stellt zum 31. Dezember 2010 als Mutterunternehmen einen Konzernabschluss nach den internationalen Rechnungslegungsvorschriften (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs.1. HGB anzuwendenden handelsrechtlichen

Vorschriften auf. Der Konzernabschluss wird nach § 325 Abs. 1 HGB im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Die Deutsche Balaton Aktiengesellschaft ist selbst nicht in den Konzernabschluss eines Mutterunternehmens einbezogen.

### Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 HGB

■ *Beteiligungen mit einem Kapitalanteil von mindestens 20 Prozent*

Name der Gesellschaft	Kapitalanteil in Prozent	Eigenkapital in TEUR	Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag in TEUR
ABC Beteiligungen AG, Heidelberg	100,0 %	11.643	925
Administration Intelligence AG, Würzburg (31.12.2009)	28,8 %	1.875	265
ASE AG, Bruchsal (31.12.2009)	25,1 %	313	96
Beta Systems Software AG, Berlin	38,5 %	15.441	1.158
BNS Holding GmbH, Frankfurt am Main	100,0 %	13	0
CARUS AG, Heidelberg	49,5 %	-620	-489
CornerstoneCapital AG, Frankfurt am Main	99,3 %	11.238	7.401
CornerstoneCapital Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main	100,0 %	17	1
CornerstoneCapital II AG & Co. KG, Heidelberg	90,0 %	4.269	944
CornerstoneCapital II In GmbH & Co. KG, Heidelberg (31.12.2009)	49,0 %	-13	-5
CornerstoneCapital MTAG GmbH i.L., Frankfurt am Main	100,0 %	-4.503	-1
CornerstoneCapital Verwaltungs AG, Heidelberg	100,0 %	543	0 <sup>1</sup>
EppsteinFOILS GmbH & Co. KG, Eppstein	100,0 %	2.000	3.508
Eppstein Foils Holding GmbH, Eppstein	70,0 %	7.773	2.833
Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG, Heidelberg	70,0 %	240	0
Fortuna Maschinenbau Holding AG, Bad Staffelstein	100,0 %	2.164	439
Fortuna Technologie GmbH, Krems/Donau (A)	100,0 %	56	21
HART Technik Kft, Pomáz (HU)	100,0 %	944	172
Heidelberger Beteiligungsholding AG, Heidelberg	77,7 %	14.813	1.990
Human Solutions GmbH, Kaiserslautern (31.12.2009)	42,1 %	3.979	517



Name der Gesellschaft	Kapitalanteil in Prozent	Eigenkapital in TEUR	Jahres- überschuss/ Jahres- fehlbetrag in TEUR
Papierwerke Lenk AG, Kappelrodeck	66,2 %	1.915	677
PL Industrie-Verwaltungs-GmbH, Kappelrodeck	66,2 %	345	196
PL Verwaltungs-GmbH, Kappelrodeck	66,2 %	141	89
Qualification Star GmbH, Bad Soden am Taunus	50,0 %	3.152	78
Staniolfabrik Eppstein Flaschenk. GmbH, Eppstein	100,0 %	28	0
STRATEC Grundbesitz AG, Mannheim	70,0 %	754	5
Stratec Projektgesellschaft mbH, Mannheim	100,0 %	23	1
STRATEC Rheinallee GmbH, Mannheim	93,9 %	-117	37
Verwaltungsgesellschaft Eppstein FOILS mbH, Eppstein	100,0 %	82	2
wvd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG, Frankfurt am Main	36,7 %	41.389	2.638

(1) Der Jahresüberschuss ergibt sich durch einen Gewinnabführungsvertrag mit der Deutsche Balaton AG (vor Gewinnabführung: TEUR 443)

■ *Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften mit einem Stimmrechtsanteil von mehr als 5 Prozent*

Name der Gesellschaft	Kapitalanteil in Prozent	Eigenkapital in TEUR	Jahres- überschuss/ Jahres- fehlbetrag in TEUR
Kartonpack Rt., Budapest (HU)	8,3 %	4.234	479
Mania Technologie AG, Weilrod (Insolvenz 2008)	10,1 %	–	–
Mistral Media AG, Köln (31.12.2009)	8,2 %	18.717	133
W.E.T. Automotive Systems AG, Odelzhausen	10,5 %	66.167	26.654

**Anmerkungen:**

- Die Angaben werden grundsätzlich in Tausend Euro (= TEUR) per 31.12.2010 gemacht.
- Die Angaben erfolgen grundsätzlich auf den Stichtag 31.12.2010, sofern in der Spalte „Name der Gesellschaft“ kein anderer Stichtag in Klammern angegeben ist. Vom 31.12.2010 abweichende Stichtage können durch abweichende Wirtschaftsjahre oder durch noch nicht vorliegende offizielle Daten der Gesellschaften zum 31.12.2010 entstehen.
- Zur Mania Technologie AG liegen keine aktuellen Zahlen vor (Insolvenz 2008).
- Angaben in Euro zur Hart-Technik Kft. und Kartonpack Rt. sind unter Berücksichtigung des letzten von der Europäischen Zentralbank im Kalenderjahr 2010 am 31.12.2010 festgelegten Referenzkurses (1,00 EUR = 277,95 HUF) angegeben.

Heidelberg, 26. April 2011

Der Vorstand

Rolf Birkert

# Entwicklung des Anlagevermögens 2010

<b>Anschaffungskosten</b>			
	<b>01.01.2010</b>	<b>Zugänge</b>	
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>	
<b>I. Sachanlagen</b>			
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	283.599,42	5.226,54	
<b>II. Finanzanlagen</b>			
1. Anteile verbundene Unternehmen	62.851.626,96	1.199.739,91	
2. Beteiligungen	8.306.845,57	8.252.171,03	
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	56.059.661,08	9.433.495,44	
	127.218.133,61	18.885.406,38	
	<b>127.501.733,03</b>	<b>18.890.632,92</b>	

<b>Kumulierte Abschreibungen</b>			
	<b>01.01.2010</b>	<b>Zugänge</b>	
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>	
<b>I. Sachanlagenvermögen</b>			
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	51.089,36	26.759,60	
<b>II. Finanzanlagen</b>			
1. Anteile verbundene Unternehmen	21.984.509,70	0,00	
2. Beteiligungen	2.481.669,67	55.000,00	
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	25.338.987,55	520.349,73	
	49.805.166,92	575.349,73	
	<b>49.856.256,28</b>	<b>602.109,33</b>	

	Abgänge	Umbuchung	31.12.2010
	EUR	EUR	EUR
	0,00	0,00	288.825,96
	12.253.692,01	0,00	51.797.674,86
	0,00	0,00	16.559.016,60
	4.492.762,97	0,00	61.000.393,55
	16.746.454,98	0,00	129.357.085,01
	<b>16.746.454,98</b>	<b>0,00</b>	<b>129.645.910,97</b>

	Abgänge	Umbuchung	Zuschreibungen	31.12.2010	Buchwerte	
	EUR	EUR	EUR	EUR	31.12.2010	31.12.2009
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	0,00	0,00	0,00	77.848,96	210.977,00	232.510,06
	0,00	0,00	7.925,40	21.976.584,30	29.821.090,56	40.867.117,26
	0,00	0,00	2.078.201,04	485.468,63	16.100.547,97	5.825.175,90
	1.176.008,12	0,00	7.318.106,12	17.365.223,04	43.635.170,51	30.720.673,53
	1.176.008,12	0,00	9.404.232,56	39.800.275,97	89.556.809,04	77.412.966,69
	<b>1.176.008,12</b>	<b>0,00</b>	<b>9.404.232,56</b>	<b>39.878.124,93</b>	<b>89.767.786,04</b>	<b>77.645.476,75</b>

# Versicherung des gesetzlichen Vertreters

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Heidelberg, den 29. April 2011

Der Vorstand

Rolf Birkert

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalspiegel sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Balaton AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 30. April 2011

PKF Deutschland GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

M. Jüngling  
Wirtschaftsprüfer

T. Drosch  
Wirtschaftsprüfer

Hinweis:

Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; wir weisen insbesondere auf § 328 HGB hin.

# Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2010

## 1. Anzuwendende Rechnungslegungsstandards

Der Konzernlagebericht für den Deutsche Balaton-Konzern (nachfolgend auch als „Deutsche Balaton“ bezeichnet) ist im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2010 der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft (im Folgenden als „Deutsche Balaton AG“ bezeichnet) zu lesen; dieser wird nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften, den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, aufgestellt.

## 2. Geschäft und Rahmenbedingungen

### ■ 2.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft befand sich im Berichtsjahr 2010 in Rekordlaune. Das Bruttoinlandsprodukt verzeichnete in diesem Zeitraum preisbereinigt eine Erhöhung um 3,6 % und erreichte damit die höchste jährliche Wachstumsrate seit der deutschen Wiedervereinigung. Auch wenn damit das Niveau vor der Finanzkrise noch nicht erreicht ist, hat der schnelle Aufholprozess seit dem Winterhalbjahr 2008/2009 auch die ökonomische Fachwelt überrascht. Dabei spielte die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands auch im Euroraum eine Rolle. Der Anteil des deutschen nominalen Bruttoinlandsprodukts am Bruttoinlandsprodukt der Eurozone betrug im Jahr 2010 nach einer Prognose der EU-Kommission und Berechnungen des Statistischen Bundesamts mit 2.467,6 Mrd. Euro immerhin 27 %.

Auch die deutschen Banken, die die Finanzkrise damals zuerst zu spüren bekamen, sehen optimistisch in die Zukunft. Nach einer Studie der Prüfungs- und Beratungsgesellschaft Ernst & Young, deren Ergebnisse Anfang 2011 veröffentlicht wurden, kann beinahe jede vierte Bank über eine sehr positive Geschäftslage

berichten. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass der Staat die deutsche Finanzbranche seit der Finanzkrise über den Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) stützt. Der SoFFin wird ab dem Jahresende 2010 keine neuen Leistungen mehr vergeben. Der Gesetzgeber hat neben dem SoFFin mit der Möglichkeit der Gründung von „Bad Banks“ zur Auslagerung sog. „giftiger“ Wertpapiere eine Bereinigung der Banken um diese Wertpapiere ermöglicht. Außerdem soll ab 2011 durch den Restrukturierungsfonds die Sicherheit des Bankensystems erhalten bleiben.

Die Eurokrise kann weiter für Überraschungen sorgen. Die EU-Kommission, die Europäische Zentralbank (EZB) und etliche Regierungschefs sehen der Entwicklung an den Finanzmärkten wegen des hohen Refinanzierungsbedarfs von Portugal und Spanien in den kommenden Wochen mit Sorge entgegen.

Einer der Profiteure des Wirtschaftsaufschwungs ist die Automobilindustrie. Sicherte 2009 noch die staatliche Abwrackprämie den Automobilabsatz, insbesondere im Klein- und Mittelklassesektor, konnten im Zuge der wirtschaftlichen Erholung 2010 auch die Hersteller von Oberklasse- und Premium-Modellen ihren Absatz wieder deutlich steigern. Insgesamt legten in 2010 die Absatzzahlen der Automobilhersteller weltweit deutlich zu. Ein bedeutender Markt im vergangenen Jahr war der chinesische Automarkt. Die deutschen Automobilhersteller feierten hier Verkaufserfolge.

Die starke konjunkturelle Erholung im Jahr 2010 hat auch die Arbeitskräftenachfrage deutlich belebt. Nicht nur die jahresdurchschnittliche Erwerbstätigkeit und darunter die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse haben in 2010 zugenommen, sondern auch die jahresdurchschnittliche Arbeitszeit

der Arbeitnehmer hat sich in 2010 wieder erhöht. Ein Grund hierfür ist der Rückgang der noch in 2009 durch die Finanzkrise deutlich ausgeweiteten Kurzarbeit. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in 2010 deutlich verringert. So waren im Jahresdurchschnitt 2010 in Deutschland 3.244.000 Menschen arbeitslos gemeldet, was einen Rückgang um rd. 5 % bzw. 179.000 Personen ausmacht. Noch deutlicher zeigt sich der Rückgang im Jahresvergleich. So waren im Dezember 2010 260.000 Menschen (8 %) weniger von Arbeitslosigkeit betroffen als im Vorjahresmonat.

Der deutsche Außenhandelsmotor läuft auf vollen Touren. Im November 2010 erreichten die deutschen Importe den höchsten Stand aller Zeiten. Importierte Waren erreichten einen Wert von 75,1 Mrd. Euro. Dies entspricht einem Anstieg um 33,3 % gegenüber dem Vorjahresmonat und stellt zugleich den Spitzenwert seit Beginn der Außenhandelsstatistik im Jahr 1950 dar. Dennoch konnte, trotz des Einfuhrrekords, im November 2010 ein Außenhandelsüberschuss von 12,9 Mrd. Euro (kalenderbereinigt: 11,8 Mrd. Euro) erzielt werden, da insgesamt Güter im Wert von 88,0 Mrd. Euro exportiert wurden. Im Vergleich zum November 2009 bedeutet dies einen Anstieg um 21,7 %. Insgesamt summieren sich die Exporte in den ersten elf Monaten des Jahres 2010 somit auf 877,8 Mrd. Euro, was einen Anstieg um fast 20 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum darstellt.

Entsprechend der konjunkturellen Erholung zeigte sich auch die Entwicklung an den internationalen Wertpapiermärkten im Jahr 2010 positiv. Der US-Aktienmarkt erholte sich in 2010 deutlich. Musste der Dow Jones Average Index am 9. März 2009 mit 6.440,08 Punkten seinen Jahrestiefstand 2009 verkraften, schloss der amerikanische Leitindex am letzten Handelstag des Jahres 2010 mit 11.572,74 Punkten. Im Januar 2011 konnte bereits die

12.000-Punkte-Marke erstmals seit der Finanzkrise wieder geknackt werden. Eine ähnlich erfolgreiche Entwicklung zeigte sich auch bei dem deutschen Aktienleitindex DAX, der das Jahr 2010 mit einem Wert von 5.975,52 Punkten eröffnet hatte. Dieser erreichte am 21. Dezember 2010 mit 7.087,84 Punkten seinen Jahreshöchststand 2010 und beendete das Jahr 2010 mit einem Schlusstand von knapp unter 7.000 Punkten bei 6.914,19 Punkten und damit einem Zuwachs im Jahresverlauf von 938,87 Punkten bzw. 15,7 %.

Erfreulich war auch die Entwicklung im Anleihemarkt in 2010. Der von der Deutsche Börse AG herausgegebene Anleiheindex RDAX, in dem die Anleihen der DAX-30-Unternehmen erfasst sind, schloss am 30. Dezember 2010 mit 100,16 Punkten und damit einem Plus von 0,64 Punkten im Vergleich zum Jahresanfang. Mit 103,70 Punkten hatte der RDAX am 24.08.2010 sein Jahreshoch erreicht.

## ■ 2.2 Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf im Deutsche Balaton-Konzern wurde im Geschäftsjahr 2010 insbesondere durch die Erholung der weltweiten Wirtschaft- und Finanzmärkte, insbesondere auch in Deutschland, geprägt. Nachdem sich ein Ende der größten Rezession der Nachkriegsgeschichte in Deutschland schon zu Ende des Geschäftsjahres 2009 abgezeichnet hatte, profitierte der Deutsche Balaton-Konzern von dem stärksten Wirtschaftsaufschwung seit vielen Jahren und konnte das Geschäftsjahr 2010 mit einem erfreulichen Jahresergebnis abschließen.

Der Deutsche Balaton-Konzern setzte im Geschäftsjahr 2010 den bereits im Vorjahr gelegten Schwerpunkt seiner Investitionstätigkeit auf Unternehmensanleihen und Genussrechte, aus denen im Gesamtverlauf



des Geschäftsjahres 2010 Erträge in Höhe von rd. 2,4 Mio. Euro erwirtschaftet werden konnten.

Mussten im Vorjahr im Deutsche Balaton-Konzern zum 31. Dezember 2009 aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung und der anhaltend niedrigen Börsenkurse Wertberichtigungen auf langfristige und kurzfristige Wertpapiere von rd. 6,0 Mio. Euro vorgenommen werden, so prägten im Geschäftsjahr 2010 Wertaufholungen auf langfristige und kurzfristige Wertpapiere von rd. 2,9 Mio. Euro die Entwicklung des Jahresergebnisses mit.

Im Rahmen von beschlossenen Squeeze-Outs bei verschiedenen Unternehmen hat die Deutsche Balaton im Geschäftsjahr 2010 wiederum Aktienpakete eingereicht und hierfür Abfindungen erhalten. Hier sind insbesondere die im Rahmen des Squeeze-Outs bei der Cycos AG und der T-Online AG eingereichten Aktien zu nennen.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden 290.000 Aktien der insgesamt 415.000 Aktien ausmachenden Beteiligung an der P & I Personal & Informatik AG, Wiesbaden, veräußert. Der Verkauf hat mit rd. 5,3 Mio. Euro zu dem Jahresergebnis beigetragen.

Der Deutsche Balaton-Konzern war, wie schon im Vorjahr, im abgelaufenen Geschäftsjahr 2010 von den Auswirkungen der Subprime-Krise, die nach wie vor Auswirkungen an den Finanzmärkten zeigen, nicht unmittelbar betroffen. Geschäfte mit Hypothekendarlehen oder damit verbundenen Finanzprodukten wurden auch im Geschäftsjahr 2010, mit Ausnahme des Erwerbs von Hypothekendarlehen, die den Bestimmungen des deutschen Pfandbriefgesetzes unterliegen, nicht getätigt.

### **3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Deutsche Balaton-Konzerns**

#### **■ 3.1 Umsatz- und Ertragsentwicklung**

Das Periodenergebnis im Geschäftsjahr 2010 beträgt rd. 19,8 Mio. Euro (Vj. rd. 11,2 Mio. Euro) und geht im Wesentlichen auf sonstige betriebliche Erträge aus Geschäften in Aktien und verzinsliche Wertpapiere, insbesondere Unternehmensanleihen und Genussrechte zurück. Das Periodenergebnis beinhaltet außerdem die Ergebnisse der drei vollkonsolidierten Industrieunternehmen (Ergebnis vor Konsolidierungseffekten aus den IFRS-Einzelabschlüssen der Fortuna Maschinenbau Holding AG, Bad Staffelstein, und der Papierwerke Lenk AG, Kappelrodeck, sowie der EppsteinFOILS GmbH & Co. KG, Eppstein, mit anteilig rd. 2,8 Mio. Euro).

Die Konzernumsatzerlöse im Geschäftsjahr 2010 von rd. 70,0 Mio. Euro (Vj. rd. 52,2 Mio. Euro) konnten um rd. 34 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum gesteigert werden. Insbesondere der Teilkonzern der Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG, in dem auch die Fortuna Maschinenbau Holding AG und die Papierwerke Lenk AG enthalten sind, hat mit einem Anstieg der Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um rd. 14,2 Mio. Euro auf rd. 44,2 Mio. Euro im Berichtszeitraum zu dem Anstieg der Umsatzerlöse beigetragen. Im Segment „CornerstoneCapital“ lag der Umsatzanstieg im gleichen Vergleichszeitraum bei rd. 3,4 Mio. Euro (+ rd. 15,8 %). Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von rd. 40,8 Mio. Euro (Vj. rd. 25,0 Mio. Euro) um rd. 60 %. Auch hier entfiel auf das Segment „Fidelitas“ mit einem Anstieg um rd. 12,6 Mio. Euro auf rd. 28,0 Mio. Euro der größte Anteil. Die Bestandsveränderungen der fertigen und unfertigen Erzeugnisse sind mit rd. 2,6 Mio. Euro (-0,6 Mio. Euro) positiv.

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ist im Geschäftsjahr 2010 wiederholt ein deutlicher Anstieg um rd. 3,0 Mio. Euro auf rd. 17,4 Mio. Euro (Vj. rd. 14,4 Mio. Euro) zu verzeichnen. Darin enthalten ist das aus der Veräußerung und ergebniswirksamen Bewertung von Wertpapieren im Geschäftsjahr 2010 konzernweit erzielte Ergebnis in Höhe von rd. 15,9 Mio. Euro (Vj. rd. 13,3 Mio. Euro). Der Vorjahreswert der sonstigen betrieblichen Erträge ist dabei im Vergleich zu dem im Vorjahr veröffentlichten Wert um 1,7 Mio. Euro reduziert, da Anpassungen an der Ertragswirksamkeit der im Vorjahr vorgenommenen Bewertung einzelner zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte vorgenommen worden sind. Im Gegenzug wurde das übrige Gesamtergebnis im Vorjahr um den gleichen Betrag erhöht. Das Gesamtergebnis des Vorjahres ist in Folge unverändert. Diese Veränderung wurde nach den Vorschriften des IAS 8 (Restatement) durchgeführt. Wir verweisen für die detaillierteren Erläuterungen auf den Konzernanhang, Tz. 6.

Das Rohergebnis des Deutsche Balaton-Konzerns im Geschäftsjahr 2010 beläuft sich auf rd. 49,1 Mio. Euro nach rd. 41,1 Mio. Euro im Vorjahr. Das Rohergebnis errechnet sich aus Umsatzerlösen sowie sonstigen betrieblichen Erträgen und Bestandsveränderungen des Geschäftsjahres 2010 sowie den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe. Der deutliche Anstieg des Rohergebnisses resultiert aus den im Vorjahresvergleich um rd. 17,8 Mio. Euro höheren Umsatzerlösen, wohingegen die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe nur um rd. 15,9 Mio. Euro im Berichtszeitraum gestiegen sind. Weiter hat auch der deutliche Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge, die sich im Vorjahresvergleich um rd. 3,0 Mio. Euro verbessert haben, zum Rohergebnis beigetragen. Der Anstieg der Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge

steht im Zusammenhang mit den Erträgen der produzierenden Konzernunternehmen sowie Erträgen aus der Veräußerung von Wertpapieren.

Die Zuwendungen an Arbeitnehmer haben sich im Berichtszeitraum um rd. 19 % von rd. 14,1 Mio. Euro im Vorjahr auf rd. 16,7 Mio. Euro im Berichtsjahr erhöht. Dieser Anstieg ist überwiegend auf Neueinstellungen zurückzuführen.

Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen im Deutsche Balaton-Konzern sind im Geschäftsjahr 2010 mit rd. 1,9 Mio. Euro (Vj. rd. 1,9 Mio. Euro) nahezu unverändert zum Vorjahr. Die Abschreibungen gehen überwiegend auf planmäßige Abschreibungen bei den drei vollkonsolidierten Industrieunternehmen zurück. Außerdem wurden zum 31. Dezember 2010 planmäßige Abschreibungen auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien in Höhe von rd. 0,1 Mio. Euro (Vj. rd. 0,1 Mio. Euro) vorgenommen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Geschäftsjahr 2010 liegen mit rd. 13,8 Mio. Euro um rd. 3,0 Mio. Euro über dem Vorjahreswert in Höhe von rd. 10,8 Mio. Euro. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Aufwendungen für Rechts- und Beratungskosten, Investor Relations, Abschluss- und Prüfungskosten, Raumkosten sowie sonstige Kosten des laufenden Geschäftsbetriebs enthalten. Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen geht wesentlich auf Aufwendungen für Währungsumrechnungen und Forderungsverluste zurück.

Das Konzernbetriebsergebnis konnte im Geschäftsjahr 2010 erneut um rd. 2,4 Mio. Euro auf rd. 16,7 Mio. Euro (Vj. rd. 14,3 Mio. Euro, vor Anpassung rd. 16,0 Mio. Euro) gesteigert werden. Das Konzern-

betriebsergebnis ermittelt sich aus dem Rohergebnis, den Zuwendungen an Arbeitnehmer, den sonstigen betrieblichen Aufwendungen und den Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen sowie Abschreibungen auf Immobilien im Finanzanlagevermögen.

Das Konzernfinanzergebnis des Geschäftsjahres 2010 ist mit rd. -2,6 Mio. Euro weiter negativ (Vj. rd. -3,0 Mio. Euro). Das Konzernfinanzergebnis setzt sich aus den Finanzerträgen abzüglich der Finanzierungsaufwendungen zusammen.

In den Finanzerträgen in Höhe von rd. 4,8 Mio. Euro (Vj. rd. 6,9 Mio. Euro) sind im Geschäftsjahr 2010 Dividenerträge in Höhe von rd. 2,2 Mio. Euro (Vj. rd. 1,6 Mio. Euro) enthalten. Außerdem sind darin gegenüber dem Vorjahreswert gesunkene Zins- und zinsähnliche Erträge im Umfang von rd. 2,5 Mio. Euro (Vj. rd. 5,2 Mio. Euro) enthalten.

Die Finanzierungsaufwendungen im Geschäftsjahr 2010 betragen 7,4 Mio. Euro (Vj. rd. 9,9 Mio. Euro). Im Geschäftsjahr 2010 betragen die Wertminderungen auf im Konzern langfristig und kurzfristig gehaltene Wertpapiere rd. 4,4 Mio. Euro (Vj. rd. 6,0 Mio. Euro). Im Berichtsjahr entfallen von den Wertminderungen auf im Konzern langfristig und kurzfristig gehaltene Wertpapiere rd. 3,3 Mio. Euro auf die Beteiligung an der Beta Systems Software AG. Aufgrund der in 2010 insgesamt erholten Wertpapiermärkte traten Wertminderungen auf andere im Konzern gehaltene Wertpapiere nur in geringem Umfang auf.

In den Finanzierungsaufwendungen sind außerdem Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen im Umfang von rd. 2,9 Mio. Euro (Vj. rd. 3,9 Mio. Euro) enthalten. Unter den Zinsen und zinsähnlichen Aufwendungen sind Zinsen für eine Unternehmensanleihe in Höhe

von rd. 0,3 Mio. Euro (Vj. rd. 0,6 Mio. Euro) sowie ein aus kurzfristigen Kapitalmarktgeschäften resultierender Aufwand in Höhe von rd. 1,3 Mio. Euro (Vj. rd. 1,9 Mio. Euro) erfasst. Die Zinsaufwendungen im Deutsche Balaton-Konzern im Geschäftsjahr 2010 liegen mit rd. 1,1 Mio. Euro insgesamt um rd. 2,8 Mio. Euro unter denen des Vorjahres (Vj. rd. 3,9 Mio. Euro).

Der auf die assoziierten Unternehmen entfallende Ergebnisanteil ist, wie im Vorjahr, mit rd. 1,2 Mio. Euro (Vj. rd. 0,8 Mio. Euro) positiv. Dieser Ergebnisanteil ist insbesondere auf die positive Entwicklung bei den assoziierten Unternehmen vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG, Frankfurt am Main, und Beta Systems Software AG, Berlin, zurückzuführen.

Das Ergebnis nach Steuern aus fortgeführter Geschäftstätigkeit im Geschäftsjahr 2010 ist mit rd. 14,4 Mio. Euro nochmals gegenüber dem Vorjahresergebnis von rd. 10,5 Mio. Euro (vor Anpassung 12,2 Mio. Euro) angestiegen. Unter Berücksichtigung des Ergebnisses aus zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten (rd. 5,4 Mio. Euro; Vj. rd. 0,7 Mio. Euro) beträgt das Periodenergebnis des Geschäftsjahres 2010 rd. 19,8 Mio. Euro (Vj. rd. 11,2 Mio. Euro, vor Anpassung 12,9 Mio. Euro).

Der Investitionsschwerpunkt der Deutsche Balaton liegt wie im Vorjahr auf börsennotierten und nicht börsennotierten Unternehmensbeteiligungen, verzinslichen Wertpapieren und Immobilien. Der überwiegende Anteil der Vermögenswerte im Berichtszeitraum besteht aus börsennotierten Unternehmensbeteiligungen und verzinslichen Wertpapieren. Das Beteiligungsportfolio und die Konzernunternehmen sind aufgrund des Geschäftsmodells einer Beteiligungsgesellschaft laufenden Änderungen unter-

worfen. Dadurch haben die Umsatzerlöse und das Periodenergebnis für die Deutsche Balaton nur eine eingeschränkte Aussagekraft.

Die positive Veränderung des beizulegenden Zeitwertes von zur Veräußerung verfügbaren Finanzinstrumenten um rd. 11,5 Mio. Euro im Berichtszeitraum (Vj. rd. 10,1 Mio. Euro), bei auf diesen entfallenden latenten Steuern von rd. -0,6 Mio. Euro (Vj. rd. -0,2 Mio. Euro), verbessern das für die Beurteilung wichtigere Gesamtergebnis auf 30,6 Mio. Euro (Vj. rd. 21,6 Mio. Euro). Von diesem Gesamtergebnis entfallen rd. 1,7 Mio. Euro auf Anteile von nicht beherrschenden Gesellschaftern (Vj. rd. -0,2 Mio. Euro). Die weitere Veränderung des beizulegenden Zeitwertes von zur Veräußerung verfügbaren Finanzinstrumenten unterliegt den durch die erfahrungsgemäß auftretenden Schwankungen der globalen und lokalen Wirtschaftsentwicklung und andere Faktoren hervorgerufenen Änderungen der Börsenkurse und Unternehmensbewertungen und enthält auch nicht realisierte Gewinne auf Wertpapierpositionen.

Aufgrund des auch an anderer Stelle dargelegten Charakters des Beteiligungsgeschäfts wäre es u. E. nicht sachgerecht, aus dem Jahresüberschuss oder dem Gesamtergebnis des Konzerns ein Kurs-Gewinnverhältnis für die Deutsche Balaton-Aktie abzuleiten.

### ■ 3.2 Vermögens- und Finanzlage

Die Struktur der Vermögenswerte ist geprägt durch einen deutlichen Anstieg der kurzfristigen Vermögenswerte sowie einen deutlichen Zuwachs bei den langfristigen Vermögenswerten. Auf der anderen Seite weisen die langfristigen Schulden einen deutlichen Rückgang auf, wohingegen die kurzfristigen Schulden sich in vergleichbarem Verhältnis erhöht haben. Die Veränderung der Bilanzstruktur ist

insbesondere durch den deutlichen Anstieg der zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapiere geprägt.

Die Bilanzsumme des Deutsche Balaton-Konzerns beläuft sich zum 31. Dezember 2010 auf rd. 171,5 Mio. Euro und liegt damit rd. 31 Mio. Euro bzw. rd. ein Fünftel über dem Vorjahreswert von rd. 140,5 Mio. Euro. Die Eigenkapitalquote zum 31. Dezember 2010, gebildet aus dem Quotienten aus bilanziellem Eigenkapital und Bilanzsumme, hat sich mit rd. 70,7 % leicht verbessert (Vj. rd. 66,3 %). Aufgrund des positiven Periodenergebnisses und des Anstiegs der Neubewertungsrücklage ist das Konzerneigenkapital zum 31. Dezember 2010 deutlich von rd. 93,2 Mio. Euro um rd. 28,0 Mio. Euro auf rd. 121,2 Mio. Euro angestiegen. Die Zunahme des Eigenkapitals bei gleichzeitig insgesamt gering verminderten Schulden führt zu einer Verschiebung des Verhältnisses aus Eigenkapital und Fremdkapital zugunsten des Eigenkapitals.

Das langfristige Vermögen des Deutsche Balaton-Konzerns beträgt zum Bilanzstichtag rd. 106,9 Mio. Euro und ist damit um rd. 13,6 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr (Vj. rd. 93,3 Mio. Euro) angestiegen. Unter den langfristigen Vermögenswerten sind Anteile an assoziierten Unternehmen in Höhe von rd. 27,4 Mio. Euro (Vj. 25,2 Mio. Euro) enthalten. Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte betragen zum 31. Dezember 2010 rd. 59,7 Mio. Euro (Vj. rd. 47,3 Mio. Euro). In den Abgängen aus den Finanzanlagen sind Beteiligungen an der Personal und Informatik AG und Synaxon AG enthalten.

Die immateriellen Vermögenswerte und Firmenwerte liegen zum 31. Dezember 2010 mit rd. 3,2 Mio. Euro um rd. 0,3 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert (Vj. rd. 3,5 Mio. Euro). Der Rückgang resultiert aus planmäßigen Abschreibungen immaterieller Vermögenswerte.

Das Sachanlagevermögen ist infolge der Investitionstätigkeit von rd. 6,7 Mio. Euro um rd. 0,5 Mio. Euro auf rd. 7,2 Mio. Euro angestiegen.

Der Bestand der als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien hat sich zum 31. Dezember 2010 um rd. 0,9 Mio. Euro auf rd. 7,8 Mio. Euro leicht erhöht.

Die sonstigen Forderungen belaufen sich zum Bilanzstichtag auf rd. 0,3 Mio. Euro und haben sich im Vorjahresvergleich um rd. 0,9 Mio. Euro reduziert.

Die kurzfristigen Vermögenswerte sind einerseits insbesondere durch den Anstieg der zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapiere um rd. 9,6 Mio. Euro sowie der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um rd. 1,5 Mio. Euro andererseits durch den Rückgang der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente um rd. 1,2 Mio. Euro bestimmt. Der Anstieg der zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapiere ist insbesondere auf den im Geschäftsjahr 2010 vorgenommenen Erwerb von Inhaberschuldverschreibungen, Pfandbriefen und Genussscheinen zurückzuführen. Der Rückgang der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beruht auf den zum Bilanzstichtag bestehenden Bankguthaben. Der Anstieg der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ist überwiegend durch höhere Forderungsbestände bei der Fortuna Maschinenbau Holding AG (rd. 0,7 Mio. Euro) sowie bei der Lenk AG (rd. 0,5 Mio. Euro) bestimmt.

Das kurzfristige Konzernvermögen beträgt zum 31. Dezember 2010 rd. 64,7 Mio. Euro (Vj. rd. 47,1 Mio. Euro). Darin enthalten sind Vorräte in Höhe von rd. 14,5 Mio. Euro (Vj. rd. 10,1 Mio. Euro inkl. der Fertigungsaufträge), Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von rd. 4,2 Mio. Euro (Vj. rd. 2,7 Mio. Euro), laufende Steuererstattungsansprüche in Höhe von rd. 1,9 Mio. Euro (Vj. rd.

1,6 Mio. Euro) und sonstige kurzfristige Forderungen in Höhe von rd. 6,5 Mio. Euro (Vj. rd. 3,6 Mio. Euro). In den laufenden Steuererstattungsansprüchen sind Körperschaftsteuerguthaben gem. § 37 (5) KStG mit einem Barwert von 0,2 Mio. Euro enthalten. Weiter beinhaltet das kurzfristige Konzernvermögen Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente in Höhe von rd. 8,8 Mio. Euro (Vj. rd. 9,9 Mio. Euro).

Das für die Deutsche Balaton bedeutsame Konzerneigenkapital liegt zum 31. Dezember 2010 mit rd. 121,2 Mio. Euro (Vj. rd. 93,2 Mio. Euro) um rd. 30,0 % über dem Vorjahreswert. Von dem Konzerneigenkapital entfallen rd. 6,8 Mio. Euro (Vj. rd. 7,2 Mio. Euro) auf Anteile nicht beherrschender Gesellschafter. Die positive Veränderung des Konzerneigenkapitals geht dabei unter anderem auf einen Anstieg der Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert (vor Minderheiten) durch Kursgewinne und Bewertung der Unternehmensbeteiligungen aus noch gehaltenen Wertpapieren zurück. Diese hat sich im zweiten Jahr in Folge erhöht, und zwar von rd. 15,7 Mio. Euro auf rd. 26,8 Mio. Euro. Außerdem hat sich im gleichen Zeitraum die Gewinnrücklage, insbesondere aufgrund des Periodenergebnisses, von rd. 11,3 Mio. Euro auf rd. 30,5 Mio. erhöht. In der Veränderung des Eigenkapitals zeigt sich der Gesamterfolg der Deutsche Balaton auch unter Berücksichtigung der für das Geschäftsmodell relevanten Veränderung des Wertes des Beteiligungsportfolios. Allerdings wird das Beteiligungsportfolio auch weiterhin den Auswirkungen der erfahrungsgemäß auftretenden Schwankungen der globalen und lokalen Wirtschaftsentwicklung, der Börsenkurse und Unternehmensbewertungen unterliegen.

Im Konzern wurden zum Bilanzstichtag 205.046 eigene Aktien der Deutsche Balaton AG gehalten, die das Konzerneigenkapital um rd. 1,7 Mio. Euro mindern. Zum Vorjahresstichtag wurden im Deutsche Balaton-Konzern keine eigenen Aktien der Deutsche Balaton AG gehalten. Damit ist der konzernweite Bestand an eigenen Aktien gegenüber dem Vorjahr um Stück 205.046 Aktien höher. Hinsichtlich der Einzelheiten zur Entwicklung des Bestands an eigenen Aktien wird auf die Übernahmerechtlichen Angaben unter Ziffer 8 des Lageberichts verwiesen.

Zum 31. Dezember 2010 sind im Deutsche Balaton-Konzern lang- und kurzfristige Schulden in Höhe von rd. 50,3 Mio. Euro ausgewiesen und liegen damit um rd. 3,0 Mio. Euro höher als noch zum Vorjahresstichtag (Vj. rd. 47,3 Mio. Euro).

Unter den langfristigen Schulden, die zum Bilanzstichtag rd. 20,9 Mio. Euro (Vj. rd. 23,3 Mio. Euro) betragen, sind unter anderem finanzielle Schulden in einem Umfang von rd. 16,7 Mio. Euro um rd. 3,3 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert (Vj. rd. 20,0 Mio. Euro) ausgewiesen. Die latenten Steuerschulden haben sich im Berichtsjahr um rd. 0,9 Mio. Euro auf rd. 2,2 Mio. Euro nach rd. 1,3 Mio. Euro zum Vorjahresstichtag verändert.

In den finanziellen Schulden ist eine im Geschäftsjahr 2008 im Nominalbetrag von 10 Mio. Euro begebene 5,00 %-Unternehmensanleihe mit einer Laufzeit von fünf Jahren erfasst. Diese ist unter den langfristigen finanziellen Schulden mit ihrem ausstehenden Nominalbetrag von 5,8 Mio. Euro ausgewiesen. Der als Eigenbestand gehaltene Nominalbetrag von 4,2 Mio. Euro ist von den langfristigen finanziellen Schulden abgezogen.

Die kurzfristigen Schulden betragen zum Bilanzstichtag rd. 29,4 Mio. Euro (Vj. rd. 24,0 Mio. Euro). Darin erfasst sind finanzielle Schulden in Höhe von rd. 18,2 Mio. Euro (Vj. rd. 16,2 Mio. Euro), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von rd. 3,9 Mio. Euro (Vj. rd. 2,3 Mio. Euro) und laufende Steuerschulden in Höhe von rd. 1,7 Mio. Euro (Vj. rd. 1,5 Mio. Euro). Ebenfalls unter den kurzfristigen Schulden ausgewiesen sind sonstige Schulden zum Bilanzstichtag in Höhe von rd. 5,7 Mio. Euro, die sich im Vorjahresvergleich (Vj. rd. 4,0 Mio. Euro) erhöht haben. In den sonstigen Schulden sind insbesondere Personalverbindlichkeiten, Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Gewährleistungen und Anzahlungen auf Bestellungen sowie Lohnsteuer- und Umsatzsteuerverbindlichkeiten enthalten.

Die Finanzlage des Konzerns hat sich im Geschäftsjahr 2010 leicht verschlechtert.

Der Cashflow aus betrieblicher Geschäftstätigkeit (Mittelzufluss) war mit rd. 6,4 Mio. Euro im Geschäftsjahr 2010 negativ und hat sich im Vergleich zum Vorjahr (Vj. rd. 6,6 Mio. Euro) verschlechtert.

Der positive Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Mittelabfluss) verbesserte sich deutlich um rd. 5,2 Mio. Euro auf rd. 9,0 Mio. Euro (Vj. rd. 3,8 Mio. Euro).

Der negative Cashflow aus Finanzierungstätigkeit verbesserte sich im Geschäftsjahr 2010 leicht um rd. 0,6 Mio. Euro auf rd. 3,8 Mio. Euro (Vj. rd. 4,4 Mio. Euro).

Die Deutsche Balaton ist gestärkt aus der Wirtschafts- und Finanzkrise hervorgegangen. Die im Beteiligungsportfolio mit einem mittel- bis langfristigen Anlage-



horizont gehaltenen Unternehmensbeteiligungen haben sich im Geschäftsjahr 2010 teilweise deutlich erholen können. Das Ende der Wirtschafts- und Finanzkrise und der deutliche Wirtschaftsaufschwung haben sich auch positiv für die produzierenden Konzernunternehmen, insbesondere im „Fidelitas“-Segment, ausgewirkt.

Der Vorstand sieht die Deutsche Balaton zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts in einer guten wirtschaftlichen Verfassung. Mit dem erfreulich positiven Ergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahres 2010 hat die Deutsche Balaton Grundlagen geschaffen, die weitere Investitionen ermöglichen können. Die Zusammensetzung des Konzerns, sowohl bezogen auf das Beteiligungsportfolio als auch auf die Konzernunternehmen, zeigt gut aufgestellte Unternehmen mit einem Potenzial, in einem vergleichbar anhaltenden konjunkturellen Umfeld, weiter an Wert zu wachsen.

### ■ 3.3 Bedeutende Konzerngesellschaften und -beteiligungen

Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit des Konzerns lag im Geschäftsjahr 2010 in Beteiligungen an Unternehmen. Darüber hinaus wurden von Konzernunternehmen auch Geschäfte im Bereich Immobilien getätigt. Außerdem befinden sich im Konzernverbund des Deutsche Balaton-Konzerns mit der EppsteinFOILS GmbH & Co. KG, Eppstein, der Papierwerke Lenk AG, Kappelrodeck, und der Fortuna Maschinenbau Holding AG, Bad Staffelstein, drei Unternehmen aus dem produzierenden Gewerbe.

#### ■ *CornerstoneCapital*

Die CornerstoneCapital II AG & Co. KG hält zum Bilanzstichtag Beteiligungen an zwei Unternehmen. Bereits seit Februar 2009 besteht eine Beteiligung

des Private Equity-Fonds an der Integrata AG, Stuttgart, in Höhe von rd. 91 %, die zusammen mit weiteren Co-Investoren gehalten wird. Bei der Integrata AG handelt es sich um einen führenden, herstellerunabhängigen Qualifizierungspartner rund um die Informationstechnologie, Business & Skills sowie SAP Trends & Prozesse. Außerdem hält der Fonds weiterhin eine mittelbare Beteiligung an der EppsteinFOILS GmbH & Co. KG, Eppstein, einem Hersteller hochveredelter NE-Metallfolien, die bereits im Geschäftsjahr 2008 eingegangen worden ist.

Die Deutsche Balaton AG hat sich verpflichtet, insgesamt bis zu 45 Mio. Euro in den Fonds zu investieren.

Die ebenfalls im Bereich Private Equity tätige CornerstoneCapital AG, Frankfurt am Main, geht seit der Neustrukturierung ihrer Aktivitäten in 2007 keine Neuinvestments mehr ein. Jedoch können bestehende Beteiligungen weiterhin aufgestockt werden. Im Mai 2010 hat die CornerstoneCapital AG ihre Beteiligung an der G+H Isolite GmbH, Ludwigshafen, erfolgreich verkaufen können. Außerdem hat die Gesellschaft im August 2010 ihre Beteiligung an der Synaxon AG, Bielefeld, veräußern können. Zum 31. Dezember 2010 bestehen noch fünf aktive Beteiligungen, die bei Gelegenheit verkauft werden sollen.

Die CornerstoneCapital II AG & Co. KG und die CornerstoneCapital AG gehören zum Kreis der in dem Konzernabschluss vollkonsolidierten Unternehmen.

#### ■ *ABC Beteiligungen AG*

Die Konzerngesellschaft ABC Beteiligungen AG, Heidelberg, hält zum Bilanzstichtag weiterhin ihre rd. 77 %-ige Beteiligung an der Konzerngesellschaft Heidelberger Beteiligungsholding AG, Heidelberg, die den überwiegenden Teil des Vermögens der ABC



Beteiligungen darstellt. Die ABC Beteiligungen AG hat ihr am 31. Dezember 2010 beendetes Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 0,9 Mio. Euro (Vj. Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 5,1 Mio. Euro) abgeschlossen. Das Jahresergebnis der ABC Beteiligungen AG beruht im Wesentlichen auf Zuschreibungen anlässlich der Ergebniszahlen ihrer Beteiligung an der Heidelberger Beteiligungsholding AG, die ihr Geschäftsjahr 2010 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von rd. 2,0 Mio. Euro (Vj. Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 6,3 Mio. Euro) bei einem nahezu ausgeglichenen Bilanzergebnis abgeschlossen hat.

Das Geschäftsjahr 2010 war für die Konzerngesellschaft Heidelberger Beteiligungsholding AG ein insgesamt erfolgreiches Geschäftsjahr, in dem wichtige Entscheidungen im Beteiligungsgeschäft getroffen wurden. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit 2010 lag in der Unterstützung der bestehenden Beteiligungen, insbesondere der Beteiligungen an der Beta Systems Software AG, Berlin, und der Web Financial Group S. A., Madrid, Spanien, die letztlich beide im vierten Quartal 2010 veräußert werden konnten. Daneben bildete das kurzfristige Wertpapiergeschäft ein weiteres Betätigungsfeld der Heidelberger Beteiligungsholding AG im Berichtszeitraum.

Im November 2010 erzielte die Heidelberger Beteiligungsholding AG mit der Deutsche Balaton AG eine Einigung über den Verkauf von rd. 2,7 Mio. Aktien der Beta Systems Software AG zu einem Kaufpreis von 3,00 Euro je Aktie. Aus dem Verkauf resultiert im Geschäftsjahr 2010 bei der Heidelberger Beteiligungsholding AG ein Ergebnisbeitrag von rd. 1,5 Mio. Euro.

Zudem konnte die Gesellschaft im Dezember 2010 die rd. 16 %-ige Beteiligung an der Web Financial

Group S. A. mit einem Ergebnisbeitrag von rd. 0,5 Mio. Euro erfolgreich an die Deutsche Balaton AG verkaufen.

Bei beiden Verkäufen wurden weitreichende mehrjährige Nachbesserungsrechte vereinbart, die der Heidelberger Beteiligungsholding AG eine Partizipation an möglichen Wertsteigerungen der beiden Gesellschaften ermöglichen.

Die ABC Beteiligungen und die Heidelberger Beteiligungsholding AG sind jeweils im Konzernabschluss vollkonsolidiert.

#### ■ *Beta Systems Software AG*

Die Beta Systems Software AG, Berlin, ist ein Entwickler hochwertiger Softwareprodukte und -lösungen für die sichere und effiziente Verarbeitung großer Datenmengen. Die Deutsche Balaton AG hat ihre unmittelbare Beteiligung an dem Softwareanbieter im Geschäftsjahr 2010 von rd. 18 % auf rd. 38 % gesteigert. Die Aktien wurden von dem Konzernunternehmen Heidelberger Beteiligungsholding AG erworben, sodass die konzernweite Beteiligung an der Beta Systems AG (Beta Systems) zum Bilanzstichtag mit rd. 38 % im Vergleich zum Vorjahresstichtag unverändert geblieben ist.

Bei der Beta Systems hat nach eigenen Angaben der Konzernumbau deutliche Spuren in dem vorläufigen Jahresergebnis hinterlassen. Im Geschäftsjahr 2010 haben die Veräußerung des Geschäftsbereichs ECM sowie die Reorganisation und Restrukturierung des Unternehmens den Verlauf des Geschäftsjahres sowohl positiv wie negativ geprägt. Auf Basis der von der Gesellschaft veröffentlichten vorläufigen Zahlen hat die Gesellschaft in ihrem Geschäftsjahr 2010 ein Konzernergebnis vor Ertragssteuern inkl. aller Ergebniskomponenten aus fortgeführten und nicht

fortgeführten Geschäftsbereichen in Höhe von 0,8 Mio. Euro erwirtschaftet. Auch das Einzelergebnis nach HGB ist positiv ausgefallen.

Für den sozialverträglichen Umbau der Personalstruktur, der gleichfalls im Geschäftsjahr 2010 begonnen wurde, hat der Vorstand bereits im Ergebnis der fortgeführten Geschäftstätigkeit des Geschäftsjahres 2010 Vorsorgeaufwendungen in Höhe von rd. 4,6 Mio. Euro berücksichtigt. Der Vorstand der Beta Systems rechnet hier im weiteren Verlauf des Geschäftsjahres 2011 mit Einsparungen von bis zu 2,5 Mio. Euro und für die Folgejahre, verglichen mit 2010, mit einem dauerhaften Einspareffekt von bis zu 5,0 Mio. Euro jährlich.

Die dem Unternehmen aus dem ECM-Verkauf bis Jahresende 2011 zufließenden Mittel sollen in erster Linie für die Finanzierung der Restrukturierung und Reorganisation und darüber hinaus für Investitionen in den Ausbau des Software- und Lösungsportfolios eingesetzt werden.

Die Deutsche Balaton hält eine Beteiligung von rd. 38 % an dem Entwickler hochwertiger Softwareprodukte und -lösungen für die sichere und effiziente Verarbeitung großer Datenmengen.

#### ■ *W.E.T. Automotive Systems AG*

Die W.E.T. Automotive Systems AG mit Sitz in Odelzhausen hat in ihrem Geschäftsjahr 2010 bei Umsatzerlösen von rd. 227 Mio. Euro ein operatives Ergebnis von rd. 38,6 Mio. Euro erwirtschaftet. Damit konnte das im Bereich Autositzheizungen und im Automobil-Kabelbereich tätige Unternehmen nach eigenen Angaben die positive Umsatz- und Ertragsentwicklung im Geschäftsjahr 2010 fortsetzen. Nach Mitteilung des Unternehmens beruht das erneut verbesserte operative Ergebnis der W.E.T. Automotive

Systems AG wesentlich auf einer Wertauffholung in Höhe von rd. 20,1 Mio. Euro auf in 2008 abgeschriebene Buchwerte für Kundenbeziehungen in Nordamerika.

Im Februar 2011 hat die W.E.T. Automotive Systems AG mitgeteilt, dass sie mit der Amerigon, Inc., Northville, Michigan, USA, und der Amerigon Europe GmbH, Augsburg, eine Vereinbarung zur Vorbereitung einer öffentlichen Übernahme der W.E.T. Automotive Systems AG geschlossen habe. Danach soll die Amerigon Inc. über ihre Tochtergesellschaft Amerigon Europe GmbH ein Übernahmeangebot zum Erwerb sämtlicher Aktien der W.E.T. Automotive Systems AG abgeben. Der Erwerbspreis je Aktie soll bei 40,00 Euro liegen. Gegenstand der Vereinbarung soll außerdem eine Einigung über die Beilegung eines in den USA laufenden Patentstreits zwischen der W.E.T. Automotive Systems AG und der Amerigon Inc. sein.

Der Deutsche Balaton-Konzern hält an der W.E.T. Automotive Systems AG eine Beteiligung von mehr als 10 %.

#### ■ *P&I Personal & Informatik AG*

Die Deutsche Balaton konnte im Geschäftsjahr 2010 einen Teil ihrer Beteiligung an der P & I Personal & Informatik AG (P & I), Wiesbaden, veräußern. Der Verkauf führte im Geschäftsjahr 2010 zu einem Ergebnisbeitrag in Höhe von 5,3 Mio. Euro bei der Deutsche Balaton AG. Durch den Verkauf hat sich die unmittelbare Beteiligung der Deutsche Balaton AG an dem Anbieter von Personalsoftware von rd. 5,4 % auf rd. 1,6 % verringert. Konzernweit besteht die Beteiligung noch in Höhe von rd. 1,7 %.

In den ersten neun Monaten ihres Geschäftsjahres 2010/2011 (1. April 2010 bis 31. Dezember 2010) konnte P & I, nach Angaben in einer Veröffentlichung

der Gesellschaft, ihren Umsatz auf rd. 51,8 Mio. Euro (Vj.: rd. 47,2 Mio. Euro) steigern. Dabei erzielte P & I ein Ergebnis vor Steuern und Zinsen (EBIT) in Höhe von rd. 11,8 Mio. Euro (Vj.: rd. 11,5 Mio. Euro). Das entspricht einer EBIT-Marge von rd. 22,8 % (Vj.: rd. 24,4 %).

Mit einem Umsatzwachstum von größer 5 % gegenüber dem zurückliegenden Berichtsjahr und einem Lizenzumsatz auf Basis des Vorjahresniveaus soll der P & I-Konzern eine EBIT-Marge auf dem erreichten Niveau des vorangegangenen Geschäftsjahres 2009/2010 anstreben.

Im Februar 2011 hat P & I den Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags mit der Argon GmbH, mit der Argon als herrschendem Unternehmen und der P&I AG als abhängiger Gesellschaft bekannt gegeben. Die Hauptversammlung der P & I hat dem Unternehmensvertrag am 24. März 2011 zugestimmt.

#### ■ TDS Informationstechnologie AG

Der Vorstand der TDS Informationstechnologie AG (TDS AG) mit Sitz in Neckarsulm erwartet nach einer Unternehmensmitteilung für das am 31. März 2011 beendete Geschäftsjahr des Anbieters von IT-Lösungen eine negative EBIT-Marge der TDS-Gruppe. Hintergrund der angenommenen Entwicklung ist die unerwartet schlechte Entwicklung des Ergebnisses im Bereich HR Services & Solutions, die sich erheblich negativ auf das EBIT (Ergebnis vor Steuern und Zinsen) ausgewirkt hat. Das EBIT wird, bei nahezu gleichbleibenden Umsatzerlösen von rd. 132 Mio. Euro (Vj. rd. 135 Mio. Euro), vom Vorstand mit rd. -3,0 Mio. Euro vorhergesagt.

Im Geschäftsjahr 2010 haben wir konzernweit für unsere rd. 6 %-ige Beteiligung an der TDS eine Ausgleichszahlung aus dem Beherrschungs- und

Gewinnabführungsvertrag zwischen der TDS und der Fujitsu Services Overseas Holdings Ltd. als herrschendem Unternehmen in Höhe von rd. 0,5 Mio. Euro (Deutsche Balaton AG: rd. 0,4 Mio. Euro; CornerstoneCapital AG: rd. 0,1 Mio. Euro) erhalten.

#### ■ Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG

Die Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG (Fidelitas), Heidelberg, an der unverändert eine Beteiligung der Deutsche Balaton AG von 70 % besteht, ist eine Beteiligungsgesellschaft, deren Fokus auf Investitionen in nicht-börsennotierte Beteiligungen liegt. Die Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG erzielte im Geschäftsjahr 2010 ein nahezu ausgeglichenes Jahresergebnis (Vj. rd. -8 Tsd. Euro). Die Gesellschaft hält unverändert eine 100 %-ige Beteiligung an der Fortuna Maschinenbau Holding AG, Bad Staffelstein, einem Hersteller von Bäckereimaschinen, sowie 66,2 % der Anteile des Herstellers technischer Spezialpapiere, der Papierwerke Lenk AG mit Sitz in Kappelrodeck (Schwarzwald).

Die Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG ist im Konzernabschluss vollkonsolidiert.

#### ■ wwd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG

Der Umsatz der wwd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG (wwd), Rimpfing, ist im Geschäftsjahr 2010 um 3,9 % auf rd. 76,1 Mio. Euro gesunken. Zugleich ist das operative Ergebnis (EBITDA) um 23 % auf rd. 7,5 Mio. Euro eingebrochen. Das Konzernergebnis von rd. 1,2 Mio. Euro in 2010 hat sich im Vorjahresvergleich mehr als halbiert (Vj. rd. 2,9 Mio. Euro). Für 2011 erwartet wwd einen Umsatz von rd. 76,1 bis rd. 82 Mio. Euro. Operativ soll das Ergebnis bei rd. 7,8 Mio. Euro bis rd. 9,2 Mio. Euro liegen.

Im Konzern lag die Beteiligung der Deutsche Balaton an wwd zum Bilanzstichtag bei rd. 37 %.

#### ■ *Papierwerke Lenk AG*

Die Papierwerke Lenk AG versteht sich heute als einer der führenden Anbieter von technischen Spezialpapieren. Der Name Lenk steht nach Angaben des Unternehmens für mehr als 100 Jahre erfolgreiche Papierproduktion. Das Unternehmen verfolgt die kontinuierliche Strategie der Spezialisierung. Gemeinsam mit dem Kunden werden individuelle Lösungen in Papier erarbeitet.

Die Papierwerke Lenk AG konnte im Geschäftsjahr 2010 ihre Umsatzerlöse um rd. 56 % auf rd. 31,9 Mio. Euro steigern und das Geschäftsjahr 2010 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von rd. 0,7 Mio. Euro (Vj. rd. 0,9 Mio. Euro) abschließen.

Die Papierwerke Lenk AG ist im Konzernabschluss vollkonsolidiert.

#### ■ *Fortuna Maschinenbau Holding AG*

Das Unternehmen Fortuna Maschinenbau Holding AG mit Sitz in Bad Staffelstein versteht sich als einer der ältesten Hersteller der Welt für Bäckereimaschinen, der im Laufe der Jahre einen einzigartigen Erfahrungsschatz zusammengetragen hat.

Mit Umsatzerlösen von rd. 12,3 Mio. Euro im abgelaufenen Geschäftsjahr nach rd. 10,1 Mio. Euro im Vorjahr hat der Entwickler und Hersteller von Maschinen zur Herstellung von Kleingebäck seinen Jahresüberschuss (rd. 0,4 Mio. Euro) gleichhalten können.

Die Gesellschaft ist ein vollkonsolidiertes Konzernunternehmen.

#### ■ *Weitere Beteiligungen*

Neben den vorstehend genannten Beteiligungen hält die Deutsche Balaton weitere Beteiligungen in veränderlicher Höhe, unter anderem auch an der Nemetschek AG, der PUMA AG und der Hans Einhell AG.

## **4. Nachtragsbericht**

Im Februar 2011 hat der Aufsichtsrat Herrn Rolf Birkert zunächst bis zum 30. Juni 2011 zum weiteren Vorstandsmitglied der Gesellschaft bestellt. Im März 2011 hat der Aufsichtsrat Herrn Jörg Janich aus dem Vorstand mit sofortiger Wirkung abberufen.

Die Deutsche Balaton AG hat am 10. März 2011 ein Erwerbsangebot auf den Erwerb von von der Drägerwerk AG & Co. KGaA, Lübeck, begebenen Genussscheinen „Drägerwerk AG & Co. KGaA GENUSSSCHEINE (Serie K)“, ISIN DE0005550677, im elektronischen Bundesanzeiger und auf der Internetseite [www.deutsche-balaton.de](http://www.deutsche-balaton.de) veröffentlicht. Das Angebot bezog sich auf den Erwerb von bis zu Stück 50.000 Genussscheinen. Die Frist zur Annahme des Angebots (Angebotsfrist) endete am 17. März 2011, 12:00 Uhr (Ortszeit Frankfurt am Main).

Bis zum Ablauf der Annahmefrist sind der Deutsche Balaton Annahmeerklärungen für insgesamt Stück 5.484 Genussscheine zugegangen.

Die Deutsche Balaton AG hat am 10. März 2011 ein Erwerbsangebot auf den Erwerb von von der Drägerwerk AG & Co. KGaA, Lübeck, begebenen Genussscheinen „Drägerwerk AG & Co. KGaA GENUSSSCHEINE (Serie A)“, ISIN DE0005550651, im elektronischen Bundesanzeiger und auf der Internetseite [www.deutsche-balaton.de](http://www.deutsche-balaton.de) veröffentlicht. Das Angebot bezog sich auf den Erwerb von bis zu Stück 20.000

Genussscheinen. Die Frist zur Annahme des Angebots (Angebotsfrist) endete am 17. März 2011, 12:00 Uhr (Ortszeit Frankfurt am Main).

Bis zum Ablauf der Annahmefrist sind der Deutsche Balaton Annahmeerklärungen für insgesamt Stück 18.753 Genussscheine zugegangen.

Die Deutsche Balaton AG hat am 23. März 2011 ein Erwerbsangebot auf den Erwerb von von der Drägerwerk AG & Co. KGaA, Lübeck, begebenen Genussscheinen „Drägerwerk AG & Co. KGaA GENUSSSCHEINE (Serie D)“, ISIN DE0005550719, im elektronischen Bundesanzeiger und auf der Internetseite [www.deutsche-balaton.de](http://www.deutsche-balaton.de) veröffentlicht. Das Angebot bezog sich auf den Erwerb von bis zu Stück 30.000 Genussscheinen. Die Frist zur Annahme des Angebots (Angebotsfrist) endete am 6. April 2011, 12:00 Uhr (Ortszeit Frankfurt am Main).

Bis zum Ablauf der Annahmefrist sind der Deutsche Balaton Annahmeerklärungen für insgesamt Stück 3.507 Genussscheine zugegangen.

Die Deutsche Balaton AG hat am 28. März 2011 beschlossen, den Aktionären der MISTRAL Media AG, ISIN DE000A1E8HD1, im Wege eines freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebots den Erwerb ihrer auf den Namen lautenden Stückaktien der MISTRAL Media AG mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 1,00 Euro je Stückaktie anzubieten. Der Stimmrechtsanteil der Deutsche Balaton AG an der MISTRAL Media AG beträgt rd. 20 %.

Die Bieterin beabsichtigt, den Aktionären der MISTRAL Media AG als Gegenleistung für ihre Aktien eine Geldleistung in Höhe von 0,67 Euro je Mistral-Aktie anzubieten.

Die CornerstoneCapital AG hat am 22. März ihre gesamte Position an auf den Inhaber lautende unnotierte Stückaktien der Mania Technologie AG, ISIN DE 000A0S8611, an die Deutsche Balaton AG verkauft.

Anschließend hat die Deutsche Balaton AG am 08. April 2011 einen Covered Warrant Mania Hope, Amerikanischer Call, ISIN DE000A1KM4J9, auf Aktien der Mania Technologie AG begeben.

## 5. Chancen- und Risikobericht

### ■ 5.1 Allgemeine Aussagen

Die Deutsche Balaton ist in ihrer Geschäftstätigkeit einer Vielzahl interner und externer Risiken ausgesetzt. Die Deutsche Balaton definiert Risiken nicht nur als den Unternehmensbestand gefährdende, sondern auch als den Geschäftserfolg bedeutsam beeinflussende Ereignisse und Entwicklungen. Einzelrisiken können sich gegenseitig verstärken bzw. können sich jedenfalls teilweise kompensieren. Diese wechselseitigen Abhängigkeiten berücksichtigt die Deutsche Balaton bei den für sie bedeutsamen Einzelrisiken, die in externe Risiken, Finanzrisiken, operative Risiken und Risiken aus Corporate Governance unterteilt sind.

Im Rahmen der Risikosteuerung bildet das bei der Deutsche Balaton eingerichtete interne Kontrollsystem (IKS) einen integralen Bestandteil des Risikomanagements. Die Steuerung von Chancen und Risiken ist bei der Deutsche Balaton nicht einer bestimmten organisatorischen Einheit zugeordnet, sondern im Rahmen des IKS als ein integraler Bestandteil der Unternehmensführung eingerichtet. Daher verantwortet der Vorstand der Konzernmuttergesellschaft unmittelbar den Umfang und die Ausrichtung der eingerichteten Systeme auch für den Deutsche Balaton-Konzern. Anhand der unternehmensspezifischen Anforderun-

gen der Deutsche Balaton legt der Konzernvorstand den Umfang und die Ausrichtung der eingerichteten Kontrollsysteme in eigener Verantwortung anhand der unternehmensspezifischen Anforderungen fest und bestimmt deren Ausgestaltung. Konzernvorstand ist der Vorstand der Konzernmuttergesellschaft.

Funktionsfähig eingerichtete angemessene Systeme zur Risikosteuerung ermöglichen ein frühzeitiges Erkennen von Risiken und einen sorgsamem Umgang mit erkannten Risiken. Dennoch bleibt unternehmerisches Handeln stets mit Risiken verbunden. Das Ziel der Deutsche Balaton ist daher der bewusste Umgang mit potenziellen Risiken und eine verbesserte Kontrolle von Einzelrisiken sowie der konsequente Umgang mit auftretenden Risiken.

Mit dem Risikomanagement eng verknüpft ist bei der Deutsche Balaton das Chancenmanagement. Aus einer aktiven Kontrolle der Risiken können Ziele und Strategien der Geschäftspolitik abgeleitet und für ein angemessenes Chancen-Risiko-Verhältnis gesorgt werden. Wie das Risikomanagement obliegt die Verantwortung zum frühzeitigen und regelmäßigen Identifizieren, Analysieren und Managen von Chancen unmittelbar dem Vorstand, der sich intensiv mit Markt- und Kursanalysen, branchenspezifischen Rahmendaten, Marktentwicklungen und -szenarien sowie dem politischen und steuerlichen Unternehmensumfeld befasst. Hieraus leitet der Vorstand konkrete unternehmensspezifische Chancenpotenziale ab.

### ■ 5.2 Zielsetzungen

Das Risikomanagement der Deutsche Balaton hat das Ziel, wesentliche Risiken aus der Geschäftstätigkeit zu identifizieren, zu messen und zu steuern. Dabei ist es das Ziel des Risikomanagementsystems, jederzeit einen Überblick über die Risiken zu gewährleisten und

so im Rahmen einer Risikovermeidung bzw. Risikominimierung durch eine angemessene Chancen-/Riskoverteilung den Unternehmenserfolg zu optimieren. Hierbei ist für den Vorstand die Rendite auf das eingesetzte Kapital neben dem Wert je Aktie die zentrale Steuerungsgröße.

Das aktive Risikomanagement dient der Sicherung des Fortbestandes des Konzerns und seiner Unternehmen, d. h. der zukünftigen Entwicklung und Ertragskraft des Deutsche Balaton-Konzerns. Zugleich sollen Einzelrisiken reduziert werden, die eine Verletzung der Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der verwendeten oder enthaltenen Informationen und Daten im Rahmen der Ausführung von Tätigkeiten zur Folge haben. Im Rahmen des Risikomanagements sollen außerdem Abweichungen von den Unternehmenszielen erfasst werden, um ein rechtzeitiges Gegensteuern zu ermöglichen.

Erkannte Risiken werden hinsichtlich ihres Einflusses auf die Deutsche Balaton untersucht und ihr mögliches Risikopotential ermittelt. In Einzelfällen erfolgt bereits auf dieser Ebene die unterstützende Einschaltung externer Berater.

### ■ 5.3 Organisatorischer Aufbau

Das Kontroll- und Risikomanagementsystem der Deutsche Balaton ist an der Geschäftstätigkeit des Konzerns ausgerichtet.

Auf Ebene der Konzernmuttergesellschaft, Deutsche Balaton AG, sind die Mitarbeiter zu einer unverzüglichen ad-hoc Berichterstattung von aufgetretenen oder möglichen Risiken angehalten. Darüber hinaus findet im Rahmen von regelmäßigen Sitzungen ein Informationsaustausch statt, der eine Erkennung und Behandlung von Risiken ermöglicht.

Im Konzern erfolgt die Risikosteuerung, ungeachtet der fortbestehenden und durch das Risikokontrollsystem unangetasteten Verantwortung der Konzernobergesellschaft, grundsätzlich eigenständig auf Ebene der jeweiligen Konzernunternehmen. Im Rahmen der konzernweiten Risikobeobachtung unterstützt die Deutsche Balaton AG die Konzernunternehmen bei der Wahrnehmung der Aufgaben des Risikocontrollings. Im Rahmen der Risikokontrolle steht der Konzernvorstand in einem regelmäßigen Austausch mit den Konzerngesellschaften.

Auf Ebene des Deutsche Balaton-Konzerns werden im Einzelfall externe Berater zur Unterstützung des Risikoprozesses hinzugezogen.

Im Bereich der Compliance existieren konzernweite Verhaltensanweisungen, die sich insbesondere auf die Einhaltung aktien- und wertpapierrechtlicher Vorschriften beziehen.

Die Identifizierung von Risiken erfolgt im Rahmen des auf Ebene der Unternehmensleitung angesiedelten Risikomonitorings, das eine zentrale Aufgabe des Risikomanagements darstellt. Bestandteile des Risikomonitoringprozesses sind unter anderem die Liquiditätsplanung sowie eine wöchentliche Vermögensaufstellung, die auch eine Aufstellung über die Veränderungen der Portfoliozusammensetzung und des Portfoliowertes beinhaltet. Aus diesen Unterlagen lassen sich Frühwarnindikatoren in Bezug auf einzelne Risiken ableiten, anhand derer sich Prognosen in Bezug auf Unternehmensrisiken erstellen lassen, die vom Vorstand durch verschiedene Szenarioanalysen ergänzt werden. Die Unternehmensleitung entscheidet auf Basis dieser Informationen, gegebenenfalls unter Hinzuziehung externer Spezialisten, ob und in welchem Umfang Maßnahmen zur Risikobewältigung zu ergreifen sind.

Der Vorstand erstattet dem Aufsichtsrat im Rahmen der Aufsichtsratssitzungen Berichte in Bezug auf die Entwicklung einzelner Portfoliounternehmen, die Unternehmensentwicklung sowie die Entwicklung des Konzerns. Der Aufsichtsrat hat außerdem einen Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte beschlossen, die der Konzernvorstand nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vornehmen darf. Der Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte ist in einen Regelungskatalog eingebunden, welcher die Geschäftsführung und Berichterstattung durch den Vorstand im Sinne einer Geschäftsordnung regelt.

Durch die Ansiedelung des Risikomanagements auf Ebene der Unternehmensleitung ist eine laufende Überwachung der eingeleiteten Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit durch den Vorstand sichergestellt.

■ *5.4 Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem bezogen auf den (Konzern-) Rechnungslegungsprozess (Bericht gem. §§ 289 Abs. 5, 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB)*

Bei der Deutsche Balaton ist ein internes Kontroll- und Risikomanagementsystem in Bezug auf den Konzernrechnungslegungsprozess (IKS-RP) eingerichtet. Die Ausgestaltung des IKS-RP orientiert sich an dem Geschäftsumfang und der Art der im Deutsche Balaton-Konzern vorkommenden Geschäftsvorfälle.

Die Verantwortung für die Erstellung und Richtigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts obliegt dem Konzernvorstand. Dieser hat den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2010 in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegebenen International Financial Reporting Standards (IFRS) und den Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC), wie sie in der



Europäischen Union anzuwenden sind, und unter ergänzender Beachtung der nach § 315 a Abs. 1 HGB zu beachtenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

Darüber hinaus fällt die Unterhaltung und laufende Überwachung eines angemessenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess in den Verantwortungsbereich des Vorstands. Zu den Grundlagen des internen Kontrollsystems gehört neben der laufenden internen Abstimmung von Vorgängen die Trennung von Funktionen sowie die Einhaltung von Arbeitsanweisungen. Die Steuerung des Konzernrechnungslegungsprozesses im Deutsche Balaton-Konzern obliegt dem Konzernvorstand.

Das Kontroll- und Risikomanagementsystem hat die Ordnungsgemäßheit und Verlässlichkeit der internen sowie der externen Rechnungslegung zum Ziel und ist darauf ausgerichtet, die Darstellung und Richtigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts und die darin jeweils gemachten Angaben zu gewährleisten. Hierzu hat der Konzernvorstand auf Ebene des Deutsche Balaton-Konzerns verschiedene Überwachungsmaßnahmen eingerichtet. Sämtliche buchhaltungsrelevanten Geschäftsvorfälle unterliegen einem Vier-Augen-Prinzip. Der Konzernvorstand überwacht außerdem rechnungslegungsrelevante Prozesse durch Stichproben. Sämtliche neu eingegangenen Vertragsbeziehungen werden systematisch erfasst und laufend kontrolliert und überwacht.

Die Deutsche Balaton verfügt über eine klare und übersichtliche Führungs- und Unternehmensstruktur, die auch in der schlanken Besetzung der Fachabteilungen zum Ausdruck kommt. Bereichsübergreifende Schlüsselfunktionen werden vom Konzernvorstand gesteuert.

In Bezug auf den Rechnungslegungsprozess sind die Funktionen der beteiligten Mitarbeiter und externen Dienstleister klar nach Verantwortungsbereichen gegliedert. Sämtliche Mitarbeiter, die mit Aufgaben im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses betraut sind, verfügen über die für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten und sind mit den für die ordnungsgemäße Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Ressourcen in qualitativer und quantitativer Hinsicht ausgestattet.

Die Rechnungslegung im Deutsche Balaton-Konzern erfolgt, soweit dies möglich ist, unter Einsatz von Standardsoftware der Hersteller DATEV, Navision und SAP. Der Zugang zu den rechnungslegungsbezogenen EDV-Systemen ist durch Zugriffsbeschränkungen geschützt.

Buchungsdaten, die von der Deutsche Balaton im Rahmen der Rechnungslegung an externe Dienstleister weitergegeben werden oder welche die Deutsche Balaton von Dritten erhält, werden in Stichproben auf ihre Richtigkeit überprüft. Im Rahmen des EDV-gestützten Rechnungslegungsprozesses finden außerdem Plausibilitätskontrollen statt.

Im Rahmen der Konzernrechnungslegung wird durch interne Anweisungen über die Bilanzierung von Geschäftsvorfällen eine einheitliche Rechnungslegung erreicht. Die meisten Konzerngesellschaften erstellen ihre Abschlüsse lokal und leiten diese, unter Berücksichtigung der maßgeblichen Rechnungslegungsbestimmungen und internen Anweisungen zur Rechnungslegung, zur Konsolidierung an die Deutsche Balaton AG als Konzernmuttergesellschaft weiter. Die Verantwortung für die Einhaltung der maßgeblichen Rechnungslegungsvorschriften sowie den ordnungsgemäßen und zeitgerechten Ablauf des Rechnungslegungsprozesses verbleibt dabei bei den jeweiligen

Konzerngesellschaften. Die meisten Konzerngesellschaften werden während des gesamten Konzernrechnungslegungsprozesses durch zentrale Ansprechpartner bei der Deutsche Balaton AG unterstützt.

Konzerninterne Leistungsbeziehungen werden im Rahmen der laufenden Rechnungslegung auf Ebene der Konzernmuttergesellschaft erfasst und im Rahmen der Konsolidierungsarbeiten eliminiert.

Die Erstellung des Konzernrechnungslegungswerkes erfolgt zentral auf Basis der von den konsolidierungspflichtigen Unternehmen zur Verfügung gestellten Daten. Die Konsolidierungsarbeiten sowie erforderliche Abstimmungsarbeiten erfolgen durch die Konzernmuttergesellschaft gemeinsam mit externen Beratern. Dem Konzernvorstand obliegt außerdem die zeitliche und prozessorganisatorische Überwachung der Konsolidierungsarbeiten. Für spezielle fachliche Fragestellungen werden externe Berater unterstützend hinzugezogen.

#### ■ 5.5 Einzelrisiken

Der Vorstand sieht als Risiken, die im Zusammenhang mit dem Beteiligungsgeschäft der Deutsche Balaton stehen, insbesondere Marktpreisrisiken, branchen- und unternehmensspezifische Risiken, steuerrechtliche Risiken sowie Liquiditätsrisiken. Die Verantwortung für die Risikomanagementaktivitäten in Bezug auf die Risiken in den vorgenannten Bereichen obliegt dem Vorstand, der auch für die Planung, Steuerung und Kontrolle der zuvor genannten Risiken verantwortlich ist.

#### ■ Gesetzliche Risiken

Unter gesetzlichen Risiken verstehen wir rechtliche und regulatorische Risiken, welche die Geschäftstätigkeit der Deutsche Balaton negativ beeinflussen können.

Die Deutsche Balaton ist einer Vielzahl von rechtlichen Risiken ausgesetzt. Hierzu zählen insbesondere Risiken aus den Bereichen des Steuerrechts, Gesellschaftsrechts und Wertpapierhandelsrechts. Die Ergebnisse von gegenwärtig anhängigen bzw. künftigen Verfahren können oft nicht mit Sicherheit vorausgesehen werden, so dass aufgrund von gerichtlichen oder behördlichen Entscheidungen oder der Vereinbarung von Vergleichen Aufwendungen entstehen können, die Auswirkungen auf das Geschäft der Deutsche Balaton und ihre Ergebnisse haben können.

Aufgrund der Börsennotiz zweier Konzernunternehmen ist der Deutsche Balaton-Konzern außerdem verschiedenen regulatorischen Risiken ausgesetzt. Hierbei sind insbesondere Risiken aus der Regulierung des Wertpapierhandels, des Handels- und Bilanzrechts und des Aktienrechts zu erwähnen. Weiter unterliegt die Gesellschaft verschiedenen passiven Klagerisiken. Entsprechende Risiken können aus einer Änderung der Gesetzgebung oder unterlassenen oder falschen Mitteilungen nach WpHG und AktG herrühren. Die Realisierung entsprechender Risiken kann zu einem Stimmrechtsverlust bei Beteiligungen, der Nichtdurchführbarkeit von Hauptversammlungsbeschlüssen oder einem Schadensersatzrisiko führen. Die Deutsche Balaton begegnet diesem Risiko durch die laufende Überwachung von Stimmrechtsmitteilungen und einem laufenden Screening von Ad-hoc-Meldungen. Darüber hinaus erfolgt eine laufende Überwachung von Stimmrechtsschwellen. In Zweifelsfällen werden fallweise externe Rechtsanwaltskanzleien insbesondere in den Bereichen des WpHG und AktG in die Entscheidungsfindung und Risikoabwehr eingebunden.

#### ■ *Politische Risiken*

Zu den politischen Risiken, denen die Deutsche Balaton ausgesetzt ist, zählen gesetzgeberische oder behördliche Maßnahmen, Aufruhr, kriegerische Ereignisse oder Revolution im Ausland, welche die Realisierung von Forderungen oder die Durchsetzung von Gesellschafter- und Teilhaberechten verhindern. Daneben fällt die Möglichkeit der Nichtkonvertierung und Nichttransferierung von in Landeswährung eingezahlten Beträgen infolge von Beschränkungen des zwischenstaatlichen Zahlungsverkehrs unter die politischen Risiken, denen sich die Deutsche Balaton ausgesetzt sieht. Außerdem besteht die Gefahr, dass die Deutsche Balaton aufgrund politischer Ursachen ihr an sich zustehende Ansprüche nicht durchsetzen kann.

Die Deutsche Balaton beobachtet daher die politische Entwicklung der Länder, in denen Beteiligungen bestehen, regelmäßig und holt gegebenenfalls vor Ort Informationen über die Entwicklung der politischen Verhältnisse ein. Eine Risikominimierung erfolgt durch die schwerpunktmäßige Beschränkung von Investitionen in den EU-Raum.

#### ■ *Allgemeine Marktpreisrisiken*

Die von der Deutsche Balaton gehaltenen börsennotierten Beteiligungen unterliegen dem Risiko von Wertschwankungen. Solche Wertschwankungen können aus sich ändernden Marktpreisen aufgrund einer allgemeinen Tendenz an den Aktienmärkten resultieren. Diese können ihre Ursache beispielsweise in konjunkturellen Faktoren haben. Außerdem können auch marktpsychologische Umstände zu Kursschwankungen und damit Marktpreisveränderungen bei den börsennotierten Beteiligungen führen. Dieses allgemeine Marktrisiko kann durch eine Diversifikation der Beteiligungen und ein aktives Portfoliomanagement nur bedingt ausgeschlossen werden, da alle Wertpa-

piere dem Marktpreisrisiko gleichermaßen ausgesetzt sind. Die regelmäßige Beobachtung der Börsendaten sowie der Unternehmens- und Börsennachrichten gibt dem Vorstand die Möglichkeit, marktpreisrelevante Ereignisse zu erfassen und in der konkreten Situation geeignete Maßnahmen zur Schadensminimierung treffen zu können. Der Vorstand überwacht regelmäßig die Wertanteile der Einzelpositionen der Beteiligungen.

Die Deutsche Balaton war in der Vergangenheit und im Geschäftsjahr 2010 aufgrund gesunkener Marktpreise gezwungen, teilweise Abschreibungen auf den jeweils niedrigeren beizulegenden Wert von ihr gehaltenen Vermögensgegenständen und Beteiligungen an anderen Gesellschaften vorzunehmen. Solche Wertberichtigungen können auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden.

#### ■ *Branchenspezifische Beteiligungsrisiken*

Neben allgemeinen Marktpreisrisiken bestehen Risiken, die sich in einzelnen Unternehmensbranchen realisieren können. So können sich bei Beteiligungen der Deutsche Balaton wirtschaftliche, rechtliche, technologische oder wettbewerbsspezifische Rahmenbedingungen verändern. Der Beteiligungsansatz der Deutsche Balaton ist grundsätzlich nicht branchenspezifisch. Die Unternehmensbranchen, in welche die Deutsche Balaton durch Eingehen von Beteiligungen investiert, sind nur ein Kriterium für die Auswahl einzugehender Investments. Der Vorstand ist bestrebt, eine Diversifikation des Portfolios beizubehalten und so das branchenspezifische Beteiligungsrisiko zu begrenzen. Die nicht auf bestimmte Branchen begrenzte Streuung des Beteiligungsportfolios bietet dem Vorstand die Chance, Veränderungen branchenspezifischer Rahmenbedingungen nach Abwägung der Chancen und Risiken für neue Investments zu nutzen.

#### ■ *Unternehmensspezifische Beteiligungsrisiken*

Unter unternehmensspezifischen Risiken versteht der Vorstand das Risiko einer rückläufigen Entwicklung des Marktpreises von Beteiligungen, die ursächlich auf unmittelbar oder mittelbar bei dem Beteiligungsunternehmen vorhandene Faktoren zurückgeht. Sollten sich unternehmensspezifische Risiken einschließlich technologischer Entwicklungen, welche für das jeweilige Beteiligungsunternehmen von Bedeutung sind, realisieren, könnte die Deutsche Balaton einen beabsichtigten Veräußerungsgewinn nicht erzielen und müsste gegebenenfalls sogar einen Verlust bis hin zum Totalausfall hinnehmen. Dies könnte negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Balaton haben.

Im Konzern wird versucht, dieses Risiko durch eine dem potenziellen Investment angemessene Voranalyse zu minimieren und die erwarteten Chancen und Risiken eines Beteiligungsinvestments vor Eingehen eines Investments gegeneinander abzuwägen. Weiterhin gibt die regelmäßige Beobachtung der Börsen- und Finanzdaten sowie der Unternehmens- und Börsennachrichten dem Vorstand die Möglichkeit, unternehmensspezifische Ereignisse zu erfassen und geeignete Maßnahmen zur Schadensminimierung treffen zu können. Der Konzernvorstand überwacht regelmäßig die Wertanteile der Einzelpositionen der Beteiligungen.

#### ■ *Steuerrechtliche Risiken*

Die Veränderung steuerlicher Rahmenbedingungen kann sich nachteilig auf das Geschäft der Deutsche Balaton auswirken.

Die Deutsche Balaton geht davon aus, dass die Gesellschaft aufgrund von Verlustvorträgen nicht oder nur teilweise zu Steuerzahlungen verpflichtet ist, solange und soweit der steuerliche Verlustvortrag nicht

durch erzielte Jahresüberschüsse aufgebraucht ist. Aktuell sind die bestehenden Verlustvorträge wirtschaftlich allerdings nur in begrenztem Umfang nutzbar. Sollten die von der Gesellschaft ermittelten steuerlichen Verlustvorträge nicht oder nicht in der errechneten Höhe von der Finanzverwaltung akzeptiert werden, führte dies nach Ansicht der Gesellschaft zu einer Verringerung der bestehenden Verlustvorträge. In diesem Fall wären Steuernachzahlungen möglich.

Änderungen im Steuerrecht bergen das Risiko, dass die steuerliche Belastung der Deutsche Balaton zunimmt. Eine höhere steuerliche Belastung der Deutsche Balaton mit direkten oder indirekten Steuern führt zu einer Verringerung des Jahresergebnisses und damit des wirtschaftlichen Erfolgs. In der Folge könnten sich hieraus nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Balaton ergeben.

#### ■ *Liquiditätsrisiken in Bezug auf Beteiligungen*

Liquiditätsrisiken in Bezug auf die Marktliquidität börsennotierter Beteiligungen können aufgrund einer nur geringen Liquidität der im Portfolio der Deutsche Balaton gehaltenen Beteiligungen bestehen. Die Deutsche Balaton beteiligt sich auch an börsennotierten Unternehmen, die nur eine geringe Marktliquidität aufweisen, aber kurz- bis mittelfristig ein großes Chancen-/Risiko-Verhältnis aufweisen. Beteiligungen an börsennotierten Unternehmen mit einer geringen Handelsliquidität bergen jedoch oftmals auch das Risiko in sich, dass ein Verkauf der Beteiligung über die Börse nur schwer oder gar nicht möglich ist. Dieses Risiko ist auch Beteiligungen, die nicht an einer Börse gehandelt werden, immanent. Die Veräußerung von nicht börsennotierten Unternehmensbeteiligungen ist oftmals nur im Rahmen eines aufwändigen, strukturierten Verkaufsprozesses möglich.

Der Vorstand versucht, dieses Risiko durch eine umfangreiche Voranalyse potenzieller Beteiligungsobjekte zu minimieren, und wägt die erwarteten Chancen und Risiken eines Beteiligungsinvestments vor Eingehen eines Investments sorgfältig gegeneinander ab.

Im gegenwärtigen Marktumfeld sieht der Vorstand die Veräußerungsmöglichkeiten eingeschränkt.

#### ■ *Zinsänderungsrisiken*

Zinsänderungsrisiken sind für die Deutsche Balaton AG nicht wesentlich, da die ausgegebene Unternehmensanleihe mit einem festen Zinssatz bis 2013 läuft und im Übrigen bei Zinssatzänderungen in beide Richtungen sowohl Aktiv- als auch Passivzinssätze sich in die gleiche Richtung verändern. Anlagen in zinstragende Wertpapiere oder Darlehen erfolgen ebenso wie die Aufnahme von Bankdarlehen in der Regel nur mit kurzer Laufzeit oder bis auf weiteres. Es gibt im Übrigen keinen Grund, bei gleichbleibend hoher Eigenkapitalquote und vorhandenen Sicherheiten steigende Zinsmargen für die die Deutsche Balaton AG finanzierenden Banken zu unterstellen, jedenfalls würde sich die Gesellschaft dagegen wehren und versuchen, mit anderen Banken in Geschäftsbeziehung zu treten. Die mit den Banken vereinbarten Zinsmargen liegen i. d. R. zwischen 0,5 und 1,25 Prozentpunkten für einmonatige EURIBOR-Kredite.

#### ■ *Informationstechnologische Risiken*

Die Deutsche Balaton identifiziert im Bereich informationstechnologischer Risiken neben Risiken in Form von Datenverlusten und Systemausfallzeiten auch das Risiko des Missbrauchs informationstechnischer Anlagen.

Das Risiko von Datenverlusten wird durch regelmäßige Sicherungen der elektronisch verfügbaren Unternehmensdaten minimiert, insbesondere der

Unternehmensdatenbanken, der Finanzbuchhaltung und der Rechnungslegungsdaten. Außerdem werden alle von unseren Mitarbeitern innerhalb der Server-Client-Umgebung erstellten Dateien ebenfalls gesichert. Für die Datensicherungen werden werktäglich separate Festplatten verwendet. Die Aufbewahrung der Datensicherungsplatten erfolgt an sicheren, gegen Brand geschützten Orten.

Der Zugriff auf elektronische Dokumente und auf die EDV-Systeme ist durch Benutzerzugriffsrechte geschützt.

Systemausfallzeiten werden durch den Einsatz von sachkundigen Mitarbeitern oder externen Fachkräften auf ein geringes Maß reduziert. Gegen schädliche Computerprogramme wird aktuelle Schutzsoftware eingesetzt.

#### ■ *Finanzmarktrisiken*

Die Deutsche Balaton ist aufgrund ihres Schwerpunktes im Bereich von Unternehmensbeteiligungen von der Stabilität der Finanzmarktsysteme, insbesondere der Börsen und Banken, abhängig. Darüber hinaus bestehen für die Deutsche Balaton Finanzmarktrisiken in Form von Zinsschwankungen sowie der Änderung von Wechselkursen, Aktienkursen und Rohstoffpreisen. Die Finanzmarktrisiken können einen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Balaton haben. Die Deutsche Balaton steuert und überwacht Finanzmarktrisiken überwiegend im Rahmen der operativen Geschäfts- und Finanzierungsaktivitäten und bei Bedarf in Ausnahmefällen durch den Einsatz derivativer Finanzinstrumente.

Die Deutsche Balaton ist als Beteiligungsunternehmen Kursschwankungen an den Aktienmärkten ausgesetzt. Insbesondere Wertpapiere, die eine geringe

Marktliquidität aufweisen, bergen ein Risiko des Wertverlustes. Durch die regelmäßige Beobachtung der Börsenentwicklung ist eine angemessene Risikosteuerung durch den Vorstand gewährleistet. Der Vorstand trifft in der konkreten Situation, unter Beachtung des Anlagehorizonts, je nach Möglichkeit geeignete Maßnahmen zur Schadensminderung.

Darüber hinaus besteht im Einzelnen ein Emittentenrisiko. Hierunter versteht die Deutsche Balaton das Risiko in Bezug auf die geschäftliche Entwicklung einzelner Emittenten von Wertpapieren. Das Emittentenrisiko kann dazu führen, dass einzelne Emittenten keine Ausschüttungen oder keine Darlehensrückzahlungen vornehmen können. Hierdurch kann die Liquidität und Ertragslage der Deutsche Balaton beeinträchtigt werden. Die Deutsche Balaton ist bemüht, das Emittentenrisiko durch eine Diversifikation des Beteiligungsportfolios zu begrenzen.

Wechselkursrisiken bestehen in Bezug auf ausländische Wertpapiere und Forderungen bzw. Verbindlichkeiten. Der Vorstand ist bemüht, den Einfluss von Wechselkursschwankungen gering zu halten. Forderungen und Verbindlichkeiten in ausländischen Währungen spielen eine eher untergeordnete Rolle im Geschäft der Deutsche Balaton. In Einzelfällen erfolgt eine Absicherung des Wechselkursrisikos durch Währungssicherungsgeschäfte.

Die Fremdfinanzierung der Deutsche Balaton unterliegt dem Risiko schwankender Zinssätze an den Kapitalmärkten. Steigende Zinssätze können zu höheren Refinanzierungskosten führen und sich negativ auf das Unternehmensergebnis auswirken. Neben Änderungen des Zinsniveaus können auch Änderungen der bestehenden Kreditkonditionen oder Kündigungen von Kreditlinien zum Nachteil der Deutsche Balaton negative Auswirkungen auf den Unternehmens-

erfolg haben. Insbesondere kann eine gegebenenfalls kurzfristig erfolgende Kündigung von Kreditlinien durch die Bank dazu führen, dass die Deutsche Balaton nicht in der Lage ist, einen gewährten Kredit innerhalb einer kurzen Frist vollständig zu bedienen. Die Deutsche Balaton minimiert dieses Risiko durch die Verteilung von Kreditinanspruchnahmen auf verschiedene Banken.

#### ■ *Forderungsrisiken*

Die Deutsche Balaton ist im Zusammenhang mit der Finanzierung ihrer Beteiligungen und Konzernunternehmen und dem Verkauf von Beteiligungen an Dritte dem Risiko des Ausfalls von Forderungen ausgesetzt. Hierdurch entsteht die Gefahr, dass kurzfristig fällig werdende Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht vollständig fristgerecht erfüllt werden können.

Im Rahmen der Finanzierung von Beteiligungsunternehmen und Konzernunternehmen erfolgt die Zurverfügungstellung von Mitteln ausschließlich nach Durchführung einer Chancen-/Risiko-Analyse. In Abhängigkeit von der prognostizierten Ausfallwahrscheinlichkeit wird die Zurverfügungstellung von Finanzmitteln von der Stellung liquider Sicherheiten abhängig gemacht.

Entsprechendes gilt in Bezug auf gestundete Kaufpreiszahlungen.

Darüber hinaus bestehen Forderungsrisiken aus Investitionen in Genussscheine und Anleihen. In Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage des jeweiligen Emittenten kann die Zinszahlung und auch die Rückzahlung von Forderungen aus Anleihen und Genussrechten eingeschränkt sein oder ausfallen. Die Deutsche Balaton betreibt zur Risikominimierung eine regelmäßige Chancen-/Risikoanalyse.

#### ■ *Liquiditätsrisiken (Finanzierungsrisiken)*

Im Bereich der Finanzierungsrisiken ist die Deutsche Balaton dem Risiko ausgesetzt, kurzfristig fällig werdende Forderungen nicht oder nicht vollständig rechtzeitig bedienen zu können. Die Deutsche Balaton steuert diese Liquiditätsrisiken durch die Begrenzung der Inanspruchnahme von Lombardkrediten, die wertmäßig auf den jeweiligen Beleihungswert begrenzt sind. Auf Basis der Depotwerte und Beleihungswerte erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Kreditlimite durch den Vorstand. Im Rahmen einer Liquiditätsplanung erfasst der Vorstand die Liquiditätsrisiken und trifft Maßnahmen zur Minimierung dieser Risiken.

Verschiedene Banken haben der Deutsche Balaton laufende Kreditrahmen in unterschiedlicher Höhe eingeräumt. Die Deutsche Balaton nimmt aus den eingeräumten Kreditrahmen laufend Kredit in Anspruch. Die jeweils in Anspruch genommenen Kreditlinien sind in ihrer jeweiligen Höhe mit börsennotierten und von den jeweiligen Banken als beleihbar akzeptierten Wertpapieren ausreichend zu besichern. Das allgemeine Marktpreisrisiko sinkender Wertpapierpreise börsennotierter Wertpapiere kann dazu führen, dass eine ausreichende Besicherung der in Anspruch genommenen Kredite nicht mehr dargestellt werden kann und die Bank den Kredit zur sofortigen Rückzahlung fällig stellt. Außerdem kann die Prolongation von Krediten erschwert oder unmöglich sein oder die Bank kann laufende Kredite, die bis auf weiteres oder kurzfristig gewährt sind, kündigen. Zudem kann die Bank die jeweils zugrunde gelegten Beleihungswerte einseitig zum Nachteil der Deutsche Balaton anpassen und das zur Verfügung stehende Kreditvolumen hierdurch verringern.

Der Vorstand versucht, dieses Risiko durch eine vorausschauende und vorsichtige Planung der Kredit-

inanspruchnahmen zu minimieren. Zur weiteren Verminderung von Kreditbeschaffungsrisiken erfolgt die Inanspruchnahme von Krediten auf mehrere Banken verteilt.

#### ■ *Personalwirtschaftliche Risiken*

Personalrisiken ergeben sich im Wesentlichen durch Personalbeschaffung, mangelnde Qualifikation und Fluktuation. Diese Risiken werden begrenzt durch Weiterbildungsmaßnahmen und leistungsgerechte Vergütung.

Bei der Deutsche Balaton besteht eine vertrauensbasierte Unternehmenskultur mit flachen Hierarchien, die auf jeder Ebene eigenverantwortliches Handeln und Denken fordert. Der Zugang zu vertraulichen Informationen birgt trotz ausgebauter Prüfungs- und Kontrollmechanismen grundsätzlich das Risiko des Missbrauchs. Personen, die im Sinne des Aktienrechts über Insiderkenntnisse verfügen, verpflichten sich zur Einhaltung der damit verbundenen Vorschriften. Darüber hinaus werden die bestehenden Autorisierungsregelungen regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

#### ■ *Managementrisiken*

Unter Managementrisiken verstehen wir die Möglichkeit, dass die Unternehmensführung eine grundlegende strategische Fehlentscheidung trifft, die bei den vorhandenen Informationen eigentlich vermeidbar wäre.

Managementrisiken werden daher unter Berücksichtigung derjenigen Informationen bewertet, die dem Management zum Entscheidungszeitpunkt zur Verfügung stehen oder mit vertretbarem Aufwand beschafft werden können. Bei wirtschaftlich bedeutsamen Entscheidungen ist neben dem Vorstand auch der Aufsichtsrat beratend in die Entscheidungsfindung einbezogen.



Im Rahmen der Überwachungstätigkeit des Aufsichtsrats hat dieser einen Katalog von Geschäften beschlossen, die der Vorstand nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vornehmen darf. Bestandteil des Katalogs ist auch eine Budgetplanung, die vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats jährlich vorzunehmen ist. Rechtsgeschäfte, die aufgrund des Zustimmungskatalogs der Zustimmung durch den Aufsichtsrat bedürfen bzw. nicht in der jeweiligen, vom Aufsichtsrat genehmigten jährlichen Budgetplanung beinhaltet sind, legt der Vorstand dem Aufsichtsrat zur vorherigen Zustimmung vor.

#### ■ *Risikomanagement als Chance*

Risiko- und Chancenmanagement sind bei der Deutsche Balaton eng miteinander verknüpft.

Aus einer aktiven Kontrolle der Risiken leiten wir Ziele und Strategien der Geschäftspolitik ab und sorgen so für ein angemessenes Chancen-Risiko-Verhältnis. Wie das Risikomanagement obliegt die Verantwortung zum frühzeitigen und regelmäßigen Identifizieren, Analysieren und Managen von Chancen unmittelbar dem Vorstand. Der Vorstand beschäftigt sich intensiv mit Markt- und Kursanalysen, branchenspezifischen Rahmendaten, Marktentwicklungen und -szenarien sowie dem politischen und steuerlichen Unternehmensumfeld. Hieraus leitet der Vorstand konkrete unternehmensspezifische Chancenpotenziale ab.

Chancenpotenziale ergeben sich im Beteiligungsbereich u. a. aus möglichen Börsenkurssteigerungen von Wertpapieren sowie Zins-, Dividenden und ähnlichen Erträgen aus Wertpapieren. Die Deutsche Balaton kann durch die Möglichkeit des institutionellen Zugangs zum Kapitalmarkt diese Chancenpotenziale in geeigneter Weise nutzen. Des Weiteren eröffnen sich durch die juristische Wahrnehmung von Rechten Chancenpotenziale. Hier sind beispielsweise Spruchstellenverfahren bei Squeeze-Outs zu nennen.

## 6. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Deutsche Balaton nutzt Währungssicherungsgeschäfte zur Absicherung von Wechselkursrisiken sowie Zins-Swaps zur Begrenzung von Zinsrisiken, die im Zusammenhang mit dem der Finanzierung des Erwerbs einer Konzerngesellschaft stehen. Im Geschäftsjahr 2010 wurden außerdem Optionsgeschäfte getätigt.

Im Zusammenhang mit dem Auslandsgeschäft eines Konzernunternehmens fallen Geschäfte an, die in Fremdwährung, insbesondere in US-Dollar, abgerechnet werden. Zur Absicherung des hierin liegenden Wechselkursrisikos werden von dem Konzernunternehmen regelmäßig Währungssicherungsgeschäfte abgeschlossen. Währungssicherungsgeschäfte bergen das Risiko, dass Chancen aus sinkenden Kursen der Fremdwährung zwischen dem Zeitpunkt des Geschäftsabschlusses und dem Fälligkeitstag des Sicherungsgeschäfts nicht realisiert werden können. Zur Minderung des Ausfallrisikos werden Sicherungsgeschäfte nur mit Kreditinstituten mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen.

Im Rahmen der Fremdfinanzierung des Erwerbs eines Konzernunternehmens wurde zur Absicherung des Zinsniveaus eines langfristigen Darlehens ein Zins-Swap mit dem finanzierenden Kreditinstitut vereinbart. Für den Zins-Swap fällt über die Laufzeit eine regelmäßige laufende Prämie an. Ohne den Abschluss des Zins-Swaps hätte eine Erhöhung der Zinsen Auswirkungen auf den laufenden Zinsaufwand und die künftigen Refinanzierungskosten des Konzerns. Die in Form eines derivativen Finanzinstruments durchgeführte Zinssicherungstransaktion kann jedoch, insbesondere bei fallenden Zinsen, zu Verlusten führen.

## **7. Grundzüge des Vergütungssystems der Gesellschaft für die in § 314 Abs. 1 Nr. 6 HGB genannten Gesamtbezüge**

Vorstandsmitglieder erhalten grundsätzlich 75 %–100 % ihres Gehalts als Festvergütung. Das im Berichtsjahr tätige Vorstandsmitglied erhielt eine Festvergütung ohne variable Bestandteile. Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder ist in § 15 der Satzung der Deutsche Balaton AG geregelt und somit gemäß den gesetzlichen Bestimmungen (§ 113 AktG) durch die Hauptversammlung bestimmt. Nach § 15 der Satzung erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats eine Festvergütung ohne variable Bestandteile, wobei der Vorsitzende das Doppelte, der stellvertretende Vorsitzende das 1,5-fache der Grundvergütung erhält.

Die Hauptversammlung der Gesellschaft vom 28. August 2006 hat den Vorstand ermächtigt, die in § 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe a Satz 6 und 7 HGB für den Jahresabschluss und in § 314 Abs. 1 Nr. 6 Buchstabe a Satz 6 und 7 für den Konzernabschluss verlangten Angaben in den Jahresabschlüssen und Konzernabschlüssen der Gesellschaft für den Zeitraum vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2010 zu unterlassen.

## **8. Übernahmerelevante Angaben**

■ *Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals*  
Hinsichtlich der Einteilung und Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals wird auf die im Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2010 der Deutsche Balaton AG unter Ziffer 30 („Eigenkapital“) gemachten Angaben verwiesen.

■ *Direkte oder indirekte Beteiligungen am Kapital, die 10 vom Hundert der Stimmrechte überschreiten*

Hinsichtlich direkter und indirekter Beteiligungen am Kapital der Deutsche Balaton AG, die zehn Prozent übersteigen, wird auf die im Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2010 der Deutsche Balaton AG unter Ziffer 46 („Mitgeteilte Beteiligungen“) gemachten Angaben verwiesen.

■ *Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen*

Am 16. Dezember 2009 hat die Deutsche Balaton AG mit der VV Beteiligungen AG, Heidelberg, einen Entherrschungsvertrag abgeschlossen. Mit dem Entherrschungsvertrag hat sich die VV Beteiligungen AG verpflichtet, während der Laufzeit des Entherrschungsvertrages in den Hauptversammlungen der Deutsche Balaton AG grundsätzlich jeweils nur so viele Stimmrechte auszuüben, dass bei den jeweiligen Abstimmungen durch die VV Beteiligungen AG keine Stimmrechtsmehrheit erreicht wird. Der Entherrschungsvertrag ist auf unbestimmte Zeit, mindestens aber fünf Jahre, abgeschlossen.

■ *Kontrolländerungsklauseln*

Es gibt bei der Deutsche Balaton keine Kontrolländerungsklauseln, dem Vorstand sind keine Kontrolländerungsklauseln bei Konzerngesellschaften bekannt.

■ *Unternehmensleitung*

Die Gesellschaft wird durch den Vorstand vertreten und geleitet. Gemäß § 84 Absatz 1 und 3 AktG werden die Mitglieder des Vorstands durch den Aufsichtsrat bestellt und abberufen. Gemäß § 8 Abs. 1 der Satzung der Deutsche Balaton AG besteht der Vorstand aus einer oder mehreren Personen; die Zahl der Mitglieder des Vorstands bestimmt der Aufsichtsrat. Werden mehrere Personen zu

Vorstandsmitgliedern bestellt, kann der Aufsichtsrat gemäß § 84 Absatz 2 AktG bzw. § 8 Absatz 3 der Satzung ein Mitglied zum Vorsitzenden und ein weiteres Mitglied des Vorstands zu dessen Stellvertreter ernennen. Soweit der Aufsichtsrat bei der Bestellung der Mitglieder des Vorstands keinen kürzeren Zeitraum beschließt, werden die Mitglieder des Vorstands für fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ein solcher Grund ist namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsmäßigen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung, es sei denn, dass das Vertrauen aus offenbar unsachlichen Gründen entzogen worden ist. Der Vorstand kann sich eine Geschäftsordnung geben, wenn nicht die Satzung den Erlass der Geschäftsordnung dem Aufsichtsrat übertragen hat oder der Aufsichtsrat eine Geschäftsordnung für den Vorstand erlässt. Der Aufsichtsrat hat Arten von Geschäften definiert, die vom Vorstand nur mit seiner Zustimmung vorgenommen werden dürfen. Der Aufsichtsrat hat im Rahmen der ihm obliegenden Kontrollfunktion den Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte an das Finanzmarktumfeld im Geschäftsjahr 2010 angepasst und den Katalog entsprechend erweitert. Der Aufsichtsrat ist nach § 16 der Satzung befugt, Änderungen der Satzung, die nur deren Fassung betreffen, zu beschließen. Hierzu gehören insbesondere Änderungen der Angaben über das Grundkapital entsprechend dem jeweiligen Umfang von Kapitalerhöhungen aus bedingtem oder genehmigtem Kapital bzw. den Kapitalherabsetzungen. Eine Befugnis des Aufsichtsrats zur Vornahme von Kapitalmaßnahmen ist mit dieser Regelung nicht verbunden.

■ *Erwerb eigener Aktien,  
genehmigtes und bedingtes Kapital*

*Eigene Aktien*

Die ordentliche Hauptversammlung vom 27. August 2009 hat unter Aufhebung der Ermächtigung vom 28. August 2008 mit Wirkung für die Zukunft den Vorstand gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, für bestimmte Zwecke bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Die Ermächtigung darf von der Gesellschaft nicht zum Zweck des Handels in eigenen Aktien genutzt werden. Unter Aufhebung der Ermächtigung vom 27. August 2009 hat die ordentliche Hauptversammlung der Deutsche Balaton AG am 31. August 2010 den Vorstand erneut ermächtigt, eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Der Erwerb darf nach Wahl des Vorstands über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre der Gesellschaft gerichteten öffentlichen Kaufangebots bzw. mittels an alle Aktionäre gerichteter öffentlicher Einladung zur Abgabe von Verkaufsofferten erfolgen. Unter bestimmten weiteren Voraussetzungen ist der Vorstand berechtigt, den Erwerb eigener Aktien auch außerhalb der Börse vorzunehmen, wenn der Erwerb eigener Aktien im Rahmen des Erwerbs von oder des Zusammenschlusses mit Unternehmen oder des Erwerbs von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt oder wenn es sich um einen Paketerwerb von mindestens 1 % des Grundkapitals handelt und ein solcher Erwerb einem Zweck dient, der im vorrangigen Interesse der Gesellschaft liegt, und der Paketerwerb geeignet und erforderlich ist, diesen Zweck zu erreichen. Die Ermächtigung wurde zum 01. September 2010 wirksam und gilt bis zum 31. August 2015.

Der Vorstand hat von den vorstehend dargestellten Erwerbsermächtigungen im Geschäftsjahr 2010 mit drei an alle Aktionäre gerichteten freiwilligen öffent-

lichen Erwerbsangeboten Gebrauch gemacht und in deren Rahmen eigene Aktien wie folgt erworben:

#### **Entwicklung des Bestands an eigenen Aktien im Geschäftsjahr 2010**

<b>Datum<sup>1</sup></b>	<b>Veränderung<sup>2</sup></b>	<b>Bestand<sup>2</sup></b>	<b>Erwerbspreis je Aktie</b>	<b>Gesamterwerbspreis</b>
Anfangsbestand				
01.01.2010	0	0		
1. Erwerbsangebot 2010 (Annahmefrist 06.05.–27.05.2010)				
01.06.2010	+58.001	58.001	7,00 EUR	406.007,00 EUR
08.06.2010	+5.286	63.287	7,00 EUR	37.002,00 EUR
2. Erwerbsangebot 2010 (Annahmefrist 07.09.–24.09.2010)				
01.10.2010	+3.935	67.222	8,00 EUR	31.480,00 EUR
04.10.2010	+336	67.558	8,00 EUR	2.688,00 EUR
08.10.2010	+15	67.573	8,00 EUR	120,00 EUR
3. Erwerbsangebot 2010 (Annahmefrist 13.12.–23.12.2010)				
29.12.2010	+14.865	82.438	9,00 EUR	133.7858,00 EUR
Endbestand				
31.12.2010		82.438		611.082,00 EUR
Fortschreibung 2011				
04.01.2011	+122.608	205.046	9,00 EUR	1.103.472,00 EUR

(1) Das Datum entspricht jeweils dem Valuta-Tag der Einbuchung der Aktien bei der Deutsche Balaton AG und liegt wegen der technischen Abwicklung jeweils nach dem Ende der Annahmefrist.

(2) Der jeweils genannte Betrag der Anzahl der Aktien entspricht dem Betrag des auf die jeweilige Aktienanzahl entfallenden anteiligen rechnerischen Grundkapitals.

Der Erwerb der vorgenannt unter dem 04. Januar 2011 genannten Stück 122.608 eigenen Aktien geht auf das am 13. Dezember 2010 veröffentlichte Erwerbsangebot zurück. Die Kaufpreiszahlung für die Stück 122.608 eigenen Aktien erfolgte bereits am 29. Dezember 2010. Aufgrund der technischen Abwicklung erfolgte der Übertrag dieser Aktien erst am 04. Januar 2011, die sich jedoch zum 31. Dezember 2010 bereits in der unwiderruflichen Verfügungsmacht der Deutsche Balaton AG befunden haben.

#### *Genehmigtes Kapital*

Im Handelsregister der Deutsche Balaton AG ist ein genehmigtes Kapital eingetragen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 26. August 2014 einmalig oder in Teilbeträgen mehrmals um bis zu insgesamt 6.300.000,00 Euro durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geld- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Die neuen Aktien sind ab dem Beginn des Geschäftsjahres, in dem sie ausgegeben werden, gewinnberechtigt. Grundsätzlich

ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen. Die neuen Aktien können auch von einem durch den Vorstand bestimmten Kreditinstitut mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären anzubieten (mittelbares Bezugsrecht). Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bei einer Kapitalerhöhung aus dem genehmigten Kapital das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre in bestimmten Fällen auszuschließen. Der Vorstand hat von der vorstehenden Ermächtigung zur Erhöhung des Grundkapitals aus genehmigtem Kapital bislang keinen Gebrauch gemacht.

#### *Bedingtes Kapital*

Ein bedingtes Kapital in Höhe von bis zu 6.675.000,00 EUR durch Ausgabe von bis zu 6.675.000 auf den Inhaber lautenden nennbetragslosen Stammaktien (Stückaktien) dient der Gewährung von Aktien an die Inhaber von Options- bzw. Wandelschuldverschreibungen, die gemäß der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 28. August 2006 zur Ausgabe von Options- bzw. Wandelschuldverschreibungen bis zum 27. August 2011 von der Gesellschaft oder durch eine 100 % unmittelbare oder mittelbare Beteiligungsgesellschaft der Gesellschaft begeben werden. Das bedingte Kapital dient nach Maßgabe der Wandelanleihebedingungen auch der Ausgabe von Aktien an Inhaber von Wandelschuldverschreibungen, die mit Wandlungspflichten ausgestattet sind. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu dem gemäß dem Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2006 jeweils festzulegenden Wandlungs- bzw. Optionspreis. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber der Wandel- und/oder Optionschuldverschreibungen von ihren Wandlungs- bzw. Optionsrechten Gebrauch machen oder die zur Wandlung verpflichteten Inhaber der Wandelschuldverschreibungen ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen

und soweit nicht eigene Aktien zur Bedienung dieser Rechte zur Verfügung gestellt werden. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Options- bzw. Wandlungsrechten oder durch Erfüllung von Wandlungspflichten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen. Die Gesellschaft hat bisher von dieser Ermächtigung keinen Gebrauch gemacht.

## **9. Prognosebericht**

### ■ *Unsere Annahmen*

#### *über die Entwicklung der Kapitalmärkte*

Für das Jahr 2011 gehen wir davon aus, dass sich die Erholung der Weltwirtschaft weiter fortsetzt. Dabei dürfte das uneinheitliche Bild im Ländervergleich – moderates Wachstum in den Industrieländern, kräftiges Wachstum in den Schwellenländern – erhalten bleiben. In Deutschland sind die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung weiter positiv. Das reale BIP dürfte im Jahr 2011 um rund 2 % steigen. Damit sollte die Produktion in Deutschland auch im nächsten Jahr stärker als im europäischen Durchschnitt zulegen. Auch für den Euroraum wird eine Fortsetzung der Erholung der Wirtschaft prognostiziert; wir erwarten eine Steigerung des BIP im Jahr 2011 um über 1 %. Dabei dürften die Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten erheblich bleiben. In Ländern mit relativ soliden Staatsfinanzen und ohne allzu große Strukturprobleme dürfte die konjunkturelle Dynamik überdurchschnittlich sein und die Erwerbslosigkeit zurückgehen. Hingegen sollte es in Ländern der europäischen Peripherie nur zu einer schleppenden Erholung oder gar zur Rezession kommen. Hier wirken die massiven Krisenfolgen und der Zwang zur Konsolidierung belastend.

Die internationalen Rentenmärkte dürften im Jahr 2011 von weiterhin niedrigen Renditen geprägt sein. Eine erste vorsichtige Leitzinsanhebung durch die EZB wird im Laufe des Jahres 2011 erwartet; die US-Notenbank wird vermutlich erst im Jahr 2012 folgen. Infolge der anhaltend expansiven Geldpolitik wird angenommen, dass die Renditen deutscher Bundesanleihen auch 2011 auf niedrigem Niveau verharren. Gleiches gilt für die USA. Die Anleihen der Peripheriestaaten der Europäischen Währungsunion sollten hingegen weiter unter Druck bleiben.

Bereits im laufenden Jahr sind höhere Inflationsraten zu beobachten und mittelfristig rechnen wir mit Inflationsraten, die über dem Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre liegen. Dies dürfte sich auch auf das Renditeniveau der Anleihenmärkte auswirken.

Jedoch sind solche Prognosen mit Risiken behaftet. Eine besondere Gefahr für die Entwicklung der Weltkonjunktur geht von den anhaltenden Spannungen an den Märkten für europäische Staatsanleihen sowie von einer erneuten deutlichen Korrektur der Immobilienpreise in den USA oder China aus. Auch die Unruhen in der arabischen Welt, die den Ölpreis treiben, und die Natur- und Atomkatastrophe in Japan, der drittgrößten Wirtschaftsnation der Welt, wirken sich auf die Kapitalmärkte aus. Diese Unsicherheit hat wieder ein höheres Risiko und Schwankungen an die Kapitalmärkte gebracht.

Basis für unsere Annahmen sind u. a. Veröffentlichungen der Börsenzeitung und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute und sonstige, allgemein zugängliche Informationen, z. B. im Internet.

#### ■ *Entwicklung des Konzerns*

In diesem Umfeld agiert die Deutsche Balaton als Beteiligungsholding. Bereits in der Vergangenheit haben wir immer wieder darauf hingewiesen, dass das Geschäftsmodell der Deutsche Balaton als Beteiligungsgesellschaft dazu führt, dass die Ergebnisse einzelner Geschäftsjahre für sich genommen nur begrenzt Aufschluss über den mittel- und langfristigen Erfolg geben können. Das Jahresergebnis der Deutsche Balaton wird unter anderem von einer Vielzahl von Faktoren bestimmt, die zu Beginn und auch während eines Geschäftsjahres nicht oder nur schwer planbar und vorhersehbar sind.

Der Beteiligungshorizont der Deutsche Balaton ist weiterhin mittel- bis langfristig. Der Zeithorizont, vor dem wir diesen Prognosebericht erstellt haben, bezieht sich auf einen Zeitraum von fünf Jahren.

Wir wollen unterbewertete Unternehmen identifizieren und eine erfolgreiche Entwicklung der Beteiligungen realisieren. Der Erfolg oder Misserfolg einer eingegangenen Beteiligung zeigt sich meist erst, wenn ein Verkauf realisiert werden kann. Diese Realisierbarkeit ist dabei auch von dem Marktumfeld abhängig, das wiederum den Preis der Transaktion mitbestimmt. Unvorhergesehene Wirtschaftsentwicklungen und Veränderungen an den Kapitalmärkten spielen hier eine große und nur schwer vorhersehbare Rolle.

Die mittel- bis langfristige Investition in Unternehmen führt dazu, dass schwankende Entwicklungen bei den einzelnen Beteiligungen sich jeweils unterschiedlich in einzelnen Geschäftsjahren auswirken können. Eine einzelgeschäftsjahresbezogene Betrachtung übersieht, dass der Erfolg für die Deutsche Balaton erst nach Veräußerung einer Investition wirklich messbar ist. Erst dann steht fest, welcher Ertrag insgesamt aus

der Beteiligung generiert und ob das Investment insgesamt erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Die Umsatzzahlen der produzierenden Beteiligungsunternehmen sind ein Indikator für deren wirtschaftliche Entwicklung. Rückschlüsse auf den tatsächlichen Erfolg der Deutsche Balaton lassen sich hieraus nach unserer Auffassung jedenfalls nicht unmittelbar ziehen.

Weiterhin bewegt sich die Deutsche Balaton in Rahmenbedingungen, die ständigen Änderungen unterworfen sind. Neben den sich in steter Regelmäßigkeit ändernden (steuer-) gesetzlichen Voraussetzungen sind insbesondere für das Private Equity-Geschäft die Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen interessant. Durch die Umbrüche an den Kapital- und Finanzmärkten können sich auch im Geschäftsjahr 2011 interessante Investitionsoportunitäten für die Deutsche Balaton ergeben. Die Deutsche Balaton wird jeweils im Einzelfall prüfen, ob sich bietende Investitionsmöglichkeiten zum Ausbau und zur Stärkung des Beteiligungsportfolios genutzt werden können. Um attraktive Investitionsmöglichkeiten zu nutzen, könnte sie sich außerdem über die Aufnahme von Krediten und von Eigenmitteln über den Kapitalmarkt finanzieren. Dies setzt allerdings eine geeignete Verfassung der Finanz- und Kapitalmärkte voraus.

Die über Jahre gewachsene Erfahrung der Deutsche Balaton im Beteiligungsgeschäft, die Präsenz am Markt und die Investitionserfolge geben uns Zuversicht, das Geschäft auch unter schwierigen Marktbedingungen erfolgreich fortsetzen zu können. Im Prognosezeitraum sollten die Renditen, vor allem im Private-Equity-Geschäft, wieder ansteigen. Wir bleiben zuversichtlich, dass wir im mehrjährigen Schnitt eine den Risiken angemessene Eigenkapitalrendite erzielen können.

Unsere Portfoliounternehmen sind in unterschiedlichen Branchen am Markt tätig und waren in unterschiedlicher Ausprägung von der wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen beiden Jahre betroffen. Wir arbeiten dafür, dass unsere Portfoliounternehmen sich positiv entwickeln und möglichst stärker als der Markt abschneiden können.

Sollte der Aufschwung der Weltwirtschaft anhalten, sind wir für das Zeitfenster des Prognosehorizonts zuversichtlich, dass der Wert unseres Unternehmensportfolios einschließlich der Veräußerungserlöse weiter zunehmen wird. Eine Voraussetzung hierfür sind stabile Bewertungsrelationen an den Kapitalmärkten.

#### ■ *Gesamtprognose*

Die Deutsche Balaton verfügt unter anderem auch aufgrund ihrer soliden finanziellen Ausstattung über eine gute Basis, um auch in Zukunft Marktchancen zu ergreifen und sich verändernden Anforderungen zu stellen.

Die Finanzlage des Konzerns wird voraussichtlich auch im Geschäftsjahr 2011 geordnet bleiben, die Eigenkapitalquote über 50 % liegen und die Liquidität zur Bedienung aller fälligen Verbindlichkeiten vorhanden sein.

Die Umsatzerlöse und die Jahresergebnisse der Portfoliounternehmen Eppstein, Fortuna und Lenk werden sich voraussichtlich mittelfristig weiter positiv entwickeln und sollten möglichst stärker als der Markt abschneiden können.

Bei einem zum Vorjahr unveränderten Marktumfeld erwarten wir für unser eigentliches Beteiligungsgeschäft wieder ein positives Ergebnis. In mittelfristigen Zeiträumen steigen (je nach Wahl des Ausgangsjahrs



und des Zeitraums) Börsenkurse um ca. 5–10 % p. a. an. Da wir mit einer moderaten Verschuldung arbeiten und besser als der Börsendurchschnitt sein wollen, kann in guten Jahren eine Verzinsung des Eigenkapitals von 15 % erreicht werden. Die Kostenstruktur wird wie im Jahr 2010 auch im laufenden Jahr und voraussichtlich auch mittelfristig im Wesentlichen unverändert und überschaubar bleiben.

Unter Würdigung der kurzfristig absehbaren und mittelfristig zu erwartenden Entwicklung geht der Vorstand davon aus, dass die Deutsche Balaton im Saldo des laufenden und der kommenden vier Geschäftsjahre ein positives Ergebnis erwirtschaften und in guten Jahren eine Verzinsung des Eigenkapitals von 15 % erreichen kann.

Diese Prognosen beruhen auf den erfahrungsgemäß auftretenden Schwankungen der globalen und lokalen Wirtschaftsentwicklung, der Börsenkurse und Unternehmensbewertungen.

Heidelberg, den 29. April 2011

Der Vorstand

Rolf Birkert

	Anhang	01.01.– 31.12.2010 T€	angepasst 01.01.– 31.12.2009 T€
Umsatzerlöse	(7)	69.962	52.189
Bestandsveränderungen fertige und unfertige Erzeugnisse	(8)	2.595	-557
Sonstige betriebliche Erträge	(9)	17.385	14.400
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	(10)	-40.841	-24.975
Zuwendungen an Arbeitnehmer	(11)	-16.729	-14.058
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	(12)	-1.928	-1.909
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(13)	-13.756	-10.836
Finanzerträge	(14)	4.756	6.866
Finanzierungsaufwendungen	(15)	-7.373	-9.906
Gewinn- und Verlustanteile an assoziierten Unternehmen	(16)	1.206	776
<b>Ergebnis vor Ertragsteuern</b>		<b>15.278</b>	<b>11.991</b>
Ertragsteuern	(17)	-872	-1.506
Ergebnis aus fortgeführter Geschäftstätigkeit nach Ertragsteuern		14.405	10.485
Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten	(18)	5.413	668
<b>Periodenergebnis</b>		<b>19.818</b>	<b>11.152</b>
<b>Übriges Ergebnis</b>			
Veränderungen im Konsolidierungskreis - Zu- und Verkauf oder Kapitalherabsetzung von Anteilen von Tochterunternehmen		0	0
Änderungen des beizulegenden Zeitwertes von zur Veräußerung verfügbaren Finanzinstrumenten		11.472	10.143
Neutrale Veränderungen nach IAS 28 (assoziierte Unternehmen)		-103	457
Ertragsteuern auf übriges Gesamtergebnis		-587	-163
<b>Übriges Ergebnis der Periode (nach Steuern)</b>		<b>10.782</b>	<b>10.437</b>
<b>Summe Gesamtergebnis der Periode</b>	(19)	<b>30.600</b>	<b>21.589</b>
<b>Zurechnung des Ergebnisses der Periode:</b>			
Auf die Anteilseigner des Mutterunternehmens entfallende Gewinne		17.830	11.328
Gewinne (i. Vj. Verluste), die auf Anteile nicht beherrschender Gesellschafter entfallen		1.989	-176
<b>Ergebnis der Periode</b>		<b>19.818</b>	<b>11.152</b>
<b>Zurechnung des Gesamtergebnisses der Periode:</b>			
Auf die Anteilseigner des Mutterunternehmens entfallende Gewinne (i. Vj. Verluste)		28.895	21.757
Gewinne (i. Vj. Verluste), die auf Anteile von nicht beherrschender Gesellschafter entfallen		1.705	-168
<b>Summe Gesamtergebnis der Periode</b>		<b>30.600</b>	<b>21.589</b>
<b>Ergebnis je Aktie</b>			
Unverwässertes Ergebnis je Aktie (in EUR)	(42)	1,54	0,97
Verwässertes Ergebnis je Aktie (in EUR)		1,54	0,97

# Konzernbilanz

## zum 31. Dezember 2010

Vermögenswerte (Aktiva)	Anhang	31.12.2010 T€	angepasst 31.12.2009 T€	01.01.09 T€
<b>Langfristige Vermögenswerte</b>				
Immaterielle Vermögenswerte und Firmenwerte	(20)	3.230	3.452	3.839
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(20)	7.828	6.931	6.437
Sachanlagen	(20)	7.159	6.697	5.943
Anteile an assoziierten Unternehmen	(21)	27.418	25.219	30.173
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	(22)	59.703	47.354	40.551
Sonstige Forderungen	(23)	331	1.235	1.834
Latente Steueransprüche	(24)	1.208	504	299
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	(30)	0	1.940	0
		<b>106.878</b>	<b>93.332</b>	<b>89.076</b>
<b>Kurzfristige Vermögenswerte</b>				
Vorräte	(25)	14.468	10.134	8.791
Fertigungsaufträge (POC)		0	0	2.149
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(26)	4.242	2.679	12.485
Laufende Steuererstattungsansprüche	(24)	1.948	1.646	2.491
Sonstige Vermögenswerte	(27)	6.536	3.605	1.724
Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere	(28)	28.695	19.127	1.135
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	(29)	8.767	9.931	3.881
		<b>64.655</b>	<b>47.123</b>	<b>32.656</b>
		<b>171.533</b>	<b>140.455</b>	<b>121.732</b>

<b>Eigenkapital und Schulden (Passiva)</b>	Anhang	<b>31.12.2010 T€</b>	<b>angepasst 31.12.2009 T€</b>	<b>01.01.09 T€</b>
<b>Eigenkapital</b>				
Gezeichnetes Kapital	(31)	11.640	11.640	12.700
Kapitalrücklage	(31)	47.322	47.322	46.262
Eigene Anteile	(31)	-1.715	0	-9.157
Übrige Rücklagen		26.721	15.656	5.227
Gewinnrücklage	(31)	30.471	11.306	9.515
Eigenkapitalanteil der Anteilseigner des Mutterunternehmens		114.439	85.924	64.547
Anteile nicht beherrschender Gesellschafter	(32)	6.764	7.238	7.470
		<b>121.203</b>	<b>93.162</b>	<b>72.017</b>
<b>Langfristige Schulden</b>				
Sonstiges von den Gesellschaftern langfristig zur Verfügung gestelltes Kapital	(32)	463	427	374
Leistungen an Arbeitnehmer	(34)	1.554	1.560	1.573
Finanzielle Schulden	(33)	16.727	19.966	27.267
Latente Steuerschulden	(24)	2.196	1.324	787
		<b>20.940</b>	<b>23.277</b>	<b>30.001</b>
<b>Kurzfristige Schulden</b>				
Finanzielle Schulden	(35)	18.160	16.191	12.927
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	(36)	3.865	2.307	2.082
Laufende Steuerschulden	(24)	1.672	1.521	929
Sonstige Schulden	(37)	5.693	3.997	3.776
		29.390	24.016	19.714
		<b>171.533</b>	<b>140.455</b>	<b>121.732</b>

# Aufstellung der Veränderungen des Eigenkapitals des Konzerns

	Mutterunternehmen		
	Gezeichnetes Kapital		
	Stamm- aktien	Kapital- rücklage	Eigene Anteile
	T€	T€	T€
<b>Stand 1. Januar 2009</b>	<b>12.700</b>	<b>46.262</b>	<b>-9.157</b>
Ergebnisneutrale Veränderungen nach IAS 39	0	0	0
latente Steuern auf ergebnisneutrale Veränderungen nach IAS 39	0	0	0
Ergebnisneutrale Veränderungen nach IAS 28	0	0	0
Summe der direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge	0	0	0
Konzern-Periodenergebnis	0	0	0
Summe Periodenergebnis und direkt im Eigen- kapital erfasste Aufwendungen und Erträge	0	0	0
Kapitalherabsetzung Deutsche Balaton AG	-1.060	1.060	0
Aufwand aus der Einziehung eigener Aktien - beim Mutterunternehmen	0	0	9.537
Erwerb eigener Aktien	0	0	-380
Anteil an Ausschüttungen	0	0	0
<b>Stand 31. Dezember 2009</b>	<b>11.640</b>	<b>47.322</b>	<b>0</b>
<b>Stand 1. Januar 2010</b>	<b>11.640</b>	<b>47.322</b>	<b>0</b>
Ergebnisneutrale Veränderungen nach IAS 39	0	0	0
latente Steuern auf ergebnisneutrale Veränderungen nach IAS 39	0	0	0
Ergebnisneutrale Veränderungen nach IAS 28	0	0	0
Summe der direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge	0	0	0
Konzern-Periodenergebnis	0	0	0
Summe Periodenergebnis und direkt im Eigen- kapital erfasste Aufwendungen und Erträge	0	0	0
Veränderungen im Konsolidierungskreis - Zu- und Verkauf oder Kapitalherabsetzung von Anteilen von Tochterunternehmen	0	0	0
Erwerb eigener Aktien	0	0	-1.715
Umgliederung	0	0	0
Anteil an Ausschüttungen	0	0	0
<b>Stand 31. Dezember 2010</b>	<b>11.640</b>	<b>47.322</b>	<b>-1.715</b>

						Konzern
Übrige Rücklagen			Gewinn- rücklage	Eigenkapital- anteil der Anteilseigner des Mutter- unternehmens	Anteile nicht beherrschender Gesellschafter	Summe Eigenkapital
Rücklage aus Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert	Versicherungs- mathematische Gewinne/ Verluste	Währungs- umrechnung ausländischer Tochterunternehmen				
<b>5.227</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>9.515</b>	<b>64.546</b>	<b>7.470</b>	<b>72.017</b>
10.134	0	0	0	10.134	8	<b>10.142</b>
-163	0	0	0	-163	0	<b>-163</b>
403	53	1	0	457	0	<b>457</b>
10.374	53	1	0	10.428	8	<b>10.436</b>
0	0	0	11.328	11.328	-176	<b>11.152</b>
10.374	53	1	11.328	21.756	-168	<b>21.589</b>
0	0	0	0	0	0	<b>0</b>
0	0	0	-9.537	0	0	<b>0</b>
0	0	0	0	-380	0	<b>-380</b>
0	0	0	0	0	-64	<b>-64</b>
<b>15.601</b>	<b>53</b>	<b>1</b>	<b>11.306</b>	<b>85.924</b>	<b>7.238</b>	<b>93.162</b>
<b>15.601</b>	<b>53</b>	<b>1</b>	<b>11.306</b>	<b>85.924</b>	<b>7.238</b>	<b>93.162</b>
11.759	0	0	0	11.759	-287	<b>11.472</b>
-583	0	-4	0	-587	0	<b>-587</b>
0	-565	458	0	-107	4	<b>-103</b>
11.176	-565	454	0	11.065	-283	<b>10.782</b>
0	0	0	17.830	17.830	1.989	<b>19.819</b>
11.176	-565	454	17.830	28.895	1.706	<b>30.600</b>
0	0		0	0	-413	<b>-413</b>
0	0	0	0	-1.715	0	<b>-1.715</b>
0	0	0	1.335	1.335	-1.335	<b>0</b>
0	0		0	0	-431	<b>-431</b>
<b>26.777</b>	<b>-512</b>	<b>455</b>	<b>30.471</b>	<b>114.439</b>	<b>6.765</b>	<b>121.203</b>

# Konzern-Kapitalflussrechnung 2010

	2010 T€	angepasst 2009 T€
<b>1. Cashflow aus betrieblicher Geschäftstätigkeit</b>		
Auf die Anteilseigner des Mutterunternehmens entfallende Gewinne (Vj. Verluste)	17.830	11.328
Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte sowie als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	1.928	1.909
Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf sonstige finanzielle Vermögenswerte	-3.004	5.871
Ergebnis durch Abgang von Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und sonstigen langfristigen finanziellen Vermögenswerten	-11.592	-5.088
Sonstige nicht zahlungswirksame Ergebnisanteile	-1.206	0
Gewinne (i. Vj. Verluste), die auf Anteile nicht beherrschender Gesellschafter entfallen	1.989	-176
Erhaltene Zinsen	-2.493	-5.225
Gezahlte Zinsen	3.128	3.888
Dividendenerträge	-2.263	-1.640
Laufende Steuern	1.290	1.330
Latente Steuern	-418	176
Gezahlte (-) / Erhaltene (+) Ertragsteuern	-1.441	107
Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen ist	-10.259	-2.402
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen ist	119	-3.520
Cashflow aus betrieblicher Geschäftstätigkeit	-6.392	6.558
<b>2. Cashflow aus der Investitionstätigkeit</b>		
Einzahlungen aus Abgängen von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen	274	89
Auszahlungen für die Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	-2.280	-2.364
Einzahlungen aus Abgängen von als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien, assoziierten Unternehmen, sonstigen langfristigen finanziellen Vermögenswerten	12.534	9.746
Auszahlungen für die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, assoziierten Unternehmen, sonstigen langfristigen finanziellen Vermögenswerten	-7.729	-698
Auszahlungen für Unternehmenserwerbe	0	-979
Cashflow aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	6.223	-1.940
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	9.022	3.854
<b>3. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>		
Ein- (+) / Auszahlungen (-) von Finanzschulden/Darlehen	-1.234	-3.983
Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	-2.560	-379
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-3.794	-4.362
<b>4. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente am Ende der Periode</b>		
Zahlungswirksame Veränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente (Zwischensummen 1.–3.)	-1.164	6.050
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente am Anfang der Periode	9.931	3.881
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente am Ende der Periode	8.767	9.931



## ■ Allgemeine Angaben

### 1. Geschäftstätigkeit des Konzerns

Die Deutsche Balaton Aktiengesellschaft (im Folgenden auch „Deutsche Balaton AG“ oder „Deutsche Balaton“ genannt) ist ein börsennotierter Investment-spezialist mit dem Fokus auf Beteiligungen an Unternehmen. Außerdem investiert der Konzern in Immobilien und sonstige Anlagen.

Ziel ist es, durch einen langfristigen Vermögensaufbau eine angemessene Kapitalverzinsung für unsere Aktionäre zu erwirtschaften. Die Erträge werden überwiegend durch Wertsteigerungen bei den Investments erzielt.

Die Deutsche Balaton Aktiengesellschaft hat ihren Sitz in 69120 Heidelberg, Ziegelhäuser Landstraße 1 und wird zum Bilanzstichtag im Handelsregister beim Amtsgericht Mannheim unter HRB 338172 geführt. Die Tochtergesellschaften sind in Europa ansässig.

### 2. Grundlagen des Konzernabschlusses

#### ■ Übereinstimmungserklärung

Der Konzernabschluss der Deutsche Balaton AG wurde in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegebenen International Financial Reporting Standards (IFRS) und den Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, aufgestellt. Dabei werden die ergänzend nach § 315 a Abs. 1 HGB zu beachtenden handelsrechtlichen Vorschriften beachtet.

Der Vorstand der Deutsche Balaton AG hat den Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2010 am 26. April 2011 zur Weitergabe an den Aufsichtsrat

freigegeben. Die Billigung des Konzernabschlusses erfolgt voraussichtlich auf der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats am 30. April 2011. Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Konzernabschluss der Gesellschaft zu prüfen und durch seine Billigung zu bestätigen.

#### ■ Funktionale Währung

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert. Der Konzernabschluss ist in Euro aufgestellt. Soweit nichts anderes vermerkt ist, werden alle Beträge auf volle Tausend Euro kaufmännisch gerundet angegeben. Bei der Summierung gerundeter Beträge und Prozentangaben können durch Verwendung automatischer Rechenhilfen Rundungsdifferenzen auftreten.

#### ■ Verwendung von rechnungslegungsbezogenen Schätzungen und Ermessensentscheidungen

Bei der Erstellung des Konzernabschlusses nach den Vorschriften der IFRS muss der Vorstand Schätzungen vornehmen und Annahmen treffen, die die ausgewiesenen Beträge der Aktiva und Passiva und die Angabe bedingter Beträge am Tag des Konzernabschlusses sowie die ausgewiesenen Ertrags- und Aufwandsbeträge während des Berichtszeitraums betreffen. Die später tatsächlich eintretenden Ergebnisse können von diesen Schätzungen abweichen. Es liegt im Rahmen des Möglichen, dass innerhalb des nächsten Geschäftsjahres von den Annahmen abgewichen werden könnte, sodass eine Anpassung der Buchwerte von Vermögensgegenständen und Schulden erforderlich sein könnte.

Schätzungen und deren zugrunde liegende Annahmen werden fortlaufend geprüft. Veränderungen an rechnungslegungsbezogenen Schätzungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung in der Berichtsperiode gebucht, in der die Änderungen vorgenommen wurden sowie in den nachfolgenden Berichtsperioden.

Wesentliche zukunftsbezogene Annahmen sowie Art und Buchwerte von Vermögenswerten, bei denen Schätzungsrisiken bestehen, sind in der Ermessensausübung des Vorstands erfolgt.

Folgende Bilanzposten beinhalten wesentliche Schätzungen und Ermessensausübungen:

- Unternehmenszusammenschlüsse (Angabe 4)
- Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Angabe 20)
- Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Angabe 22)
- Sonstige Forderungen (Angabe 23)
- Latente Steueransprüche (Angabe 24)
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (Angabe 26)
- Sonstige Vermögenswerte (Angabe 27)
- Leistungen an Arbeitnehmer (Angabe 34)
- Sonstige Schulden (Angabe 37)

Im Berichtsjahr 2010 wurden erstmalig latente Steuern auf die Verlustvorträge der Deutsche Balaton AG in Höhe von 746 T€ aktiviert. Die Nutzung der steuerlichen Verlustvorträge wurde bisher als nicht verlässlich bestimmbar angesehen. Hier hat sich im Jahr 2010 die Schätzung geändert.

### 3. Angewandte IFRS-Vorschriften

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2010 wurde auf Grundlage aller für das Geschäftsjahr 2010 verbindlichen Standards und Interpretationen, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, aufgestellt.

Die Änderungen bestehender IAS sowie neuer IFRS- und IFRIC-Interpretationen, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, wurden bei der Aufstellung des Konzernabschlusses beachtet.

Auf die freiwillige vorzeitige Anwendung von nachfolgend angeführten Standards oder Interpretationen, die zum 31. Dezember 2010 nicht verpflichtend anzuwenden sind, wurde verzichtet. Die Auswirkungen sind aufgrund fehlender Informationen nicht verlässlich abschätzbar. Eine erstmalige Anwendung erfolgt grundsätzlich zum Zeitpunkt der verpflichtenden Anwendung.

■ *Im laufenden Geschäftsjahr erstmals verpflichtend anzuwendende Standards und Interpretationen*

Im Geschäftsjahr 2010 fanden die folgenden Rechnungslegungsstandards und Interpretationen erstmals Anwendung:

Norm	Bezeichnung	Auswirkungen auf Vermögens-, Finanz-, Ertragslage oder das Ergebnis je Aktie im GJ
IFRS 2 (revised 2009)	Anteilsbasierte Vergütung – Änderungen in Bezug auf in bar erfüllte anteilsbasierte Vergütungen im Konzern	keine
IFRS 3 (revised 2008)	Unternehmenszusammenschlüsse Umfassende Überarbeitung zur Anwendung der Erwerbsmethode	keine
IAS 27 (revised 2008)	Konzern- und Einzelabschlüsse	unwesentlich
IAS 39 (revised 2008)	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung Änderung hinsichtlich zulässiger Grundgeschäfte	unwesentlich
IFRIC 17 (verabschiedet 2009)	Sachdividenden an Eigentümer	keine
IFRIC 18 (verabschiedet 2009)	Übertragung von Vermögenswerten von Kunden	keine

#### ■ *Änderungen zu IFRS 2*

Änderungen des im Juni 2009 veröffentlichten IFRS 2 betreffen den Anwendungsbereich des Standards und die Bilanzierung von anteilsbasierten Vergütungs-transaktionen mit Barausgleich zwischen Konzern-unternehmen. Durch die Änderungen sollte klargestellt werden, dass Unternehmen Transaktionen, bei denen sie Güter oder Dienstleistungen im Rahmen einer anteilsbasierten Vergütungsvereinbarung erhalten, gemäß den Regelungen des IFRS 2 in ihrem Abschluss abzubilden haben. Dies gilt unabhängig davon, welches Unternehmen der Unternehmensgruppe den Ausgleich für die erhaltenen Lieferungen oder Leistungen erbringt, und unabhängig davon, ob der Ausgleich in Form von Eigenkapitalinstrumenten oder liquiden Mitteln erfolgt. IFRIC 8 und IFRIC 11 werden in IFRS 2 integriert und verlieren ihre Gültigkeit.

#### ■ *Änderungen zu IFRS 3 und IAS 27*

Im Januar 2008 veröffentlichte das IASB die überarbeitenden Standards IFRS 3 „Unternehmenszusammenschlüsse“ und IAS 27 „Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS“. In IFRS 3 (revised 2008) wird die Anwendung der Erwerbsmethode bei Unternehmenszusammenschlüssen neu geregelt. Wesentliche Neuerungen betreffen die Bewertung von Anteilen ohne beherrschenden Einfluss, die Erfassung von sukzessiven Unternehmenserwerben und die Behandlung von bedingten Kaufpreisbestandteilen und Anschaffungsnebenkosten. Nach der Neuregelung kann die Bewertung von Anteilen ohne beherrschenden Einfluss (vormals als „Minderheitsanteile“ bezeichnet) entweder zum beizulegenden Zeitwert (Full Goodwill Methode) oder zum anteiligen beizulegenden Zeitwert des identifizierten Nettovermögens erfolgen. Bei sukzessiven Unternehmenserwerben ist eine erfolgswirksame Neubewertung von zum Zeitpunkt des Beherrschungsübergangs gehaltenen Anteilen vorzunehmen. Eine spätere, außerhalb

der Zwölf-Monatsfrist, Änderung bedingter Kaufpreisbestandteile ist erfolgswirksam zu erfassen. Anschaffungsnebenkosten werden zum Zeitpunkt des Entstehens als Aufwand erfasst. Im Geschäftsjahr 2010 fanden keine neuen Unternehmenszusammenschlüsse statt, so dass die Änderungen des IFRS 3 (revised 2008) keine Auswirkungen auf das Ergebnis des Geschäftsjahres 2010 haben.

Wesentliche Änderungen des IAS 27 (revised 2008) betreffen Bilanzierung von Transaktionen, bei denen ein Unternehmen weiterhin die Beherrschung behält, sowie Transaktionen, bei denen die Beherrschung untergeht. Transaktionen, die nicht zu einem Beherrschungsverlust führen, sind erfolgsneutral als Eigenkapitaltransaktion zu erfassen. Bei Beherrschungsverlust sind verbleibende Anteile zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten und daraus resultierender Unterschiedsbetrag erfolgswirksam zu erfassen.

#### ■ *Änderungen zu IAS 39*

Die endgültige Änderung des in Juli 2008 veröffentlichten und für die Geschäftsjahre ab dem 1. Juli 2009 anzuwendenden IAS 39 (revised 2008) betrifft die Abbildung von Sicherungsbeziehungen in folgenden bestimmten Fällen: Inflationsrisiko eines finanziellen Grundgeschäfts sowie einseitiges Risiko eines Grundgeschäfts. Durch die Neuregelung wird klargestellt, dass nur ein Teil der Änderungen des beizulegenden Zeitwerts oder der Cashflow-Schwankungen eines Finanzinstruments als Grundgeschäft erfasst werden darf.

#### ■ *IFRIC 17*

Die im November 2008 veröffentlichte IFRIC 17 wurde durch VO (EG) Nr. 1142/2009 vom 26. November 2009 übernommen. Die neue Interpretation regelt, wie andere Vermögenswerte als Zahlungsmittel zu bilanzieren sind, die als Gewinnausschüttung an

die Anteilseigner übertragen werden. Diese Dividendenverpflichtung ist zum beizulegenden Zeitwert der zu übertragenden Nettovermögenswerte anzusetzen. Wenn die Dividendenverbindlichkeit erfüllt wird, ist die Differenz zwischen dem Buchwert der ausgeschütteten Vermögenswerte und dem Buchwert der Dividendenverbindlichkeit erfolgswirksam zu erfassen.

#### ■ IFRIC 18

Der im Januar 2009 veröffentlichte IFRIC 18 liefert zusätzliche Hinweise zur Bilanzierung der Übertragung eines Vermögenswerts durch einen Kunden. IFRIC 18 stellt die Anforderungen der IFRS-Vorschriften für Vereinbarungen klar, bei denen ein Unternehmen von einem Kunden Sachanlagen erhält, die das Unternehmen dann entweder dazu nutzen muss, den Kunden mit einem Leitungsnetz zu verbinden bzw. dem Kunden einen dauerhaften Zugang zur Versorgung mit Gütern oder Dienstleistungen zu gewähren. Ebenfalls behandelt werden solche Fälle, in denen ein Unternehmen Zahlungsmittel mit der Auflage erhält, einen der vorgenannten Vermögenswerte zu erwerben oder herzustellen.

Keine der neuen Rechnungslegungsvorschriften hatte für das Geschäftsjahr 2010 einen materiellen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder das Ergebnis je Aktie.

Die sich für Ausweis- und Angabepflichten ergebenden Änderungen wurden im Konzernabschluss berücksichtigt.

#### ■ Veröffentlichte Standards und Interpretationen, die noch nicht angewendet werden

Auf die freiwillige vorzeitige Anwendung von nachfolgend angeführten Standards oder Interpretationen, die zum 31. Dezember 2010 nicht verpflichtend anzuwenden sind, wurde verzichtet. Die Auswirkungen sind aufgrund fehlender Informationen nicht verlässlich abschätzbar. Eine erstmalige Anwendung erfolgt grundsätzlich zum Zeitpunkt der verpflichtenden Anwendung.

Folgende Standards und Interpretationen, deren Anwendung bislang nicht verpflichtend ist, werden im vorliegenden Abschluss noch nicht angewandt:

<b>Norm</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Verpflichtend für Geschäftsjahre beginnend ab:</b>	<b>Anwendung geplant ab:</b>	<b>Mögliche Auswirkungen auf künftige Abschlüsse</b>
IAS 12	Ertragsteuern	01.01.2012	01.01.2012	unbestimmt
IAS 24	Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen	01.01.2011	01.01.2011	unwesentlich
IAS 32	Finanzinstrumente: Darstellung	01.02.2010	01.10.2011	unwesentlich
IFRIC 19	Tilgung finanzieller Verbindlichkeiten durch die Ausgabe von Eigenkapitalinstrumenten	01.07.2010	01.01.2011	unwesentlich
IFRIC 14	IAS 19 – Die Begrenzung eines leistungsorientierten Vermögenswertes	01.01.2011	01.01.2011	unwesentlich
IFRS 7	Finanzinstrumente: Angaben	01.01.2013	01.01.2013	unwesentlich
IFRS 9	Finanzinstrumente	01.01.2013	01.01.2013	unwesentlich

#### 4. Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss werden neben der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft als Muttergesellschaft die Gesellschaften durch Vollkonsolidierung einbezogen, bei denen die Muttergesellschaft die Möglichkeit hat, beherrschenden Einfluss (Control-Verhältnis) im Sinne des IAS 27 auszuüben. Die Einbeziehung erfolgt zu dem Zeitpunkt, zu dem das Control-Verhältnis vorliegt. Soweit Anteile von Tochterunternehmen von untergeordneter Bedeutung sind, werden sie nicht einbezogen.

Im Einzelnen werden folgende Gesellschaften in den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2010 einbezogen:

· ABC Beteiligungen AG, Heidelberg	100,0 %
· Heidelberger Beteiligungsholding AG, Heidelberg	77,7 %
· Fidelitas Deutsche Industrie Holding AG, Heidelberg	70,0 %
· Fortuna Maschinenbau Holding AG, Bad Staffelstein	100,0 %
· Fortuna Technology GmbH, Krems/Donau, Österreich	100,0 %
· PL Industrie-Verwaltungs GmbH, Kappelrodeck	66,2 %
· PL Verwaltungs-GmbH, Kappelrodeck	66,2 %
· Papierwerke Lenk AG, Kappelrodeck	66,2 %
· Stratec Grundbesitz AG, Mannheim	70,0 %
· Stratec Rheinallee GmbH, Mannheim	93,9 %
· Stratec Projektgesellschaft mbH, Mannheim	100,0 %
· CornerstoneCapital Verwaltungs AG, Heidelberg	100,0 %
· CornerstoneCapital II AG & Co. KG, Heidelberg	90,0 %
· CornerstoneCapital AG, Frankfurt/Main	99,3 %
· CornerstoneCapital MTAG GmbH, Frankfurt/Main*	100,0 %
· Eppstein Foils Holding GmbH, Eppstein/Taunus	70,0 %
· EppsteinFOILS GmbH & Co. KG, Eppstein/Taunus	100,0 %
· Staniolfabrik Eppstein Flaschenkapsel GmbH, Eppstein/Taunus	100,0 %
· Verwaltungsgesellschaft Eppstein Foils mbH, Eppstein/Taunus	100,0 %

Die angegebenen Prozentsätze (gerundet) entsprechen den Beteiligungsquoten zum Bilanzstichtag.

\* Das Unternehmen befindet sich in Liquidation.

Folgende Tochterunternehmen werden aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht konsolidiert und als „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ ausgewiesen:

· BNS Holding GmbH, Frankfurt am Main	100,0 %
· CornerstoneCapital Beteiligungen GmbH	100,0 %
· Hart Technik Kft, Pomaz, Ungarn	100,0 %

Die Nemet Rt. wurde aufgelöst und scheidet aus dem Konzern aus.

Die Gesellschaften haben sowohl einzeln als auch in Summe keinen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

Beteiligungen ab einer Beteiligungsquote von 20 % gelten grundsätzlich als assoziierte Unternehmen, d. h. das Beteiligungsverhältnis führt zu einem maßgeblichen Einfluss. Folgende assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode im Konzernabschluss erfasst und bewertet:

· Administration Intelligence AG, Würzburg	28,8 %
· Beta Systems Software AG, Berlin	38,5 %
· CARUS AG, Heidelberg	49,5 %
· ForceFive AG, München	9,9 %
· Human Solutions GmbH, Kaiserslautern	42,1 %
· Qualification Star GmbH, Bad Soden am Taunus	50,0 %
· vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG	36,7 %

Die angegebenen Beteiligungsquoten entsprechen dem Kapitalanteil des Konzerns an den assoziierten Unternehmen unter Berücksichtigung von Stimmrechtsvereinbarungen. Es bestehen Optionsrechte zur Erhöhung des Kapitalanteils an der ForceFive AG, München, um 21,6 % auf 31,5 %.

Folgende Beteiligungen werden wegen mangelnden maßgeblichen Einflusses nicht unter Anwendung der Equity-Methode konsolidiert. Stattdessen erfolgt die Bewertung als Beteiligung gemäß der konzerneinheitlichen Bewertungsrichtlinie für langfristige finanzielle Vermögenswerte, wie sie in Tz. 6 bei den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angegeben ist:

- ASE AG, Bruchsal
- CornerstoneCapital II Investment GmbH & Co. KG, Heidelberg

Ein maßgeblicher Einfluss liegt bei den vorgenannten Unternehmen nicht vor, da aufgrund der vorliegenden Aktionärsstruktur der Unternehmen keine Möglichkeit der Mitwirkung an finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen des Beteiligungsunternehmens besteht. Insbesondere gibt es keine Zugehörigkeit zu Geschäftsführungs- und/oder Aufsichtsorganen der Beteiligungsunternehmen, keine Teilnahme an Entscheidungsprozessen, keine laufenden Geschäftsvorfälle mit den Beteiligungsunternehmen, keinen Austausch von Führungspersonal sowie keine Bereitstellung von bedeutenden technischen Informationen.

Der Kommanditanteil an der CornerstoneCapital II Investment GmbH & Co. KG, Heidelberg, wird aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht als assoziiertes Unternehmen konsolidiert, sondern unter den zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen.

■ *Veränderungen im Konsolidierungskreis gegenüber dem Vorjahr*

Die Deutsche Balaton hat am 19. Mai 2010 an einer beschlossenen Kapitalerhöhung der ForceFive AG, München, teilgenommen. Im Rahmen der Kapitalerhöhung sind 55 T€ an Zahlungsmitteln abgeflossen. Nach der Kapitalerhöhung hält der Konzern 9,9 % der Anteile. Die ForceFive AG beschäftigt sich mit der Entwicklung, der Herstellung und dem Vertrieb von Software, insbesondere CAD (Computer Aided Design) sowie zwei- und dreidimensionalem Design und Schulung.

Am 20. Mai 2010 (Erwerbszeitpunkt) hat die Deutsche Balaton AG im Rahmen einer weiteren Optionsvereinbarung das Recht erworben, den Kapitalanteil nochmals zu erhöhen. Die Option war im Geschäftsjahr nicht ausübbar.

Im Berichtsjahr 2010 hat sich das Stammkapital des Tochterunternehmens, Papierwerke Lenk AG, um 5 T€ erhöht. Dadurch ist die Beteiligungsquote der Deutsche Balaton auf 66,2 % (Vj.: 67,5 %) gesunken.

## 5. Konsolidierungsgrundsätze und -methoden

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Jahresabschlüsse der Muttergesellschaft und der Tochtergesellschaften werden nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Der Abschlussstichtag sämtlicher in den Konzernabschluss einbezogener Unternehmen ist der 31. Dezember 2010.

Bei den nach der Equity-Methode bilanzierten Gesellschaften werden die wesentlichen Bewertungsabweichungen, die bekannt sind, angepasst. Uns bekannte wesentliche Abweichungen lagen in den Vorjahren in der Nutzungsdauer von Patenten. Die Abschlüsse ausländischer Tochtergesellschaften werden von der

funktionalen Währung in die Berichtswährung umgerechnet und entsprechend einbezogen. Die Umrechnung gemäß IAS 21 erfolgt bei Vermögen und Schulden zu Stichtagskursen und bei Aufwendungen und Erträgen zu Jahresdurchschnittskursen. Das Eigenkapital wird zu historischen Kursen der Erstkonsolidierung umgerechnet. Sich hieraus ergebende Währungsdifferenzen werden ergebnisneutral gesondert im Eigenkapital ausgewiesen.

Konzerninterne Erträge und Aufwendungen, Forderungen und Schulden, Zwischengewinne und Dividendenausschüttungen werden eliminiert.

Die Periodenergebnisse der nach der Equity-Methode einbezogenen Beteiligungen wurden, sofern vollständige Abschlüsse der Gesellschaften nicht vorlagen, auf Grundlage der zur Verfügung stehenden vorläufigen bzw. der zuletzt veröffentlichten Finanzdaten der Gesellschaften einbezogen.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt gemäß den Regelungen des IFRS 3 nach der Erwerbsmethode.

## 6. Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Gegenüber den zum 31. Dezember 2009 im IFRS-Konzernabschluss angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ergeben sich keine Unterschiede.

Basis für die Bewertung der Vermögenswerte sind grundsätzlich die historischen Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Für die nachfolgenden finanziellen und nicht finanziellen Vermögenswerte und Schulden ist der beizulegende Zeitwert angesetzt:



- Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente
- Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere
- Kurzfristige sonstige Vermögenswerte
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
- Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte
- Kurzfristige finanzielle Schulden
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Buchwerte entsprechen grundsätzlich den beizulegenden Zeitwerten mit Ausnahme des Beteiligungsbuchwerts des assoziierten Unternehmens vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG, Frankfurt/Main. Die beizulegenden Zeitwerte sowie ihre in der Bilanz ausgewiesenen Buchwerte sind wie folgt:

vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG, Frankfurt/Main

<b>in Tsd. €</b>	2010	2009
Buchwert	8.352	8.527
Beizulegender Zeitwert (anhand Börsenkurs)	27.787	26.936

Der genannte beizulegende Zeitwert stellt eine Stichtagsbetrachtung bezogen auf den Bilanzstichtag dar. Der Kurswert der Beteiligungen unterliegt den bei Wertpapieren üblichen Kursschwankungen und Kursrisiken. Aufgrund bestimmter Marktumstände, wie z. B. ein geringes Handelsvolumen, kann der Stichtagskurs möglicherweise nicht repräsentativ für die Bewertung der Beteiligung sein. Es besteht das Risiko, dass im Veräußerungsfall für die Beteiligung nicht der unter Annahme des angegebenen Stichtagskurses errechnete Beteiligungswert erzielt werden kann.

#### ■ *Ertrags- und Umsatzrealisierung*

Umsatzerlöse aus Verkäufen von Gütern werden entsprechend den Kriterien des IAS 18 mit der Übertragung der maßgeblichen Chancen und Risiken erfasst, wenn ein Preis vereinbart oder bestimmbar ist und von dessen Bezahlung verlässlich ausgegangen werden kann. Im Rahmen des Verkaufs von Gütern ist dies regelmäßig der Zeitpunkt, wenn die Lieferung erfolgt ist und die Gefahr auf den Kunden übergegangen ist. Außerdem muss der Konzern die Höhe des Umsatzes verlässlich ermitteln und von der Einbringlichkeit der Forderung ausgehen können. Vor Lieferung werden Umsatzerlöse erfasst, wenn das Produkt auf Verlangen des Kunden noch nicht ausgeliefert wird, dieser die Rechnungsstellung akzeptiert, die Lieferung wahrscheinlich ist, die gewöhnlichen Zahlungsbedingungen Anwendung finden sowie das rechtliche Eigentum auf den Kunden übergeht. Umsatzerlöse für die Erbringung von Dienstleistungen werden erfasst, wenn die Dienstleistungen erbracht worden sind. In den Umsatzerlösen werden die den Kunden berechneten Entgelte für Lieferungen und Leistungen – vermindert um Erlösschmälerungen, Konventionalstrafen und Skonti – ausgewiesen.

Zeitabhängige Vergütungen wie Mieterträge werden zeitanteilig vereinnahmt.

Käufe und Verkäufe zu marktüblichen Konditionen werden am Handelstag, das heißt an dem Tag, an dem das Verpflichtungsgeschäft entsteht, bilanziert. Eine Bilanzierung der Rechtsgeschäfte erst zum Erfüllungstag erfolgt nicht.

#### ■ *Sonstige Erträge / sonstige Aufwendungen*

Die sonstigen Erträge umfassen Gewinne aus dem Abgang von Sachanlagen und aus dem Verkauf von Wertpapieren. Die Erträge werden in der Rechnungsperiode ihres Anfallens ergebniswirksam erfasst.

Sonstige Aufwendungen umfassen Verluste aus dem Verkauf von Sachanlagen und Kosten des laufenden Geschäftsbetriebs. Diese Aufwendungen werden in der Rechnungsperiode ihres Anfallens in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Gewinne und Verluste aus Wechselkursänderungen werden nicht saldiert dargestellt.

#### ■ *Finanzerträge und Finanzierungsaufwendungen*

Die Finanzerträge umfassen Dividendenerträge sowie Zinserträge von kurzfristigen und langfristigen Forderungen. Die Dividendenerträge werden im Jahr der Beschlussfassung der Hauptversammlung ergebniswirksam erfasst. Die Zinserträge werden zeitanteilig ergebniswirksam erfasst.

Die Finanzierungsaufwendungen umfassen Zinsaufwendungen für kurzfristige und langfristige Schulden gegenüber Kreditinstituten und sonstigen Fremdkapitalgebern. Alle Fremdkapitalzinsen werden in der Rechnungsperiode ihres Anfallens als Aufwand erfasst. Zusätzlich sind Wertminderungen auf kurzfristige und langfristige finanzielle Vermögenswerte als Finanzierungsaufwendungen erfasst.

#### ■ *Laufende Ertragsteuern*

Die laufenden Ertragsteuern ergeben sich aus dem Betrag der geschuldeten bzw. erstattungsfähigen Ertragsteuern, aus dem für die einzelnen Gesellschaften zu versteuernden Einkommen bzw. dem steuerlichen Verlust der laufenden und früheren Berichtsperioden. Sie sind unter Anwendung der zum Abschlussstichtag gültigen Steuervorschriften und -sätze mit dem Betrag bewertet, der als Steuerzahlung oder Steuerrückstattung zu erwarten ist. Da der Ausgleich auf Nettobasis vorzunehmen ist, wurden tatsächliche Steuerschulden und tatsächliche Steuererstattungsansprüche gegenüber derselben Finanzbehörde saldiert.

#### ■ *Latente Steuern*

Nach IFRS sind latente Steuern auf temporäre Differenzen zwischen dem Steuerbilanzwert und dem IFRS-Bilanzwert eines Vermögenswertes oder einer Schuld anzusetzen (bilanzorientierter Ansatz). Als temporäre Differenzen werden nach IFRS alle Differenzen eingeordnet, die nicht permanent sind. Nach IFRS besteht bei Vorliegen der Ansatzkriterien sowohl für aktive als auch für passive latente Steuern eine Ansatzpflicht.

Darüber hinaus sind nach IFRS zu erwartende Steuerminderungen aus Verlustvorträgen zu aktivieren, wenn in absehbarer Zukunft wahrscheinlich in ausreichendem Umfang zu versteuerndes Einkommen erzielt wird, womit die noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträge verrechnet werden können. Für die Bewertung wird der im Nutzungszeitpunkt voraussichtlich gültige Steuersatz herangezogen.

Änderungen von latenten Steuern werden grundsätzlich erfolgswirksam erfasst, soweit die ihnen zugrunde liegenden Sachverhalte auch erfolgswirksam behandelt und nicht erfolgsneutral mit dem Eigenkapital verrechnet werden.

Für die Bewertung der latenten Steuern ist, wie im Vorjahr, im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2010 nach IAS 12 ein zusammengefasster Gesamtsteuersatz von 29,83 % zugrunde gelegt worden, welcher sich aus einem Körperschaftsteuersatz von 15,0 %, einem Solidaritätszuschlag in Höhe von 0,83 %-Punkten und einer durchschnittlichen Gewerbesteuer von 14,0 %-Punkten errechnet.

#### ■ *Ergebnis je Aktie*

Das unverwässerte Ergebnis je Aktie wird durch Division des den Stammaktionären des Mutterunternehmens zurechenbaren Ergebnisses mit dem gewichteten Durchschnitt der Anzahl der während des Geschäftsjahres im Umlauf befindlichen Aktien ermittelt.

Das verwässerte Ergebnis je Aktie wird aus dem den bisherigen und den möglichen neuen Stammaktionären zustehenden Ergebnis, dividiert durch den gewichteten Durchschnitt der Anzahl der während des Geschäftsjahres im Umlauf befindlichen Aktien, unter Berücksichtigung der Effekte aller verwässernden potenziellen Aktien, berechnet.

#### ■ *Immaterielle Vermögenswerte*

Immaterielle Vermögenswerte werden zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von linearen, planmäßigen Abschreibungen über die Nutzungsdauer bewertet. Immaterielle Vermögenswerte werden im Falle einer Wertminderung außerplanmäßig abgeschrieben. Die Nutzungsdauer bei den immateriellen Anlagewerten beträgt zwischen drei und zehn Jahren. Die Nutzung ist zeitlich begrenzt.

#### ■ *Firmenwerte*

Firmenwertbilanzierung erfolgt nach dem sogenannten „*impairment-only-approach*“, der als einzige Firmenwertbehandlung zugelassen ist. Der Firmenwert ist somit nicht regulär abzuschreiben,

sondern regelmäßigen Wertminderungstests (Impairmenttest) nach IAS 36 zu unterziehen.

Ein Firmenwert entsteht bei einem Unternehmenszusammenschluss und stellt den positiven Saldo der Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses über den von der Gesellschaft angesetzten Anteil an den beizulegenden Nettozeitwerten der identifizierten Vermögenswerte und Schulden des Verkäufers dar. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten „Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen“ ausgewiesen.

Die aktivierten Firmenwerte wurden im Jahr 2010 gemäß IFRS 3 und IAS 36 einem Wertminderungstest (Impairmenttest) unterzogen. Dabei werden die Firmenwerte den betreffenden Zahlungsmittel generierenden Einheiten (Cash Generating Units = CGU) zugeordnet. Die zum Bewertungsstichtag erzielbaren Beträge der CGUs entsprechen dem höheren der beiden Beträge aus beizulegendem Zeitwert abzüglich der Verkaufskosten und dem jeweiligen Nutzungswert der Zahlungsmittel generierenden Einheit. Der beizulegende Zeitwert der CGU wird nur dann bestimmt, wenn der Buchwert der CGU den Nutzungswert übersteigt und die CGU auf einem aktiven Markt gehandelt wird und damit eine Grundlage für eine verlässliche Schätzung des beizulegenden Zeitwertes besteht.

Die jährlich vorzunehmenden Wertminderungstests für Firmenwerte werden mittels anerkannter Discounted-Cashflow-Methoden durchgeführt. Dabei ergeben sich die Nutzungswerte der CGU aus den zukünftig zu erwartenden Cashflows aus der jüngsten Managementplanung, die mit langfristigen Umsatzwachstumsraten sowie Annahmen über die Margenentwicklung fortgeschrieben und mit den Kapital-

kosten der Unternehmenseinheit abgezinst werden. Neben den Annahmen über die Entwicklung in den Branchen, in denen die CGUs tätig sind, wurden auch die makroökonomischen Rahmenbedingungen berücksichtigt. Bei der Bestimmung der Diskontierungsfaktoren werden Kapitalkosten einer Gruppe von vergleichbaren Unternehmen herangezogen. Getestet wird auf der Ebene der Zahlungsmittel generierenden Einheit.

#### ■ *Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien*

Unter dem Posten „Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien“ sind fremd zu vermietende und in der Bundesrepublik Deutschland gelegene Immobilien ausgewiesen.

Nach IFRS besteht ein Wahlrecht, als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien entweder zum Fair Value oder zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten. Die Gesellschaft hat sich entschlossen, das Anschaffungskostenmodell nach IAS 40.56 anzuwenden. Die Bewertung der Immobilien erfolgt somit zu fortgeführten Anschaffungskosten, die bei Bedarf außerplanmäßig abgeschrieben werden. Die planmäßigen Abschreibungen werden linear über eine Nutzungsdauer von 40 bis 50 Jahren berechnet. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten „Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen“ ausgewiesen.

#### ■ *Sachanlagen*

Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von linearen, planmäßigen Abschreibungen über die voraussichtliche Nutzungsdauer bewertet. Bei Sachanlagen reicht die Nutzungsdauer grundsätzlich von drei bis 13 Jahren. Bei Gebäuden beträgt die Nutzungsdauer zehn bis 50 Jahre. Die Nutzung ist zeitlich begrenzt. Zugänge werden zeitanteilig ab dem Monat der Anschaffung ab-

geschrieben. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten „Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen“ ausgewiesen.

Darüber hinaus werden Sachanlagen auf Wertminderungsbedarf geprüft, wenn entsprechende Ereignisse beziehungsweise Änderungen der Umstände anzeigen, dass der Buchwert nicht mehr erzielbar ist. Ein Wertminderungsverlust wird in der Höhe des den erzielbaren Betrag übersteigenden Buchwerts erfasst. Der erzielbare Betrag ist der Höhere aus dem Zeitwert (abzüglich Veräußerungskosten) und dem Nutzungswert.

Gewinne und Verluste aus dem Abgang von Sachanlagen werden aus der Gegenüberstellung der Einzahlung und dem Buchwert der Anlage ermittelt und jeweils im Posten „Sonstige betriebliche Erträge“ beziehungsweise „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

#### ■ *Anteile an assoziierten Unternehmen*

Bei Anteilen an Beteiligungen mit maßgeblichem Einfluss (assoziierte Unternehmen) wird die nach IAS 28 vorgeschriebene Equity-Methode angewendet.

Ein maßgeblicher Einfluss wird grundsätzlich unterstellt, wenn aufgrund der Beteiligungshöhe von über 20 % die Möglichkeit der Mitwirkung an finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen des Beteiligungsunternehmens bestehen soll. Ein maßgeblicher Einfluss wird weiterhin vermutet, wenn eine Zugehörigkeit zu Geschäftsführungs- und/oder Aufsichtsorganen an Beteiligungsunternehmen besteht und die Teilnahme an Entscheidungsprozessen, ein Austausch von Führungspersonal sowie die Bereitstellung von bedeutenden technischen Informationen möglich sind.

In den Folgeperioden werden die Buchwerte jährlich um die auf den Deutsche Balaton Konzern entfallenden Veränderungen des Eigenkapitals des assoziierten Unternehmens erhöht bzw. vermindert. Auf die erstmalige Bewertung eines in dem Beteiligungsansatz enthaltenen Unterschiedsbetrags zwischen den Anschaffungskosten der Beteiligung und dem anteiligen Eigenkapital der Gesellschaft werden die für die Vollkonsolidierung geltenden Grundsätze der Kaufpreisallokation entsprechend angewendet. Ein Wertminderungstest für einen im Beteiligungsansatz enthaltenen Firmenwert wird in Folgeperioden nur durchgeführt, sofern ein Hinweis auf eine mögliche Wertminderung des gesamten Beteiligungsansatzes vorliegt. Zwischengewinne und -verluste aus Verkäufen zwischen Konzerngesellschaften und nach der Equity Methode bewerteten Gesellschaften werden in Höhe des Beteiligungsprozentsatzes eliminiert.

#### ■ *Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte*

Die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte sind – soweit sie nicht als assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode zu bilanzieren sind – der Bewertungskategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ zugeordnet. Sie sind in den langfristigen finanziellen Vermögenswerten enthalten. Das unrealisierte Bewertungsergebnis (Fair-Value-Änderungen) wird dabei erfolgsneutral im Posten „Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert“ innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen. Bei Wertminderung werden die Wertminderungen auf den Zeitwert erfolgswirksam in den Finanzierungsaufwendungen erfasst.

Anteile an börsennotierten Gesellschaften, für die ein aktiver und liquider Markt besteht, werden mit ihrem Börsenkurs zum Bewertungsstichtag oder dem Bör-

senkurs am letzten Handelstag vor diesem Datum bewertet. Bei Anteilen an Beteiligungen mit maßgeblichem Einfluss wird die nach IAS 28 vorgeschriebene Equity-Methode angewendet. Alle übrigen Anteile an nicht börsennotierten Gesellschaften oder börsennotierten Gesellschaften, für die kein aktiver und liquider Markt besteht und für die sich ein Fair Value nicht verlässlich ermitteln lässt, werden zu Anschaffungskosten bewertet. Für nicht börsennotierte Anteile können sich Anzeichen für Wertminderungen, z. B. aus aktuellen Finanzierungsrunden der jeweiligen Investoren oder aus Verkaufsverhandlungen, ergeben, die einen unter den Anschaffungskosten liegenden Preis signalisieren. In diesen Fällen wird die jeweilige Beteiligung anhand sonstiger Frühwarnindikatoren und anhand der aktuellen sowie der zukünftig erwarteten wirtschaftlichen Situation der Beteiligung bewertet. Als Bewertungsmethoden finden Standardbewertungsverfahren wie die Discounted-Cashflow-Methode und Multiplikatorenverfahren Anwendung.

#### ■ *Sonstige Forderungen*

Der Posten „Sonstige langfristige Forderungen“ umfasst langfristige Darlehen und Forderungen mit fester Laufzeit und ohne eingebettetes Derivat. Darlehen und Forderungen werden entsprechend der IAS 39-Kategorisierung „Kredite und Forderungen“ zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Es wird regelmäßig überprüft, ob objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung vorliegt. Sofern dies der Fall ist, wird die Wertminderung gemäß IAS 39 ermittelt.

#### ■ *Vorräte*

Die Vorräte werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bei Anwendung der Durchschnittsmethode oder dem niedrigeren Nettoveräußerungswert bewertet. Die Herstellungskosten enthalten die direkten Einzelkosten von Material und Fertigung sowie die

zurechenbaren Gemeinkosten. Finanzierungskosten sind nicht enthalten. Der Nettoveräußerungswert ist der geschätzte erzielbare Verkaufserlös des Endproduktes abzüglich der Kosten für die Fertigstellung und den Vertrieb. In der Ermittlung des Nettoveräußerungswertes sind Bestandsrisiken, die sich aus der Lagerdauer, Überbeständen und ungängiger und beschädigter Ware des Vorratsvermögens ergeben, durch entsprechende Wertminderungskorrekturen berücksichtigt.

#### ■ *Forderungen aus Lieferungen und Leistungen*

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden zu Anschaffungskosten abzüglich Wertminderungen für erwartete uneinbringliche oder zweifelhafte Beträge bilanziert. Die Buchwerte dieser innerhalb der nächsten zwölf Monate zur Zahlung fällig werdenden Forderungen aus Lieferungen und Leistungen entsprechen aufgrund ihrer kurzen Laufzeit annähernd ihren beizulegenden Zeitwerten. Der Konzern nutzt auch das Finanzierungsinstrument Factoring und bucht bei Abtretung der Forderungen den Buchwert der abgetretenen Forderung aus. Forderungen gegen die Factoringgesellschaft werden unter den „Sonstigen Vermögenswerten“ ausgewiesen.

#### ■ *Sonstige Vermögenswerte*

Sonstige Vermögenswerte beinhalten kurzfristige Forderungen mit einer Laufzeit von weniger als zwölf Monaten. Außerdem fallen hierunter Vorauszahlungen.

#### ■ *Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere*

Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere betreffen Eigenkapitalinstrumente sowie verzinsliche Wertpapiere, die mit der Absicht und dem Zweck einer kurzfristigen Gewinnrealisierung innerhalb von zwölf Monaten erworben wurden. Entsprechend werden die zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapiere

unter kurzfristigem Vermögen ausgewiesen. In dieser Kategorie erfasst der Konzern Anleihen, Genussscheine und Aktien. Der Ansatz und die Bewertung erfolgt in Übereinstimmung mit IAS 39 zum beizulegenden Zeitwert. Als Zeitwert wird der Börsenkurs herangezogen. Die Fair-Value Bewertung erfolgt ergebniswirksam. Erträge aus dem Verkauf und der Bewertung von zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapieren werden ergebniswirksam im Posten „Sonstige betriebliche Erträge“ erfasst. Aufwendungen aus dem Verkauf von Wertpapieren werden im Posten „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ berücksichtigt. Bei Wertminderung werden die Wertminderungen auf den Zeitwert erfolgswirksam in den Finanzierungsaufwendungen erfasst.

#### ■ *Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente*

Dieser Bilanzposten beinhaltet Barmittel und jederzeit fällige Sichteinlagen bei Kreditinstituten.

#### ■ *Eigenkapital*

Ausgegebene Aktien der Deutsche Balaton AG werden als Eigenkapital klassifiziert. Mehrkosten, welche der Ausgabe von Aktien direkt zugeordnet werden können, werden direkt im Eigenkapital in der Kapitalrücklage erfasst. Mit jeder Aktie ist für den Anteilseigner ein Stimmrecht verbunden. Wenn als Eigenkapital klassifizierte Aktien zurückgekauft werden, werden die zurückgekauften Aktien als Eigene Aktien klassifiziert und zu Anschaffungskosten im Eigenkapital in Abzug gebracht.

#### ■ *Anteile nicht beherrschender Gesellschafter*

Der Anteil Dritter am Konzerneigenkapital wird im Posten „Anteile nicht beherrschender Gesellschafter“ ausgewiesen. Der Anteil Dritter an Konzerngesellschaften in der Rechtsform einer deutschen Personengesellschaft wird im langfristigen Konzernfremdkapital unter dem Posten „Sonstiges von den Gesell-

schaftern langfristig zur Verfügung gestelltes Fremdkapital“ ausgewiesen.

#### ■ *Langfristige finanzielle Schulden*

Langfristige finanzielle Schulden werden in Höhe des tatsächlichen zugeflossenen Betrags abzüglich Transaktionskosten erfasst. Ein Unterschied zwischen dem erhaltenen Betrag und dem Rückzahlungsbetrag wird über die Laufzeit der Finanzierung verteilt und im Finanzergebnis erfasst.

#### ■ *Leistungen an Arbeitnehmer*

Aufgrund von Betriebsvereinbarungen und Verträgen besteht die Verpflichtung, an Mitarbeiter unter bestimmten Voraussetzungen nach deren Eintreten in den Ruhestand Pensionszahlungen zu leisten. Diesen leistungsorientierten Verpflichtungen stehen teilweise für diesen Zweck Rückdeckungsversicherungen in Form von Rentenversicherungen gegenüber.

Rückstellungen für Pensionen werden gemäß IAS 19.64 anhand des Anwartschaftsbarwertverfahrens (Projected Unit Credit Method) ermittelt. Bei diesem Verfahren werden nicht nur die am Bilanzstichtag bekannten Renten und erworbenen Anwartschaften, sondern auch künftig zu erwartende Steigerungen von Renten und Gehältern unter Einschätzung der relevanten Einflussgrößen berücksichtigt.

Nach IFRS werden versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, die außerhalb einer Bandbreite von zehn Prozent des höheren Betrages aus Verpflichtungsumfang und Fair Value des Planvermögens liegen, über die durchschnittliche Restdienstzeit verteilt (Korridorverfahren).

Der Dienstaufwand wird im Posten „Zuwendungen an Arbeitnehmer“ ausgewiesen, der Netto-Zinsanteil der Rückstellungszuführung im Zinsaufwand.

#### ■ *Kurzfristige finanzielle Schulden*

Kurzfristige finanzielle Schulden sind mit den Buchwerten, die dem Rückzahlungsbetrag entsprechen, bewertet.

#### ■ *Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen*

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind mit den Buchwerten, die dem Rückzahlungsbetrag entsprechen, bewertet. Die Buchwerte dieser innerhalb der nächsten zwölf Monate zur Zahlung fällig werdenden Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen entsprechen aufgrund ihrer kurzen Laufzeiten annähernd ihren beizulegenden Zeitwerten.

#### ■ *Sonstige Schulden*

Sonstige Schulden sind mit den Buchwerten, die dem Erfüllungsbetrag entsprechen, oder mit den beizulegenden Zeitwerten bewertet. Wenn für die Deutsche Balaton rechtliche oder tatsächliche Verpflichtungen gegenüber Dritten aufgrund vergangener Ereignisse vorliegen und es wahrscheinlich ist, dass diese Verpflichtungen zu Mittelabflüssen führen, werden diese mit jenem Wert angesetzt, der zum Zeitpunkt der Erstellung des Konzernabschlusses nach bestmöglicher Schätzung ermittelt werden kann.

#### ■ *Fremdwährungsumrechnung*

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten werden nach IFRS mit dem Stichtagskurs erfolgswirksam bewertet. Der Konzern ist Wechselkursschwankungen und somit Fremdwährungsrisiken ausgesetzt. Diese resultieren insbesondere aus Währungsdifferenzen bei assoziierten Unternehmen, zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapieren, kurzfristigen verzinslichen Schulden und Dividendenansprüchen sowie Kaufpreisforderungen in ausländischer Währung.



#### ■ *Leasing*

Die Klassifizierung von Leasingverhältnissen als Finanzierungs-Leasing beziehungsweise Operating-Leasing richtet sich nach dem wirtschaftlichen Gehalt der Vereinbarungen gemäß IAS 17.8. Gehen bei gemieteten Vermögenswerten alle wesentlichen Risiken und Chancen aus diesem Gegenstand auf den Leasingnehmer über, so wird die Vereinbarung als Finanzierungs-Leasingverhältnis klassifiziert.

Beim Finanzierungsleasing wird der Leasinggegenstand im Anlagevermögen des Leasingnehmers aktiviert und der Barwert der künftig zu zahlenden Leasingraten passiviert. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Barwert der künftigen Leasingraten und der Summe der aufgezinnten Leasingraten stellt einen abgegrenzten Zinsaufwand dar. Dieser wird über die Laufzeit der Verträge verausgabt. Die Abschreibungsmethoden und Nutzungsdauern entsprechen denen vergleichbarer erworbener Vermögenswerte.

Finanzierungsleasingverbindlichkeiten stellen eine eigene Klasse im Sinne des IFRS 7.6 dar.

Beim Operating-Leasing werden die Leasingraten über den Vertragszeitraum in der Gewinn- und Verlustrechnung als Aufwand und erhaltene Mieteinnahmen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien als Umsatzerlöse erfasst.

Für das Geschäftsjahr 2010 liegen sowohl Operating-Leasingverhältnisse als auch Finanzierungsverhältnisse im Sinne des IAS 17 vor.

#### ■ *Fremdkapitalkosten*

Fremdkapitalzinsen werden in der Periode als Aufwand erfasst, in der sie angefallen sind. Eine Aktivierung von Fremdkapitalzinsen gemäß IAS 23 wird nicht vorgenommen, da im Konzern keine qualifizierten Vermögenswerte vorhanden sind.

#### ■ *Saldierung*

Es besteht ein grundsätzliches Saldierungsverbot zwischen Vermögenswerten und Schulden sowie Erträgen und Aufwendungen, es sei denn, eine Vorschrift fordert oder erlaubt dies ausdrücklich. Soweit möglich, werden Saldierungen vorgenommen. Diesbezüglich verweisen wir insbesondere auf die Ausführungen in der Tz. 33 zu den langfristigen finanziellen Schulden.

#### ■ *Derivative Finanzinstrumente*

Derivative Finanzinstrumente sind Verträge, die nachfolgende Merkmale aufweisen. Der Wert des Finanzinstruments verändert sich in Folge einer Änderung eines bestimmten Zinssatzes, eines Preises eines Finanzinstruments, eines Rohstoffpreises, eines Wechselkurses, eines Preis- oder Zinsindexes, eines Bonitätsratings oder eines Kreditindexes oder einer anderen Variablen, vorausgesetzt, dass im Fall einer nicht finanziellen Variablen die Variable nicht spezifisch für eine Partei des Vertrages ist.

Durch entsprechende Sicherungsinstrumente werden der beizulegende Zeitwert oder Zahlungsströme abgesichert. Gewinne und Verluste aus Fair Value Hedges werden ergebniswirksam im Periodenergebnis erfasst, während Gewinne und Verluste aus wirksamen Cash-Flow Hedges zunächst erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst werden. Derivate werden im Deutsche Balaton Konzern zur Reduzierung des Währungs- und Zinsrisikos eingesetzt. Die abgeschlossenen Geschäfte stellen wirtschaftlich betrachtet eine Absicherung dar, erfüllen aber die Anforderungen des IAS 39 für bilanzielle Sicherungsbeziehungen nicht. Verträge, die für Zwecke des Empfangs oder der Lieferung nicht finanzieller Güter entsprechend dem eigenen Bedarf abgeschlossen werden, werden nicht als Derivat bilanziert, sondern als schwebende Geschäfte behandelt. Separate Derivate werden losge-

löst von den schwebenden Geschäften bilanziert. Die Veränderungen der beizulegenden Zeitwerte dieser Derivate werden direkt erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

Wertänderungen von Devisentermingeschäften werden als Kursergebnis in den „Sonstigen betrieblichen Erträgen“ oder „Sonstigen betrieblichen Aufwendungen“ ausgewiesen, während Wertänderungen von Zinsswaps Bestandteil der „Finanzerträge“ oder „Finanzierungsaufwendungen“ sind.

Die beizulegenden Zeitwerte der Derivate werden mit marktüblichen Bewertungsmethoden unter Berücksichtigung der am Bewertungsstichtag vorliegenden Marktdaten ermittelt. Die Bewertung von Devisentermingeschäften erfolgt einzelfallbezogen und zu dem jeweiligen Terminkurs am Bilanzstichtag. Die Terminurse richten sich nach den Kassakursen unter Berücksichtigung von Terminaufschlägen und -abschlägen. Die beizulegenden Zeitwerte von Instrumenten zur Sicherung von Zinsrisiken ergeben sich durch Diskontierung der zukünftigen Zahlungsmittelzuflüsse und -abflüsse. Zur Abzinsung dienen marktübliche Zinssätze, die über die Restlaufzeit der Instrumente angewendet werden. Für jede einzelne Transaktion wird der beizulegende Zeitwert ermittelt.

Neben den oben beschriebenen Devisenforwards und Zinsswaps bestehen Optionsvereinbarungen zum Erwerb von Unternehmensanteilen.

Sind keine notierten Preise für Finanzinstrumente, wie z. B. für nicht börsennotierte Optionen, verfügbar, wird der Fair Value unter Anwendung eines geeigneten Bewertungsmodells ermittelt, bei dem die einflussenden Daten soweit möglich aus überprüfbar Marktquellen stammen. Diese Bewertungen unterliegen naturgemäß in höherem Maße der Einschätzung

des Managements. Diese nicht beobachtbaren Eingangswerte können Daten enthalten, die extrapoliert oder interpoliert oder in Form von Näherungswerten aus korrelierten oder historischen Daten ermittelt werden. Es werden hier in größtmöglichem Umfang Marktdaten oder Daten Dritter und so wenig wie möglich unternehmensspezifische Eingangswerte herangezogen.

Bewertungsmodelle müssen anerkannten betriebswirtschaftlichen Methoden zur Bewertung von Finanzinstrumenten entsprechen und alle Faktoren berücksichtigen, die Marktteilnehmer bei der Festlegung eines Preises als angemessen betrachten würden.

Die Klassen für Finanzinstrumente gemäß IFRS 7.6 werden entsprechend der Bilanzposten bezeichnet.

#### ■ Fehlerkorrektur

Im Geschäftsjahr 2010 wurde festgestellt, dass im Vorjahr bei der Bewertung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten über das übrige Gesamtergebnis zu erfassende Wertveränderungen konzernergebniswirksam erfasst worden sind. Als Ergebnis ist der Konzernjahresüberschuss zu hoch und das übrige Gesamtergebnis zu niedrig ausgewiesen worden. In Folge ist ebenfalls die Rücklage aus Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert nicht korrekt ausgewiesen worden.

Im Rahmen der Eigenkapitalveränderungsrechnung hat sich eine Verschiebung zwischen der Rücklage aus Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert, die in den übrigen Rücklagen enthalten ist, und der Gewinnrücklage in Höhe von 1.721 T€ ergeben. Zur Erläuterung verweisen wir auf die unten stehende Tabelle zur Veränderung der Bilanzposten.

Die Fehlerkorrektur erfolgt retrospektiv nach IAS 8.

Die Auswirkung der Anpassung im Jahr 2009 führen zu einer Veränderung des Ergebnisses je Aktie in Höhe von -0,15 €.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Korrekturen für jeden betroffenen Posten des Abschlusses:

	2009 wie berichtet T€	2009 angepasst T€	Veränderung durch Fehlerkorrektur T€
Übrige Rücklagen	13.934	15.656	1.721
Gewinnrücklage	13.028	11.306	-1.721

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Auswirkungen der Fehlerkorrektur auf die Gesamtergebnisrechnung in 2009:

	2009 wie berichtet T€	2009 angepasst T€	Veränderung durch Fehlerkorrektur T€
Sonstige betriebliche Erträge	16.121	14.400	-1.721
<b>Periodenergebnis</b>	12.874	11.152	-1.721
Änderungen des beizulegenden Zeitwertes von zur Veräußerung verfügbaren Finanzinstrumenten	8.421	10.142	1.721
<b>Summe Gesamtergebnis der Periode</b>	21.589	21.589	0

Der Eigenkapitalspiegel hat sich wie folgt verändert:

	Übrige Rücklagen		
	Rücklage aus Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert	Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	Währungsumrechnung ausländischer Tochterunternehmen
	T€	T€	T€
Summe der direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge	8.653		
Fehlerkorrektur	1.721		
Summe der direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge (korrigiert)	10.374		
Konzern-Periodenergebnis			
Fehlerkorrektur			
Konzern-Periodenergebnis (korrigiert)			

In diesem Rahmen ist in der Kapitalflussrechnung eine Anpassung des Ausweises der Erträge sowie Einzahlungen aus der Veräußerung von finanziellen Vermögenswerten erfolgt. Darüber hinaus werden im Jahr 2010 die Ein- und Auszahlungen aus zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapieren nicht mehr in der Investitionstätigkeit gezeigt, sondern in der betrieblichen Geschäftstätigkeit. Aus diesem Grund sind auch die Werte der Cashflow Rechnung des Vorjahres angepasst worden. Eine Auswirkung auf die Bilanz oder auf das Ergebnis je Aktie ergibt sich durch die Änderung nicht. Die Änderungen erfolgen, da die Gesellschaft der Auffassung ist, dass für die zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapiere IAS 7.15 erfüllt ist und damit der Ausweis in der betrieblichen Tätigkeit verpflichtend ist.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Auswirkungen der Ausweisänderung in der Kapitalflussrechnung:

	2009 wie berichtet T€	2009 angepasst T€	Veränderung durch Fehlerkorrektur T€
Cashflow aus betrieblicher Geschäftstätigkeit	31.363	6.558	-24.805
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-20.951	3.854	24.805

	Gewinn- rücklage	Eigenkapital- anteil der Anteilseigner des Mutter- unternehmens	Minderheiten	Konzern
			Anteile nicht beherrschender Gesellschafter	Summe Eigenkapital
	T€	T€	T€	T€
		8.707	8	8.715
		1.721		1.721
		10.428		10.436
	13.050	13.050	-176	12.874
	-1.721	-1.721		-1.721
	11.329	11.329	-176	11.152

## Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

### 7. Umsatzerlöse

in Tsd. €	2010	2009
Verkauf von Gütern	68.301	49.634
Nutzungsentgelte (Mietträge)	1.364	863
Erbringung von Dienstleistungen	298	1.692
	<b>69.962</b>	<b>52.189</b>

Der Posten „Umsatzerlöse“ enthält im Geschäftsjahr 2010 und im Vergleichszeitraum die Erträge aus dem Verkauf von Gütern, Nutzungsentgelte (Mietträge) sowie die Erträge für die Erbringung von Dienstleistungen.

Unter dem Posten „Verkauf von Gütern“ sind Umsatzerlöse von vollkonsolidierten Industrieunternehmen enthalten. Die Position „Erbringung von Dienstleistungen“ beinhaltet insbesondere Wartungs- und Serviceleistungen von Industrieunternehmen.

Es werden aus bestehenden Mietverträgen (Operating-Leasing) für das folgende Jahr Zahlungen in Höhe von 839 T€ (Vj. 825 T€) erwartet. Die Mietverträge haben überwiegend eine gesetzliche Kündigungsfrist von drei Monaten, da es sich meistens um für Wohnzwecke genutzte Gebäude handelt. Aus langfristigen Mietverträgen

erwartet der Konzern innerhalb von zwei bis fünf Jahren 3.160 T€. In der Zeit über fünf Jahre bis zum Vertragsende erwarten wir 10.760 T€. Die Vertragsparteien aus den langfristigen Verträgen haben Verlängerungsoptionen, aus denen der Konzern bei Ausübung dieser Optionen innerhalb der Anschlussmietzeit von bis zu 60 Monaten 465 T€ erwartet.

## 8. Bestandsveränderungen

Die Position „Bestandsveränderungen“ stellt die Veränderung an Vorräten aus fertigen und unfertigen Erzeugnissen von vollkonsolidierten Unternehmen dar.

## 9. Sonstige betriebliche Erträge

in Tsd. €	2010	2009
Ergebnis aus dem Verkauf und der Bewertung von langfristigen und kurzfristigen Wertpapieren	15.937	13.341
Erträge aus Devisenkursdifferenzen	3	55
Mieterträge (nicht IAS 40)	2	2
Übrige	1.443	1.002
	<b>17.385</b>	<b>14.400</b>

Die Position „Ergebnis aus dem Verkauf und der Bewertung von langfristigen und kurzfristigen Wertpapieren“ beinhaltet überwiegend das Ergebnis aus dem Verkauf von Anteilen börsennotierter Gesellschaften einschließlich von Kaufpreinsnachbesserungen, sowie Erträge aus dem Verkauf und der Bewertung von Anleihen, Genussscheinen und Aktien, die zu Handelszwecken gehalten werden. Der Ausweis erfolgt als Saldo von Verkaufserlösen und Buchwertabgängen. Im Geschäftsjahr 2010 hat der Konzern Nettogewinne aus dem Verkauf von zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapieren in Höhe von 6.051 T€ (Vj. 4.338 T€) sowie Nettogewinne aus zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten in Höhe von 6.979 T€ (Vj. 5.187 T€) erzielt. Der Konzern hat im Geschäftsjahr 2010 aus den Spruchverfahren Cycos AG eine Nachbesserung von 109 T€ und T-Online AG von 57 T€, die im Nettogewinn aus zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte enthalten sind, vereinnahmt. Im Vorjahr hatte der Konzern aus dem Spruchverfahren Friedrich Grohe AG eine Nachbesserung von 4.668 T€ vereinnahmt. Aus der ergebniswirksamen Bewertung zum beizulegenden Zeitwert der zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapiere wurde als Nettoergebnis aus Finanzinstrumenten ein Betrag in Höhe von 2.907 T€ (Vj. 3.816 T€) erfasst. Diese Nettogewinne und -verluste werden durch erfolgswirksame Fair-Value-Änderungen beeinflusst.

Die Position „Erträge aus Devisenkursdifferenzen“ beinhaltet Erträge aus Devisenkursschwankungen bei Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten.

Die Position „Mietträge (nicht IAS 40)“ beinhaltet Mieterträge aus Mietverhältnissen von nicht als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien. Die Immobilien werden bei den Sachanlagen ausgewiesen.

Im Posten „Übrige“ sind periodenfremde Erträge in Höhe von 9 T€ (Vj. 453 T€) im Sinne des § 315 a HGB enthalten.

#### 10. Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

in Tsd. €	2010	2009
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	40.841	24.975

Im Posten „Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe“ werden die Aufwendungen zur Herstellung von Gütern erfasst.

#### 11. Zuwendungen an Arbeitnehmer

in Tsd. €	2010	2009
Löhne und Gehälter	14.246	11.767
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	2.483	2.291
- davon Dienstzeitaufwand	23	18
- davon für beitragsorientierte Pensionspläne (einschließlich Arbeitgeberanteil zur Rentenversicherung)	874	1.053
	<b>16.729</b>	<b>14.058</b>

Im Posten „Löhne und Gehälter“ sind Bezüge des Vorstandes enthalten. Für weitere Informationen wird auf Tz. 45 verwiesen.

Die „Sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung“ enthalten Aufwendungen für einen leistungsorientierten Plan im Sinne des IAS 19.46.

Von den „Sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung“ entfallen 897 T€ (Vj. 1.071 T€) auf die Altersversorgung. Der Arbeitgeberanteil wird dabei den Aufwendungen für Altersversorgung zugerechnet.

Im Geschäftsjahr 2010 wurde an die Mitarbeiter des Konzerns kein Kurzarbeitergeld bezahlt (Vj. 161 T€).



<b>Mitarbeiteranzahl</b>	<b>2010</b>	<b>2009</b>
Leitende Mitarbeiter	10	10
Sonstige Mitarbeiter	325	312
	<b>335</b>	<b>322</b>

Der Anstieg der durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeiter ist auf die positive Entwicklung des Konzerns zurück zu führen.

## **12. Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen**

<b>in Tsd. €</b>	<b>2010</b>	<b>2009</b>
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Firmenwerte	344	449
Abschreibungen auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	163	140
Abschreibungen auf Sachanlagen	1.421	1.320
	<b>1.928</b>	<b>1.909</b>

Abschreibungen auf Firmenwerte werden nur als Ergebnis von Wertminderungstests vorgenommen. Im Geschäftsjahr 2010 sind in den „Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Firmenwerte“ Wertminderungen auf Firmenwerte in Höhe von 0 € (Vj. 137 T€) enthalten.

„Abschreibungen auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien“ sind gemäß der Leerstandsquote der Immobilienobjekte aufzuteilen. Die Leerstandsquote beträgt rd. 5 % (Vj. rd. 4 %), weshalb 8 T€ (Vj. 6 T€) auf nicht vermietete Wohnungen entfällt.

„Abschreibungen auf Sachanlagen“ beinhalten planmäßige lineare Abschreibungen auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung, Technische Anlagen und Maschinen sowie Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte. Es sind im Geschäftsjahr keine Wertminderungen auf Grundstücke erfolgt.

### 13. Sonstige betriebliche Aufwendungen

in Tsd. €	2010	2009
Beratungskosten	1.043	1.164
Abschluss- und Prüfungskosten	307	366
Raumkosten	830	835
Hauptversammlungen und Investor Relations	91	102
Bewirtschaftungs- und Instandhaltungskosten Immobilien	137	828
Marketing, Vertrieb und Kundenservice	500	383
Aufwendungen aus Devisenkursdifferenzen	1.146	119
Reparatur und Instandhaltung von Gebäuden und Grundstücken	950	637
Reparatur und Instandhaltung von technischen Anlagen und Maschinen	631	783
Wertminderung auf Forderungen	723	898
Verluste aus dem Abgang von Wertpapieren	804	0
Fortbildungskosten	27	42
EDV	82	77
Fuhrpark	348	219
Reisekosten	459	433
Steuern	53	99
Versicherung	342	378
Fracht / Verpackung	1.964	1.417
Telekommunikation / Bürobedarf	390	363
Bank- und Depotgebühren / Nebenkosten des Geldverkehrs	189	173
Übrige	2.740	1.520
	<b>13.756</b>	<b>10.836</b>

Die „Beratungskosten“ betreffen überwiegend nicht aktivierungsfähigen Aufwand in Zusammenhang mit Kapitalmarktberatung sowie Steuer- und allgemeiner Rechtsberatung.

„Abschluss- und Prüfungskosten“ beinhalten alle Aufwendungen für die Jahres- und Zwischenabschlüsse der Konzerngesellschaften, die von der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft direkt gehalten werden, einschließlich der Aufwendungen für die Erstellung und Prüfung des Konzernabschlusses.

Der Posten „Raumkosten“ enthält neben dem Mietaufwand inkl. Mietnebenkosten auch den Instandhaltungsaufwand für die betrieblichen Räume.

Der Posten „Bewirtschaftungs- und Instandhaltungskosten Immobilien“ umfasst den laufenden Aufwand für Instandhaltung, Reparatur und Bewirtschaftung der vermieteten Immobilien. Die Leerstandsquote beträgt 5 % (Vj. 4 %), weshalb 7 T€ (Vj. 33 T€) auf nicht vermietete Wohnungen entfallen.

Die Position „Marketing, Vertrieb und Kundenservice“ beinhaltet Aufwendungen der vollkonsolidierten Industrieunternehmen für Marketing, Vertrieb und Kundenservice.

Die „Aufwendungen aus Devisenkursdifferenzen“ resultieren ausschließlich aus Effekten von Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten in Zusammenhang mit der laufenden Geschäftstätigkeit.

Die Position „Reparatur und Instandhaltung von technischen Anlagen und Maschinen“ beinhaltet laufende Reparaturkosten der technischen Anlagen und Maschinen des Konzerns.

Im Posten „Wertminderung auf Forderungen“ sind Wertminderungen auf Darlehensforderungen gegenüber ehemaligen Portfoliogesellschaften enthalten. Die Wertminderungen basieren auf unterschiedlichen Sachverhalten und werden einzelfallbezogen ermittelt. Diese Wertminderungen betreffen Finanzinstrumente, die der Klasse „Sonstige Forderungen“ im Sinne des IFRS 7 zugeordnet sind. Der Nettoverlust aus der Wertminderung von „Sonstigen Forderungen“ beträgt 723 T€ (Vj. 898 T€).

Die periodenfremden Aufwendungen im Sinne des § 315 a HGB betragen 54 T€ (Vj. 898 T€).

Im Posten „Übrige“ sind neben diversen Aufwendungen für den laufenden Geschäftsbetrieb auch Leasingraten als Aufwand im geschäftsüblichen Umfang erfasst. Der Konzern nutzt Operating-Leasing sowohl für Kraftfahrzeuge, Maschinen und Technische Anlagen als auch für Büro- und Gewerbeflächen. Diese werden gemäß IAS 17 beim Leasinggeber aktiviert. Die Raten werden als laufender Aufwand erfasst. Die Summe der Zahlungen aus Leasingverhältnissen, die in der Berichtsperiode als Aufwand erfasst wurden, betragen 251 T€ (Vj. 756 T€) und betreffen die Mindestleasingzahlungen sowie Finanzierungsleasingzahlungen in Höhe von 279 T€ (Vj. 279 T€).

#### 14. Finanzerträge

in Tsd. €	2010	2009
Dividenderträge von Portfoliogesellschaften	2.250	1.640
Zinserträge von Portfoliogesellschaften	221	127
Zinsen und zinsähnliche Erträge	2.285	5.099
	<b>4.756</b>	<b>6.866</b>

Die „Dividendenerträge von Portfoliogesellschaften“ beruhen auf Ausschüttungen, die aufgrund von Beschlüssen der ordentlichen Hauptversammlungen von Gesellschaften erfolgt sind. Gewinnausschüttungen werden erst im Jahr der Beschlussfassung als Ertrag berücksichtigt. Im Geschäftsjahr 2010 hat die Deutsche Balaton Dividenden von nicht konsolidierten nahe stehenden Unternehmen in Höhe von 140 T€ (Vj. 268 T€) erhalten.

Die „Zinserträge von Portfoliogesellschaften“ beruhen auf abgeschlossenen Darlehensverträgen über Gesellschafterdarlehen.

Der Posten „Zinsen und zinsähnliche Erträge“ betrifft die Verzinsung der liquiden Mittel bei diversen Banken sowie Dividenden aus kurzfristigen Wertpapiergeschäften.

Die Gesamtzinserträge für finanzielle Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet wurden, betreffen Verzinsungen der liquiden Mittel bei diversen Banken. Es wurden 73 T€ (Vj. 94 T€) als Ertrag erfasst. Qualitative Beschreibungen zur Bilanzierung und zum Ausweis von Finanzinstrumenten (einschließlich derivativer Finanzinstrumente) sind in den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen enthalten.

## 15. Finanzierungsaufwendungen

in Tsd. €	2010	2009
Wertminderungen auf langfristige Wertpapiere	3.886	6.014
Wertminderungen auf kurzfristige Wertpapiere	495	4
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen	2.992	3.888
	<b>7.373</b>	<b>9.906</b>

Die „Wertminderungen auf langfristige Wertpapiere“ sind Wertberichtigungen auf den beizulegenden Zeitwert von zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten sowie assoziierten Unternehmen. Sie betreffen insbesondere börsennotierte Gesellschaften. In den Wertminderungen auf langfristige Wertpapiere sind 55 T€ (Vj. 37 T€) Wertminderungen enthalten, die auf nicht börsennotierte Gesellschaften entfallen.

Die „Wertminderung auf kurzfristige Wertpapiere“ enthalten Wertminderungen auf den beizulegenden Zeitwert von zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapieren. Sie betreffen ausschließlich börsennotierte Wertpapiere.

Die Position „Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen“ enthält die Verzinsung der im Juli 2008 emittierten Unternehmensanleihe in Höhe von 5,00 % (Vj. 5,00 %) mit einem Volumen von 10.000 T€.

Die Anleihe wird zum Bilanzstichtag wie im Vorjahr teilweise im Eigenbestand gehalten. Der Zinsaufwand für die Anleihe und langfristige Fremdfinanzierungen beträgt 1.108 T€ (Vj. 1.570 T€). Unter den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen wurden auch der Zinsaufwand aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie sonstigen Darlehensgebern erfasst. Darüber hinaus enthält der Posten zinsähnliche Aufwendungen aus kurzfristigen Wertpapiergeschäften. Im Posten „Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen“ sind außerdem 80 T€ (Vj. 87 T€) als Zinsaufwand für Pensionsrückstellungen enthalten. Für den Finanzierungsleasingvertrag ist ein Zinsaufwand in Höhe von 72 T€ (Vj. 73 T€) erfasst.

Die Gesamtzinsaufwendungen für finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet wurden, betreffen Verzinsungen der Schulden bei diversen Banken und sonstigen Gläubigern. Es wurden 1.334 T€ (Vj. 2.004 T€) als Aufwand erfasst. Qualitative Beschreibungen zur Bilanzierung und zum Ausweis von Finanzinstrumenten (einschließlich derivativer Finanzinstrumente) sind in den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen enthalten.

Zur Bilanzierung der Pensionsverpflichtungen wird auf Tz. 34 verwiesen.

## 16. Gewinn- und Verlustanteile an assoziierten Unternehmen

in Tsd. €	2010	2009
Periodenergebnis (anteilig)	1.206	776

Der Posten „Periodenergebnis (anteilig)“ gibt den Anteil des Konzerns am Periodenergebnis der assoziierten Unternehmen an. Darin enthalten sind Gewinnanteile an aufgegebenen Geschäftsbereichen der assoziierten Unternehmen in Höhe von T€ 1.594 (Vj T€ 0).

Die Periodenergebnisse der nach der Equity-Methode einbezogenen Beteiligungen wurden, sofern keine geprüften Abschlüsse der Gesellschaften vorlagen, auf Grundlage der letzten zur Verfügung stehenden Finanzdaten in den Konzernabschluss einbezogen.

## 17. Ertragsteuern

in Tsd. €	2010	2009
Laufende Steuern	473	1.330
Latente Steuern	399	176
	<b>872</b>	<b>1.506</b>

Der erwartete Steuersatz für Kapitalgesellschaften setzt sich aus Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag sowie der von der Gemeinde abhängigen Höhe an Gewerbesteuer zusammen. Der Konzernsteuersatz der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft beträgt insgesamt 29,83 % (Vj. 29,83 %).

Die Überleitung von der theoretisch zu erwartenden Steuerbelastung einer Kapitalgesellschaft zum tatsächlich im Konzernabschluss erfassten Betrag stellt sich folgendermaßen dar:

<b>in Tsd. €</b>	<b>2010</b>	<b>2009</b>
Konzernergebnis vor Ertragsteuern	20.690	12.659
Theoretischer Steuersatz für Kapitalgesellschaften in %	29,83	29,83
<b>Theoretischer Steuerertrag/-aufwand</b>	<b>6.172</b>	<b>3.776</b>

<b>in Tsd. €</b>	<b>2010</b>	<b>2009</b>
<b>Theoretischer Steuerertrag/-aufwand</b>	<b>6.172</b>	<b>3.776</b>
Veränderung des theoretischen Steuerertrags/-aufwands:		
Steuerfreie Dividenden/Veräußerungen	-4.294	-450
Wertminderungen/Wertaufholungen zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte	370	532
Ergebnis an Anteilen assoziierter Unternehmen	-360	0
Steuersatzdifferenzen	-70	-35
Verlustvorträge	0	0
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	40	299
Permanente Differenzen	0	998
Änderung Nichtansatz aktiver latenter Steuern	-923	-2.340
Minderung des laufenden Steueraufwands aufgrund bisher nicht berücksichtigter Verluste	-50	-1.425
Steuern Vorjahre	-47	157
Minderheitenanteile am Ergebnis	0	8
Sonstiges	34	-15
<b>Ertragsteuern</b>	<b>872</b>	<b>1.506</b>
Effektiver Konzernsteuersatz	4,22	11,90

Steuerfreie Erträge ergeben sich insbesondere aus dem Verkauf von Beteiligungen und Wertpapieren sowie Dividendenerträgen.

Latente Steuern auf Wertsteigerungen der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte (Available for Sale-Finanzinstrumente) wurden in Höhe von 583 T€ (Vj. 156 T€) direkt im Eigenkapital erfasst.

### 18. Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten

in Tsd. €	2010	2009
Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten	5.413	668

Im Dezember 2009 hatte der Konzern entschieden, die Beteiligung an der G+H Isolite GmbH, Ludwigshafen/Rhein zu veräußern und hierzu einen Verkaufsprozess zu starten. Die Beteiligung wurde im Mai dieses Geschäftsjahres an eine Beteiligungsgesellschaft veräußert. Das Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten resultiert ausschließlich aus dem Veräußerungsgewinn. Die Beteiligung an der G+H Isolite GmbH war dem Segment „Cornerstone Capital“ zugeordnet.

### 19. Gesamtergebnisrechnung

Das Gesamtergebnis hat sich im Berichtsjahr um 9.011 T€ auf 30.600 T€ (Vj. 21.589 T€) verbessert. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwertes von zur Veräußerung verfügbaren Finanzinstrumenten hat sich um 1.329 T€ auf 11.472 T€ (Vj. 10.143 T€) erhöht. Auf die Veränderung der beizulegenden Zeitwerte von zur Veräußerung verfügbaren Finanzinstrumenten wurden latente Steuern in Höhe von T€ 583 (Vj. 163 T€) gebildet. Die Neutrale Veränderungen nach IAS 28 (assoziierte Unternehmen) resultieren aus versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten in Höhe von -565 T€ (Vj. 53 T€) und Währungsrumrechnungsdifferenzen in Höhe von 458 T€ (Vj. 1 T€). Auf die neutralen Veränderungen nach IAS 28 wurden keine latenten Steuern in wesentlichem Umfang erfasst.

Hinsichtlich der Umgliederungsbeträge in die Gewinn- und Verlustrechnung verweisen wir auf unsere Ausführungen unter Tz. 31 Eigenkapital.

### Erläuterungen zur Bilanz

#### 20. Immaterielle Vermögenswerte / als Finanzinvestition gehaltene Immobilien / Sachanlagen

Die Entwicklung der Buchwerte vom Beginn zum Ende der Berichtsperiode unter der gesonderten Angabe über Zu- und Abgänge ist in der folgenden Tabelle dargestellt:



in Tsd. €	immaterielle Vermögenswerte	Firmenwerte	als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	Sachanlagen			Gesamt
				Grundstücke und Gebäude	Maschinen und technische Anlagen	Sonst. Betriebs- und Geschäftsausstattung	
<b>Anschaffungskosten</b>							
<b>Stand 01.01.2009</b>	<b>2.902</b>	<b>1.102</b>	<b>6.624</b>	<b>630</b>	<b>4.282</b>	<b>1.791</b>	<b>17.331</b>
Zugänge	163	0	636	39	1.749	411	2.998
- davon Unternehmenserwerbe	0	0	0	0	0	0	0
Abgänge	102	0	0	58	57	96	313
- davon Unternehmenserwerbe	102	0	0	0	0	0	102
Umbuchung	0	0	0	20	11	-31	0
<b>Stand 31.12.2009</b>	<b>2.963</b>	<b>1.102</b>	<b>7.260</b>	<b>631</b>	<b>5.985</b>	<b>2.075</b>	<b>20.016</b>
Zugänge	399	0	1.060	349	706	830	3.344
- davon Unternehmenserwerbe	0	0	0	0	0	0	0
Abgänge	247	30	0	0	48	24	349
- davon Unternehmenserwerbe	0	30	0	0	0	0	30
Umbuchung	0	0	0	17	7	0	24
<b>Stand 31.12.2010</b>	<b>3.115</b>	<b>1.072</b>	<b>8.320</b>	<b>997</b>	<b>6.650</b>	<b>2.881</b>	<b>23.035</b>
<b>Kumulierte Abschreibungen</b>							
<b>Stand 01.01.2009</b>	<b>162</b>	<b>3</b>	<b>189</b>	<b>16</b>	<b>420</b>	<b>323</b>	<b>1.113</b>
Zugänge	311	137	140	51	832	437	1.908
- davon Unternehmenserwerbe	0	0	0	0	0	0	0
Abgänge	0	0	0	0	57	28	85
- davon Unternehmenserwerbe	0	0	0	0	0	0	0
<b>Stand 31.12.2009</b>	<b>473</b>	<b>140</b>	<b>329</b>	<b>67</b>	<b>1.195</b>	<b>732</b>	<b>2.936</b>
Zugänge	344	0	163	50	882	489	1.928
- davon Unternehmenserwerbe	0	0	0	13	115	45	173
Abgänge	0	0	0	0	23	23	46
- davon Unternehmenserwerbe	0	0	0	0	0	0	0
<b>Stand 31.12.2010</b>	<b>817</b>	<b>140</b>	<b>492</b>	<b>117</b>	<b>2.054</b>	<b>1.198</b>	<b>4.818</b>
<b>Buchwerte</b>							
<b>31.12.2009</b>	<b>2.490</b>	<b>962</b>	<b>6.931</b>	<b>564</b>	<b>4.790</b>	<b>1.343</b>	<b>17.080</b>
<b>31.12.2010</b>	<b>2.298</b>	<b>932</b>	<b>7.828</b>	<b>880</b>	<b>4.596</b>	<b>1.683</b>	<b>18.217</b>

Die immateriellen Vermögenswerte wurden vollständig erworben und nicht selbst entwickelt.

Der Abgang des Firmenwerts in Höhe von 30 T€ im Berichtsjahr resultiert aus der Kaufpreisreduktion auf Ebene der Eppstein Foils GmbH & Co. KG.

Firmenwerte wurden einem Wertminderungstest nach IAS 36 unterzogen. Die zugrunde gelegten Annahmen sind in der unten stehenden Tabelle zu den Impairmenttests dargestellt.

Ein Firmenwert im Konzern in Höhe von 200 T€ resultiert aus dem in 2006 erfolgten Erwerb der Vermögenswerte der Edmund Schröder GmbH & Co. KG, Bad Staffelstein, durch die Fortuna Maschinenbau Holding AG. Der in 2007 hinzugekommene Firmenwert in Höhe von 47 T€ resultiert aus der Übernahme von immateriellen Vermögensgegenständen der Bäckereitechnik Pregesbauer GmbH, Hadersdorf am Kamp, Österreich, durch die Fortuna Maschinenbau Holding AG. Diese beiden Firmenwerte sind der Einheit „Fortuna Maschinenbau Holding AG“ zugeordnet. In 2008 kam durch die Übernahme der Vermögenswerte der Papierfabrik Lenk GmbH & Co. KG, Kappelrodeck, ein weiterer Firmenwert in Höhe von 15 T€ hinzu. Dieser Firmenwert ist der Einheit „PL Industrie-Verwaltungs GmbH“, Kappelrodeck, zugeordnet. Bei der Stratec Rheinallée GmbH, Mannheim, ist im Rahmen der Erstkonsolidierung 2008 ein Firmenwert von 435 T€ entstanden. Ein Firmenwert in Höhe von 236 T€ resultiert aus dem in 2008 erfolgten Erwerb der Eppstein Foils Holding GmbH, Eppstein/Tanus, und der dazugehörigen Tochtergesellschaft Eppstein Foils GmbH & Co. KG, Eppstein/Tanus, durch die CornerstoneCapital II AG & Co. KG. Dieser Firmenwert wurde der Einheit „Eppstein Foils GmbH & Co. KG“ zugeordnet.

Bei der Durchführung der Impairmenttest wurden folgende Annahmen getroffen:

<b>Bezeichnung der CGU</b>	<b>Eppstein Foils GmbH &amp; Co. KG</b>	<b>Fortuna Maschinenbau Holding AG</b>	<b>PL Industrie-Verwaltungs GmbH</b>	<b>Stratec Rheinallée GmbH</b>	<b>Heidelberger Beteiligungs-holding AG</b>
Segment	Cornerstone Capital	Fidelitas	Fidelitas	Stratec	ABC / HDBH
Grundlage des erzielbaren Betrags	Nutzungswert	Nutzungswert	Nutzungswert	Nutzungswert	Beizulegender Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten
Buchwert	236	247	15	435	0
Außerplanmäßige Abschreibungen	0	0	0	0	0
Dauer des Planungszeitraums	3 Jahre	5 Jahre	5 Jahre	8 Jahre	-
Wachstumsrate	2 %	0 %	2 %	1,3 %	-
Steuersatz	30,00 %	30,00 %	30,00 %	15,83 %	-
WACC vor Steuern	10,29 %	12,06 %	15,03 %	6,04 %	-
WACC nach Steuern	7,78 %	8,46 %	8,46 %	5,45 %	-

Weitere wesentliche Annahmen betreffen die Umsatz- und EBIT-Margenentwicklung. Die getroffenen Annahmen basieren auf Erfahrungen der Vergangenheit, werden aber auch mit externen Marktwerten verglichen.

Im Segment „Stratec“ wurde bei der Bestimmung des Nutzungswerts ein Detailplanungszeitraum von acht Jahren zugrunde gelegt. Das Management geht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit von einer Erhöhung der Umsatzerlöse und entsprechender Ausgaben ab dem Jahr 2018 aus.

Im Berichtsjahr 2009 wurde der der zahlungsmittelgenerierenden Einheit „Heidelberger Beteiligungsholding AG“ zugeordnete Firmenwert in Höhe von 137 T€ auf 0 T€ abgeschrieben. Zum 31.12.2010 wurde diese zahlungsmittelgenerierende Einheit gemäß IAS 36.90 einem Impairmenttest unterzogen.

Die Ermittlung des erzielbaren Betrages erfolgte zum beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten. Dieser ermittelt sich aus dem Börsenkurs der Wertpapiere. Der Impairmenttest ergab keinen Bedarf für die Wertminderung der Vermögenswerte und Schulden der ZGE.

Die Buchwerte der erworbenen immateriellen Vermögenswerte, welche abgeschrieben werden, setzen sich jeweils zum 31. Dezember wie folgt zusammen:

in Tsd. €	2010	2009	<b>Verbleibende Abschreibungsdauer</b>
Kundenbeziehungen	2.051	2.325	7,5 Jahre
Übriges	247	165	2–10 Jahre
	<b>2.298</b>	<b>2.490</b>	

Die als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Abschreibungen werden planmäßig linear über die Nutzungsdauer (40 Jahre–50 Jahre) berechnet. Ein Bedarf für außerplanmäßige Abschreibungen hat sich nicht ergeben. Die Zugänge bei den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien stammen aus Neuerwerben von Immobilien.

Es existiert eine Beschränkung der Veräußerbarkeit von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien in Höhe von 809 T€.

Zur Besicherung von kurzfristigen und langfristigen Schulden wurden Grundpfandrechte in Höhe von 7.301 T€ (Vj. 5.757 T€) bestellt.

Der Marktwert des gesamten als Finanzinvestition gehaltenen Immobilienbestandes beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 9.398 T€ (Vj. 8.858 T€). Gemäß konzerneinheitlicher Bewertungsrichtlinie wird unterstellt, dass im Jahr der Anschaffung und im Folgejahr der Marktwert grundsätzlich den Anschaffungskosten entspricht. Danach werden die Marktwerte für die Angabepflichten nach dem Ertragswertverfahren unter Anwendung eines orts-

üblichen Multiplikators auf die erzielten bzw. erzielbaren Mieterträge ermittelt. Für die angegebenen Marktwerte liegen keine Sachverständigengutachten vor.

Die Immobilien sind im Rahmen von Operating-Leasingverhältnissen vermietet und werden überwiegend zu Wohnzwecken genutzt. Zu den direkt mit den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien in Zusammenhang stehenden Mieteinnahmen und Aufwendungen verweisen wir auf die Tz. 7, 12 und 13.

Die Sachanlagen werden vom Konzern grundsätzlich angeschafft. Es besteht auch ein Finanzierungsleasingvertrag mit einem Nettobuchwert in Höhe von 853 T€ (Vj. 1.184 T€). Die Sachanlagen dienen durch bankübliche Sicherungsvereinbarungen als Sicherheiten für kurzfristige und langfristige Schulden und sind mit einem Buchwert in Höhe von 6.429 T€ (Vj. 6.374 T€) sicherungsübereignet. Sachanlagen mit einem Buchwert in Höhe von 730 T€ (Vj. 323 T€) sind nicht sicherungsübereignet. Zum 31. Dezember 2010 bestehen im Konzern Verpflichtungen zum Erwerb von Sachanlagen in Höhe von 210 T€.

## 21. Anteile an assoziierten Unternehmen

<b>in Tsd. €</b>	<b>31.12.2010</b>	<b>31.12.2009</b>
Anteile an assoziierten Unternehmen	27.418	25.219

Bei Anteilen an Beteiligungen mit maßgeblichem Einfluss wird die nach IAS 28 vorgeschriebene Equity-Methode angewendet.

Im Vorjahr führte die Umgliederung der Isolite Holding GmbH, Ludwigshafen/Rhein, aus dem Kreis der assoziierten Unternehmen in dem Posten „Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte“ zu einem Abgang des Equity-Buchwertes in Höhe von 1.940 T€.

Die folgende Übersicht zeigt die aggregierten Finanzdaten der assoziierten Unternehmen:

<b>in Tsd. €</b>	<b>31.12.2010</b>	<b>31.12.2009</b>
Gesamtvermögen	167.336	187.075
Gesamtschulden	101.155	107.080
	<b>2010</b>	<b>2009</b>
Erlöse	144.282	183.920
Ergebnis	1.719	5.113

Für die Anteile an den assoziierten Unternehmen existieren mit Ausnahme der Beta Systems Software AG, Berlin, sowie der vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG, Frankfurt/Main, keine öffentlichen Marktpreise. Der Börsenwert des konzernweiten Kapitalanteils an der Beta Systems Software AG beträgt zum Bilanzstichtag bei einem Börsenkurs von 2,77 € je Aktie rd. 14.163 T€. Der Börsenwert des konzernweiten Kapitalanteils an der vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG beträgt zum Bilanzstichtag bei einem Börsenkurs von 2,94 € je Aktie rd. 27.787 T€.

Die dem Konzern bekannten Eventualschulden der assoziierten Unternehmen sind nachfolgend dargestellt:

in Tsd. €	Eventualschulden	Anteil des Konzerns
Administration Intelligence AG	50	14

Bei den nach der Equity-Methode einbezogenen Gesellschaften entspricht das Geschäftsjahr dem Kalenderjahr.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden anteilige Verluste von assoziierten Unternehmen in Höhe von 361 T€ (Vj. 108 T€) nicht erfasst. Die insgesamt nicht erfassten Verluste im Berichtsjahr 2010 und in den Vorjahren betragen 417 T€.

Bei zwei in den Konzern einbezogenen assoziierten Unternehmen liegt eine bilanzielle Überschuldung gemäß § 92 AktG vor.

Kaufoptionen für Anteile an einem assoziierten Unternehmen werden aufgrund fehlender Werthaltigkeit zum 31. Dezember 2010 mit einem Zeitwert von null beigelegt.

## 22. Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

in Tsd. €	31.12.2010	31.12.2009
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	58.971	46.622
Anteile an nahe stehenden Unternehmen	732	732
	<b>59.703</b>	<b>47.354</b>

Die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte sind der Bewertungskategorie Available for Sale zugeordnet. Es handelt sich überwiegend um Anteile an börsennotierten Gesellschaften, für die ein aktiver und liquider Markt besteht. Die beizulegenden Zeitwerte (Fair Value) basieren auf dem Börsenkurs zum Bewertungsstichtag oder dem Börsenkurs am letzten Handelstag vor diesem Datum. Das unrealisierte Bewertungsergebnis aus Fair-Value-Änderungen wird dabei erfolgsneutral im Posten „Rücklage aus der Bewertung von

Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert“ innerhalb des Eigenkapitals (siehe Tz. 31) ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2010 sind die als zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte erfolgswirksam um 673 T€ (Vj. 6.014 T€) im Wert gemindert worden.

Alle übrigen Anteile an nicht börsennotierten Gesellschaften oder börsennotierten Gesellschaften, für die kein aktiver und liquider Markt besteht und für die sich ein Fair Value nicht verlässlich ermitteln lässt, werden zu Anschaffungskosten bewertet. Soweit Indikatoren ergeben, dass der beizulegende Zeitwert unter den Anschaffungskosten liegt, erfolgt eine Wertminderung auf den beizulegenden Zeitwert. Zur Besicherung von kurzfristigen Bankkrediten werden im üblichen Umfang Wertpapierdepots verpfändet. Für weitere Informationen insbesondere zu den Buchwerten der verpfändeten Wertpapiere wird auf Tz. 35 verwiesen.

Die Anteile an nahe stehenden Unternehmen umfassen die nicht konsolidierten Tochterunternehmen.

### 23. Sonstige Forderungen

in Tsd. €	31.12.2010	31.12.2009
Forderungen gegen nahe stehende Unternehmen	53	247
Rückdeckungsansprüche Pensionsverpflichtungen	82	217
Sonstiges	197	771
	<b>331</b>	<b>1.235</b>

Die Forderungen gegen nahe stehende Unternehmen und Sonstiges betreffen im Wesentlichen Darlehensforderungen an Portfoliogesellschaften. Die Darlehensforderungen werden zwischen 4 % und 8 % p. a. marktüblich verzinst. Konditionen sind wie unter fremden Dritten.

Im Berichtsjahr wurde ein Teil der Darlehensforderungen, die im Jahr 2011 fällig sind, in die kurzfristigen sonstigen Vermögenswerte umgegliedert. Es wurden keine neuen Darlehen gewährt (Vj. 426 T€).

Der Rückdeckungsanspruch wurde nicht abgetreten oder verpfändet. Zur Berechnung des Rückdeckungsanspruchs wurde ein versicherungsmathematisches Gutachten angefertigt. Dabei wurden zur Ermittlung des Zinssatzes Annahmen getroffen. Zum Thema Pensionsverpflichtungen verweisen wir auf Tz. 34.

Unter „Sonstiges“ sind auch verzinsliche Darlehensforderungen berücksichtigt.

Die Deutsche Balaton begegnet dem Ausfallrisiko von Darlehensforderungen durch verschiedene Instrumente der Besicherung. Die Höhe der besicherten Darlehen beträgt 186 T€ (Vj. 1.166 T€). Der Zeitwert der Sicherheiten für die Darlehen beträgt 104 T€ (Vj. 2.260 T€). Bei einzelnen Darlehen beträgt der Zeitwert der Sicher-

heiten weniger als 100 % der Darlehenssumme. Bei einem 100 %-igen Ausfall der gesamten Darlehensforderungen würde der Deutsche Balaton abzüglich der bestehenden Sicherheiten ein nicht erheblicher Schaden entstehen.

#### 24. Steuererstattungsansprüche, Steuerschulden und latente Steuern

in Tsd. €	31.12.2010	31.12.2009
Aktive latente Steuern	1.208	504
Passive latente Steuern	2.196	1.324
Ertragsteuererstattungsansprüche (Inland)	1.948	1.646
Steuerschulden	1.672	1.521

Die Ertragsteuererstattungsansprüche (Inland) beinhalten anrechenbare Steuern sowie Steuervorauszahlungen.

Die Deutsche Balaton AG verfügt zum Bilanzstichtag über ein Körperschaftsteuerguthaben in Höhe von 183 T€ (Vj. 228 T€), welches gemäß § 37 KStG in den Jahren 2008 bis 2017 in gleichmäßigen Jahresbeträgen an den Anspruchsberechtigten ausgezahlt wird. Im Geschäftsjahr 2008 wurde die erste Rate vereinnahmt. Zum Bilanzstichtag wurde dieser Anspruch mit dem Barwert aktiviert. Als Abzinsungsmaßstab wurde die Verzinsung einer Bundesanleihe mit ähnlicher Laufzeit angenommen.

Die Steuerschulden bilden unter Berücksichtigung anrechenbarer Steuern und Steuervorauszahlungen die Zahlungsverpflichtung ab.

Die bilanzierten Steuerlatenzen betreffen folgende Posten in der Bilanz:

in Tsd. €	31.12.2010	31.12.2009
Latente Steuern auf Immobilien im Finanzanlagevermögen	-433	435
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	-241	-248
Immaterielle Vermögenswerte	-509	-420
Sachanlagen	-39	-348
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und assoziierte Unternehmen	-941	-378
Sonstiges	112	185
Verlustvorträge	1.063	389

Bei den latenten Steuern sind körperschaft- und gewerbsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von zusammen 6.676 T€ (Vj 1.296 T€) berücksichtigt. Der Ansatz der aktiven latenten Steuern erfolgt auf Basis der Planung

des Konzerns. Darüber hinaus wurden aktive latente Steuern mit passiven latenten Steuern gemäß IAS 12.74 in Höhe von 341 T€ (Vj. 296 T€) saldiert, da die Steuerforderung wie auch die Steuerschuld gegenüber derselben Finanzbehörde besteht.

Der Konzern verfügt zum Bilanzstichtag über steuerliche Verlustvorräte in folgender Höhe:

<b>in Tsd. €</b>	<b>31.12.2010</b>	<b>31.12.2009</b>
Verlustvorräte (KSt)	58.246	59.335
Verlustvorräte (GewSt)	47.691	49.477

Die Verlustvorräte betreffen solche Konzerngesellschaften, die überwiegend steuerfreie Erträge generieren, weshalb nur begrenzt aktive latente Steuern auf Verlustvorräte gebildet wurden. Es lässt sich nur bedingt verlässlich abschätzen, wann und in welchem Umfang die steuerlichen Verlustvorräte genutzt werden können. Deshalb bleiben bei der Berechnung der aktiven latenten Steuern gewerbesteuerliche Verlustvorräte in Höhe von 44.353 T€ (Vj.: 48.173 T€) und körperschaftsteuerliche Verlustvorräte in Höhe von 54.908 T€ (Vj.: 58.046 T€) unberücksichtigt.

Steuerliche Verluste in Deutschland können nach derzeitiger Rechtslage auf unbestimmte Zeit vorgetragen werden. Die Nutzung der steuerlichen Verlustvorräte in Deutschland ist derzeit in Höhe von 1.000 T€ pro Jahr unbeschränkt möglich. Der übersteigende Teil des steuerlichen Ergebnisses ist zu 60 % mit dem verbleibenden Verlustvortrag verrechenbar.

## **25. Vorräte**

Die unter den Vorräten ausgewiesenen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie fertige und unfertige Erzeugnisse werden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Eine Abwertung auf einen niedrigeren Nettoveräußerungswert war nicht erforderlich. Im Rahmen von banküblichen Sicherungsverträgen wie Raumsicherungsvereinbarungen dienen die Vorräte zur Besicherung von Bankkrediten. Der Buchwert der als Sicherheit verpfändeten Vorräte beträgt zum 31. Dezember 2010 6.858 T€.

<b>in Tsd. €</b>	<b>31.12.2010</b>	<b>31.12.2009</b>
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5.716	3.967
Unfertige Erzeugnisse	4.076	2.785
Fertige Erzeugnisse	4.676	3.382
	<b>14.468</b>	<b>10.134</b>



## 26. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

in Tsd. €	31.12.2010	31.12.2009
Forderungen gegen Handelskunden	4.184	2.630
Forderungen gegen nahe stehende Unternehmen und Personen	35	38
Vorauszahlungen	0	0
Sonstiges	23	11
	<b>4.242</b>	<b>2.679</b>

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden zu Anschaffungskosten abzüglich Wertminderungen für erwartete uneinbringliche oder zweifelhafte Beträge bilanziert. Die Buchwerte dieser innerhalb der nächsten zwölf Monate zur Zahlung fällig werdenden Forderungen aus Lieferungen und Leistungen entsprechen aufgrund ihrer kurzen Laufzeit annähernd ihren beizulegenden Zeitwerten. Die fortgeführten Anschaffungskosten von Forderungen in Fremdwährung, die Teil eines Sicherungsgeschäfts sind, werden um die sich aus dem gesicherten Risiko ergebenden Gewinne oder Verluste erfolgswirksam angepasst.

Der Konzern nutzt derivative Finanzinstrumente ausschließlich zur Absicherung des beizulegenden Zeitwertes seiner Forderungen in Fremdwährung.

Zum Bilanzstichtag bestehen daher Devisenforwards mit einem Nominalvolumen in Höhe von rd. 2.085 TUSD (Vj. 770 TUSD). Der am Stichtag beizulegende Zeitwert beträgt insgesamt rd. -30 T€ (Vj. -14 T€). Für die Ermittlung dieser Werte werden die abgesicherten Werte den sich unter Anwendung des Fremdwährungskurses zum Stichtag ergebenden Beträgen gegenübergestellt.

Die nachfolgende Darstellung gibt die Fälligkeiten der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wieder:

In Tsd. €	31.12.2010	
Fälligkeit bis 30 Tage	Fälligkeit bis 90 Tage	Gesamt
3.128	1.114	4.242

In Tsd. €	31.12.2009	
Fälligkeit bis 30 Tage	Fälligkeit bis 90 Tage	Gesamt
1.784	895	2.679

Durch den im Vorjahr erstmaligen Einsatz des Finanzierungsinstruments Factoring konnte der Forderungsbestand und das dazugehörige Ausfallrisiko reduziert werden. Im Geschäftsjahr 2009 schloss eine Konzerngesellschaft mit einer Factoringgesellschaft einen Vertrag über echtes Factoring ab. Der Factor kauft ausgewählte kreditversicherte Forderungen aus Lieferungen und Leistungen auf revolvingender Basis an. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden zum Zeitpunkt des Verkaufs ausgebucht, da im Wesentlichen Chancen und Risiken auf den Erwerber übertragen worden sind und Ansprüche gegen den Kreditversicherer ebenfalls an den Factor abgetreten wurden. Dem Kunden werden mit Rechnungsstellung der Verkauf der Forderung an den Factor mitgeteilt.

## 27. Sonstige Vermögenswerte

in Tsd. €	31.12.2010	31.12.2009
Forderungen gegen nahe stehende Unternehmen	2.085	1.524
Steuerüberzahlungen (insb. USt.)	430	469
Forderungen gegen Factor	315	228
Vorauszahlungen	120	115
Sonstiges	3.586	1.269
	<b>6.536</b>	<b>3.605</b>

Im Berichtsjahr wurden marktüblich verzinsliche Darlehen mit kurzer Laufzeit an ein assoziiertes Unternehmen gewährt. Bei dem Unternehmen wurden zur Darlehensbesicherung Rechte an immateriellem Vermögen dem Konzern eingeräumt. Der Konzern ist nicht berechtigt, diese Rechte zu veräußern oder auf anderem Wege zu verwerten.

Die Position „Steuerüberzahlungen“ beinhaltet Forderungen gegenüber Finanzbehörden, insbesondere Umsatzsteuer.

Der Posten „Forderungen gegen Factor“ beinhaltet eine Restforderung aus verkauften Forderungen an den Factor.

Der Posten „Vorauszahlungen“ beinhaltet Zahlungen der Konzerngesellschaften für Leistungen, die erst nach dem Bilanzstichtag erbracht werden.

Unter „Sonstiges“ sind auch kurzfristige Darlehensforderungen berücksichtigt.

Die Deutsche Balaton begegnet dem Ausfallrisiko von Darlehensforderungen durch verschiedene Instrumente der Besicherung wie Verpfändung von Aktien, Immobilien und PKW. Die Höhe der besicherten Darlehen beträgt

1.627 T€ (Vj. 200 T€). Bei einem 100 %-igen Ausfall der gesamten Darlehensforderungen würde der Deutsche Balaton abzüglich der bestehenden Sicherheiten ein nicht erheblicher Verlust entstehen.

Der Zeitwert der Sicherheiten für die Darlehen beträgt 849 T€ (Vj. 200 T€). Bei einzelnen Darlehen beträgt der Zeitwert der Sicherheiten weniger als 100 % der Darlehenssumme. In geringem Umfang wurden fällige Darlehen durch Anschlussverträge verlängert.

Bei der Bewertung von Darlehensforderungen wurden Wertminderungen auf Grund der Einschätzung des Vorstandes durchgeführt.

## 28. Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere

Unter dieser Position werden kurzfristig zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere ausgewiesen. Bei diesen Wertpapieren handelt es sich überwiegend um Wertpapiere mit Fremdkapitalcharakter wie Anleihen und Genussscheine. Die Bewertung erfolgt ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert.

## 29. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

in Tsd. €	31.12.2010	31.12.2009
Kasse und Guthaben bei Kreditinstituten	8.767	9.931

Als Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente werden der Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten erfasst.

## 30. Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte

in Tsd. €	31.12.2010	31.12.2009
Assoziierte Unternehmen	0	1.940
<b>Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte</b>	<b>0</b>	<b>1.940</b>

In diesem Posten wird der Buchwert der G+H Isolite GmbH, Ludwigshafen/Rhein ausgewiesen.

Die gehaltene Beteiligung ist dem Segment „CornerstoneCapital“ zugeordnet. Der Verkauf fand am 12. April 2010 statt.

Der Konzern weist im Abschluss 2010 keine zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte gemäß IFRS 5 aus.

### 31. Eigenkapital

#### ■ Gezeichnetes Kapital/Anzahl der ausgegebenen Aktien

Das Gezeichnete Kapital der Deutsche Balaton AG betrug zum Bilanzstichtag EUR 11.640.424 und war in 11.640.424 auf den Inhaber lautende Stammaktien ohne Nennwert (Stückaktien) mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 1,00 Euro je Aktie eingeteilt. Die Aktien sind zum Regulierten Markt der Frankfurter Wertpapierbörse (General Standard) zugelassen. Daneben sind die Aktien in den Freiverkehr der Wertpapierbörsen von Berlin, Düsseldorf, Hamburg-Bremen, München und Stuttgart einbezogen.

Das Grundkapital ist in Höhe von 11.640.424 € vollständig einbezahlt. Jede Aktie gewährt eine Stimme.

Die Aktienanzahl und das Grundkapital haben sich wie folgt entwickelt:

Stück	2009			
	Aktienanzahl	Grundkapital [€]	Aktienanzahl	Grundkapital [€]
<b>Stand Geschäftsjahresanfang</b>	11.640.424	11.640.424,00	12.699.826	12.699.826,00
Einzug nach Aktienrückkauf	0	0	-1.059.402	-1.059.402,00
<b>Stand Geschäftsjahresende</b>	11.640.242	11.640.424,00	11.640.424	11.640.424,00

#### ■ Bedingtes Kapital

Das Grundkapital der Gesellschaft ist um 6.675.000,00 Euro durch Ausgabe von bis zu 6.675.000 auf den Inhaber lautende nennbetragslose Stammaktien (Stückaktien) bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung dient ausschließlich der Gewährung von Aktien an die Inhaber von Options- bzw. Wandelschuldverschreibungen, die gemäß der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 28. August 2006 von der Gesellschaft oder durch eine 100 % unmittelbare oder mittelbare Beteiligungsgesellschaft der Gesellschaft begeben werden. Die bedingte Kapitalerhöhung dient nach Maßgabe der Wandelanleihebedingungen auch der Ausgabe von Aktien an Inhaber von Wandelschuldverschreibungen, die mit Wandlungspflichten ausgestattet sind. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber der Wandel- und / oder Optionsschuldverschreibungen von ihren Wandlungs- bzw. Optionsrechten Gebrauch machen oder die zur Wandlung verpflichteten Inhaber der Wandelschuldverschreibungen ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen und soweit nicht eigene Aktien zur Bedienung dieser Rechte zur Verfügung gestellt werden. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Options- bzw. Wandlungsrechten oder durch Erfüllung von Wandlungspflichten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen.

#### ■ *Genehmigtes Kapital*

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 26. August 2014 das Grundkapital der Gesellschaft einmalig oder in Teilbeträgen mehrmals um bis zu insgesamt 6.300.000,00 Euro durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geld- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Die neuen Aktien sind ab dem Beginn des Geschäftsjahres, in dem sie ausgegeben werden, gewinnberechtigt. Grundsätzlich ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen. Die neuen Aktien können auch von einem durch den Vorstand bestimmten Kreditinstitut mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären anzubieten (mittelbares Bezugsrecht).

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen,

1. um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen;
2. bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen, wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet und die unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht überschreiten, und zwar weder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieser Ermächtigung noch im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung; auf die Grenze von 10 % des Grundkapitals sind diejenigen Aktien anzurechnen, die unter Bezugsrechtsausschluss in unmittelbarer oder entsprechender Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4. AktG ausgegeben oder veräußert wurden;
3. wenn die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen erfolgt.

#### ■ *Kapitalrücklage*

Die Kapitalrücklage umfasst Beträge, die bei der Ausgabe von Aktien über den Nennbetrag hinaus erzielt worden sind. Nach nationalen Vorschriften darf die Kapitalrücklage grundsätzlich nicht für Ausschüttungen verwendet werden.

#### ■ *Eigene Anteile*

Die ordentliche Hauptversammlung vom 27. August 2009 hat unter Aufhebung der Ermächtigung vom 28. August 2008 mit Wirkung für die Zukunft den Vorstand gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, für bestimmte Zwecke bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Die Ermächtigung darf von der Gesellschaft nicht zum Zweck des Handels in eigenen Aktien genutzt werden. Unter Aufhebung der Ermächtigung vom 27. August 2009 hat die ordentliche Hauptversammlung der Deutsche Balaton AG am 31. August 2010 den Vorstand erneut ermächtigt, eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Der Erwerb darf nach Wahl des Vorstands über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre der Gesellschaft gerichteten öffentlichen Kaufangebots bzw. mittels an alle Aktionäre gerichteter öffentlicher Einladung zur Abgabe von Verkaufsofferten erfolgen. Unter bestimmten weiteren Voraussetzungen ist der Vorstand berechtigt, den Erwerb eigener Aktien auch außerhalb der Börse vorzunehmen, wenn der Erwerb eigener Aktien im Rahmen des

Erwerbs von oder des Zusammenschlusses mit Unternehmen oder des Erwerbs von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt oder wenn es sich um einen Paketerwerb von mindestens 1 % des Grundkapitals handelt und ein solcher Erwerb einem Zweck dient, der im vorrangigen Interesse der Gesellschaft liegt, und der Paketerwerb geeignet und erforderlich ist, diesen Zweck zu erreichen. Die Ermächtigung wurde zum 1. September 2010 wirksam und gilt bis zum 31. August 2015. Die Gesellschaft hat im Berichtszeitraum 205.046 eigene Aktien erworben. Zum Bilanzstichtag hält die Deutsche Balaton 205.046 eigene Aktien.

■ *Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert*

In der Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert werden die Ergebnisse aus der Marktbewertung (Fair Value) von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, soweit ein aktiver Markt besteht, ausgewiesen. Latente Steuern werden mitberücksichtigt. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne und Verluste erfolgt erst, wenn der Vermögenswert veräußert oder wegen Wertminderung abgewertet wurde.

Die Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert hat folgende Entwicklung:

<b>in Tsd. €</b>	<b>2010</b>	<b>2009</b>
<b>Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten</b>		
<b>zum beizulegenden Zeitwert (01.01.)</b>	<b>15.601</b>	<b>5.227</b>
Erhöhung der Rücklage aufgrund gestiegener Zeitwerte	16.427	10.544
Verringerung der Rücklage aufgrund gesunkener Zeitwerte	-914	0
Realisierte Zeitwertänderungen (ergebniswirksam)	-4.351	-5
Latenter Steuereffekt und Minderheitenanteil	14	-165
<b>Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten</b>		
<b>zum beizulegenden Zeitwert (31.12.)</b>	<b>26.777</b>	<b>15.601</b>

■ *Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung*

Der „Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung“ beinhaltet Umrechnungsgewinne und -verluste, die im Rahmen der Konsolidierung entstanden sind. Er beinhaltet die Umrechnungsdifferenz der funktionalen Währung in die Berichtswährung. Einbezogen werden Umrechnungsdifferenzen von ausländischen Tochtergesellschaften.

■ *Gewinnrücklage*

Die „Gewinnrücklagen“ umfassen die gesetzliche Rücklage, die nach deutschem Aktienrecht zu bilden ist, die Erstanwendungseffekte aus der IFRS-Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2004 und andere Gewinnrücklagen, die auch übernommene Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung nach HGB enthalten. Außerdem werden im Posten „Gewinnrücklage“ die angesammelten Periodenergebnisse ausgewiesen.

■ Gewinnverwendung

in Tsd. €	2010	2009
Ausgezahlte Dividende	0,00	0,00

Gemäß Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands für das Geschäftsjahr 2010 soll der handelsrechtliche Bilanzgewinn in Höhe von 21.227.440,46 € auf neue Rechnung vorgetragen werden.

### Darstellung des Eigenkapitals im Einzelabschluss (HGB)

In nachfolgender Tabelle wird das Eigenkapital der Deutsche Balaton AG nach handelsrechtlichen Vorschriften nationalen Rechts im Einzelabschluss dargestellt.

in Tsd. €	31.12.2010	31.12.2009
Gezeichnetes Kapital	11.435	11.640
Kapitalrücklage	50.122	50.122
Gewinnrücklage	6.490	0
Bilanzgewinn	21.227	11.319
(Ausschüttungsbemessungsgrundlage gem. AktG)		
<b>Summe Eigenkapital (HGB)</b>	<b>89.275</b>	<b>73.081</b>

Die Hauptversammlung hat am 31. August 2010 beschlossen, von dem Bilanzgewinn 2009 in Höhe von EUR 11.319.414,93 einen Teilbetrag in Höhe von EUR 8.000.000 in die freien Gewinnrücklagen einzustellen und den restlichen Bilanzgewinn in Höhe von EUR 3.319.414,93 auf neue Rechnung vorzutragen.

Auf Erläuterungen zur Besteuerung von Dividenden wird verzichtet, da nach dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands an die Aktionäre keine Ausschüttung vorgesehen ist.

### 32. Minderheitsanteile und sonstiges von den Gesellschaftern langfristig zur Verfügung gestelltes Kapital

in Tsd. €	2010	2009
Minderheitsanteile (Eigenkapital)	6.764	7.238

Der Anteil Dritter am Konzerneigenkapital wird im Posten „Minderheitsanteile“ ausgewiesen.

Der Hinzuerwerb oder Verkauf von Anteilen an Tochterunternehmen durch das Mutterunternehmen und beschlossene Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen führen neben der anteiligen Berücksichtigung des Periodenergebnisses im Konzern sowie Veränderungen der Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert zu Veränderungen beim Minderheitenanteil. Ein positives Periodenergebnis in Höhe von 1.989 T€ (Vj. Verlustanteil 176 T€) entfällt auf die Minderheiten. Für weitere Informationen, insbesondere zur Veränderung im Konsolidierungskreis, wird auf Tz. 4 verwiesen.

Seit dem Geschäftsjahr 2007 wird eine Gesellschaft in der Rechtsform einer deutschen Personengesellschaft in den Konzernabschluss mit einbezogen. Gemäß den einschlägigen IFRS-Vorschriften sind Kommanditanteile, sofern es sich um Anteile Dritter handelt, im langfristigen Konzernfremdkapital auszuweisen. In den langfristigen finanziellen Schulden sind Kommanditanteile Dritter in Höhe von 463 T€ (Vj. 427 T€) ausgewiesen.

### 33. Langfristige finanzielle Schulden

in Tsd. €	2010	2009
Unternehmensanleihen	5.738	5.733
Bankdarlehen	9.235	12.391
Langfristiger Anteil Finanzierungsleasing	690	988
Sonstiges	601	325
Gesellschafterdarlehen Minderheitsanteile	463	530
	<b>16.727</b>	<b>19.967</b>

Am 1. Juli 2008 hat die Deutsche Balaton AG eine Unternehmensanleihe mit einem Gesamtvolumen von 10.000 T€ begeben. Die Teilschuldverschreibung wird mit 5,00 % p. a. verzinst. Der Zinstermin ist jährlich am 30. Juni bis zum Rückzahlungstag der Anleihe am 30. Juni 2013. Zum Bilanzstichtag sind 5.750 T€ (Vj. 5.750 T€) ausstehend.

Der Differenzbetrag zum Bilanzausweis resultiert aus Ausgabekosten (Disagio).

Im Geschäftsjahr 2008 hat der Konzern seine Finanzierung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien neu aufgestellt. Hierzu wurde ein Bankdarlehen mit einer Nominalverzinsung in Höhe 5,75 %, einem Kreditvolumen von 4.600 T€ und einer zehnjährigen Laufzeit, fällig im August 2018, abgeschlossen. Zum Bilanzstichtag valutiert das Darlehen bei 4.196 T€ (Vj. 4.543 T€). Als jährliche Tilgung wurde 1 % des ursprünglichen Kreditvolumens vereinbart. Zur Besicherung wurden Grundpfandrechte in Höhe von 7.301 T€ (Vj. 5.757 T€) bestellt. Die beizulegenden Zeitwerte dieser Immobilien betragen 9.398 T€ (Vj. 8.858 T€) zum Bilanzstichtag.



Ferner bestehen zum Bilanzstichtag mit Grundschulden abgesicherte langfristige Darlehen in Höhe von 8.008 T€ (Vj. 1.785 T€). Die Darlehen sind befristet bis August 2018 und verzinsen sich mit rd. 4,5 %–5,75 %. Die Grundschulden sind auf Grundstücke und Gebäude eingetragen, die in den Sachanlagen ausgewiesen sind.

Darüber hinaus bestehen langfristige Darlehen in Höhe von ursprünglich 6.500 T€, die sich mit Euribor zuzüglich 200 bis 250 Basispunkte verzinsen. In Höhe von nominal 4.500 T€ wurde ein Zinsswap (pay fixed, receive variable) abgeschlossen, sodass der Konzern für diesen abgesicherten Betrag 4,86 % bezahlt. Aufgrund des negativen beizulegenden Zeitwertes in Höhe von 154 T€ (Vj. 234 T€) ist dies bei den sonstigen kurzfristigen Schulden berücksichtigt. Mit der Reduzierung der langfristigen Darlehen im Geschäftsjahr 2009 auf 4.500 T€ reduziert sich vereinbarungsgemäß die Marge der finanzierenden Bank. Hiervon werden 1.000 T€ bis 2011 fällig und 3.500 T€ bis zum Jahr 2015. Diese Darlehen sind mit banküblichen Sicherungsübereignungsverträgen besichert. Es wurde eine jährliche Tilgung in Höhe von 1.000 T€ bis zum Vertragsende vereinbart.

Außerdem bestehen langfristige, nicht besicherte endfällige Darlehen von Minderheitsaktionären, die sich zwischen 9,0 und 9,75 % verzinsen und von denen ein Teil im Juni 2012 frühestens fällig wird und ein weiterer Teil im Dezember 2016.

Seit dem Geschäftsjahr 2009 nutzt der Konzern Finanzierungsleasing für die Anschaffung einer Maschine. Zum Bilanzstichtag wurden 988 T€ (Vj. 1.267 T€) als Barwert der Leasingverpflichtungen aus dem Leasingvertrag erfasst, von denen 297 T€ (Vj. 279 T€) unter den kurzfristigen finanziellen Schulden ausgewiesen werden. Die Abzinsung der Leasingverpflichtungen zur Ermittlung des Barwertes wurde mit 6,734 % angesetzt. Die Vertragslaufzeit beträgt 54 Monate und endet somit im August 2013.

Neben der Unternehmensanleihe, den langfristigen Immobilienfinanzierungen, den oben beschriebenen langfristigen Darlehen und Kommanditanteilen Dritter bestehen im Konzern keine Schulden mit einer Restlaufzeit von mehr als zwölf Monaten (Tz. 32).

#### **34. Leistungen an Arbeitnehmer**

Im Deutsche Balaton Konzern bestehen Pensionsverpflichtungen aufgrund formaler Einzelzusagen und einer allgemeinen Versorgungsordnung. Aufwendungen in Zusammenhang mit diesen Pensionsverpflichtungen sind in der Position „Zuwendungen an Arbeitnehmer“ enthalten.

Eine Versorgungszusage besteht gegenüber einigen ehemaligen und aktiven Betriebsangehörigen der EppsteinFOILS GmbH & Co KG. Die Pensionsverpflichtungen ergeben sich aus einer Versorgungsordnung vom 20. Juli 1987. Anspruchsberechtigt sind die Mitarbeiter, die bis zum 31. Dezember 1995 in die Firma eingetreten sind. Nicht anspruchsberechtigt sind Mitarbeiter, die wegen ihrer geringfügigen Beschäftigung versicherungsfrei sind oder nur aushilfsweise beschäftigt waren, bzw. solche Mitarbeiter, die bei Beginn ihrer anrechenbaren Dienstzeit das Höchstalter von 55 Jahren überschritten hatten.

Neben einem Ruhegeld wird auch ein Hinterbliebenengeld gewährt.

Das Ruhegeld wird gewährt (1) als Altersrente bei Ausscheiden mit oder nach Erreichen der festen Altersgrenze von 65 Jahren, (2) als vorzeitige Altersrente bei Bezug von vorgezogenem oder flexiblem Altersruhegeld aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder (3) als Invalidenrente bei Ausscheiden mit nachfolgender Erwerbsunfähigkeit oder bei Ausscheiden mit nachfolgender Berufsunfähigkeit, wenn die Berufsunfähigkeit nach Vollendung des 50. Lebensjahres und einer anrechenbaren Dienstzeit von 15 Jahren eintritt oder auf Arbeitsunfall oder Berufskrankheit zurückzuführen ist.

Hinterbliebenengeld wird gewährt als Witwen- oder Witwerrente an überlebende Ehegatten und Waisenrenten an überlebende Kinder nach dem Tode eines Anwärters oder Ruhegeldempfängers. Witwerrente jedoch nur, wenn das Arbeitsverhältnis erst nach dem 31. Dezember 1986 geendet hat. Ausgeschlossen von der Witwen- oder Witwerrente sind diejenigen, deren Ehe erst während des Ruhestandes oder nach Vollendung des 55. Lebensjahres geschlossen wurde (Spätehenklausel) oder die Ehe am letzten 1. Dezember noch kein Jahr bestanden hat (Ehedauerklausel) oder die Aufnahmebedingungen für das Versorgungswerk am vorletzten 1. Dezember noch nicht erfüllt waren.

Seit dem Jahr 2010 wird eine verpfändete Rückdeckungsversicherung als Planvermögen berücksichtigt.

Es wurden folgende Kapitalisierungszinsfüße und Gehaltssteigerungssätze bei Berechnung des Barwerts der prognostizierten Pensionsverpflichtungen angenommen.

Den Berechnungen liegen die folgenden Annahmen zugrunde:

<b>31. Dezember</b>	<b>2010</b>	<b>2009</b>
Zinssatz	4,75 %	5,00 %
Pensionssteigerungen	1,75 %	1,75 %
Gehaltssteigerungen	0 %	0 %
Fluktuation	4,50 %	4,50 %
Erwarteter Zinssatz des Planvermögens	4,0 %	k.A.

Als Rechnungsgrundlage wurden die „Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck“ herangezogen.

Die Einzelzusagen bestehen gegenüber ausgeschiedenen Mitarbeitern der Gesellschaft. Gehaltssteigerungen sind daher nicht relevant.

Die Ermittlung der Verpflichtungen sowie des Planvermögens zum 31. Dezember 2010 beruht ebenso wie die Ermittlung der Verpflichtung im Vorjahr auf einem unabhängigen Gutachten. Die Pensionsverpflichtungen auf

Basis des geschätzten Gehaltsniveaus stellen die Pensionsverpflichtungen des Konzerns unter Berücksichtigung von Trendannahmen hinsichtlich der Gehaltsentwicklung dar. Für das Planvermögen sind im Jahr 2011 Zuführungen von T€ 25 zu erwarten.

Die zukunftsbezogenen Annahmen, die den rechnungsbezogenen Schätzungen in der Bewertung der Altersvorsorgeleistungen zugrunde liegen, werden nachfolgend eingehend erläutert.

Es folgt eine Überleitung des Barwerts zum Erwerbszeitpunkt bis zum Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen zum Bilanzstichtag.

in Tsd. €	31.12.2010	31.12.2009
<b>Überleitung DBO, Marktwert des Planvermögens zu Bilanzansatz</b>		
Zeitwert der Verpflichtung	1.712	1.648
Planvermögen	-162	0
Saldo der noch nicht in der Bilanz angesetzten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste	4	-88
noch nicht in der Bilanz angesetzter nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	0	0
<b>Bilanzansatz</b>	<b>1.554</b>	<b>1.560</b>
<b>Zusammensetzung der Pensionsaufwendungen</b>		
laufender Dienstzeitaufwand	23	18
Zinsaufwand	80	87
<b>Aufwand der Periode</b>	<b>103</b>	<b>105</b>
<b>Überleitung Barwert DBO vom Jahresanfang zum Jahresende</b>		
DBO zum 01. Januar	1.648	1.585
Dienstzeitaufwand	23	18
Zinsaufwand	80	87
Sonstiges	-17	0
Im Geschäftsjahr nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	92	76
Zahlungen an Pensionäre während der Periode	-114	-118
<b>DBO zum 31. Dezember</b>	<b>1.712</b>	<b>1.648</b>
<b>Überleitung des Planvermögens</b>		
Stand 01. Januar	0	0
erwarteter Ertrag aus dem Planvermögen	0	0
versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	0	0
Beiträge zum Planvermögen	162	0
<b>Stand 31. Dezember</b>	<b>162</b>	<b>0</b>

<b>Weitere Anhangsangaben</b>	<b>2010</b>	<b>2009</b>	<b>2008</b>	<b>2007</b>
Barwert	1.712	1.648	1.585	0
beizulegender Zeitwert des Plans	162	0	0	0
Pensionsrückstellungen	-1.554	-1.560	-1.573	0

### **35. Kurzfristige finanzielle Schulden**

<b>in Tsd. €</b>	<b>2010</b>	<b>2009</b>
Bankdarlehen	17.863	15.912
Kurzfristiger Anteil Finanzierungsleasing	297	279
Gesellschafterdarlehen Minderheitsanteile	0	0
	<b>18.160</b>	<b>16.191</b>

Die „kurzfristigen finanziellen Schulden“ betreffen im Wesentlichen Kontokorrentkonten bei Kreditinstituten. Die Schulden gegenüber Kreditinstituten sind vollumfänglich im banküblichen Umfang durch Verpfändung von Wertpapierdepots und Bankkonten besichert. Der Buchwert der verpfändeten Wertpapierdepots beträgt zum Bilanzstichtag 78.187 T€ (Vj. 61.023 T€). Die Kreditlinien bei unseren Geschäftsbanken betragen zum Bilanzstichtag 46.163 T€ (Vj. 30.916 T€) und werden wie im Vorjahr zum Stichtag teilweise in Anspruch genommen. Die Zinssätze für Kontokorrentkredite bei Kreditinstituten orientieren sich an den Geldmarktsätzen. Der von der Gesellschaft zu zahlende Aufschlag auf die Geldmarktsätze beträgt in der Regel 100 bis 235 Basispunkte. Darüber hinaus bestehen kurzfristige Festzinskredite mit einem Zinssatz bis zu 4,45 %–9,75 % (Vj. 6,20 %). Fällige Darlehen und Kreditlinien wurden durch Anschlussverträge verlängert.

### **36. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen**

Die „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ beinhalten Verbindlichkeiten aus dem Erwerb von Vermögenswerten und aus der Inanspruchnahme von Dienstleistungen in geschäftsüblichem Umfang.

Die nachfolgende Darstellung gibt die Fälligkeiten der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen wieder:

In Tsd. €		31.12.2010
Fälligkeit bis 30 Tage	Fälligkeit bis 90 Tage	Gesamt
3.865	0	3.865

In Tsd. €		31.12.2009
Fälligkeit bis 30 Tage	Fälligkeit bis 90 Tage	Gesamt
1.969	338	2.307

### 37. Kurzfristige sonstige Schulden

in Tsd. €	31.12.2010	31.12.2009
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	959	645
Verbindlichkeiten Personalbereich	1.438	536
Sonstige Steuern (Lohnsteuer und Umsatzsteuer)	159	665
Abgegrenzte Zinsen für Anleihen	148	143
Verpflichtungen aus Gewährleistungen	208	203
Verbindlichkeiten aus Marktbewertung Zins-Swap	154	234
Sonstige Verbindlichkeiten	2.628	1.571
	<b>5.693</b>	<b>3.997</b>

Die „kurzfristigen sonstigen Schulden“ haben eine Fälligkeit von unter einem Jahr.

Der Posten „Verbindlichkeiten Personalbereich“ beinhaltet Vergütungsverpflichtungen gegenüber den Mitarbeitern aus Bonuszahlungen und Tantiemen, Mehrarbeit und nicht genommenem Urlaub. Bei einer Konzerngesellschaft erfolgt die Gehaltszahlung für Dezember vereinbarungsgemäß am 15. Januar des Folgejahres.

Zum Bilanzstichtag bestehen gegenüber Kunden „Verpflichtungen aus Gewährleistungen“ in Höhe von 208 T€.

Zum Bilanzstichtag bestehen „Verbindlichkeiten aus Marktbewertung Zins-Swap“ in Höhe von 154 T€ (Vj. 234 T€). Das Swapgeschäft dient zur Absicherung eines langfristigen Darlehens gegen Zinsänderungsrisiken.

Im Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ sind kurzfristige Verbindlichkeiten des laufenden Geschäftsbetriebs enthalten.

### 38. Sonstige finanzielle Verpflichtungen, Haftungsverhältnisse

Die „sonstigen finanziellen Verpflichtungen“ gliedern sich folgendermaßen auf:

<b>in Tsd. €</b>	<b>31.12.2010</b>	<b>31.12.2009</b>
Sonstige Verpflichtungen	630	90
Dauerschuldverhältnisse (finance lease)	988	1.267
Dauerschuldverhältnisse (operating lease)	3.974	1.384

Aus einer Optionsvereinbarung zwischen Aktionären der CornerstoneCapital AG hat sich die Deutsche Balaton gegenüber den anderen Aktionären (Optionsinhaber) verpflichtet, ab dem 1. Juni 2011 die Ausübung der Optionen in Höhe des Bezugspreises mit einem Zinssatz von 8 % p. a. für eine Laufzeit von maximal vier Monaten zu finanzieren. Zu weiteren Ausführungen zu der Optionsvereinbarung wird auf Tz. 39 verwiesen.

Die Dauerschuldverhältnisse betreffen insbesondere Mietverträge für Büros und Gewerbeflächen sowie Leasingverträge für Betriebs- und Geschäftsausstattung wie Kraftfahrzeuge und Stapler. Im Geschäftsjahr 2010 sind 530 T€ (Vj. 536 T€) als Leasingaufwand gemäß IAS 17 in den „sonstigen betrieblichen Aufwendungen“ erfasst (Tz 13). Als Zahlungen für Finanzierungsleasingverträge ist in 2010 ein Betrag von 297 T€ (Vj. 293 T€) erfasst.

Der Konzern hat sich im Rahmen einer Optionsvereinbarung verpflichtet, 10 % der gesamten Aktien eines in den Konzern einbezogenen Unternehmens zu einem Kaufpreis von 25 T€ zu erwerben, falls die Vertragspartei bis zum 31. Januar 2012 die Put-Option ausübt. Da der beizulegende Zeitwert der Anteile (Basiswert) deutlich über dem Kaufpreis liegt, ist eine Ausübung der Option derzeit höchst unwahrscheinlich und demzufolge ist der Option kein Wert beizumessen.

Die „Sonstigen Verpflichtungen“ beziehen sich auf einen Rechtsstreit in Höhe von 630 T€.

Aus einem Finanzierungsleasingvertrag bestehen Mindestleasingbeträge (Barwerte) in Höhe von 988 T€, davon werden 297 T€ innerhalb eines Jahres und 690 T€ innerhalb von zwei bis fünf Jahren fällig.

Die Fristigkeit der Dauerschuldverhältnisse zum 31. Dezember 2010 stellt sich wie folgt dar:

<b>in Tsd. €</b>	<b>&lt; 1 Jahr</b>	<b>1 – 5 Jahre</b>	<b>&gt; 5 Jahre</b>	<b>Summe</b>
<b>Dauerschuldverhältnisse</b>	<b>1.869</b>	<b>2.105</b>	<b>0</b>	<b>3.974</b>
davon Miete für Büro-/Gewerbeflächen	335	391	0	726
davon Leasingverhältnisse (Kfz)	88	74	0	162

Die Fristigkeit der Dauerschuldverhältnisse zum 31. Dezember 2009 stellt sich wie folgt dar:

in Tsd. €	< 1 Jahr	1 – 5 Jahre	> 5 Jahre	Summe
<b>Dauerschuldverhältnisse</b>	<b>466</b>	<b>918</b>	<b>0</b>	<b>1.384</b>
davon Miete für Büro-/Gewerbeflächen	208	200	0	408
davon Leasingverhältnisse (Kfz)	116	276	0	391

Im Dezember 2008 wurde ein Leasingvertrag abgeschlossen, der den Konzern zur Zahlung in Höhe von insgesamt 1.515 T€ verpflichtet. Die Nutzung der geleasten technischen Anlagen erfolgt seit 2009. Der Leasingvertrag wurde seinem wirtschaftlichen Gehalt entsprechend ab Nutzung der Maschine in 2009 als Finanzierungsleasing behandelt und bilanziell berücksichtigt.

Weitergehende aus dem Abschluss nicht erkennbare Haftungsverhältnisse und finanzielle Verpflichtungen bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

Haftungsverhältnisse zu Gunsten von Mitgliedern von Vorstand und Aufsichtsrat bestehen nicht.

### 39. Angaben zum Fair-Value von Finanzinstrumenten und sonstige Angaben

Finanzinstrumente sind Verträge, die bei einem Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei einem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Schuld oder einem Eigenkapitalinstrument führen.

Die wesentlichen Bilanzposten der Deutsche Balaton AG, in denen Finanzinstrumente enthalten sind, sind bereits überwiegend (langfristige Vermögenswerte und Schulden) oder vollständig (kurzfristige Wertpapiere) zum Fair-Value bilanziert. Bei zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzten Finanzinstrumenten gehen wir davon aus, dass der Fair-Value dem Buchwert entspricht. Der beizulegende Zeitwert eines Finanzinstruments ist der Preis, zu dem eine Partei die Rechte und Pflichten aus diesem Finanzinstrument von einer unabhängigen anderen Partei übernehmen würde. Angesichts variierender Einflussfaktoren können die dargestellten beizulegenden Zeitwerte nur als Indikatoren für tatsächlich am Markt realisierbare Werte angesehen werden.

Finanzinstrumente sind für die Finanzlage und die Ertragskraft des Konzerns von besonderer Bedeutung, da der Konzern in hohem Maße in Finanzinstrumente investiert.

Bilanzposten	2010		2009	
	Buchwert	Fair-Value	Buchwert	Fair-Value
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	59.703	59.703	47.354	47.354
Sonstige Forderungen	331	331	1.235	1.235
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.242	4.242	2.679	2.679
Sonstige Vermögenswerte	6.536	6.536	3.605	3.605
Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere	28.695	28.695	19.127	19.127
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	8.767	8.767	9.931	9.931
Sonstiges von den Gesellschaftern langfristig zur Verfügung gestelltes Kapital	463	463	427	427
Finanzielle Schulden	16.727	16.727	20.246	20.246
Finanzielle Schulden	18.160	18.160	15.912	15.912
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.865	3.865	2.307	2.307
Sonstige Schulden	5.692	5.692	3.997	3.997

Die Buchwerte der Finanzinstrumente, gegliedert nach den Bewertungskategorien nach IAS 39, stellen sich wie folgt dar:

in Tsd. €	31.12.2010	31.12.2009
<b>Vermögen</b>		
Kredite und Forderungen	11.109	7.519
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	59.703	47.354
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte <sup>(1)</sup>	28.695	19.127
<b>Schulden</b>		
Zu Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	44.754	42.655
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten <sup>(1)</sup>	154	234

<sup>(1)</sup> Finanzinstrumente, die als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert sind. In den Beträgen enthalten sind auch derivative Finanzinstrumente, die nicht in ein Hedge-Accounting einbezogen sind.



Die Finanzinstrumente, die in der Bilanz zum Marktwert bewertet werden, wurden nach der folgenden Hierarchie ermittelt:

Stufe 1: Verwendung von auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten notierten Preisen.

Stufe 2: Verwendung von Inputfaktoren, bei denen es sich nicht um die in Stufe 1 berücksichtigten notierten Preisen handelt, die sich aber für den Vermögenswert oder die Verbindlichkeit entweder direkt (d. h. als Preis) oder indirekt (d. h. in Ableitung von Preisen) beobachten lassen.

Stufe 3: Verwendung von nicht auf beobachtbaren Marktdaten basierenden Faktoren für die Bewertung des Vermögenswertes oder der Verbindlichkeit.

Finanzielle Vermögenswerte und Schulden, die zu beizulegenden Zeitwerten bewertet werden, lassen sich in die folgende Bewertungshierarchie einstufen:

in Tsd. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Gesamt
Kredite und Forderungen	0 (Vj. 0)	723 (Vj. 523)	0 (Vj. 0)	723 (Vj. 523)
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	49.492 (Vj. 43.248)	10.211 (Vj. 0)	0 (Vj. 0)	59.703 (Vj. 43.248)
Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere	28.695 (Vj. 19.127)	0 (Vj. 0)	0 (Vj. 0)	28.695 (Vj. 19.127)
Negativer Marktwert aus Zinsswap	0 (Vj. 0)	0 (Vj. 0)	154 (Vj. 234)	154 (Vj. 234)

Der Posten „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ beinhaltet nahezu ausschließlich börsennotierte Wertpapiere, weshalb diese überwiegend gemäß Stufe 1 gruppiert werden.

Sind keine notierten Preise für Finanzinstrumente, wie nicht börsennotierte Optionen, verfügbar, wird der Fair Value zur Prüfung einer eventuellen Wertminderung unter Anwendung eines geeigneten Bewertungsmodells ermittelt, bei dem die einfließenden Daten soweit möglich aus überprüfbaren Marktquellen stammen. Diese Bewertungen unterliegen naturgemäß in höherem Maße der Einschätzung des Managements. Diese nicht beobachtbaren Eingangswerte können Daten enthalten, die extrapoliert oder interpoliert oder in Form von Näherungswerten aus korrelierten oder historischen Daten ermittelt werden. Es werden hier in größtmöglichem Umfang Marktdaten oder Daten Dritter und so wenig wie möglich unternehmensspezifische Eingangswerte herangezogen. Grundsätzlich geht der Deutsche Balaton Konzern davon aus, dass die Anschaffungskosten nicht notierter Finanzinstrumente dem beizulegenden Zeitwert entsprechen. Zu Anschaffungskosten oder einem niedrigen Wert wurden Eigenkapitalinstrumente in Höhe von 10.211 T€ (Vj. 4.106 T€) bilanziert, da ein aktiver liquider Markt nicht vorhanden ist. Es handelt sich hierbei um kleine Gesellschaften, die in verschiedensten Branchen tätig sind.

Bewertungsmodelle müssen anerkannten betriebswirtschaftlichen Methoden zur Bewertung von Finanzinstrumenten entsprechen und alle Faktoren berücksichtigen, die Marktteilnehmer bei der Festlegung eines Preises als angemessen betrachten würden.

Der Posten „Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere“ beinhaltet ausschließlich Wertpapiere gemäß Stufe 1, da es sich um börsennotierte Wertpapiere handelt.

Die Marktwerte der derivativen Finanzinstrumente (Zinsswap) in dem Posten „Sonstige Schulden“ wurden gemäß Stufe 3 ermittelt. Die Fair Values der Derivate werden zum Bilanzstichtag vom jeweiligen Kreditinstitut unter Berücksichtigung marktgerechter Zinssätze ermittelt.

#### ■ *Forderungen aus Lieferung und Leistungen sowie Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente*

Aufgrund der kurzen Restlaufzeiten dieser Finanzinstrumente wird angenommen, dass der Buchwert näherungsweise dem beizulegenden Zeitwert entspricht. Bei Forderungen wird der Nennwert herangezogen unter Berücksichtigung von Abschlägen für Ausfallrisiken. Wertminderungen werden erst erfasst, wenn damit gerechnet wird, dass Schuldner nicht in der Lage sein werden, ihre Zahlungsverpflichtungen in der Zukunft zu erfüllen.

#### ■ *Übrige finanzielle Vermögenswerte*

Die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte setzen sich zusammen:

- Die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Eigenkapitalanteile wurden anhand der zum 31. Dezember festgestellten Börsenkurse bewertet.
- Für zu Anschaffungskosten bewertete Eigenkapitalanteile konnten keine beizulegenden Zeitwerte ermittelt werden, da es sich um Anteile an nicht börsennotierten Unternehmen handelt. Ist der beizulegende Zeitwert nicht verlässlich bestimmbar oder lagen keine Indikatoren einer dauerhaften Wertminderung zum 31. Dezember vor, wurde angenommen, dass die beizulegenden Zeitwerte den Buchwerten entsprechen.
- Fremdkapitalinstrumente wurden mit Börsenkursen zum Bilanzstichtag bewertet.

Die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte beinhalten:

- Derivative Finanzinstrumente, die nicht in ein Hedge Accounting einbezogen sind. Die beizulegenden Zeitwerte der Zins- und Währungssicherungsinstrumente wurden zum Bilanzstichtag vom jeweiligen Kreditinstitut unter Berücksichtigung marktgerechter Zinssätze ermittelt.
- Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere. Die zu beizulegenden Zeitwerten bewerteten Wertpapiere wurden anhand der zum 31. Dezember festgestellten Börsenkurse bewertet.

Die sonstigen Forderungen und Vermögenswerte beinhalten:

- Kurzfristige sonstige Forderungen und Vermögenswerte werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Aufgrund der kurzen Restlaufzeiten dieser Finanzinstrumente wird angenommen, dass der Buchwert näherungsweise dem beizulegenden Zeitwert entspricht.
- Langfristige sonstige Forderungen und Vermögenswerte werden zu fortgeführten Anschaffungskosten in der Bilanz ausgewiesen. Es wird unterstellt, dass die Buchwerte grundsätzlich den beizulegenden Zeitwerten dieser Finanzinstrumente entsprechen. Aufgrund der Nähe zu den Gläubigern wird die Fälligkeit im Einzelfall einvernehmlich vereinbart. Wertminderungen werden erst erfasst, wenn damit gerechnet wird, dass Schuldner nicht in der Lage sein werden, ihre Zahlungsverpflichtungen in der Zukunft zu erfüllen. Die Einschätzung über die Bonität der Schuldner resultiert aus dem regelmäßigen Informationsaustausch zwischen Schuldnern und dem Konzern.

Die beizulegenden Zeitwerte der Finanzierungsverbindlichkeiten resultieren aus Anleihen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten in der Bilanz ausgewiesen werden. Es wird unterstellt, dass die Buchwerte grundsätzlich den beizulegenden Zeitwerten dieser Finanzinstrumente entsprechen.

#### ■ *Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen*

Aufgrund der kurzen Laufzeiten dieser Finanzinstrumente wird angenommen, dass der Buchwert näherungsweise dem beizulegenden Zeitwert entspricht.

#### ■ *Übrige finanzielle Verbindlichkeiten*

Die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten beinhalten:

- Derivative Finanzinstrumente, die nicht in ein Hedge Accounting einbezogen sind. Die beizulegenden Zeitwerte der Zins- und Währungssicherungsinstrumente wurden zum Bilanzstichtag vom jeweiligen Kreditinstitut unter Berücksichtigung marktgerechter Zinssätze ermittelt.

Die sonstigen übrigen finanziellen Verbindlichkeiten beinhalten:

- Bei den kurzfristigen Verbindlichkeiten wird angenommen, dass die beizulegenden Zeitwerte aufgrund der kurzen Laufzeiten den Buchwerten dieser Finanzinstrumente entsprechen.

Die langfristigen Verbindlichkeiten werden zu fortgeführten Anschaffungskosten in der Bilanz ausgewiesen. Es wird angenommen, dass die Buchwerte den beizulegenden Zeitwerten dieser Finanzinstrumente entsprechen.

#### ■ *Nettogewinne oder -verluste*

Folgende Tabelle stellt die in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigten Nettogewinne oder -verluste von Finanzinstrumenten dar:

<b>in Tsd. €</b>	<b>31.12.2010</b>	<b>31.12.2009</b>
Kredite und Forderungen	-723	-898
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert	3.094	895
bewertete finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten <sup>(1)</sup>	8.309	7.916
Zu Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	0	0

<sup>(1)</sup> Finanzinstrumente, die als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert sind. In den Beträgen enthalten sind auch derivative Finanzinstrumente, die nicht in ein Hedge-Accounting einbezogen sind.

Die Nettogewinne bzw. -verluste der erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten beinhalten insbesondere die Ergebnisse aus Marktwertveränderungen.

Die Nettogewinne bzw. -verluste der zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerte beinhalten unter anderem Erträge aus dem Verkauf von Wertpapieren sowie Wertminderungen auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert.

Die Nettogewinne bzw. -verluste aus Krediten und Forderungen beinhalten im Wesentlichen Ergebnisse aus Wertminderungen von Darlehensforderungen.

#### ■ *Optionen*

Die Deutsche Balaton AG hat im Mai 2007 insgesamt 164.230 Stück Optionsrechte erworben, die zum Bezug von je einer Aktie an der CornerstoneCapital AG aus bedingtem Kapital berechtigen. Die weiteren 1.478.078 Stück Optionsrechte werden zum überwiegenden Teil von den beiden anderen Aktionären der CornerstoneCapital AG gehalten. Der Bezugspreis der Optionen erhöht sich seit dem 1. Juli 2001 um 8 % p. a. Kapitalrückzahlungen, Ausschüttungen, etc. führen zu einer Bezugspreisanpassung. Die Optionen laufen bis zum 1. Juli 2011. Darüber hinaus hat sich die Deutsche Balaton AG gegenüber den weiteren Optionsscheininhabern verpflichtet, ab dem 1. Juni 2011 die Ausübung der Optionsscheine in Höhe des Bezugspreises mit einem Zinssatz in Höhe von 8 % p. a. für eine Laufzeit von maximal vier Monaten zu finanzieren.

Im Vorjahr hat der Deutsche Balaton Konzern im Rahmen von Optionsvereinbarungen das Recht erworben, bis zum 31. Januar 2011 seinen Kapitalanteil von 9,9 % auf 31,5 % der Anteile an einem verbundenen Unternehmen zu erhöhen. Der Kaufpreis der Anteile bei Ausübung der Optionen zum 31. Dezember 2010 hätte TEUR 125 (Vj. TEUR 129) sowie TEUR 162 (Vj. TEUR 165) betragen. Am 20. Mai 2010 wurden weitere Opti-

onen erworben, die im Geschäftsjahr nicht ausübbar sind. Aufgrund fehlender Werthaltigkeit zum 31. Dezember 2010 kann den Kaufoptionen zum Bilanzstichtag wie im Vorjahr kein beizulegender Zeitwert zugerechnet werden. Zum Bilanzstichtag liegt bei der Gesellschaft eine bilanzielle Überschuldung gemäß § 92 AktG vor.

Die Deutsche Balaton hat im Vorjahr für die Gewährung eines kurzfristigen Darlehens in Höhe von 200 T€ diverse Sicherheiten erhalten. Zusätzlich hat der Schuldner eine Kaufoption auf die Anteile an einer kleinen Gesellschaft eingeräumt, die sich mit börsennotierten Wertpapieren beschäftigt. Die Option endet am 31. Dezember 2011 und der Kaufpreis der Anteile bemisst sich nach dem Eigenkapitalwert des Gesellschaftsanteils nach Verkehrswerten am zweiten Tag nach Abgabe der Annahmeerklärung in notariell beurkundeter Form abzüglich 10 % Abschlag. Die Option dient zur weiteren Absicherung des Darlehens. Aufgrund fehlender Werthaltigkeit zum 31. Dezember 2010 kann der Kaufoption zum Bilanzstichtag wie im Vorjahr kein beizulegender Zeitwert zugerechnet werden.

Aus ehemaligen Unternehmensbeteiligungen können sich für den Konzern aus Spruchstellenverfahren, wie im Vorjahr beispielsweise aus der ehemaligen Beteiligung an der Friedrich Grohe AG, oder direkten Kaufpreisanpassungen aus Unternehmenskaufverträgen gegebenenfalls noch Nachbesserungen auf die erhaltene Abfindung oder den erhaltenen Verkaufspreis ergeben. Eine konkrete Wertermittlung eventueller Nachbesserungen (Eventualforderungen) ist meistens nicht möglich. In diesen Fällen sind die Ansprüche mit einem Erinnerungswert aktiviert.

#### **40. Risikomanagement und Kapitalmanagement**

##### ■ *Allgemeine Aussagen*

Die Deutsche Balaton ist in ihrer Geschäftstätigkeit einer Vielzahl interner und externer Risiken ausgesetzt, die aus dem Beteiligungsgeschäft resultieren. Insbesondere können sich aus den Investitionen in Unternehmen und andere Finanzinstrumente finanzielle Risiken für die Deutsche Balaton ergeben. Die finanziellen Risiken können in einer Minderung der Vermögenswerte und der Ergebnisse der Deutsche Balaton resultieren. Dabei können sich Einzelrisiken gegenseitig verstärken bzw. können sich jedenfalls teilweise kompensieren. Diese wechselseitigen Abhängigkeiten berücksichtigt die Deutsche Balaton bei den für sie bedeutsamen Einzelrisiken, die in Bezug auf Unternehmensbeteiligungen und andere Finanzinstrumente bestehen.

Im Rahmen der Risikosteuerung bildet das bei der Deutsche Balaton eingerichtete interne Kontrollsystem (IKS) einen integralen Bestandteil des Risikomanagements. Die Steuerung von Chancen und Risiken ist bei der Deutsche Balaton nicht einer bestimmten organisatorischen Einheit zugeordnet, sondern im Rahmen des IKS als ein integraler Bestandteil der Unternehmensführung eingerichtet. Daher verantwortet der Vorstand der Konzernmuttergesellschaft Deutsche Balaton AG unmittelbar den Umfang und die Ausrichtung der eingerichteten Systeme sowohl für die Deutsche Balaton AG als auch für den Deutsche Balaton-Konzern. Anhand der unternehmensspezifischen Anforderungen der Deutsche Balaton legt der Konzernvorstand den Umfang und die Ausrichtung der eingerichteten Kontrollsysteme in eigener Verantwortung anhand der unternehmensspezifi-

schen Anforderungen fest und bestimmt deren Ausgestaltung. Konzernvorstand ist der Vorstand der Konzernmuttergesellschaft.

Funktionsfähig eingerichtete angemessene Systeme zur Risikosteuerung ermöglichen ein frühzeitiges Erkennen von Risiken und einen sorgsam Umgang mit erkannten Risiken. Dennoch bleibt unternehmerisches Handeln stets mit Risiken verbunden. Das Ziel der Deutsche Balaton ist daher der bewusste Umgang mit potenziellen Risiken und eine verbesserte Kontrolle von Einzelrisiken sowie der konsequente Umgang mit auftretenden Risiken.

#### ■ *Zielsetzungen*

Das Risikomanagement der Deutsche Balaton hat das Ziel, wesentliche Risiken aus der Geschäftstätigkeit zu identifizieren, zu messen und zu steuern. Dabei ist es das Ziel des Risikomanagementsystems, jederzeit einen Überblick über die Risiken zu gewährleisten und so im Rahmen einer Risikovermeidung bzw. Risikominimierung durch eine angemessene Chancen-/Riskoverteilung den Unternehmenserfolg zu optimieren. Hierbei ist für den Vorstand die Rendite auf das eingesetzte Kapital neben dem Wert je Aktie die zentrale Steuerungsgröße.

Das aktive Risikomanagement dient der Sicherung des Fortbestandes des Konzerns und seiner Unternehmen, d. h. der zukünftigen Entwicklung und Ertragskraft des Deutsche Balaton Konzerns. Zugleich sollen Einzelrisiken reduziert werden, die eine Verletzung der Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der verwendeten oder enthaltenen Informationen und Daten im Rahmen der Ausführung von Tätigkeiten zur Folge haben. Im Rahmen des Risikomanagements sollen außerdem Abweichungen von den Unternehmenszielen erfasst werden, um ein rechtzeitiges Gegensteuern zu ermöglichen.

Erkannte Risiken werden hinsichtlich ihres Einflusses auf die Deutsche Balaton AG oder den Deutsche Balaton-Konzern untersucht und ihr mögliches Risikopotential ermittelt. In Einzelfällen erfolgt bereits auf dieser Ebene die unterstützende Einschaltung externer Berater.

Der Vorstand sieht bei der Deutsche Balaton AG derzeit keine „den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen“.

#### ■ *Organisatorischer Aufbau*

Das Kontroll- und Risikomanagementsystem der Deutsche Balaton ist an der Geschäftstätigkeit der Deutsche Balaton AG und des Konzerns ausgerichtet.

Auf Ebene der Konzernmuttergesellschaft sind die Mitarbeiter zu einer unverzüglichen ad-hoc Berichterstattung von aufgetretenen oder möglichen Risiken angehalten. Darüber hinaus findet im Rahmen von regelmäßigen Sitzungen ein Informationsaustausch statt, der eine Erkennung und Behandlung von Risiken ermöglicht.

Im Konzern erfolgt die Risikosteuerung, ungeachtet der fortbestehenden und durch das Risikokontrollsystem unangetasteten Verantwortung der Konzernobergesellschaft, grundsätzlich eigenständig auf Ebene der jeweili-

gen Konzernunternehmen. Im Rahmen der konzernweiten Risikobeobachtung unterstützt die Deutsche Balaton AG die Konzernunternehmen bei der Wahrnehmung der Aufgaben des Risikocontrollings. Im Rahmen der Risikokontrolle steht der Konzernvorstand in einem regelmäßigen Austausch mit den Konzerngesellschaften.

Auf Ebene des Deutsche Balaton-Konzerns werden im Einzelfall externe Berater zur Unterstützung des Risikoprozesses hinzugezogen.

Die Identifizierung von Risiken erfolgt im Rahmen des auf Ebene der Unternehmensleitung angesiedelten Risikomonitorings, das eine zentrale Aufgabe des Risikomanagements darstellt. Bestandteile des Risikomonitoringprozesses sind unter anderem die Liquiditätsplanung sowie eine wöchentliche Vermögensaufstellung, die auch eine Aufstellung über die Veränderungen der Portfoliozusammensetzung und des Portfoliowertes beinhaltet. Aus diesen Unterlagen lassen sich Frühwarnindikatoren in Bezug auf einzelne Risiken ableiten, anhand derer sich Prognosen in Bezug auf Unternehmensrisiken erstellen lassen, die vom Vorstand durch verschiedene Szenarioanalysen ergänzt werden. Die Unternehmensleitung entscheidet auf Basis dieser Informationen, gegebenenfalls unter Hinzuziehung externer Spezialisten, ob und in welchem Umfang Maßnahmen zur Risikobewältigung zu ergreifen sind.

Der Vorstand erstattet dem Aufsichtsrat im Rahmen der Aufsichtsratssitzungen Berichte in Bezug auf die Entwicklung einzelner Portfoliounternehmen sowie die Entwicklung des Konzerns. Der Aufsichtsrat hat außerdem einen Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte beschlossen, die der Konzernvorstand nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vornehmen darf.

Durch die Ansiedelung des Risikomanagements auf Ebene der Unternehmensleitung ist eine laufende Überwachung der eingeleiteten Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit durch den Vorstand sichergestellt.

#### ■ *Einzelrisiken*

Der Vorstand sieht als Risiken, die im Zusammenhang mit den Investitionen in Portfoliounternehmen und in Finanzinstrumente stehen, insbesondere Marktpreisrisiken, Wechselkursrisiken, Zinsrisiken sowie Liquiditätsrisiken. Die Verantwortung für die Risikomanagementaktivitäten in Bezug auf die Risiken in den vorgenannten Bereichen obliegt dem Vorstand, der auch für die Planung, Steuerung und Kontrolle der zuvor genannten Risiken verantwortlich ist.

#### ■ *Allgemeine Marktpreisrisiken*

Die von der Deutsche Balaton gehaltenen Beteiligungen unterliegen dem Risiko von Wertschwankungen. In Bezug auf börsengehandelte Wertpapiere können Wertschwankungen aus sich ändernden Marktpreisen auf Grund einer allgemeinen Tendenz an den Aktienmärkten resultieren. Diese können ihre Ursache beispielsweise in konjunkturellen Faktoren haben. Außerdem können auch marktpsychologische Umstände zu Kursschwankungen und damit Marktpreisveränderungen bei den börsennotierten Beteiligungen führen. Dieses allgemeine Marktrisiko kann durch eine Diversifikation der Beteiligungen und ein aktives Portfoliomanagement nur bedingt

ausgeschlossen werden, da alle Wertpapiere dem Marktpreisrisiko gleichermaßen ausgesetzt sind. Die Veränderung der Zinsstrukturkurve hat ebenfalls Auswirkungen auf die Bewertung von Vermögenswerten, insbesondere verzinslicher Wertpapiere mit festem Zinssatz. Die regelmäßige Beobachtung der Börsendaten sowie der Unternehmens- und Börsennachrichten gibt dem Vorstand die Möglichkeit, marktpreisrelevante Ereignisse zu erfassen und in der konkreten Situation geeignete Maßnahmen zur Schadensminimierung treffen zu können. Der Vorstand überwacht regelmäßig die Wertanteile der Einzelpositionen der Beteiligungen.

Die Deutsche Balaton war in der Vergangenheit und im Geschäftsjahr 2010 auf Grund gesunkener Marktpreise gezwungen, teilweise Abschreibungen auf den jeweils niedrigeren beizulegenden Wert von ihr gehaltener Vermögensgegenstände und Beteiligungen an anderen Gesellschaften vorzunehmen. Solche Wertberichtigungen können auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden.

Grundsätzlich geht die Deutsche Balaton von der Einbringlichkeit aller zum Bilanzstichtag nicht überfälligen und nicht wertgeminderten Vermögenswerte aus.

Das maximale Risiko liegt bei allen Bilanzposten der Aktivseite (Vermögenswerte) im Totalausfall.

<b>in Tsd. €</b>	<b>31.12.2010</b>	<b>31.12.2009</b>
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	59.703	47.354
Sonstige Forderungen	331	1.235
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.242	2.679
Sonstige Vermögenswerte	6.536	3.605
Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere	28.695	19.127
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	8.767	9.931

#### ■ *Branchenspezifische Beteiligungsrisiken*

Neben allgemeinen Marktpreisrisiken bestehen Risiken, die sich in einzelnen Unternehmensbranchen realisieren können. So können sich bei Beteiligungen der Deutsche Balaton wirtschaftliche, rechtliche, technologische oder wettbewerbsspezifische Rahmenbedingungen verändern. Der Beteiligungsansatz der Deutsche Balaton ist grundsätzlich nicht branchenspezifisch. Die Unternehmensbranchen, in welche die Deutsche Balaton durch Eingehen von Beteiligungen investiert, sind nur ein Kriterium für die Auswahl einzugehender Investments. Der Vorstand ist bestrebt, eine Diversifikation des Portfolios beizubehalten und so das branchenspezifische Beteiligungsrisiko zu begrenzen. Die nicht auf bestimmte Branchen begrenzte Streuung des Beteiligungsportfolios bietet dem Vorstand die Chance, Veränderungen branchenspezifischer Rahmenbedingungen nach Abwägung der Chancen und Risiken für neue Investments zu nutzen.



#### ■ *Unternehmensspezifische Beteiligungsrisiken*

Unter unternehmensspezifischen Risiken versteht der Vorstand das Risiko einer rückläufigen Entwicklung des Marktpreises von Beteiligungen, die ursächlich auf unmittelbar oder mittelbar bei dem Beteiligungsunternehmen vorhandene Faktoren zurückgeht. Sollten sich unternehmensspezifische Risiken einschließlich technologischer Entwicklungen, welche für das jeweilige Beteiligungsunternehmen von Bedeutung sind, realisieren, könnte die Deutsche Balaton einen beabsichtigten Veräußerungsgewinn nicht erzielen und müsste gegebenenfalls sogar einen Verlust bis hin zum Totalausfall hinnehmen. Dies könnte negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Balaton haben.

Im Konzern wird versucht, dieses Risiko durch eine dem potenziellen Investment angemessene Voranalyse zu minimieren und die erwarteten Chancen und Risiken eines Beteiligungsinvestments vor Eingehen eines Investments gegeneinander abzuwägen. Weiterhin gibt die regelmäßige Beobachtung der Börsen- und Finanzdaten sowie der Unternehmens- und Börsennachrichten dem Vorstand die Möglichkeit, unternehmensspezifische Ereignisse zu erfassen und geeignete Maßnahmen zur Schadensminimierung treffen zu können. Der Konzernvorstand überwacht regelmäßig die Wertanteile der Einzelpositionen der Beteiligungen.

#### ■ *Sensitivitätsanalyse*

Der Buchwert der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte (Tz. 22) beläuft sich auf insgesamt 59.703 T€ (Vj. 47.354 T€) und stellt damit zum 31. Dezember 2010 35 % (Vj. 33,7 %) der Vermögenswerte des Konzerns dar. Eine Verringerung des Marktpreises in Höhe von 10 % reduziert beispielsweise den Buchwert um 5.970 T€ (Vj. 4.735 T€). Entsprechend hoch würde sich auch das Eigenkapital des Konzerns vor Berücksichtigung von Steuereffekten reduzieren. Erhöht sich dagegen der Marktpreis der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte um 10 %, so würde sich auch das Eigenkapital des Konzerns vor Berücksichtigung von Steuereffekten um 5.970 T€ (Vj. 4.735 T€) erhöhen.

#### ■ *Wechselkursrisiken*

Wechselkursrisiken bestehen in Bezug auf ausländische Wertpapiere und Forderungen bzw. Verbindlichkeiten. Der Vorstand ist bemüht, den Einfluss von Wechselkursschwankungen gering zu halten. Forderungen und Verbindlichkeiten in ausländischen Währungen spielen eine eher untergeordnete Rolle im Geschäft der Deutsche Balaton. In Einzelfällen erfolgt eine Absicherung des Wechselkursrisikos durch Währungssicherungsgeschäfte.

#### ■ *Liquiditätsrisiken in Bezug auf Beteiligungen*

Liquiditätsrisiken in Bezug auf die Marktliquidität börsennotierter Beteiligungen können auf Grund einer nur geringen Liquidität der im Portfolio der Deutsche Balaton gehaltenen Beteiligungen bestehen. Die Deutsche Balaton beteiligt sich auch an börsennotierten Unternehmen, die nur eine geringe Marktliquidität aufweisen, aber kurz- bis mittelfristig ein großes Chancen-/Risiko-Verhältnis aufweisen. Beteiligungen an börsennotierten Unternehmen mit einer geringen Handelsliquidität bergen jedoch oftmals auch das Risiko in sich, dass ein Verkauf der Beteiligung über die Börse nur schwer oder gar nicht möglich ist. Dieses Risiko ist auch Beteiligun-

gen, die nicht an einer Börse gehandelt werden, immanent. Die Veräußerung von nicht börsennotierten Unternehmensbeteiligungen ist oftmals nur im Rahmen eines aufwändigen, strukturierten Verkaufsprozesses möglich.

Der Vorstand versucht, dieses Risiko durch eine umfangreiche Voranalyse potenzieller Beteiligungsobjekte zu minimieren und wägt die erwarteten Chancen und Risiken eines Beteiligungsinvestments vor Eingehen eines Investments sorgfältig gegeneinander ab.

Im gegenwärtigen Marktumfeld sieht der Vorstand die Veräußerungsmöglichkeiten verbessert.

#### ■ *Kreditbeschaffungsrisiken*

Verschiedene Banken haben der Deutsche Balaton laufende Kreditrahmen in unterschiedlicher Höhe eingeräumt. Die Deutsche Balaton nimmt aus den eingeräumten Kreditrahmen laufend Kredit in Anspruch. Die jeweils in Anspruch genommenen Kreditlinien sind in ihrer jeweiligen Höhe zumeist mit börsennotierten und von den jeweiligen Banken als beleihbar akzeptierten Wertpapieren ausreichend zu besichern. Das allgemeine Marktpreisrisiko sinkender Wertpapierpreise börsennotierter Wertpapiere kann dazu führen, dass eine ausreichende Besicherung der in Anspruch genommenen Kredite nicht mehr dargestellt werden kann und die Bank den Kredit zur sofortigen Rückzahlung fällig stellt. Außerdem kann die Prolongation von Krediten erschwert oder unmöglich sein oder die Bank kann laufende Kredite, die bis auf weiteres oder kurzfristig gewährt sind, kündigen. Zudem kann die Bank die jeweils zugrunde gelegten Beleihungswerte einseitig zum Nachteil der Deutsche Balaton anpassen und das zur Verfügung stehende Kreditvolumen hierdurch verringern.

Der Vorstand versucht, dieses Risiko durch eine vorausschauende und vorsichtige Planung der Kreditinanspruchnahmen zu minimieren. Zur weiteren Verminderung von Kreditbeschaffungsrisiken erfolgt die Inanspruchnahme von Krediten auf mehrere Banken verteilt.

#### ■ *Sensitivitätsanalyse*

Die kurzfristigen (Tz. 35) und langfristigen finanziellen Schulden (Tz. 33) des Konzerns betragen zum 31. Dezember 2010 34.887 T€ (Vj. 36.158 T€). Ein Anstieg des Marktwertes der hingegebenen Sicherheiten um 10 % würde eine höhere Inanspruchnahme der Kreditlinien ermöglichen. Eine Verminderung der Marktwerte der Sicherheiten würde die Möglichkeiten einer Kreditinanspruchnahme reduzieren. Zum Bilanzstichtag beträgt der Marktwert beleihbarer Wertpapiere 78.187 T€ (Vj. 61.023 T€). Der angenommene Anstieg um 10 % würde den Marktwert um 7.819 T€ erhöhen. Eine angenommene Verminderung um 10 % würde den Marktwert in gleicher Höhe reduzieren.

■ *Fälligkeitsanalyse der Restlaufzeiten*

Die Restlaufzeiten zum 31. Dezember 2010 gliedern sich wie folgt:

in Tsd. €	täglich fällig	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Finanzielle Schulden (kurzfristig)	12.044	6.117	0	0
Finanzielle Schulden (langfristig)	0	0	12.118	4.610
<b>Gesamt</b>	<b>12.044</b>	<b>6.117</b>	<b>12.118</b>	<b>4.610</b>

In der Fälligkeitsanalyse sind derivative Verbindlichkeiten i. H. v. 154 T€ mit einer Fälligkeit von 1–5 Jahren enthalten.

Es bestehen kurzfristige Vermögenswerte i. H. v. 62.707 T€, die binnen eines Jahres veräußerbar sind und daher die Liquiditätsabflüsse ausgleichen können.

Die Restlaufzeiten zum 31. Dezember 2009 gliedern sich wie folgt:

in Tsd. €	täglich fällig	bis 1 Jahr	1 – 5 Jahre	über 5 Jahre
Finanzielle Schulden (kurzfristig)	13.587	2.604	0	0
Finanzielle Schulden (langfristig)	0	0	15.364	4.603
<b>Gesamt</b>	<b>13.587</b>	<b>2.604</b>	<b>15.364</b>	<b>4.603</b>

■ *Zinsänderungsrisiko*

Der überwiegende Teil der Konzernschulden ist kurzfristig fällig. Hierdurch unterliegt der Konzern einem besonderen Zinsänderungsrisiko. Als kurzfristiges Fremdkapital gelten im Konzern alle Schulden mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr. Es erfolgt kein Einsatz von Zinsderivaten zur Absicherung eines bestimmten Zinsniveaus, da die Höhe der flüssigen Mittel starken Schwankungen unterliegt und nur schwer prognostizierbar ist. Bei massiven Veränderungen der Zinssätze wird der Vorstand geeignete Maßnahmen einleiten.

■ *Sensitivitätsanalyse*

Die kurzfristigen Schulden (Tz. 35) und langfristigen finanziellen Schulden (Tz. 33) des Konzerns betragen zum 31. Dezember 2010 34.887 T€ (Vj. 36.158 T€). Ein Anstieg des Zinssatzes um 100 Basispunkte, unter der Voraussetzung einer konstanten Kreditinanspruchnahme und Zinsmarge, erhöht die jährlichen Zinszahlungen des Konzerns vor Berücksichtigung von Steuereffekten um 349 T€ (Vj. 362 T€). Die zusätzlichen Zinszahlungen würden das Periodenergebnis des Konzerns vermindern.

■ *Analyse der Verzinsung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten*

Die Analyse der verzinslichen Vermögenswerte und Schulden stellt sich wie folgt dar:

<b>in Tsd. €</b>	<b>31.12.2010</b>	<b>31.12.2009</b>
Vermögenswerte (festverzinslich)	18.467	9.472
Vermögenswerte (variabel verzinslich)	11.216	10.987
Finanzielle Schulden (festverzinslich)	12.415	20.134
Finanzielle Schulden (variabel verzinslich)	22.472	16.024

■ *Finanzmarktrisiken*

Die Deutsche Balaton ist aufgrund ihres Schwerpunktes im Bereich von Unternehmensbeteiligungen von der Stabilität der Finanzmarktsysteme, insbesondere den Börsen und Banken, abhängig. Darüber hinaus bestehen für die Deutsche Balaton Finanzmarktrisiken in Form von Zinsschwankungen sowie Änderungen von Wechselkursen, Aktienkursen und Rohstoffpreisen. Die Finanzmarktrisiken können einen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Balaton haben. Die Deutsche Balaton steuert und überwacht Finanzmarktrisiken überwiegend im Rahmen der operativen Geschäfts- und Finanzierungsaktivitäten und bei Bedarf durch den Einsatz derivativer Finanzinstrumente.

Die Deutsche Balaton ist als Beteiligungsunternehmen insbesondere Kursschwankungen an den Aktienmärkten ausgesetzt. Insbesondere Wertpapiere, die eine geringe Marktliquidität aufweisen, bergen ein Risiko des Wertverlustes. Durch die regelmäßige Beobachtung der Börsenentwicklung ist eine angemessene Risikosteuerung durch den Vorstand gewährleistet. Der Vorstand trifft in der konkreten Situation, unter Beachtung des Anlagehorizonts, geeignete Maßnahmen zur Schadensminderung.

Kreditrahmen sind wertmäßig stets durch den Beleihungswert begrenzt. Kurzfristigen Zinsänderungen kann durch die kurzfristige Rückführung von Kreditlinien durch die Veräußerung liquider Wertpapiere begegnet werden. Darüber hinaus besteht im Einzelnen ein Emittentenrisiko. Hierunter versteht die Deutsche Balaton das Risiko in Bezug auf die geschäftliche Entwicklung einzelner Emittenten von Wertpapieren. Das Emittentenrisiko kann dazu führen, dass einzelne Emittenten keine Ausschüttungen vornehmen können. Hierdurch kann die Liquidität und Ertragslage der Deutsche Balaton beeinträchtigt werden. Die Deutsche Balaton ist bemüht, das Emittentenrisiko durch eine Diversifikation des Beteiligungsportfolios zu begrenzen.

■ *Liquiditätsrisiken (Finanzierungsrisiken)*

Im Bereich der Finanzierungsrisiken ist die Deutsche Balaton dem Risiko ausgesetzt, kurzfristig fällig werdende Forderungen nicht oder nicht vollständig rechtzeitig bedienen zu können. Die Deutsche Balaton steuert diese Liquiditätsrisiken durch die Begrenzung der Inanspruchnahme von Lombardkrediten, die wertmäßig auf den jeweiligen Beleihungswert begrenzt sind. Auf Basis der Depotwerte und Beleihungswerte erfolgt eine regelmä-

ßige Überprüfung der Kreditlimite durch den Vorstand. Im Rahmen einer Liquiditätsplanung erfasst der Vorstand die Liquiditätsrisiken und trifft Maßnahmen zur Minimierung dieser Risiken.

#### ■ *Kapitalmanagement*

Das dem Konzern zur Verfügung stehende Eigen- und Fremdkapital wird in diverse Vermögenswerte investiert.

Die Grundlage für das Kapitalmanagement der Deutsche Balaton AG stellen die Vermögenswerte in der vom Management regelmäßig erstellten Vermögensübersicht dar. Jedes Investment muss unter Chance-Risiko-Gesichtspunkten eine angemessene Eigenkapitalverzinsung erreichen. Zur Optimierung der Kapitalstruktur und somit zu einer Verbesserung der Eigenkapitalverzinsung wird das Verhältnis von Eigenkapital und Fremdkapital stetig optimiert und gegebenenfalls angepasst. Das bedeutet, dass der Konzern für jedes Investment den Eigen- und Fremdkapitalanteil bestimmt, da der Konzern für jede Investition die ideale Kombination für das Unternehmen anstrebt. Ziel des Kapitalmanagements ist auch eine ausreichende und die Mindestkapitalanforderungen erfüllende Versorgung des Unternehmens mit Eigenkapital. Die Mindestkapitalanforderungen beziehen sich einerseits auf die Einhaltung aktienrechtlicher Vorschriften des § 92 AktG und andererseits auf Vorgaben der Banken zur Gewährung von Kreditlinien und Festkrediten. Der Deutsche Balaton Konzern hat sich im Rahmen dieser Kreditverträge zur Einhaltung von betriebswirtschaftlichen Kennzahlen verpflichtet. Diese Kennzahlen werden zur Einhaltung der kreditvertraglichen Vorgaben regelmäßig überprüft. Im Berichtszeitraum wurden die Mindestkapitalanforderungen erfüllt, diese werden voraussichtlich auch in 2011 und 2012 erfüllt.

Insgesamt ergibt sich für den Deutsche Balaton Konzern folgende Kapitalzusammensetzung:

<b>in Tsd. €</b>	<b>31.12.2010</b>	<b>31.12.2009</b>
Konzerneigenkapital	121.203	93.162
Langfristige Konzernschulden	20.940	23.227
Kurzfristige Konzernschulden	29.390	24.016
Gesamtkapital des Konzerns	171.533	140.455
Konzerneigenkapitalquote	70,7 %	66,3 %

#### **41. Angaben zur Kapitalflussrechnung**

In der Kapitalflussrechnung nach IAS 7 werden Zahlungsströme erfasst, um Informationen über die Bewegung der Zahlungsmittel des Unternehmens darzustellen. Die Zahlungsströme werden nach betrieblicher Tätigkeit sowie nach Investitions- und Finanzierungstätigkeit unterschieden. Es wird die indirekte Darstellungsform für Cashflows aus betrieblicher Tätigkeit angewendet.

Einzahlungen und Auszahlungen aus langfristigen finanziellen Vermögenswerten und sonstigen langfristigen Forderungen werden grundsätzlich als Cashflow aus Investitionstätigkeit und nicht als Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit dargestellt, da diese Klassifizierung aus unserer Sicht einer klareren Darstellung dient.

Der Finanzmittelfonds am Anfang und am Ende der Periode besteht in Form von Bankguthaben und entsprechenden Äquivalenten in folgender Zusammensetzung:

<b>in Tsd. €</b>	<b>31.12.2010</b>	<b>31.12.2009</b>
Kasse und Guthaben bei Kreditinstituten	8.767	9.931
	<b>8.767</b>	<b>9.931</b>

#### **42. Ergebnis je Aktie nach IAS 33**

Das unverwässerte Ergebnis je Aktie errechnet sich aus der Division des auf die Deutsche Balaton AG entfallenden Konzernjahresüberschusses und der gewichteten durchschnittlichen Anzahl der während des Geschäftsjahres ausstehenden Aktien.

Eine Verwässerung des Ergebnisses je Aktie kann durch die Ausgabe potenzieller Aktien resultieren. Zum Bilanzstichtag ist die Berücksichtigung von verwässernden potenziellen Aktien auf Grund von beschlossenen Kapitalerhöhungen aus bedingtem oder genehmigtem Kapital bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nicht erforderlich, da keine verwässernden Maßnahmen bestehen bzw. sich keine verwässernden Titel im Umlauf befinden.

	<b>31.12.2010</b>	<b>31.12.2009</b>
Periodenergebnis nach Minderheitsanteilen (T€)	17.830	11.328
Aktienanzahl zum Stichtag	11.435.378	11.640.424
gewichtete durchschnittliche Aktienanzahl im Umlauf	11.602.221	11.688.723
unverwässertes und verwässertes Ergebnis je Aktie (€)	1,54	0,97

Neben dem Ergebnis je Aktie ist auch das Ergebnis je Aktie aus fortgeführter und eingestellter Geschäftstätigkeit anzugeben:

	<b>31.12.2010</b>	<b>31.12.2009</b>
Periodenergebnis nach Minderheitsanteilen (T€)	17.830	11.328
Anpassung für eingestellte Geschäftstätigkeit (T€)	5.413	668
Periodenergebnis aus fortgeführter Geschäftstätigkeit nach Minderheitsanteilen (T€)	12.417	10.660
Aktienanzahl zum Stichtag	11.435.378	11.640.424
gewichtete durchschnittliche Aktienanzahl im Umlauf	11.602.221	11.689.410
unverwässertes und verwässertes Ergebnis je Aktie (€)	1,07	0,91

	<b>31.12.2010</b>	<b>31.12.2009</b>
Periodenergebnis nach Minderheitsanteilen (T€)	19.818	11.152
Anpassung für fortgeführte Geschäftstätigkeit (T€)	14.405	10.485
Periodenergebnis aus eingestellter Geschäftstätigkeit nach Minderheitsanteilen (T€)	5.413	668
Aktienanzahl zum Stichtag	11.435.378	11.640.424
gewichtete durchschnittliche Aktienanzahl im Umlauf	11.602.221	11.689.410
unverwässertes und verwässertes Ergebnis je Aktie (€)	0,47	0,06

Es erfolgt eine Überleitung der gewichteten durchschnittlichen Anzahl von Aktien für das Geschäftsjahr 2010 sowie 2009, welche als Nenner in der Berechnung des unverwässerten und verwässerten Ergebnisses je Aktie verwendet wurden:

	<b>Stückzahl</b>	<b>Tage</b>
Aktien im Umlauf 01.01.10–31.05.10	11.640.424	151
Aktienrückkauf I	58.001	
Aktien im Umlauf nach Rückkauf I 01.06.10–07.06.10	11.582.423	7
Aktienrückkauf II	5.286	
Aktien im Umlauf nach Rückkauf II 08.06.10–30.09.10	11.577.137	115
Aktienrückkauf III	3.935	
Aktien im Umlauf nach Rückkauf III 01.10.10–03.10.10	11.573.202	3
Aktienrückkauf IV	336	
Aktien im Umlauf nach Rückkauf IV 04.10.10–07.10.10	11.572.866	4
Aktienrückkauf V	15	
Aktien im Umlauf nach Rückkauf V 08.10.10–28.12.10	11.572.851	82
Aktienrückkauf VI	14.865	
Aktien im Umlauf nach Rückkauf VI 29.12.10–30.12.10	11.557.986	3
Aktienrückkauf VII	122.608	
Aktien im Umlauf nach Rückkauf VII 31.12.10	11.435.378	

Im Geschäftsjahr 2010 waren durchschnittlich 11.602.221 Aktien im Umlauf.

	<b>Stückzahl</b>	<b>Tage</b>
Aktien im Umlauf 01.01.09–16.10.09	11.699.868	293
Aktienrückkauf I	50.069	
Aktien im Umlauf nach Rückkauf I	11.649.799	49
Aktienrückkauf II	6.008	
Aktien im Umlauf nach Rückkauf II 09.12.09–10.12.09	11.643.791	1
Aktienrückkauf III	3.367	
Aktien im Umlauf nach Rückkauf III 11.12.09–31.12.09	11.640.424	22

Im Geschäftsjahr 2009 waren durchschnittlich 11.689.410 Aktien im Umlauf.

### **43. Angaben zur Segmentberichterstattung**

Das Geschäft des Vermögensaufbaus als Investmentspezialist wird bei der Deutsche Balaton AG auf globaler Basis, das heißt ohne Fokus auf Branchen und Regionen, durchgeführt. Dabei investiert der Balaton Konzern sowohl in Unternehmen als auch Immobilien sowie andere Investmentanlagen.

#### ■ *Abgrenzung der Segmente*

Die Segmentberichterstattung nach IFRS 8 fordert Angaben zu Segmenten in Analogie zur internen Steuerungs- und Berichtsstruktur des Konzerns.

Der Deutsche Balaton Konzern unterteilt die Segmente in Teilkonzerne, wie an den Konzernvorstand berichtet wird.

Die Deutsche Balaton AG bildet hierbei ein eigenständiges Segment. Die Tätigkeit des Segments „Deutsche Balaton“ ist die Übernahme der Holdingaufgaben sowie der Erwerb, das Halten und der Verkauf von überwiegend börsennotierten Wertpapieren sowohl als Eigenkapital- wie auch als Fremdkapitalinstrument.

Die Gesellschaften ABC Beteiligungen AG und Heidelberger Beteiligungsholding AG bilden als Teilkonzern ein berichtspflichtiges Segment. Die Tätigkeit dieses Segments ist seit 2010 im Wesentlichen der Erwerb, das Halten und der Verkauf von überwiegend börsennotierten Wertpapieren sowohl als Eigenkapital- wie auch als Fremdkapitalinstrument.

Der Teilkonzern Fidelitas bildet ein weiteres Segment, welches in mittelständische Unternehmen in Sonder-situationen wie Insolvenz und Nachfolgeregelungen investiert. Bisher sind im Segment „Fidelitas“ nur Unternehmensübernahmen aus Insolvenzen erfolgt. In diesem Segment sind die Finanzdaten der Fortuna



Maschinenbau Holding AG und der Fortuna Technology GmbH, einem Bäckereimaschinenhersteller, sowie die Gesellschaften der Lenk-Gruppe, einem Spezialpapierhersteller, enthalten.

Sämtliche in den Konzernabschluss einbezogene Gesellschaften der CornerstoneCapital bilden mit den dazugehörigen Konzerngesellschaften der Eppstein-Gruppe ein Segment. Dieses Segment bildet die Tätigkeit der CornerstoneCapital ab, die mit einem erfahrenen Team an Private Equity Spezialisten in mittelständische Unternehmen investieren. Die Eppstein Gruppe ist ein Hersteller von hochwertigen NE-Folien. In diesem Segment sind im Vorjahr auch die Vermögenswerte und das Ergebnis aus Sachverhalten gemäß IFRS 5 enthalten.

Die Gesellschaften des Teilkonzerns Stratec bilden das Segment „Stratec“. Das Segment „Stratec“ bildet überwiegend die Investitionen in zu Wohnzwecken genutzte Wohnimmobilien ab. Die Stratec investiert in vermietete Mehrfamilienhäuser in der Bundesrepublik und erzielt hieraus Vermietungsumsätze.

Eine in das Segment einbezogene Gesellschaft ist bilanziell überschuldet.

Die regionale Segmentberichterstattung unterscheidet zwischen Inland und Ausland. Der juristische Sitz des Unternehmens ist maßgebend für die Klassifizierung in Inland oder Ausland sowie der Standorte der Vermögenswerte.

#### ■ Segmentinformationen

Die Segmentdaten wurden auf der Grundlage der im Konzernabschluss angewendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ermittelt.

Die Außenumsatzerlöse repräsentieren die Erlöse aus der Vermietung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien des Teilkonzerns Stratec in Höhe von 1.137 T€ sowie die Umsatzerlöse von den Industrieunternehmen Eppstein in Höhe von 24.820 T€, Fortuna in Höhe von 12.259 T€ und Lenk in Höhe von 31.917 T€.

Die konzerninternen Transaktionen resultieren aus Leistungsbeziehungen innerhalb des Konzerns zwischen den Segmenten. Zwischen den Konzerngesellschaften wurden konzerninterne Darlehen mit kurzer und – in geringem Umfang – langer Laufzeit abgeschlossen. Die Verrechnung erfolgt auf Grundlage marktüblicher Konditionen. Die Segmente arbeiten unabhängig voneinander, weshalb diese Transaktionen gewöhnlich nur einen geringen Umfang haben.

Das Segmentergebnis wird als Periodenergebnis vor Ertragsteuern dargestellt.

Das Segmentvermögen stellt das betriebsnotwendige Vermögen der einzelnen Segmente dar. Es umfasst alle Bilanzpositionen mit Ausnahme von Steuerforderungen für laufende und latente Ertragsteuern. Geschäfts- und Firmenwerte werden dem jeweiligen Segment zugeordnet.

In den Segmentschulden sind die operativen Schulden der einzelnen Segmente enthalten. Verbindlichkeiten aus laufenden und latenten Ertragsteuern werden nicht in den Segmentschulden ausgewiesen.

	Balaton		ABC / HDBH		CornerstoneCapital	
in Tsd. €	2010	2009	2010	2009	2010	2009
<b>Umsatzerlöse</b>	6	0	0	0	24.820	21.429
- davon mit Dritten	0	0	0	0	24.820	21.429
- mit Segmenten	6	0	0	0	0	0
<b>Bestandsveränderungen</b>	0	0	0	0	1.371	-63
<b>Aufwand für Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe</b>	0	0	0	0	-12.876	9.599
<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>	11.993	14.796	4.534	269	756	1.619
<b>Zuwendungen an Arbeitnehmer</b>	-624	-411	-117	-153	-6.021	-5.494
<b>Abschreibungen</b>	-27	-24	-7	-144	-1.365	-1.341
- davon planmäßig	-27	-24	-7	-7	-1.365	-1.341
- außerplanmäßig	0	0	0	0	0	0
<b>sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	-2.543	-2.801	-1.260	-161	-5.622	-4.961
- davon nicht zahlungswirksam	-1.463	-741	-17	0	-1.550	-90
<b>Finanzertrag</b>	3.523	4.531	1.681	2.553	1.590	1.514
- davon Zinsertrag	1.155	3.030	1.219	2.452	108	0
<b>Finanzaufwand</b>	-4.560	-7.018	-1.851	-12.552	-1.058	-945
- davon Zinsaufwand	-529	-1.000	-1.291	-1.877	-604	-556
- davon Wertminderungen (nicht zahlungswirksam)	-3.866	-6.018	-532	0	-10	0
<b>Ergebnis aus Anteilen an assoziierten Unternehmen</b>	255	-264	0	252	951	1.456
<b>Segmentergebnis (Ergebnis vor Ertragsteuern)*</b>	8.024	8.808	2.981	-9.937	7.957	3.614
<b>Ertragsteuern (nachrichtlich)</b>	441	497	-34	7	-782	796
<b>Segmentvermögen</b>	134.212	108.485	25.989	22.935	48.042	42.160
- davon Anteile an assoziierten Unternehmen	14.054	5.825	0	6.605	13.365	12.789
<b>Segmentschulden</b>	32.374	18.974	147	127	25.583	16.320
<b>Investitionen in langfristiges Segmentvermögen</b>	5	15	5	0	1.004	1.742

\* inkl. Ergebnis a. z. Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte

	Fidelitas		Stratec		Konsolidierung		Konzern	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
	44.176	30.000	1.137	760	-177	0	69.962	52.189
	44.176	30.000	1.137	760	-177	0	69.956	52.189
	0	0	0	0	0	0	6	0
	1.224	-493	0	0	0	0	2.595	-557
	-27.966	-15.376	0	0	0	0	-40.842	-24.975
	338	483	6	17	-242	-1.061	17.385	14.400
	-9.943	-7.977	-24	-24	0	0	-16.729	-14.058
	-384	-280	-145	-120	0	0	-1.928	-1.909
	-384	-280	-145	-120	0	0	-1.928	-1.771
	0	0	0	0	0	0	0	0
	-5.285	-4.503	-664	-913	1.618	2.504	-13.756	-10.836
	-4	-59	-28	-8	1.250	0	-1.813	-898
	23	17	21	58	-2.082	-1.807	4.756	6.866
	23	0	1	0	-221	0	2.285	5.482
	-471	-617	-292	-276	859	11.503	-7.373	-9.906
	-276	-617	-292	-276	0	271	-2.992	-4.055
	0	0	0	0	28	0	-4.380	-6.018
	0	0	0	0	0	0	1.206	776
	1.712	1.254	39	-499	-23	11.138	20.690	12.658
	-426	337	-71	-131	0	0	-872	1.506
	16.334	12.630	8.603	7.440	-64.804	-55.345	168.376	138.305
	0	0	0	0	0	0	27.419	25.219
	11.682	9.230	7.720	5.601	-31.045	-5.804	46.461	44.448
	1.247	474	1.082	586	0	0	3.343	2.950

Die Überleitung des Segmentvermögens auf das Konzernvermögen bzw. der Segmentschulden auf das Fremdkapital des Konzerns stellt sich wie folgt dar:

<b>in Tsd. €</b>	<b>31.12.2010</b>	<b>31.12.2009</b>
Segmentvermögen	168.377	138.305
Steuerforderungen (laufend und latent)	3.156	2.150
<b>Konzernvermögen</b>	<b>171.533</b>	<b>140.455</b>

<b>in Tsd. €</b>	<b>31.12.2010</b>	<b>31.12.2009</b>
Segmentschulden	46.461	44.448
Steuerschulden (laufend und latent)	3.868	2.845
<b>Konzernfremdkapital</b>	<b>50.329</b>	<b>47.293</b>

#### **Segmentberichterstattung**

##### **nach Regionen**

<b>in Tsd. €</b>	<b>Deutschland</b>		<b>Ausland</b>	
	<b>2010</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2009</b>
<b>Umsatzerlöse mit Dritten</b>	36.624	27.603	33.338	24.585
<b>Segmentvermögen</b>	158.314	129.557	10.062	8.748
<b>Investitionen in langfristiges Segmentvermögen</b>	3.343	2.816	0	0

#### **43. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag**

Im Februar 2011 hat der Aufsichtsrat Herrn Rolf Birkert zunächst bis zum 30. Juni 2011 zum weiteren Vorstandsmitglied der Gesellschaft bestellt. Im März 2011 hat der Aufsichtsrat Herrn Jörg Janich aus dem Vorstand mit sofortiger Wirkung abberufen.

Die Deutsche Balaton AG hat am 10. März 2011 ein Erwerbsangebot auf den Erwerb von von der Drägerwerk AG & Co. KGaA, Lübeck, begebenen Genussscheinen „Drägerwerk AG & Co. KGaA GENUSSSCHEINE (Serie K)“, ISIN DE0005550677, im elektronischen Bundesanzeiger und auf der Internetseite [www.deutsche-balaton.de](http://www.deutsche-balaton.de) veröffentlicht. Das Angebot bezog sich auf den Erwerb von bis zu Stück 50.000 Genussscheinen. Die Frist zur Annahme des Angebots (Angebotsfrist) endete am 17. März 2011, 12:00 Uhr (Ortszeit Frankfurt am Main). Bis zum Ablauf der Annahmefrist sind der Deutsche Balaton Annahmeerklärungen für insgesamt Stück 5.484 Genussscheine zugegangen.

Die Deutsche Balaton AG hat am 10. März 2011 ein Erwerbsangebot auf den Erwerb von von der Drägerwerk AG & Co. KGaA, Lübeck, begebenen Genussscheinen „Drägerwerk AG & Co. KGaA GENUSSSCHEINE (Serie A)“, ISIN DE0005550651, im elektronischen Bundesanzeiger und auf der Internetseite [www.deutsche-balaton.de](http://www.deutsche-balaton.de) veröffentlicht. Das Angebot bezog sich auf den Erwerb von bis zu Stück 20.000 Genussscheinen. Die Frist zur Annahme des Angebots (Angebotsfrist) endete am 17. März 2011, 12:00 Uhr (Ortszeit Frankfurt am Main).

Bis zum Ablauf der Annahmefrist sind der Deutsche Balaton Annahmeerklärungen für insgesamt Stück 18.753 Genussscheine zugegangen.

Die Deutsche Balaton AG hat am 23. März 2011 ein Erwerbsangebot auf den Erwerb von von der Drägerwerk AG & Co. KGaA, Lübeck, begebenen Genussscheinen „Drägerwerk AG & Co. KGaA GENUSSSCHEINE (Serie D)“, ISIN DE0005550719, im elektronischen Bundesanzeiger und auf der Internetseite [www.deutsche-balaton.de](http://www.deutsche-balaton.de) veröffentlicht. Das Angebot bezog sich auf den Erwerb von bis zu Stück 30.000 Genussscheinen. Die Frist zur Annahme des Angebots (Angebotsfrist) endete am 6. April 2011, 12:00 Uhr (Ortszeit Frankfurt am Main).

Bis zum Ablauf der Annahmefrist sind der Deutsche Balaton Annahmeerklärungen für insgesamt Stück 3.507 Genussscheine zugegangen.

Die Deutsche Balaton AG hat am 28. März 2011 beschlossen, den Aktionären der MISTRAL Media AG, ISIN DE000A1E8HD1, im Wege eines freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebots den Erwerb ihrer auf den Namen lautenden Stückaktien der MISTRAL Media AG mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 1,00 Euro je Stückaktie anzubieten. Der Stimmrechtsanteil an der MISTRAL Media AG beträgt rd. 20 %.

Die Bieterin beabsichtigt, den Aktionären der MISTRAL Media AG als Gegenleistung für ihre Aktien eine Geldleistung in Höhe von 0,67 Euro je Mistral-Aktie anzubieten.

Am 5. April 2011 hat die ForceFive AG, München, einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt.

#### **44. Deutscher Corporate Governance Kodex (§ 161 AktG)**

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Deutsche Balaton AG haben die Erklärung gemäß § 161 AktG zum Corporate Governance Kodex im Geschäftsjahr 2010 abgegeben und den Aktionären dauerhaft auf der Internetseite der Gesellschaft zugänglich gemacht.

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Heidelberger Beteiligungsholding AG haben als börsennotierte Gesellschaft die Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG für das Geschäftsjahr 2010 abgegeben und ihren Aktionären dauerhaft zugänglich gemacht.

#### 45. Angaben zu den Organen der Gesellschaft

■ Vorstand

- Dipl.-Kfm. Jörg Janich, Giengen

<b>in Tsd. €</b>	<b>2010</b>	<b>2009</b>
Vorstandsvergütung	255	255

- Rolf Birkert, Frankfurt am Main (ab 25. Februar 2011)

Die Vorstandsvergütungen werden in monatlichen Beträgen ausgezahlt.

Die Hauptversammlung vom 28. August 2006 hat den Vorstand von der Angabepflicht der Individualvergütung befreit.

■ Aufsichtsrat

- Thomas Zours, Heidelberg, Aufsichtsratsvorsitzender  
Vorstand DELPHI Unternehmensberatung AG, Heidelberg  
Vorstand VV Beteiligungen AG, Heidelberg
- Dipl.-Kfm. Philip Hornig, Mannheim, Stellvertretender Vorsitzender  
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater
- Dr. Burkhard Schäfer, Mannheim  
Unternehmensberater

Der Aufsichtsrat erhält für seine Tätigkeit zeitanteilige Festvergütungen gemäß Satzung sowie den Ersatz seiner Auslagen. Zusagen an Aufsichtsratsmitglieder für Altersversorgung oder sonstige Leistungen wurden nicht gemacht.

Die Aufsichtsratsvergütungen sind gemäß IAS 24.16 als kurzfristig zu klassifizieren und sind nach Ablauf des Geschäftsjahres fällig.

<b>in Tsd. €</b>	<b>2010</b>	<b>2009</b>
Aufsichtsratsvergütungen	30	32

Angaben zur Mitgliedschaft der Organmitglieder in Aufsichtsräten:

Herr Jörg Janich ist Mitglied in folgenden Aufsichtsräten:

- ABC Beteiligungen AG, Heidelberg, Aufsichtsratsvorsitzender (bis 31.08.2010)
- CARUS AG, Heidelberg, Aufsichtsratsvorsitzender
- Stratec Grundbesitz AG, Mannheim, Aufsichtsratsvorsitzender
- CornerstoneCapital AG, Frankfurt am Main, Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
- CornerstoneCapital Verwaltungs AG, Heidelberg
- Neckarburg 33. VV AG, Mannheim (seit 27. August 2010)

Herr Philip Hornig ist außerdem Mitglied in folgenden Aufsichtsräten:

- CornerstoneCapital AG, Frankfurt am Main
- VV Beteiligungen AG, Heidelberg, Aufsichtsratsvorsitzender
- DELPHI Unternehmensberatung AG, Heidelberg, Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
- CornerstoneCapital Verwaltungs AG, Heidelberg
- Heidelberger Beteiligungsholding AG (seit 1. September 2010)

Herr Dr. Burkhard Schäfer ist außerdem Mitglied in folgenden Aufsichtsräten:

- ABC Beteiligungen AG, Heidelberg, Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
- Stratec Grundbesitz AG, Mannheim, Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
- DELPHI Unternehmensberatung AG, Heidelberg, Aufsichtsratsvorsitzender
- VV Beteiligungen AG, Heidelberg (seit 19. November 2009)
- GPXS Services AG, München, Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender

Herr Thomas Zours nimmt keine weiteren Aufsichtsratsmandate wahr.

#### ■ *Ehemalige Mitglieder*

Für ehemalige Mitglieder des Vorstandes oder des Aufsichtsrats bestehen keine Zahlungsverpflichtungen aus deren ehemaligen Tätigkeiten in einem Organ der Gesellschaft.

## **46. Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen**

Nahe stehende Unternehmen im Sinne des IAS 24 sind die DELPHI Unternehmensberatung AG, Heidelberg, und die VV Beteiligungen AG, Heidelberg, die Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat sowie deren Familienmitglieder und ihnen wirtschaftlich zuzurechnende Unternehmen jeglicher Rechtsform, die nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie die assoziierten Unternehmen.

#### ■ *Mitgeteilte Beteiligungen*

Die VV Beteiligungen AG mit Sitz in Heidelberg (Deutschland) hat uns am 10.12.2009 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG am 08.12.2009 die Schwelle von 50 % überschritten hat und zu diesem Tag 54,395 %, das sind 6.336.950 Stimmrechte von insgesamt 11.649.799 Stimmrechten, betrug.

Die DELPHI Unternehmensberatung AG mit Sitz in Heidelberg (Deutschland) hat uns am 10.12.2009 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG am 08.12.2009 die Schwelle von 50 % überschritten hat und zu diesem Tag 54,395 % der Stimmrechte, das sind 6.336.950 Stimmrechte von insgesamt 11.649.799 Stimmrechten, beträgt. Hiervon sind der DELPHI Unternehmensberatung AG 54,395% (6.336.950 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Die der DELPHI Unternehmensberatung AG zugerechneten Stimmrechte werden dabei über folgendes von der DELPHI Unternehmensberatung AG kontrolliertes Unternehmen, dessen Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG 54,395 %, also 3 % oder mehr beträgt, gehalten:

– VV Beteiligungen AG, Heidelberg

Sie selbst hält am 08.12.2009 keine Aktien der Deutsche Balaton AG.

Herr Wilhelm Konrad Thomas Zours, Deutschland, hat uns am 10.12.2009 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG am 08.12.2009 die Schwelle von 50 % überschritten hat und zu diesem Tag 54,395 % der Stimmrechte, das sind 6.336.950 Stimmrechte von insgesamt 11.649.799 Stimmrechten, beträgt. Hiervon sind ihm 54,395 % (6.336.950 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Die ihm zugerechneten Stimmrechte werden dabei über folgende von ihm kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG jeweils 54,395 %, also jeweils 3 % oder mehr beträgt, gehalten:

– DELPHI Unternehmensberatung AG, Heidelberg

– VV Beteiligungen AG, Heidelberg

Er selbst hält keine Aktien der Deutsche Balaton AG.

Die AXXION S. A., Munsbach, Luxemburg, hat der Deutsche Balaton AG mit Schreiben vom 20.08.2007 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Deutsche Balaton AG am 16.08.2007 die Schwelle von 15 % überschritten hat und nun 15,03 % (Bestand Axxion S.A.: 2.007.111) beträgt.

#### ■ *Vorstand und Aufsichtsrat*

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats ist Vorstand der DELPHI Unternehmensberatung AG, Heidelberg, sowie Vorstand der VV Beteiligungen AG, Heidelberg. Zwischen der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft und der VV Beteiligungen AG wurde am 16. Dezember 2009 ein Entherrschungsvertrag geschlossen. Zwischen der Deutsche Balaton und den beiden Gesellschaften besteht eine Vereinbarung zur wechselseitigen Überwachung



und Bekanntgabe wertpapierrechtlich relevanter Beteiligungen im Hinblick auf die Überwachung von Stimmrechtsschwellen. Darüber hinaus bestehen zum Bilanzstichtag zu den zwei Gesellschaften keine weiteren Rechtsbeziehungen.

Einer dem ehemaligen Vorstand Jörg Janich wirtschaftlich zuzurechnenden Gesellschaft wurde ein Darlehen zur Finanzierung des Erwerbs von Gesellschaftsanteilen von einer in den Konzern einbezogenen Gesellschaft gewährt. Zum Bilanzstichtag wurde der Saldo inkl. aufgelaufener Zinsen um 37 T€ auf 110 T€ (Vj. 116 T€) im Wert gemindert. Das Darlehen wird mit 7,5 % p. a. verzinst. Das Darlehen ist vertraglich zweckbestimmt. Dingliche Sicherheiten wurden nicht gestellt.

Daneben gab es im Geschäftsjahr 2010 keine Geschäftsvorfälle mit weiteren Personen in Schlüsselpositionen oder nahen Angehörigen von Personen in Schlüsselpositionen.

Die Mandate der Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat sind unter Tz. 45 angegeben.

Bezüglich der Zusammensetzung des Aufsichtsrats wird auf Tz. 45 verwiesen.

Die Vergütungen von Vorstand und Aufsichtsrat wurden unter Tz. 45 angegeben.

#### ■ *Nahe stehende Unternehmen*

Es bestehen gegenüber einem assoziierten Unternehmen kurzfristig fällige nicht besicherte Darlehen in Höhe von 1.743 T€, welche in 2010 durch Zusammenlegung mehrerer Altdarlehen sowie Neugewährung entstanden sind und sich mit 10 % p. a. und teilweise zzgl. Gewinnbeteiligung verzinsen. Zum Bilanzstichtag waren 1.787 T€ inklusive aufgelaufener Zinsen offen. Zum 31.12.2010 erfolgte hierauf eine Abwertung um 200 T€, so dass zum 31.12.2010 ein Buchwert von 1.587 T€ zu verzeichnen ist. Der Konzern hat das Recht, zur Besicherung der Darlehen sich Grundpfandrechte bestellen zu lassen.

Des Weiteren besteht ein besichertes im Jahr 2011 fälliges Darlehen gegenüber einem assoziierten Unternehmen in Höhe von 600 T€. Das Darlehen war im Jahr 2010 fällig und wurde bis 31.12.2011 verlängert. Die Verzinsung lag bis 31.12.2009 bei 17 % und wurde für das gesamte Jahr 2010 auf 5,75 % reduziert. Im Jahr 2008 ist eine Abwertung erfolgt, so dass der Buchwert zum Bilanzstichtag weiterhin 200 T€ beträgt. Neben dinglichen Sicherheiten besteht zur Absicherung des Darlehens eine selbstschuldnerische Bürgschaft einer Privatperson. Demselben assoziierten Unternehmen wurden im Jahr 2010 aufgrund mehrerer Neuverträge weitere Darlehen in einer Gesamthöhe von 469 T€ gewährt. Diese wurden zum 31.12.2010 auf 149 T€ wertberichtigt. Die Verzinsung dieser Neudarlehen liegt zwischen 17,2 % und 19,2 %. Zur Absicherung der weiteren Darlehen bestehen selbstschuldnerische Bürgschaften einer juristischen Person in Höhe von 370 T€.

#### 47. Honorar des Abschlussprüfers

Für die Tätigkeit des Abschlussprüfers sind im Geschäftsjahr 2010 insgesamt 92 T€ als Aufwand für die Prüfung des Konzernabschlusses sowie der Abschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen erfasst. Im Vorjahr betrug der Vergleichswert 122 T€.

	31.12.2010	31.12.2009
Prüfung	92	122
Steuerberatung	11	0
sonstige Bestätigungsleistungen	0	0
sonstiges	35	0

#### 48. Anteilsbesitz und Befreiung von Offenlegungspflichten

Der Konzern hält zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2010 Beteiligungen gemäß § 313 HGB.

Name der Gesellschaft	Kapitalanteil in Prozent	Eigenkapital in TEUR	Jahres- überschuss/ Jahres- fehlbetrag in TEUR
Administration Intelligence AG, Würzburg (31.12.2009)	28,8 %	1.875	265
ASE AG, Bruchsal (31.12.2009)	25,1 %	313	96
Beta Systems Software AG, Berlin	38,5 %	15.411	1.158
BNS Holding GmbH, Frankfurt am Main	100,0 %	13	0
CARUS AG, Heidelberg	49,5 %	-620	-489
CornerstoneCapital Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main	100,0 %	17	1
CornerstoneCapital II In GmbH & Co. KG	49,0 %	-13	-5
HART Technik Kft, Pomaz (HU)	100,0 %	944	172
Human Solutions GmbH, Kaiserslautern (31.12.2009)	42,1 %	3.979	517
Kartonpack Rt., Budapest (HU)	8,3 %	4.234	479
Mania Technologie AG, Weilrod (Insolvenz 2008)	10,1 %	-	-
Mistral Media AG, Köln (31.12.2009)	8,2 %	18.717	133
wvd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG, Frankfurt am Main	36,7 %	41.389	2.638
W.E.T. Automotive Systems AG, Odelzhausen	10,5 %	66.167	26.654

Die Tochtergesellschaften CornerstoneCapital II AG & Co. KG, Heidelberg, und Eppstein Foils GmbH & Co. KG, Eppstein/Taunus, machen von der Befreiungsvorschrift des § 264b HGB hinsichtlich der Veröffentlichung ihres Jahresabschlusses Gebrauch.

**Anmerkungen:**

- Die Angaben werden grundsätzlich in Tausend Euro (= TEUR) per 31.12.2010 gemacht.
- Die Angaben erfolgen grundsätzlich auf den Stichtag 31.12.2010, sofern in der Spalte „Name der Gesellschaft“ kein anderer Stichtag in Klammern angegeben ist. Vom 31.12.2010 abweichende Stichtage können durch abweichende Wirtschaftsjahre oder durch noch nicht vorliegende offizielle Daten der Gesellschaften zum 31.12.2010 entstehen.
- Zu Mania Technologie AG liegen keine aktuellen Zahlen vor (Insolvenz 2008).
- Angaben in Euro zur Hart-Technik Kft. und Kartonpack Rt. sind unter Berücksichtigung des letzten von der Europäischen Zentralbank im Kalenderjahr 2010 am 31.12.2010 festgelegten Referenzkurses (1,00 EUR = 277,95 HUF) angegeben.

Heidelberg, 29. April 2011

Der Vorstand

Rolf Birkert

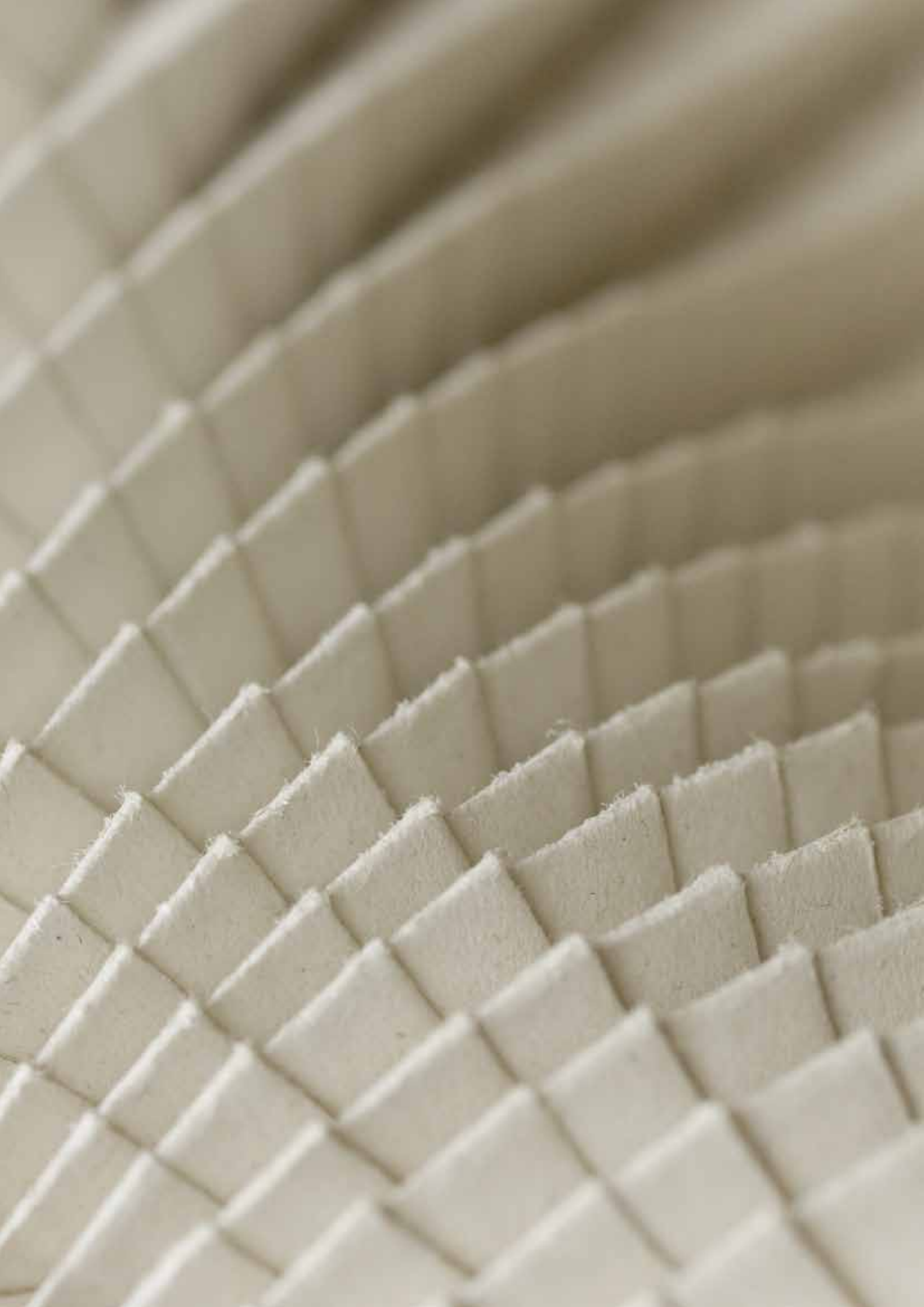


Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Heidelberg, den 29. April 2011

Der Vorstand

Rolf Birkert





Wir haben den von der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft, Heidelberg, aufgestellten Konzernabschluss, bestehend aus Konzernbilanz, Gesamtergebnisrechnung, Konzernkapitalflussrechnung, Konzern-Eigenkapitalpiegel und Konzernanhang, sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung des Konzernabschlusses so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichtes.

Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht im Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 30. April 2011

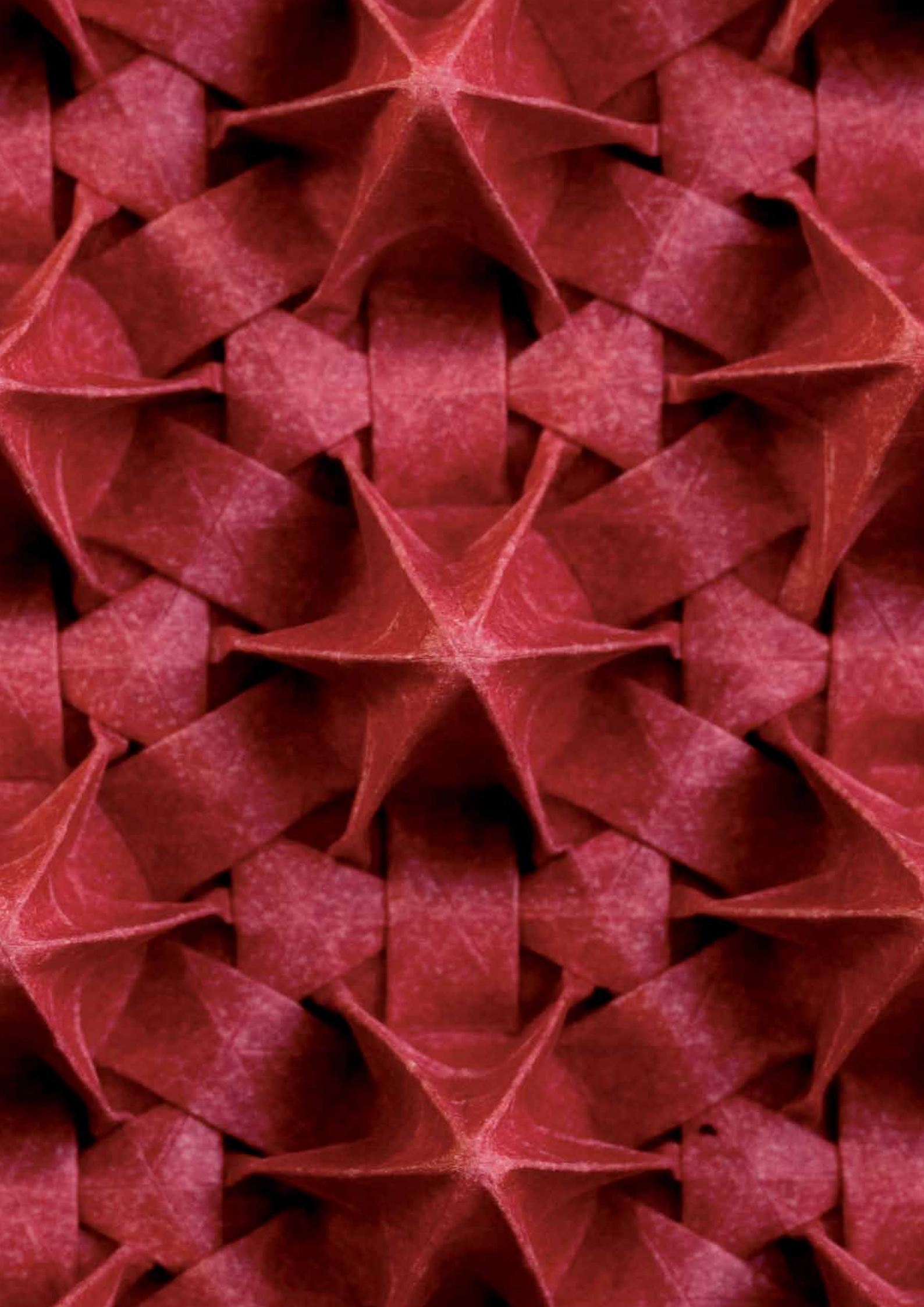
PKF Deutschland GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

M. Jüngling  
Wirtschaftsprüfer

T. Drosch  
Wirtschaftsprüfer

**Hinweis:**

Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; wir weisen insbesondere auf § 328 HGB hin.





Sehr geehrte Aktionäre der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft,

der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2010 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Pflichten und Aufgaben wahrgenommen und sich während des Geschäftsjahres 2010 mit der wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Gesellschaft befasst. Er hat den Vorstand außerdem bei der Geschäftsführung überwacht und beraten. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat gemäß § 90 AktG über die wesentlichen Aspekte der Geschäftsentwicklung sowie die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft und des Konzerns informiert. Hierzu gehörte insbesondere die Entwicklung des Beteiligungsportfolios sowie der Konzernunternehmen der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft.

Der Vorstand hat die strategische Ausrichtung der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2010 mit dem Aufsichtsrat abgestimmt. Der Aufsichtsrat war in wesentliche Entscheidungen mit grundlegender Bedeutung für die Deutsche Balaton Aktiengesellschaft eingebunden und hat die nach Gesetz und Satzung erforderlichen Beschlüsse gefasst.

## **Aufsichtsrat und Ausschüsse**

Alle Themen der Aufsichtsrats Tätigkeit wurden im Geschäftsjahr 2010 vom Gesamtaufichtsrat behandelt. Ausschüsse wurden im Geschäftsjahr 2010 nicht gebildet. Beschließende Ausschüsse wären stets mit dem Gesamtaufichtsrat identisch.

Insgesamt fanden im Geschäftsjahr 2010 fünf Präsenz- sowie neun telefonische Sitzungen statt. Außerdem hat sich der Aufsichtsrat in sieben Umlaufverfahren außerhalb von Sitzungen mit den Berichten und Vorlagen des Vorstands befasst. An allen Sitzungen und Beschlussfassungen haben jeweils sämtliche Aufsichtsratsmitglieder teilgenommen.

## **Beratungen im Aufsichtsrat**

Die Lage der Gesellschaft, insbesondere die Ergebnisentwicklung sowie die Finanz- und Wirtschaftslage der Gesellschaft, waren Gegenstand der Berichterstattungen des Vorstands an den Aufsichtsrat. In den Sitzungen des Aufsichtsrats wurden im Geschäftsjahr 2010 unter anderem die nachfolgenden Themen behandelt:

- Beratung über die vom Vorstand erstatteten Berichte über den Gang der Geschäfte und die aktuelle Lage und Entwicklung der Gesellschaft
- Berichterstattung und Beratung über den Jahres- und Konzernabschluss zum 31. Dezember 2009 im Beisein der Wirtschaftsprüfer
- Beteiligungsangelegenheiten und die Liquiditätsplanung der Gesellschaft
- Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte
- Erwerb eigener Aktien

- Entsprechenserklärung zum Deutsche Corporate Governance Kodex gemäß § 161 Aktiengesetz
- Beauftragung des Abschlussprüfers
- Berichterstattung über den Verlauf des Jahresabschlussprozesses durch den Vorstand
- Vorstandsbestellung

### **Deutscher Corporate Governance Kodex**

Über die Anwendung der Empfehlungen des Deutsche Corporate Governance Kodex (DCGK) und die Aktualisierung der Entsprechenserklärung nach § 161 Aktiengesetz hat der Aufsichtsrat am 05.11.2010 Beschluss gefasst. Der Aufsichtsrat hat die Anwendung der Kodex-Empfehlungen erneut abgelehnt.

Weiterhin halten wir die Empfehlungen des DCGK auf große Publikumsgesellschaften zugeschnitten, die eine entsprechend komplexe Struktur aufweisen. Der Aufsichtsrat geht davon aus, dass eine ordnungsgemäße Unternehmensführung bei der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft auch durch die Beachtung der durch Gesetz und Satzung vorgegebenen Bestimmungen ohne ausdrückliche Verpflichtung zur Einhaltung der DCGK-Empfehlungen möglich ist. Auch wenn viele Empfehlungen sinnvoll erscheinen und vom Aufsichtsrat auf freiwilliger Basis angewendet werden, können andere Empfehlungen (z. B. die Bildung von Aufsichtsratsausschüssen) nicht oder nicht vernünftig umgesetzt werden. Damit der Aufsichtsrat nicht fortlaufend die Anwendung bzw. Nichtanwendung einzelner Empfehlungen verfolgen und überprüfen muss, hat er sich formal für eine umfassende Nichtanwendung der Empfehlungen des DCGK entschieden.

### **Prüfung des Jahresabschlusses der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft und des Konzerns**

Die Hauptversammlung der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft hat am 31. August 2010 die PKF Deutschland GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 gewählt. Der Aufsichtsrat hat der PKF Deutschland GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft den Auftrag für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 2010 erteilt.

Gegenstände der Abschlussprüfung waren der vom Vorstand vorgelegte und nach den nationalen Rechnungslegungsregelungen des Handelsgesetzbuchs (HGB) zum 31. Dezember 2010 aufgestellte Jahresabschluss der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft und der Konzernabschluss, der nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt wurde, einschließlich der jeweiligen Anhänge und Lageberichte für die Deutsche Balaton Aktiengesellschaft und den Konzern. Die Prüfungen erfolgten jeweils unter Beachtung von Prüfungsschwerpunkten und unter Einbeziehung der Buchführung und haben zu keinen Einwendungen geführt, weshalb jeweils ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt wurde.

Prüfungsberichte bzw. Entwürfe der Prüfungsberichte nebst Abschlussunterlagen standen sämtlichen Aufsichtsratsmitgliedern vor bzw. in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats am 30. April 2011, in der auch der Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2010 geprüft wurde, zur Verfügung. An der Sitzung nahmen auch die Wirtschaftsprüfer teil.

Der Abschlussprüfer berichtete in der Bilanzsitzung am 30. April 2011 dem Aufsichtsrat über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen des Jahresabschlusses und stand für Fragen zur Verfügung. Auch der Aufsichtsrat prüfte den Jahresabschluss einschließlich Anhang und Lagebericht für die Deutsche Balaton Aktiengesellschaft. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfungen durch den Aufsichtsrat bestehen keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat sich dem Prüfungsergebnis der PKF Deutschland GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft angeschlossen und den vom Vorstand zum 31. Dezember 2010 aufgestellten Jahresabschluss gebilligt. Mit der Billigung des Jahresabschlusses ist dieser gemäß § 172 Satz 1 AktG zugleich festgestellt.

Außerdem hat der Aufsichtsrat in der Bilanzsitzung den Konzernabschluss einschließlich Konzernanhang und Konzernlagebericht im Beisein der Wirtschaftsprüfer behandelt. Der Aufsichtsrat hat den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2010 sowie den hierzu erstellten Prüfungsbericht des Abschlussprüfers geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung durch den Aufsichtsrat bestehen keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat sich dem Prüfungsergebnis der PKF Deutschland GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft angeschlossen und den vom Vorstand zum 31. Dezember 2010 aufgestellten Konzernabschluss gebilligt.

Außerdem hat der Aufsichtsrat in seiner Bilanzsitzung am 30. April 2011 den Vorschlag des Vorstands über die Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft vor, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2010 in Höhe von 21.227.440,46 Euro vollständig auf neue Rechnung vorzutragen. Der Aufsichtsrat hat sich dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands nicht angeschlossen und wird der Hauptversammlung vorschlagen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2010 in Höhe von 21.227.440,46 Euro vollständig in die anderen Gewinnrücklagen gemäß § 266 Abs. 3 A. III Nr. 4 HGB einzustellen.

### **Mitglieder des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2010**

Im Geschäftsjahr 2010 gehörten dem Aufsichtsrat ununterbrochen die Herren Dipl.-Kfm. Philip Andreas Hornig, Dr. Burkhard Schäfer und Wilhelm Konrad Thomas Zours an.

### **Veränderungen im Vorstand**

Im Oktober 2010 hat der Aufsichtsrat Herrn Jens Jüttner mit Wirkung zum 01. Mai 2011 zum weiteren Vorstandsmitglied der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft bestellt.

Am 25. Februar 2011 hat der Aufsichtsrat mit sofortiger Wirkung Herrn Rolf Birkert zum Vorstandsmitglied bestellt.

Am 2. März 2011 hat der Aufsichtsrat das Vorstandsmitglied Jörg Janich aus wichtigem Grund mit sofortiger Wirkung aus dem Vorstand abberufen.

Herr Janich hat mittlerweile eine Klage auf Auszahlung seiner Bezüge für die Restlaufzeit seines Dienstvertrages über 467.500,- Euro eingereicht, gegen die die Gesellschaft sich verteidigen wird.

### **Unternehmensstrategie**

Die letzten drei Jahre waren sowohl für unsere Gesellschaft als auch in Weltwirtschaft und Politik sehr ereignisreich und mittelfristig sind weitere erhebliche Herausforderungen in Sicht.

Die jahrelange sanktionslose Tolerierung der Verletzung der Maastrichtkriterien durch viele europäische Staaten und die politisch gewollte, durch die mit staatlichen Garantien versehenen Fannie Mae und Freddie Mac begünstigte lockere Kreditvergabe in USA an Hausbesitzer hat sich in vorher undenkbareren Entwicklungen niedergeschlagen.

Hierzu schreibt Jens Lemke ([www.council.uni-bayreuth.de](http://www.council.uni-bayreuth.de)) unter dem Titel

*„Eine Krise der Politik, nicht des Marktes – Ein Essay über Schuld und Verantwortung“:*

„Nicht neoliberale Doktrin und ungezügelter Laissez-faire-Kapitalismus, sondern verheerende staatliche Eingriffe in Märkte haben die derzeitige globale Finanz- und Wirtschaftskrise verursacht. Wer das tatsächliche Ursachenbündel nicht erkennt oder wahrhaben will, kann weder die Folgen der Krise mildern, noch das Wiederholen von Fehlern in der Zukunft verhindern. (...)

Fannie Mae und Freddie Mac sind politisch gewollte und kontrollierte Institutionen, sie nutzten staatlich zugeleitete Privilegien wie niedrige Steuerbelastung, eingeschränkte Meldepflichten gegenüber der SEC und die staatliche Garantie, von der man, wie wir heute wissen, sicher ausgehen konnte, um der Konkurrenz das Geschäft zu erschweren.

International wurden nur zu gerne Titel gekauft, die der amerikanische Staat garantierte und für die die gesetzlich vorgeschriebene Eigenkapitaldeckung geringer ausfiel. Sie wurden zum Transmissionsriemen für die globale Ausdehnung der amerikanischen Immobilienkrise. Weltweit erfreuten sich Verbriefungen einer beachtlichen politischen Beliebtheit, ermöglichten sie doch die Ausweitung der Kreditvolumina und damit die Finanzierung von Investitionen über den traditionellen Kreditmarkt hinaus. Noch Ende 2006 rühmte man sich im Bundesfinanzministerium der Schaffung eines erweiterten Marktes für Verbriefungen in Deutschland.

Bis in die 1990er Jahre hinein fielen Fannie Mae und Freddie Mac kaum ins Gewicht. Erst danach wuchsen sie in die Rolle, die zur Katastrophe führte. Doch die ersten politischen Brandsätze waren gelegt. Diese wurden nun flankiert durch weitere staatliche Maßnahmen, die dann zum Brandbeschleuniger wurden.“

Noch vor drei Jahren waren SoFFin, EFSF, ESM und Maßnahmen wie Anleihekäufe durch die EZB, Rettungspakete für europäische Staaten, unbegrenzte Liquidität für 1 % Zins p. a. für Banken etc. nicht existent.

Deutschland soll allein durch das geplante ESM mit rund 200.000.000.000 Euro (in Worten: zweihundert Milliarden Euro) für Staatsschulden anderer Länder haften.

In deutschen Tageszeitungen wird aus vertraulichen Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages zitiert, dass die aktuell geplante Ausgestaltung des ESM verfassungswidrig sein könnte.

Angesichts der demographischen Entwicklung in Deutschland und anderen europäischen Ländern wäre es dringend erforderlich, dass die breite Bevölkerung privates Vorsorgekapital direkt und indirekt zum Erwerb von Sachwerten als Schutz gegen die drohende Inflation investiert.

Stattdessen wird eine fatale staatliche Lenkung verordnet. Versicherungen müssen Aktienanlagen mit 39 % Eigenkapital unterlegen, wohingegen europäische Euro-Staatsanleihen (auch z. B. griechische, irische oder portugiesische Anleihen) mit 0 % Eigenkapital (da angeblich risikolos) gehalten werden können.

Die jetzt bereits hohe Staatsverschuldung, die demographische Entwicklung, die zukünftigen zusätzlichen Belastungen durch die Rettungsmaßnahmen für andere Länder mit zu hoher Staatsverschuldung, die historisch belegbare Unfähigkeit der Politiker zur Beschränkung der Ausgaben auf die Höhe der erzielten Einnahmen (seit über 50 Jahren mit teilweise erheblichen Haushaltsdefiziten und ansteigender Staatsverschuldung) und die z. B. unter [www.nein-zur-transferunion-fuer-stabiles-geld.de](http://www.nein-zur-transferunion-fuer-stabiles-geld.de) zugänglichen Informationen zur Verfassungsklage der Professoren Starbatty, Hankel, Nölling, Schachtschneider und Spethmann lassen eine Entwertung der Forderungen gegen überschuldete Staaten erwarten.

Die Behauptung der Regierung, ihre Politik sei „alternativlos“, entbehrt jeder Grundlage und soll nur von der Verfassungswidrigkeit der sogenannten „Rettungsmaßnahmen“ ablenken.

Aufgrund der skizzierten Politik der Bundesregierung und des auch u. E. verfassungswidrigen Weges in die Transferunion erwarten wir deutlich höhere Inflationsraten, später Umschuldungen oder Schuldenschnitt.

Wir werden deshalb bei langfristigen Anlagen im Auge behalten, wie sich der Wert in einem Inflationsszenario verändern wird, also z. B. keine 10-jährigen Bundesanleihen mit einer Rendite um 3 % p. a. erwerben.

Hochverschuldete Staaten mit alternder Bevölkerung werden möglicherweise der Versuchung erliegen, sich durch enteignungsähnliche Besteuerungen, möglicherweise auch durch Einschränkungen oder Enteignung des Privatvermögens möglichst lange „über Wasser“ zu halten.

Wir werden uns deshalb auch z. B. mit Investitionsmöglichkeiten außerhalb der Euro-Zone und in gesunde Volkswirtschaften mit Bevölkerungswachstum beschäftigen müssen.

Diversifikation im Portfolio durch Anlage in gesunde Unternehmen verschiedener Branchen mit Sitz in verschiedenen Ländern, in Immobilien, Agrarland, in Rohstoffe oder Emerging Market-Anleihen und -Aktien schützt am besten vor irrationalen Entscheidungen der Politik (z. B. Atomkraftmoratorium) und Inflations- oder Deflations-szenarien.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitarbeitern der Deutsche Balaton Aktiengesellschaft für ihren persönlichen Einsatz und die erbrachte Leistung im Geschäftsjahr 2010.

Heidelberg, im Mai 2011

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats  
Thomas Zours

# Deutsche Balaton

Aktien g e s e l l s c h a f t

---

Deutsche Balaton AG

Ziegelhäuser Landstraße 1, 69120 Heidelberg

Telefon +49 (0) 6221 64924-0

Telefax +49 (0) 6221 64924-24

Internet <http://www.deutsche-balaton.de>

eMail [info@deutsche-balaton.de](mailto:info@deutsche-balaton.de)

Deutsche Balaton AG

ISIN DE0005508204 / WKN 550 820

Börsenkürzel BBH

Börsennotiz Frankfurt (Regulierter Markt), Berlin,  
Düsseldorf, Hamburg, München, Stuttgart

Reuters „BBHG.F“, „BBHG.BE“, „BBHG.D“,  
„BBHG.HA“, „BBHG.MU“, „BBHG.SG“

Bloomberg „BBH GR“

Sämtliche Unternehmensinformationen der  
Deutsche Balaton AG stehen Ihnen zeitnah  
im Internet zur Verfügung:

■ <http://www.deutsche-balaton.de>

---

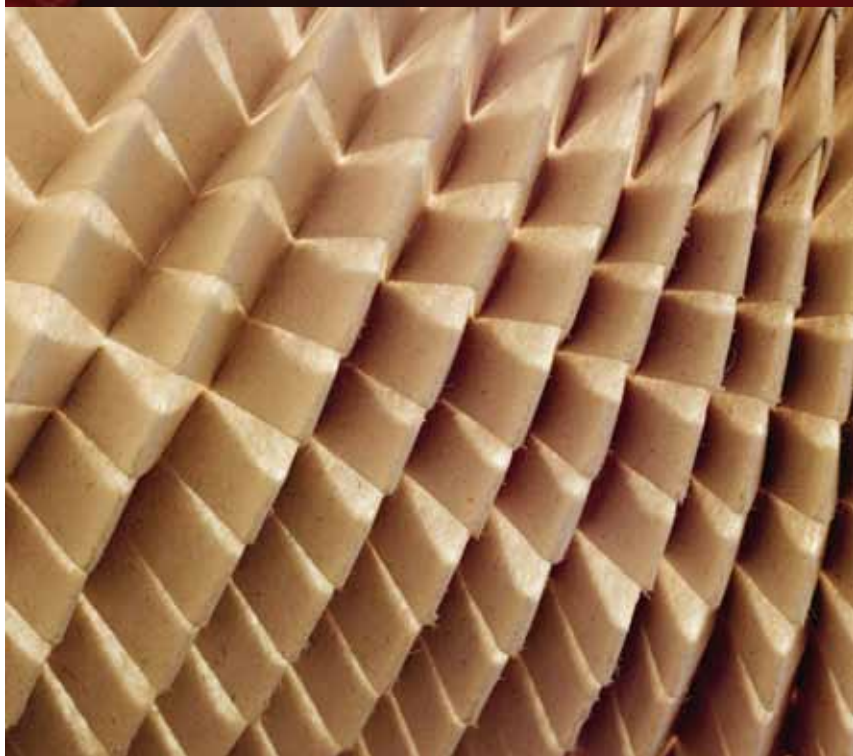
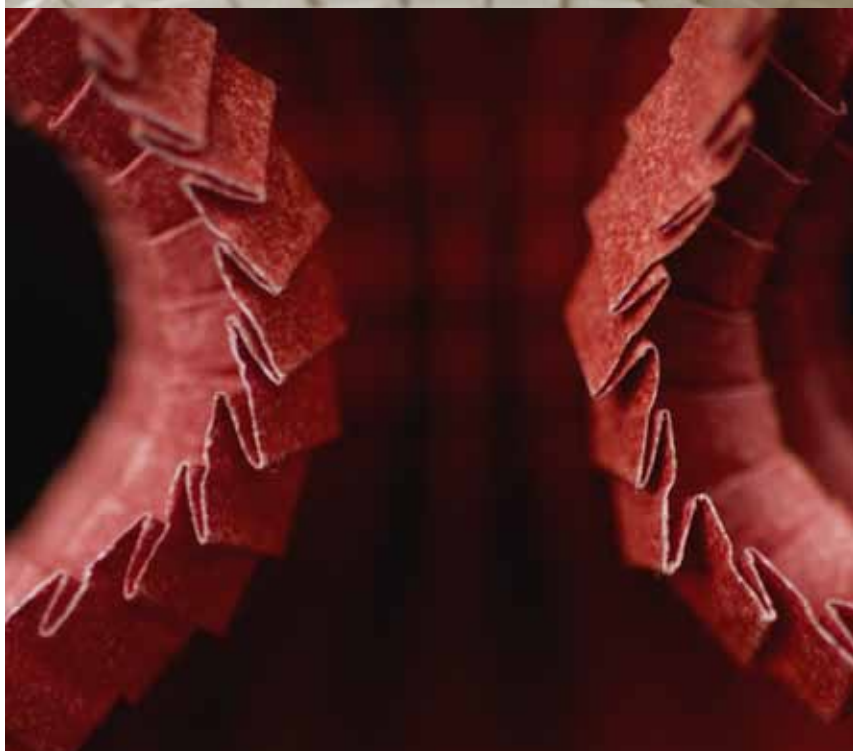
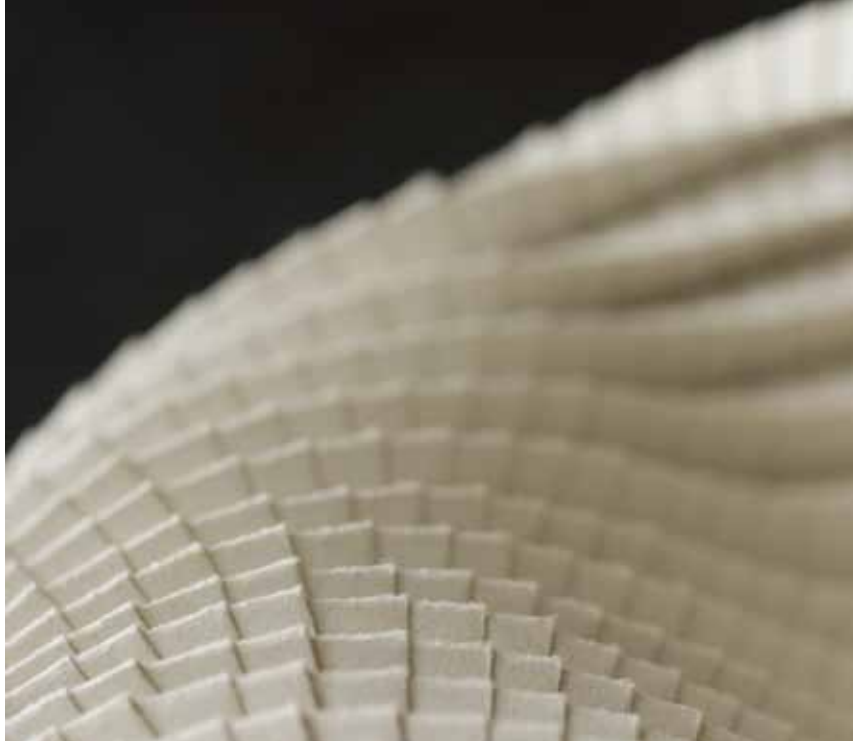
Gesamtherstellung: performio Mannheim

Juni 2011

---

## **Zukunftsgerichtete Aussagen enthalten Risiken**

Der vorliegende Geschäftsbericht enthält verschiedene Aussagen, die die zukünftige Entwicklung der Deutsche Balaton AG betreffen. Diese Aussagen beruhen sowohl auf Annahmen als auch auf Schätzungen. Obwohl wir davon überzeugt sind, dass diese vorausschauenden Aussagen realistisch sind, können wir hierfür nicht garantieren; denn unsere Annahmen bergen Risiken und Unsicherheiten, die dazu führen können, dass die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von den erwarteten abweichen. Gründe hierfür können unter anderem die Schwankungen der Kapitalmärkte, Wechselkurse und Zinsen oder grundsätzliche Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld sein. Vor dem Hintergrund dieser Ungewissheiten raten wir dem Leser davon ab, sich zu sehr auf derartige in die Zukunft gerichtete Aussagen zu verlassen. Wir übernehmen keinerlei Verpflichtung, solche zukunftsgerichteten Aussagen fortzuschreiben oder an zukünftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen.





## Geschäftsbericht 2010

---

### **Deutsche Balaton AG**

Ziegelhäuser Landstraße 1

69120 Heidelberg

Tel. +49 (0) 6221 64924-0

Fax +49 (0) 6221 64924-24

[info@deutsche-balaton.de](mailto:info@deutsche-balaton.de)

<http://www.deutsche-balaton.de>